Wiener Stadtbibliothek

57291 F

F 57.291
Juli 1969
Sch. 16

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

WIENER STADTBIBLIOTHEK

Neue Geschäftseinteilung in der Baudirektion

1. Juli (RK) Im Zuge der inneren Reorganisation der Stadtverwaltung, die sich bereits in einer Neugliederung der Verwaltungsgruppen niedergeschlagen hat, wurde durch einen Erlaß des Magistratsdirektors auch die Aufteilung der Geschäfte in der Stadtbaudirektion neu geregelt. Die 27 Abteilungen, die der Baudirektion angehören, sind nach wie vor in fünf Gruppen zusammengefaßt.

Die Gruppe "Baukoordinierung und Allgemeines" wird von Senatsrat Dipl.Ing.Ernst Filz (bisher Leiter der Gruppe Hochbau) geleitet. Zu ihr gehören folgende Magistratsabteilungen: Plan- und Schriftenkammer (MA 20), Baustoffbeschaffung (MA 21), Wohnhäuserhaltung (MA 27), Technische Grundangelegenheiten (MA 40), Stadtvermessung (MA 41), Wäschereien (MA 45), Stadtforstamt (MA 49).

Die Gruppe "Hochbau" wird von Obersenatsrat Dipl.Ing. Anton Seda (bisher Leiter der Gruppe Planung) geleitet. Zu ihr gehören folgende Magistratsabteilungen: Architektur (MA 19), Gebäude des Wohlfahrts- und Gesundheitswesens, verschiedene Nutzbauten (MA 23), Wohnhausbau (MA 24), Gebäude des Kultur- und Schulwesens, Amtshäuser (MA 26), Maschinenbau, Energiewirtschaft, Heizwerkstätte und Heizbetriebe (MA 32), Elektro-, Gas und Wasseranlagen (MA 34), Bäder MA 44).

Die Gruppe "Tiefbau und Verkehr" wird wie schon bisher von Obersenatsrat Dipl.Ing.Richard Kojetinsky geleitet. Zu ihr gehören folgende Magistratsabteilungen: Straßenbau (MA 28),

./.

Brücken- und Wasserbau (MA 29), Kanalisation (MA 30), Wasserwerke (MA 31), Öffentliche Beleuchtung (MA 33), Stadtgartenamt (MA 42), Technische Verkehrsangelegenheiten (MA 46), Stadtreinigung und Fuhrpark (MA 48).

Die Gruppe "Baupolizei" wird - ebenfalls so wie bisher - von Obersenatsrat Dipl.Ing.Karl Grimme geleitet. Sie umfaßt die Magistratsabteilungen: Technische Prüfung bei Wohnbauförderungen (MA 25), Allgemeine Baupolizeiangelegenheiten (MA 35), Bau-, Feuer- und Gewerbepolizei für den 1. bis 9. und 20. beziehungsweise den 10. bis 19. und 21. bis 23. Bezirk (MA 36, MA 37), Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien (MA 39), Friedhöfe (MA 43).

Der bisherige Leiter der Gruppe "Allgemeines, Technischer Personaleinsatz" übernimmt die Leitung der Gruppe "Sonderaufgaben und Personal". Zu dieser Gruppe gehören folgende Referate: Referat I - Technischer Personaleinsatz; Referat II - Budgetangelegenheiten und Statistik; Referat III - Projektsteuerung; Referat V - Technisches Ausbildungs- und Prüfungswesen, Zivilingenieurangelegenheiten; Referat VII - Maßnahmen gegen Verunreinigung der Luft und der Gewässer sowie gegen Lärm (LGL).

In dem Erlaß wird auch die Vertretung von Stadtbaudirektor Professor Dr.Rudolf Koller geregelt: Der Baudirektor wird vom Leiter der Gruppe Hochbau, Obersenatsrat Dipl.Ing.Anton Seda, vertreten.

\- - -

Infektionskrankheiten im Mai

1. Juli (RK) Das Gesundheitsamt der Stadt Wien bringt in seinem Tätigkeitsbericht für den Monat Mai 1969 folgende Zahlen über die in Wien aufgetretenen anzeigenpflichtigen Infektionskrankheiten:

Infektiöse Hepatitis 67 (ein Todesfall), Scharlach 101, Keuchhusten 8, Paratyphus 8, Ruhr und bakterielle Lebensmittelvergiftung je ein Fall.

Die Tbc-Fürsorgestellen wurden von insgesamt 7.324 Personen frequentiert, die Zahl der Neuuntersuchungen betrug 3.670. In 88 Fällen konnte eine aktive Tuberkulose festgestellt werden. In den Tbc-Fürsorgestellen wurden insgesamt 1.952 Röntgendurchleuchtungen und 512 Röntgenaufnahmen gemacht, die Zahl der Hausbesuche belief sich auf 1.428.

In der Beratungsstelle für Geschlechtskranke betrug die Parteienfrequenz 3.070 Personen. Von 580 im Wochendurchschnitt untersuchten Kontrollprostituierten waren acht, von 77 untersuchten Geheimprostituierten zwei venerisch infiziert. Aus ganz Wien wurden 96 Fälle frischer venerischer Erkrankungen gemeldet.

In den 53 Mutterberatungsstellen wurden an 283 Beratungstagen 8.532 ärztliche Beratungen durchgeführt. In den sieben Schwangerenberatungsstellen der Gemeinde Wien wurden im Berichtsmonat 633 Frauen untersucht, davon erstmalig 195. Bei 64 Frauen wurden krankhafte Befunde erhoben, die zu einer Störung der Schwangerschaft führen können.

Der Schulärztliche Dienst führte in den Wiener Schulen 16.332 Untersuchungen durch, 931 Schüler und Schülerinnen mußten an Fachambulanzen überwiesen werden. In den Jugendzahnkliniken wurden insgesamt 678 Schulklassen erfaßt; von den 18.796 untersuchten Schülern erwiesen sich 5.040 als behandlungsbedürftig.

Der Psychohygienische Dienst verzeichnete in seinen vier Beratungsstellen einen Patientenstand von 2.949 Personen; davon standen 544 Patienten in Intensivbetreuung..

./.

In den Gesundenuntersuchungsstellen wurden im Berichtsmonat 337 Personen (229 Frauen und 108 Männer) untersucht. Dabei wurden 53 geschwulstverdächtige Befunde erhoben. 253 Personen mußten wegen anderer Erkrankungen ihren behandelnden Ärzten zugewiesen werden; 53 litten an Erkrankungen, die erfahrungsgemäß in ein Krebsleiden übergehen können.

\- - -

Grusiniens Ministerpräsident im Rathaus

1. Juli (RK) Im Verlauf seines einwöchigen Österreich-Aufenthaltes besuchte heute vormittag der Ministerpräsident der Grusinischen Sowjetrepublik Giwi D. Dshawachischwili auch das Wiener Rathaus. Vizebürgermeister Felix Slavik begrüßte den Gast im Roten Salon, wo sich die Stadträte Ing. Fritz Hofmann, Dr. Maria Schaumayer, Dkfm. Alfred Hintschig, Reinhold Suttner, Dr. Pius Prutscher, Dr. Hannes Krasser und Franz Nekula sowie Magistratsdirektor Dr. Rudolf Frtl versammelt hatten.

In seiner Ansprache schilderte Vizebürgermeister Slavik die verschiedenartigen Probleme einer Großstadt und wünschte seinem Gast, der seit sechzehn Jahren Ministerpräsident der Grusinischen Sowjetrepublik ist, einen angenehmen Aufenthalt in Wien. Ministerpräsident Dshawachischwili trug sich dann ins Gästebuch der Stadt Wien ein. Anschließend berichtete er über den Werdegang von Tblissi, der Hauptstadt Grusiniens. Die Metropole Grusiniens ist ungefähr halb so groß wie Wien und besitzt seit drei Jahren eine zwölf Kilometer lange U-Bahn. Der Ausbau der Metro von Tblissi ist jedoch noch nicht abgeschlossen

Der Gattin des sowjetischen Gastes überreichte Vizebürgermeister Slavik eine Vase aus Augartenporzellan als Souvenir. Ministerpräsident Dshawachischwili, der als Gastgeschenk einen Wien-Bildband erhalten hatte, revanchierte sich mit einer grusinischen Metallplastik. Am Nachmittag unternahmen die Gäste eine Rundfahrt durch Wien.

\- - -

Jubiläumsausstellung "50 Jahre Sport- und Kulturvereinigung der Wiener Feuerwehr"

1. Juli (RK) Branddirektor Dipl.-Ing. Franz Havelka eröffnete heute vormittag in der Feuerwehrzentrale Am Hof die Jubiläumsausstellung aus Anlaß des 50jährigen Bestandes der Sport- und Kulturvereinigung der Wiener Feuerwehr.

Die von Brandmeister Wolfgang Steinhauer im Festsaal des im 16. Jahrhundert erbauten ehemaligen bürgerlichen Zeughauses zusammengestellte Schau, präsentiert neben Ölgemälden des verstorbenen Oberbrandrates und Amateurmalers Dipl.-Ing. Falout noch Keramikarbeiten, Tuschzeichnungen, Fotografien und zwei bis an den Rand mit sportlichen Auszeichnungen und Pokalen gefüllte Vitrinen. Sport wird bei der Wiener Feuerwehr seit jeher groß geschreiben. Branddirektor Havelka ist bestrebt, daß jeder junge Feuerwehrmann ein Turn-, Sport- oder Wasserrettungsabzeichen erwirbt. Seine Appelle an den sportlichen Ehrgeiz verfehlten bisher nicht ihre Wirkung. 95 Prozent aller Feuerwehrleute tragen heute Sportabzeichen an ihren Uniformjacken.

Die instruktive Ausstellung, die auch auf die jüngere historische Vergangenheit der Wiener Brandschützer Rücksicht nimmt, kann bis 31. August täglich in der Zeit von 9 bis 17 Uhr besichtigt werden.

\- - -

Wiener Internationale Gartenschau 1974:

Pressekonferenz zum Ideenwettbewerb

1. Juli (RK) Die Stadt Wien veranstaltet einen Ideenwettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die Wiener Internationale Gartenschau 1974: Um dieses Zentralthema gruppierten sich heute vormittag die Erläuterungen, die in einer Pressekonferenz im Presseclub Concordia gegeben wurden. Stadtrat Kurt Heller, von der österreichischen Bundesregierung ernannter Regierungskommissär für die WIG 1974, Stadtbaudirektor Professor Dr. Rudolf Koller und Stadtgartendirektor Ing. Alfred Auer, gleichzeitig Geschäftsführer der Heilquelle Oberlaa Kurbetriebs Ges.mbh, gaben den Pressevertretern alle Erläuterungen, die über das eigentliche Thema hinaus die gesamte Zukunft des südlichen Stadtbereiches berühren.

Stadtrat Kurt Heller griff bis zum Grundsatzbeschluß des Gemeinderates vom 17. Dezember 1968 zurück. Damals wurde die grundsätzliche Genehmigung zur Veranstaltung einer Internationalen Gartenschau im Jahre 1974 erteilt. Inzwischen hat die österreichische Bundesregierung bei der internationalen Ausstellungsbehörde in Paris (BIE) das Ausstellungsdatum - 18. April bis 10. Oktober 1974 - eintragen lassen und Stadtrat Kurt Heller mit Ministerratsbeschluß zum Regierungskommissär für Österreich ernannt. (Alle teilnehmenden Länder werden einen Regierungskommissär ernennen, den Vorsitz dieses Gremiums wird der österreichische Regierungskommissär führen).

Das in Aussicht genommene 86 Hektar große Gebiet im Süden Wiens - Heller: "Heute ist es noch eine G'stettn" - soll die Gartenschau beherbergen. Im übrigen ist das Areal in östlicher Richtung noch erweiterungsfähig. Für die Durchführung der WIG 74 präliminiert man eine Summe von 35 Millionen Schilling; es handelt sich dabei um einen Erfahrungswert der WIG 1964.

./.

Große Unterschiede zum Donaupark

Auf dem neuen WIG-Gelände herrschen ganz andere klimatische Bedingungen als im Donautal. Daher hat sich eine spezifische Flora und Fauna herausgebildet, ein Umstand, dem dadurch Rechnung getragen wird, daß Teile des Areals auch Vogelschutzgebiet sind; Die Gestaltung des Gebietes wird auf alle diese Besonderheiten Rücksicht nehmen, so daß es im Endstadium teilweise den Charakter eines Landschaftsparkes haben wird.

Stadtgartendirektor Ing. Alfred Auer wies darauf hin, daß - teils über die diplomatischen Vertretungen Österreichs, teils über die Berufsorganisationen - die Kunde von dem bevorstehenden Wettbewerb in die meisten Länder der Welt gedrungen ist und schon heute feststeht, daß der Wettbewerb regstes Interesse finden wird. Ursache dafür ist nicht zuletzt der Umstand, daß die WIG 1974 im Rang einer Weltausstellung stehen wird. Die Ausschreibung zum Wettbewerb richtet sich an alle Arbeitsgemeinschaften, bestehend aus berufsausübenden Landschafts- und Gartenarchitekten und Architekten.

Verkehrsaufschließung des WIG-Geländes

Umfangreiche Straßenbauten sind für die Verkehrsaufschließung nötig. Dazu zählt besonders der Ausbau der Laaerberg-Straße und ihr Anschluß an die Süd-Autobahn sowie die Donaulände-Begleitstraße, die den Weg zur Südost-Autobahn öffnen soll.

Die Wiener Verkehrsbetriebe werden ebenfalls geeignete Maßnahmen treffen, um nicht nur die erwarteten großen Besucherströme zur Gartenschau zu befördern, sondern auch eine Verkehrsversorgung des Kurzentrums Oberlaa zu garantieren: Dazu soll die Linie 167 von der Favoritenstraße bis zum Kurzentrum verlängert werden. Die Fahrt von der Oper bis zur heilungspendenden Quelle soll nicht viel länger als eine halbe Stunde dauern.

Auch zwei nationale Wettbewerbe

Im Zug des Grünflächenkonzepts für den Laaer Berg wird außerdem ein nationaler Gartenarchitekten-Wettbewerb für den Kleingartenpark Oberlaa durchgeführt werden. Dort soll eine möglichst ideale Kombination von öffentlichem Grün (Spielplätze, Lagerwiesen, etc.) und privatem Grün (Schrebergärten, Wochenendhäuser) geschaffen werden;

./.

man stellt sich die Relationen so vor, daß das öffentliche zum privaten Grün etwa im Verhältnis 3:1 stehen sollte.

Der zu erwartenden Steigerung der dortigen Wohnbevölkerung - bekanntlich bilden der Süden der Stadt und der transdanubische Siedlungsraum im Nordosten die beiden großen Stadterweiterungskreise - trägt außer all diesen Maßnahmen auch die beabsichtigte Erweiterung des Volksparkes auf dem Laaerberg Rechnung.

Der zweite nationale Wettbewerb richtet sich an die Architekten Österreichs und hat die Bebauung des Geländes für das Kurzentrum zum Gegenstand. Die in Presseberichten vielfach gewürdigte Therme von Oberlaa verdient es, daß rund um sie ein Rehabilitationszentrum gestaltet wird, in welchem die verschiedenen Behandlungsmethoden unter optimalen Bedingungen praktiziert werden können.

Die Fragen der anwesenden Pressevertreter wurden von den Vertretern der Stadt Wien ausführlich beantwortet. In der Diskussion ging es nicht nur um die Gartenausstellung, sondern es wurden sehr viele Fragen hinsichtlich des Kurzentrums Oberlaa gestellt, welches Wien in die Bedeutung einer Bäderstadt ersten Ranges erheben wird, da von medizinischer Seite die Heilkraft der Quelle (sie tritt mit 53 Grad aus der Erde aus) - sogar im Verhältnis zu berühmten Heilbädern - außerordentlich hoch eingeschätzt wird.

\- - -

Neue Wohnbaudarlehen der Wiener Landesregierung

1. Juli (RK) In der heute unter Vorsitz von Landeshauptmann-Stellvertreter Felix Slavik abgehaltenen Sitzung der Wiener Landesregierung beantragte Stadtrat Reinhold Suttner 119,304.250 Schilling als Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 für eine Reihe von Bauvorhaben. Die Ansuchen, die alle einstimmig bewilligt wurden, umfassen insgesamt 841 Mietwohnungen und Eigenheime.

\- - -

Bestellung der Mitglieder des Wiener Wohnbauförderungsbeirates

1. Juli (RK) In der heutigen Sitzung der Wiener Landesregierung wurden 14 Mitglieder und 14 Ersatzmitglieder des Wohnbauförderungsbeirates für das Land Wien bestellt. Obmann ist Stadtrat Reinhold Suttner (SPÖ), erster Obmann-Stellvertreter Stadtrat Maria Jacobi (SPÖ) und zweiter Obmann-Stellvertreter Landtagsabgeordneter Dr.Franz Bauer (ÖVP).

Die weiteren Mitglieder sind: von der SPÖ Stadtrat Hubert Pfoch, Nationalratsabgeordneter Eduard Weikhart, die Landtagsabgeordneten Ing.Walter Hofstetter und Josef Windisch sowie Landtagsabgeordneter a.d. Harry Jodlbauer, Dr.Alfred Holoubek, Bundesrat Hans Böck und Direktor Peter Hack; von der ÖVP die Landtagsabgeordneten Fritz Hahn und Ing.Franz Hauschka sowie Kommerzialrat Ernst Schmidt.

Als Ersatzmitglieder wurden bestellt: von der SPÖ Zweiter Landtagspräsident Maria Hlawka, die Landtagsabgeordneten Rudolf Bednar, Herbert Glaser, Hans Mayr, Michael Sagmeister, Franz Schreiner und Maria Szöllösi sowie Dr.Otto Zöllner, Baumeister Dipl.Ing.Hans Fucik und Direktor Josef Zalda, von der ÖVP Stadtrat Dr.Maria Schaumayer, die Landtagsabgeordneten Walter Lehner, Dipl.Ing.Dr.Robert Strobl und Dr.Erich Ebert.

\- - -

1969: Ein gutes Drillingsjahr

1. Juli (RK) Das beste Drillingsjahr seit langem scheint 1969 zu werden: die Drillinge der Frau Waltraud Waldl aus Döbling, die zum Wochenende im Rudolfinerhaus das Licht der Welt erblickten, sind nämlich bereits die dritten Wiener Drillinge des heurigen Jahres. Nach den Aufzeichnungen des Statistischen Amtes der Stadt Wien wurden die ersten Drillinge im Jänner geboren; es handelte sich um einen Buben und zwei Mädchen. Gleich im folgenden Monat kamen die zweiten Drillinge, diesmal zwei Buben und ein Mädchen.

Erfahrungsgemäß kommt erst auf 70 bis 80.000 Geburten eine Drillingsgeburt. Im vergangenen Jahr wurden zwar insgesamt drei Drillingsgeburten registriert, heuer halten wir jedoch schon Ende Juni bei dieser Zahl. 1967 gab es nur einmal Drillinge. Während 1966 ebenfalls eine Drillingsgeburt brachte, blieb 1965 der Drillingssegen aus. In den Jahren 1964 und 1963 konnten gleichfalls nur je einmal Drillinge verzeichnet werden, während 1962 zwei Elternpaaren Drillinge beschert wurden.

\- - -

Personalnachrichten

1. Juli (RK) Der Wiener Stadtsenat hat heute den Leiter der Magistratsabteilung 12, (Erwachsenen- und Familienfürsorge), Obermagistratsrat Dr.Herbert Drapalik in die Dienstklasse VIII befördert und ihm den Titel Senatsrat verliehen.

Stadtbaurat Dipl.Ing.Rudolf Schlauer (Gaswerke) wurde zum Oberstadtbaurat befördert.

Anläßlich ihrer Versetzung in den Ruhestand wurde den Amtsräten Josef Lammel (Gaswerke), Wilhelm Mock (MA 65), Rudolf Schlosser (Bezirksvorstehung Ottakring) und Friedrich Schober (MA 17) der Titel Oberamtsrat verliehen.

\- - -

Gemeinde Wien Mitglied wichtiger wirtschaftlicher Institute

1. Juli (RK) In der heutigen Sitzung des Wiener Stadtsenates beantragte Stadtrat Dkfm. Alfred Hintschig den Beitritt der Wiener Stadtverwaltung zum Internationalen Institut für Industrieplanung als gründendes Mitglied und in die Hafenbautechnische Gesellschaft als förderndes Mitglied.

Das Internationale Instiut für Industrieplanung beschäftigt sich mit der Sammlung und Dokumentation von einschlägigem Schrifttum und der Herausgabe von Fachpublikationen. Zu ihren Aufgaben zählt auch die interfakultative Lehrtätigkeit für Fachleute aller Sachgebiete aus Österreich und dem Ausland, die sich in technischer und wirtschaftlicher Sicht mit Industrieplanung befassen. Der Einfluß der Stadt Wien auf die Gestaltung des Institutsprogramms ist gesichert, da sie als gründendes Mitglied einen Vertreter in das Kuratorium entsenden wird. Einem weiteren Vertreter der Stadt Wien werden im Vorstand die Geschäfte des Finanzsekretärs obliegen.

Die Hafenbautechnische Gesellschaft befaßt sich mit der Abhaltung von Tagungen und Vorträgen sowie mit der wissenschaftlichen Bearbeitung von Einzelfragen der Hafentechnik, Hafengesellschaft und der Verkehrswege. Gewonnene Erfahrungen werden in Vereinszeitschriften und Jahrbüchern veröffentlicht. Die Stadt Wien hat bisher schon, vertreten durch die Magistratsabteilung 29, an den Tagungen als Gast teilgenommen. Es konnten bereits viele wertvolle Anregungen gewonnen werden. Diese Beziehungen sollen nun durch eine Mitgliedschaft der Stadt Wien noch verstärkt werden.

\- - -

Erweiterung einer städtischen Wohnhausanlage in Atzgersdorf

1. Juli (RK) Der Wiener Gemeinderat hat bereits im Vorjahr die Errichtung der Häuser Nummer 3 bis 17 einer städtischen Wohnhausanlage in Wien 23, Atzgersdorf, Rudolf Zeller-Gasse mit 160 Wohnungen und einem Kostenerfordernis von 34,150.000 Schilling beschlossen. Wie Stadtrat Kurt Heller heute in der Sitzung des Wiener Stadtsenates mitteilte, konnten damals die geplanten Wohnhäuser Nummer 1 und 2 noch nicht genehmigt werden, weil die hiefür erforderlichen Grundstücke sich noch nicht im Eigentum der Gemeinde Wien befunden haben. Nunmehr sind die Kaufverträge abgeschlossen, womit der Errichtung der beiden Häuser mit weiteren 24 Wohnungen nichts mehr im Wege steht.

Der gesamte Baugrund beträgt nach dem Erwerb der Restflächen 14.186 Quadratmeter. Die beiden Häuser haben je vier Obergeschosse. Alle 15 Wohnhäuser dieser Anlage werden an ein Fernheizwerk angeschlossen. Die Baukosten erhöhen sich durch die beiden neuen Häuser um 4,5 Millionen Schilling auf insgesamt 38,650.000 Schilling.

Stadträtin Dr.Maria Schaumayer referierte die dazugehörige Baubewilligung.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

1. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Erbsen 6 S, Gurken 6 bis 7 S, Kohl 4 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel: Qualitätsklasse II 7 S, Bananen 7 bis 8 S, Kirschen 8 bis 10 S je Kilogramm.

\- - -

Wiener Feuerwehr- und Feuerpolizeigesetz eingebracht

1. Juli (RK) Zwecks Anpassung an die durch die Bundes-Verfassungsgesetznovelle 1962 geschaffene Rechtslage hat heute Stadtrat Dr. Hannes Krasser in der Wiener Landesregierung zwei Entwürfe eingebracht, mit denen das Wiener Feuerwehrgesetz und das Wiener Feuerpolizeigesetz abgeändert werden. Der Wiener Landtag wird sich in seiner nächsten Geschäftssitzung damit beschäftigen.

\- - -

Weitere Modernisierung der Wiener städtischen Spitäler

1. Juli (RK) Eine Reihe von Anträgen, die sich mit Einbauten und Erneuerungen in Wiener städtischen Krankenhäusern beschäftigen, sind heute in der Sitzung des Wiener Stadtsenates von Stadtrat Dr. Pius Prutscher in Vertretung des Gesundheitsstadtrates vorgelegt worden. Im einzelnen handelt es sich dabei um die inventarmäßige Einrichtung des neu errichteten Zentral- und Isotopenlabors im Krankenhaus Lainz sowie um die inventarmäßige Einrichtung des Pathologisch-bakteriologischen Institutes der Poliklinik, um die Errichtung einer Telefonzentrale im Mautner Markhof'schen Kinderspital, die Erneuerung der Verstärker der Telefonzentrale im Franz Josef-Spital, den Einbau einer Zentralheizung einschließlich Kalt- und Warmwasserversorgung im Psychiatrischen Krankenhaus in Ybbs an der Donau, um die Sanierung der Flachdächer sowie um die Umschaltung und den Ausbau der Elektro-, Licht- und Kraftanlagen im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe, um die Instandsetzungsarbeiten in der Abteilung 2 des Neurologischen Krankenhauses Maria Theresien-Schlössel, um die Erneuerung der ehemaligen Tiergartenmauer im Bereich des Altersheimes Lainz, um die Schaffung einer Zentraldesinfektionsanlage im Allgemeinen Krankenhaus, die Fortsetzung der Adaptierung des Pavillons G 3 und um die Auswechslung der Kondenstöpfe im Zentralheizungssystem des Franz Josef-Spitals.

Diese Maßnahmen zur weiteren Verbesserung des Wiener Spitalwesens kosten zusammen 44 Millionen Schilling.

\- - -

Schweinehauptmarkt vom 1. Juli

1. Juli (RK)Unverkauft vom Vormarkt 0. Neuzufuhren Inland: 4.553, Durchläufer 773, Gesantauftrieb dasselbe, verkauft alles.

Auslandsschlachthof 0. Preise extrem: 16 bis 17, 1. Qualität 15 bis 15.90, 2. Qualität 14 bis 14.90, 3. Qualität 13 (6 Stück), 13.10 bis 13.80. Zuchten extrem 12.20 bis 13, Zuchten 11 bis 12, Altschneider 10.30 bis 10.50.

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine ermäßigte sich um 14 Gröschen und beträgt 14.85. Außermarktbezüge in der Zeit von 27. Juni bis 1. Juli (ohne Direkteinbringungen in die Bezirke) 1762.

\- - -

Pferdehauptmarkt vom 1. Juli

1. Juli (RK) Auftrieb am Zentralviehmarkt 16 Stück, davon 1 Fohlen, 1, Stück aus Oberösterreich, 8 aus Niederösterreich, 6 aus dem Burgenland, 1 Stück aus der Steiermark, Verkauft wurden als Schlachttiere 12, als Nutztiere 0, wovon vier Stück unverkauft blieben.

Notierungen: Schlachttiere Fohlen: 17 S, Pferde extren 12.50, 1. Qualität 11 bis 12, 2. Qualität 9 bis 10, 3. Qualität 6.50. Auftrieb am Auslandsschlachthof: 16 Stück aus Jugoslawien (laut Meldung der M. 60) wurden verkauft zum Preis von 9.50 bis 14.50.

Marktverkehr: Der Durchschnittspreis für inländische Schlachtpferde ermäßigte sich um 88 Groschen je Kilogramm. Durchschnittspreis für Schlachtpferde: 10.38 (Fohlen 17), Schlacht- und Nutzpferde 0, Pferde und Fohlen 10.93.

\- - -

Wiener Internationale Gartenschau 1974:

Daten zum Internationalen Ideen-Wettbewerb

Umfang der Arbeiten

1. Juli (RK) Die Arbeiten umfassen einen Entwurf (Maßstab 1:1.000), ein Erschließungs- und Versorgungskonzept (1:1.000), Entwürfe von allen Hochbauten im WIG-Bereich (1:200) sowie drei Detailfragen aus dem Gartenschau-Programm nach Auswahl der Teilnehmer. Dazu kommen Flächenübersichten und Bauvolumina nach beiligenden Formblättern sowie eine Charakteristik des Ideen-Entwurfes als Text. Mit der Abgabe der Arbeiten unterwirft sich jeder Teilnehmer den Regeln des Wettbewerbs sowie den unwiderruflichen Entscheidungen des Preisgerichts.

Preisgericht und Preise

Fachleute aus insgesamt sechs europäischen Ländern bilden die Jury. Es handelt sich um

Professor Gustav Allinger (Bundesrepublik Deutschland)
Direktor F.G. Breman (Niederlande)
Professor Gunnar Marttinson (Schweden)
Dozent Dr. Mihály Möscenyi (Ungarn)
Architekt Eric Christian Sörensen (Dänemark)
Professor Dipl.-Ing. Dr. Rudolf Koller (Österreich)
Professor Architekt Ernst Plischke (Österreich)
Direktor Ing. Alfred Auer (Österreich).

Nach folgenden vier grundsätzlichen Gesichtspunkten wird das Preisgericht bei der Wertung der ihm vorliegenden Arbeiten vorgehen:

Ordnungsprinzip als Funktion für den klaglosen Ausstellungsbetrieb 1974;

Verwendbarkeit der Konzeption für die nach Beendigung der Ausstellung vorgesehenen Zwecke;

Gehalt an ursprünglichen, gemeinsam den vorgenannten Punkten gerecht werdenden Ideen und Einzelheiten;

ökonomische Realisierbarkeit der eingereichten Ideen.

./.

Der Wettbewerb ist mit vier Preisen dotiert, und zwar: 1. Preis 250.000 Schilling; 2. Preis 200.000 Schilling; 3. Preis 100.000 Schilling; 4. Preis 80.000 Schilling; weiters drei Ankäufe zu je 50.000 Schilling.

Alle preisgekrönten Arbeiten gehen in das Eigentum der Stadt Wien über. Das geistige Eigentum bleibt den Preisträgern oder Preisträgergruppen gewahrt. Außerdem werden alle jurierten Wettbewerbsarbeiten öffentlich und unter Namensnennung der Verfasser im Rathaus der Stadt Wien ausgestellt.

Die einzelnen Termine

14. Juli 1969: Nach vorheriger Überweisung der Schutzgebühr (1.000 Schilling, Postscheck-Konto Nr. 210.000 der Stadt Wien) stehen von diesem Tag an die Unterlagen beim Stadtgartenamt Wien zur Verfügung. —

4. Oktober 1969: Letzter Termin für Rückfragen an das Stadtgartenamt Wien (alle Rückfragen schriftlich und anonym).

3. November 1969: Aussendung der Beantwortung aller Anfragen in deutscher, englischer und französischer Sprache an alle Wettbewerbsteilnehmer.

20. Februar 1970 (15 Uhr): Spätester Abgabetermin für Wettbewerbsarbeiten.

Erste Februarhälfte 1970: Das Preisgericht wird zusammengerufen. Es wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, dessen Stimme bei Stimmengleichheit entscheidet.

Durchführung des Wettbewerbes: Magistrat der Stadt Wien, Magistratsabteilung 42 - Stadtgartenamt, Am Heumarkt 2 b, A-1030 Wien; Telefon (0222) 72 21 71.

(Über die heutige Pressekonferenz berichtete die "Rathaus-Korrespondenz" auf den Blättern 1835 bis 1837.)

\- - -

Konstituierung des Gemeinderatsausschusses XIII

1. Juli (RK) Zu ihrer ersten Sitzung nach den Gemeinderatswahlen traten heute die Mitglieder des Gemeinderatsausschusses XIII (Rechtsangelegenheiten) zusammen. Zum Vorsitzenden des Ausschusses wurde Gemeinderat Busta (SPÖ) zum Ersten Vorsitzenden-Stellvertreter Gemeinderat Wiesinger (SPÖ) zum Zweiten Vorsitzenden-Stellvertreter Gemeinderat Dr. Weninger (ÖVP) gewählt.

\- - -

Österreichisch-italienisches Journalistentreffen in Wien

1. Juli (RK) Eine Gruppe von italienischen Journalistengewerkschaftsfunktionären aus Rom, Genua und Triest ist zu einem österreichisch-italienischen Journalistentreffen nach Wien gekommen. Morgen sollen mit Vertretern der österreichischen Journalistengewerkschaft Fragen der Standesordnung, des Pressegesetzes, des Kollektivvertrages, der Krankenversicherung und der Altersversorgung besprochen und diskutiert werden. Die Delegation steht unter der Leitung von Prof. Antonio Garbarino (Genua), Viezpräsident der italiensichen Pressekammer.

Für den ersten Tag ihres Aufenthaltes in der österreichischen Bundeshauptstadt hatte die Stadt Wien ein Programm für die italienischen Gäste zusammengestellt. Am Vormittag wurde eine Rundfahrt durch das neue Wien unternommen, wobei besonders die Wiener Stadthalle und der Neubau des Allgemeinen Krankenhauses Aufsehen erregten. Am Nachmittag gab es eine Rundfahrt durch das historische Wien.

Zu Mittag begrüßte Stadtrat Suttner in Vertretung des Bürgermeisters die Gäste auf dem Kahlenberg: "Sie sind in eine Stadt gekommen", sagte der Stadtrat, "in der sie sehr viel Altes aber auch viel Neues sehen können. Man hat Wien oft die Lebensfähigkeit und die Lebensberechtigung abgesprochen. Trotzdem: Wien ist reich an Geschichte und großen Persönlichkeiten gewesen, die in dieser Stadt gelebt und gewirkt haben; und die derzeitige Stadtverwaltung ist bemüht, diese Stadt für die Zukunft auszurichten. Wir geben jährlich viel Geld aus, um die Zukunft zu erforschen und die Stadt für die Zukunft vorzubereiten.

./.

Wir sind auch bestrebt, Wien zu einer Stätte der Zusammenkunft auszubauen. Unsere Stadt steht heute in der Reihe der Kongreßstädte bereits an sechster Stelle. Gerade in einer Zeit, in der die Welt so klein wird, und die Menschen einander näherrücken, kommt auch den Journalisten eine große Aufgabe zu: Sie berichten der Welt von der Welt. Deshalb freut es die Stadt Wienbesonders, daß Sie zu ihrem Gespräch mit österreichischen Kollegen in die Bundeshauptstadt gekommen sind.

Prof. Garbarino dankte für den freundlichen Empfang der Stadt Wien und betonte, daß im Vordergrund der Bestrebungen der italienischen Journalisten die Zusammenarbeit mit Journalisten aus allen Ländern steht. Man wolle eine weltweite Zusammenarbeit schaffen und die Bedeutung des Journalistenberufes der Welt näherbringen.

Morgen Mittwoch sind die Journalisten Gäste der Bundesregierung und werden ein Informationsgespräch mit Außenminister Dr. Waldheim und Bundeskanzler Dr. Klaus haben. Der letzte Tag ihres Aufenthaltes, Donnerstag, 3. Juli, ist einem Besuch bei der Austria Presse-Agentur und im Pressehaus in Döbling gewidmet.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Fortsetzung der Altfassadenaktion der Gemeinde Wien

2. Juli (RK) In Fortsetzung der Altfassadenaktion der Gemeinde Wien beantragte Stadtrat Kurt Heller in der Sitzung des Wiener Stadtsenates die Gewährung von Zuschüssen an die Besitzer von acht wertvollen Altstadthäusern. Drei dieser Häuser befinden sich in der Kahlenberger Straße, der besterhaltenen Weinhauerstraße Wiens.

Eines der acht Häuser befindet sich im 3. Bezirk, und zwar Am Heumarkt 25, die übrigen im 19. Bezirk, Cobenzlgasse 29, Greinergasse 27, Kahlenberger Straße 4, 6 und 30, Sandgasse 2 und St. Georg-Platz 2. Die dafür vorgesehenen Mittel ergeben einen Gesamtbetrag von 121.000 Schilling. Der Wiener Gemeinderat wird sich in seiner nächsten Geschäftssitzung mit diesen Anträgen beschäftigen.

\- - -

Goldenes Wiener Ehrenzeichen für Fritz Muliar

2. Juli (RK) Die Wiener Landesregierung hat auf Antrag von Stadtrat Kurt Heller beschlossen, dem bekannten Schauspieler Fritz Muliar das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien zu verleihen. Der Zeitpunkt der feierlichen Überreichung durch Landeshauptmann und Bürgermeister Bruno Marek wird rechtzeitig mitgeteilt.

\- - -

Dritter Internationaler Kongreß der Planetariumsleiter

2. Juli (RK) Rund 65 Delegierte von Planetarien aus aller Welt und Expertenteams der Planetariumsgeräte-Firmen Carl Zeiss/ Oberkochen, Jenoptik/Jena und Baader Planetarium / München werden sich kommende Woche vom 7. bis 13. Juli im Sternentheater im Wiener Prater beziehungsweise in der Wiener Urania treffen, um hier ihren dritten Internationalen Kongreß abhalten.

Auf dem Programm stehen zahlreiche Referate und Demonstrationen, welche die aktuelle astronomische und weltraumtechnische Öffentlichkeitsarbeit dieser Institute betreffen. In einer Spezialgeräte-Ausstellung im Foyer des Wiener Planetariums werde darüber hinaus die neuesten technischen Entwicklungen auf diesem Gebiet gezeigt.

Eine wichtige Aufgabe der Delegierten wird in der Gründung einer Internationalen Union der Planetariumsleiter bestehen. Sinn und Zweck dieser Union wird es sein, durch die Erfassung der etwa 70 bis 100 Institute in aller Welt den Programmaustausch untereinander zu fördern und es den einzelnen Planetarien zu ermöglichen sich über die jeweils neuesten technischen Errungenschaften zu informieren.

Mit der ehrenamtlichen Vorbereitung und Durchführung dieses Kongresses wurde vom Kongreßkomitee der wissenschaftliche Leiter des Wiener Planetariums, Hermann Mucke, beauftragt. Das Planetarium wird für die Dauer des Planetariumsleiter-Kongresses für den allgemeinen Publikumsbesuch geschlossen bleiben.

\- - -

Jugendsport- und Turnabzeichen kann auch auf Sportplätzen der offenen Tür erworben werden

2. Juli (RK) Im Rahmen der von der Sportstelle der Stadt Wien in Zusammenarbeit mit dem Wiener Landesjugendreferat abgehaltenen Aktion "Sportplatz der offenen Tür", kann auch die Prüfung für das "Österreichische Jugendsport- und Turnabzeichen" (ÖJSTA) abgelegt werden. Kinder in Alter zwischen sechs und 15 Jahren können bis September auf folgenden Sportstätten zwischen 14 und 17 Uhr in den Genuß dieser Trophäe kommen: Montag den 21. Juli, Sportplatz 10, Windtenstraße - Dienstag den 22. Juli, Sportplatz 16, Erdbrustgasse - Mittwoch, den 23. Juli, Sportplatz 23, Atzgersdorf-Steinergasse und Freitag den 25. Juli, in Hallenschwimmbad Wien 21, Foridsdorf. Anmeldungen zur Erlangung des Jugendsportabzeichens nehmen die Sportlehrer der Aktion "Sportplatz der offenen Tür" entgegen. Die Sportstelle der Stadt Wien auf dem Vogelweidplatz 14 im 15. Wiener Gemeindebzirk erteilt unter der Telefonnummer 92 66 01/Klappe 268 fachliche Auskünfte. Für die die Prüfung zum Sportabzeichen ablegenden jungen Sportler ist die Mitnahme eines Lichtbildausweises zur Anmeldung wichtig.

Besonders erfreulich ist der Anklang, den die Wiener Stadthalle im Zuge der auf 16 Wiener Sportanlagen durchgeführten kostenlosen, außerschulischen Sportförderungsmaßnahme des Sportplatzes der offenen Tür findet. 220 Schülerinnen und Schüler kommen täglich auf den Vogelweidplatz, um sich in den Disziplinen allgemeine Körperbildung, Volleyball, Basketball, Judo, Rudern, Paddeln, Geräteturnen und Gymnastik zu vervollkommnen oder zu betätigen. Die Neigungen der Jungsportler werden von geprüften Sportlehrern stets unterstüzt und gefördert.

\- - -

Hauptkläranlage:

535 Millionen für die erste Baustufe

2. Juli (RK) Im Tiefbauausschuß des Gemeinderates referierte heute Stadtrat Kurt Heller einen Antrag zum Bau der ersten Stufe der Hauptkläranlage in Simmering. Der Gemeinderat hat bereits am 20. März 1968 den Grundsatzbeschluß über die Errichtung dieser Hauptkläranlage gefaßt. Der Tiefbauausschuß genehmigte heute die Kosten für die erste Ausbaustufe in der Höhe von 535 Millionen Schilling. Baurate für 1969 ist ein Betrag von 15.000 Schilling. Der Antrag muß noch von Gemeinderatsausschuß für Baubehördliche Angelegenheiten, vom Finanzausschuß, vom Stadtsenat und schließlich vom Gemeinderat genehmigt werden.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

2. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Gurken 6 bis 7 S, Paradeiser 5 bis 6 S je Kilogramm, Karfiol 4 bis 5 S je Stück.

Obst: Kirschen 8 bis 10 S, Pfirsiche 10 bis 12 S, Ribiseln 10 bis 12 S je Kilogramm.

\- - -

Noch mehr Geld für die Vorarbeiten zur 3. Wasserleitung

2. Juli (RK) Die Vorarbeiten für den ersten Bauabschnitt der 3. Wasserleitung haben bisher bereits 26 Millionen Schilling gekostet. Diese Vorarbeiten müssen gemacht werden, damit ein Konsens zur Entnahme von Grundwasser für die weitere Sicherung der Wasserversorgung der Stadt Wien erlangt werden kann. Wie Stadtrat Kurt Heller in der Sitzung des Wiener Stadtsenates mitteilte, werden durch das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft in dieser Hinsicht immer neue Auflagen gemacht, sodaß die im Budget vorgesehenen Geldmittel nicht mehr ausreichen. Heller beantragte deshalb eine Erhöhung des vorgesehenen Sachkredits um 750.000 Schilling.

\- - -

Neuerliche Subvention der Gemeinde Wien für die Karlskirche

2. Juni (RK) "Dem Verein der Freunde und Gönner der Wiener Karlskirche wird von der Gemeinde Wien für die Instandsetzungsarbeiten an der Karlskirche für das Jahr 1969 eine Subvention in der Höhe von 300.000 Schilling gewährt" war der Wortlaut eines Antrages, den Stadtrat Kurt Heller in der Sitzung des Wiener Stadtsenates stellte.

Dieser Verein hat es sich bekanntlich zur Aufgabe gestellt, die finanziellen Mittel für eine stilgerechte Wiederherstellung der Karlskirche aufzubringen. Schon im vorigen Jahr sind sowohl von der Erzdiözese Wien, vom Bundesdenkmalamt und von der Stadt Wien große Beträge als Starthilfe für die Instandsetzung zur Verfügung gestellt worden. In Anbetracht der fortschreitenden Verfallserscheinungen und der kulturellen Bedeutung dieses sakralen Bauwerkes erscheint es jedoch notwendig, neben den großen finanziellen Zuschüssen von 4,5 Millionen Schilling, die in Jahresraten von 300.000 Schilling auf Grund von Gemeinderatsbeschlüssen für die Renovierung des Wiener Stephansdomes von der Stadt Wien geleistet werden, auch für die Instandsetzungsarbeiten an der Karlskirche einen weiteren Betrag von 300.000 Schilling für das Jahr 1969 zur Verfügung zu stellen.

\- - -

Neue Subventionen der Gemeinde Wien an wissenschaftliche und kulturelle Institutionen

2. Juli (RK) Subventionsanträge für 17 wissenschaftliche, soziale und kulturelle Institutionen mit einem Gesamtbetrag von mehr als 2,7 Millionen Schilling stellten die Stadträte Heller und Dkfm. Hintschig im Wiener Stadtsenat.

Es sollen erhalten: das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung als weiteren Baukostenzuschuß der Stadt Wien für das neue Institutsgebäude 750.000 Schilling, die Arbeitsgemeinschaft "Verhütet den Krebs" 10.000, die Freiwillige Feuerwehr Pottschach 1.000 Schilling, die Freiwillige Feuerwehr Sieding 2.000 Schilling, der Wiener Landes-Feuerwehrverband 1,000.000 Schilling, der Österreichische Bundesjugendring 20.000 Schilling, die Österreichische Krebsgesellschaft 40.000 Schilling, die Österreichische Liga für Menschenrechte 12.000 Schilling, die Österreichische Widerstandsbewegung 50.000 Schilling, der Verein "Hausgehilfenheim" 40.000 Schilling, der VOX, Schutzverband der Schwerhörigen Österreichs 40.000 Schilling, der Wiener Fischerei-Ausschuß 57.839 Schilling, das Wiener Institut für Entwicklungsfragen 600.000 Schilling, der Österreichische Jugendherbergsverband 60.000 Schilling, der Wiener Jugendherbergsverband 30.000 Schilling, der Österreichische Komponistenbund 25.000 Schilling und der Hauptverband des Österreichischen Buchhandels 20.000 Schilling.

\- - -

Neue städtische Wohnhausanlagen

2. Juli (RK) Im Hochbauausschuß des Gemeinderates wurde heute der Bau zweier neuer Wohnhausanlgen beschlossen. Stadtrat Kurt Heller (in Vertretung von Stadtrat Hubert Pfoch) referierte einen Antrag auf Errichtung des dritten Bauteiles der Großfeld-Siedlung im 21. Bezirk. Der Ausschuß genehmigte hiefür einen Betrag von 124,5 Millionen Schilling. Auf einem Areal von rund 35.000 Quadratmeter sollen 484 Wohnungen errichtet werden (242 Wohnungen mit zwei Zimmern, 187 Wohnungen mit drei Zimmern und 55 Wohnungen mit vier Zimmern). Zu diesem Teil der Großfeldsiedlung werden 15 maschinell eingerichtete Waschküchen gehören.

Der zweite Antrag betraf einen Wohnhausbau im 15. Bezirk, Schwendergasse 21-23. Dort sollen - auf einem Areal von 630 Quadratmetern - zwei fünfgeschoßige Wohnhäuser errichtet werden, in denen 23 Wohnungen, zwei Atelierwohnungen und zwei Geschäftslokale untergebracht sein werden. Der Ausschuß genehmigte für dieses Projekt einen Betrag von 5,2 Millionen Schilling.

\- - -

Vizebürgermeister Slavik besuchte Mutter der Drillinge

2. Juli (RK) Zu den zahlreichen Gratulanten, die der Mutter der dritten Wiener Drillinge des heurigen Jahres, Frau Waltraud Waldl, Glück wünschten, gehörte heute nachmittag auch Vizebürgermeister Felix Slavik. Begleitet von Primarius Dr.Stellio Skamnakis besuchte er die junge Frau im Rudolfinerhaus, um ihr namens der Stadt Wien einen Rosenstrauß und eine Vase aus Augarten-Porzellan zu überreichen. Der Vizebürgermeister gab seiner Freude Ausdruck, daß Mutter und Kinder wohlauf sind; Frau Waldl sei es zu danken, meinte er, wenn das heurige Jahr ein Rekord-Drillingsjahr wird. Im vergangenen Jahr wurden zwar ebenfalls dreimal Drillinge geboren, heuer konnte diese Zahl jedoch bereits Ende Juni erreicht werden, so daß nocht gute Aussichten auf weiteren dreifachen Nachwuchs in Wien gestehen.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Konstituierung des Planungsausschusses:

Kooperation zwischen Politikern, Beamten und Wissenschaftlern

3. Juli (RK) Die konstituierende Sitzung des Planungsausschusses des Gemeinderates (es handelt sich um den Ausschuß für die neugeschaffene Verwaltungsgruppe VI) begann mit einer Grundsatzerklärung des zuständigen Stadtrates:

Ing. Fritz Hofmann wies darauf hin, daß an der Verwaltungsgruppe "Planung" alles neu sei. Die Neuschaffung von Verwaltungsgruppen sei eine nicht alltägliche Sache. Stadtrat Hofmann bezeichnete die Schaffung dieser Verwaltungsgruppe als Manifestation der erhöhten Bedeutung, die dem planerischen Teil kommunaler Tätigkeit zugemessen wird. Der neue Ressortchef sprach sich für die Methode der "umfassenden Planungsbetrachtung" aus, stimuliert durch ein Teamwork zwischen Politikern, Beamten und Wissenschaftlern. Hofmann stellte ganz bewußt "politische Zielsetzungen" in den Vordergrund, dies jedoch unter Betonung des Gegensatzes zwischen den Begriffen "politisch" und "parteipolitisch". Seine persönliche Aufgabe sehe er keineswegs darin, selbst planerisch tätig zu werden, sondern die Führung einer kooperativen Gemeinschaft zur Förderung der Planung zu übernehmen. Hofmann sagte, er wolle das Seine dazu tun, das richtige Klima für das Heranreifen bestmöglicher Entscheidungen im Sinne aller Wiener zu schaffen.

./.

Zum Vorsitzenden des Ausschusses wurde Gemeinderat Hans Mayr (SPÖ) gewählt, ~~seine Stellvertreter~~ sind Gemeinderat ~~Dozent~~ Dr. Alfred Gisel (SPÖ) und Dipl.-Ing. Dr. Robert Strobl (ÖVP).

Gleich in der ersten Sitzung bekräftigte der Ausschuß die Grundsatzerklärung des Stadtrates durch einen Beschluß: Er genehmigte einen Betrag von 325.000 Schilling für eine Untersuchung, mit der das Österreichische Institut für Raumplanung beauftragt wird. Es geht dabei um die Ausarbeitung eines Gesamtkonzepts für die Ausgestaltung des Praters, die unter anderem eine funktionelle Gliederung dieses wichtigen Erholungsgebietes ebenso festlegen soll wie einen Bepflanzungsplan, der angesichts des Rückganges der Waldsubstanz unerläßlich ist.

\- - -

Neues Kursprogramm der Gewerkschaft

3. Juli (RK) Das Referat für Berufsweiterbildung - Bildungsreferat der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten hat soeben das neue Kursprogramm für Stenographie, Maschinschreiben, Deutsch und Rechnen veröffentlicht.

Danach beginnen Ende September die Kurse, wobei für Stenographie und Maschinschreiben sich sowohl Möglichkeiten für Anfänger als auch Fortgeschrittene bieten.

Die Kursdauer beträgt jeweils drei Monate, der Kursbeitrag 120 Schilling (einmal wöchentlich) beziehungsweise 180 Schilling (zweimal wöchentlich). Nach Beendigung ihres Kurses erhalten die Teilnehmer unter Vorlage des durch die Kursleitung bestätigten Antragformulares 50 Prozent der bezahlten Kursgebühren durch das Bildungsreferat rückvergütet. Auskünfte erteilen die Kollegen Friedrich Baumgartner (Tel. 42 800, Klappe 2215) und Rudolf Seifert (Tel. 57 95 21, Klappe 45).

\- - -

Fritz Brukner zum Gedenken

3. Juli (RK) Auf den 4. Juli fällt der 25. Todestag des Literaturhistorikers Dr.Fritz Brukner.

Er wurde am 3. August 1881 in Wien geboren und trat nach Absolvierung des juristischen Studiums zuerst mit der Publikation "Ferdinand Raimund in der Dichtung seiner Zeitgenossen" vor die Öffentlichkeit. Es folgte die Herausgabe zweier Stücke Nestroys, einer vierteiligen Nestroy-Edition und einer Sammlung von Raimunds Liebesbriefen. Seit 1921 besorgte er mit Eduard Castle die siebenbändige Raimund-Gesamtausgabe und mit Otto Rommel die Veröffentlichung von Nestroys Nachlaß. 1932 erschien von ihm die Sammlung "Wiener Faustdichtungen von Stranitzky bis zu Goethes Tod". Sein Arbeitsgebiet war auf dem Theatersektor praktisch unbegrenzt. Seit 1913 hatte sich Fritz Brukner neben seiner wissenschaftlichen Tätigkeit auch als Verleger und Teilhaber des Schroll-Verlages betätigt. Das hohe künstlerische Niveau dessen Produktionen ist unbestreitbar sein Verdienst. Da er von Haus aus begütert war, konnte er sich seiner Leidenschaft, der Sammlung von Bibliophilien, widmen. Im Laufe der Jahre brachte er eine Bibliothek, die einen Großteil von Seltsamkeiten des Wiener Theaterlebens enthielt, sowie eine umfassende Handschriftensammlung zustande. 1938 wurde Brukner gewaltsam aus seinem Forscherleben ausgeschaltet und in brutalster Weise seiner Sammlungen beraubt. Dies trug entscheidend zu seinem Tode bei. Seine Sammlungen gingen 1955 durch Ankauf in den Besitz der Stadt Wien über.

\- - -

Musikveranstaltungen in der Woche vom 7. bis 13. Juli

3. Juli (RK)

Montag, 7. Juli:

17.00 Uhr, 3. Bezirk, Oberer Belvedere-Garten, Kulturamt der Stadt Wien: 1.Promenadekonzert; Wiener Konzertorchester, Dirigent und Solist Jaro Schmied (Werke von Johann Strauß, Eduard Strauß, Franz Lehár, Oscar Straus, Johann Svendsen, Henry Taborski und Hans Totzauer)

20.00 Uhr, Palais Rasumofsky, Kulturamt der Stadt Wien: 3.Palaiskonzert; Klavierabend Rudolf Buchbinder (Mozart: Fantasie d-Moll KV 397; Beethoven: 7 Bagatellen op.33; Vorsicek: Sonate b-Moll op.20; Chopin: 12 Etüden op.10)

Dienstag, 8. Juli:

17.30 Uhr, 15. Bezirk, Märzpark, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe

17.30 Uhr, 21. Bezirk, Wasserpark, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener Gaswerke

20.00 Uhr, Wr. Rathaus, Arkadenhof, Kulturamt der Stadt Wien: 3.Orchesterkonzert; Wiener Symphoniker, Dirigent Hugo Käch (Siegl: Pastoral-Ouverture; Schubert: 3. Symphonie D-Dur; Brahms: 2.Symphonie D-Dur op.73)

Mittwoch, 9. Juli:

17.30 Uhr, 11. Bezirk, Herderpark, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener Gaswerke

19.00 Uhr, Dom St. Stephan, Orgelkonzert

20.00 Uhr, Palais Schwarzenberg, Kulturamt der Stadt Wien: 4.Palaiskonzert; Liederabend Ilana Bruckmann (Alt) und Ladislav Illavsky (Bariton), am Flügel Hans Peter Schilly (Lieder von Schubert, Mendelssohn, Brahms, Mahler, Novak, Suchon und Ben-Haim)

20.00 Uhr, Wr. Rathaus, Arkadenhof, Kulturamt der Stadt Wien: 1.Jazzkonzert; Wiener All-Stars - Erich Kleinschuster-Sextett, Rudi Wilfer-Trio, Lukacz Costa und Rudolf Hansen, Combo des Instituts für Jazz am Konservatorium der Stadt Wien

Donnerstag, 10. Juli:

17.00 Uhr, 1. Bezirk, Volksgarten, Kulturamt der Stadt Wien: 2.Promenadekonzert; Wiener Konzertorchester, Dirigent und Solist Jaro Schmied (Werke von Johann Strauß, Franz von Suppé, Karl Hawranek, Jaro Schmied und Karl Loubé)

./.

Donnerstag, 10. Juli:

17.30 Uhr, 12. Bezirk, Steinbauerpark, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Polizeimusik Wien

17.30 Uhr, 16. Bezirk, Kongreßpark, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener Gaswerke

20.00 Uhr, Palais Palffy, Kulturamt der Stadt Wien: 5.Palaiskonzert; Ernst Kovacic, Violine - Peter Lang, Klavier (Mozart: Sonate e-Moll KV 304; Schubert: Duo A-Dur op.162; R.Strauss: Sonate Es-Dur op.18; Saint-Saens: Havanaise op.83)

Freitag, 11. Juli:

17.30 Uhr, 10. Bezirk, Paltramplatz, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Polizeimusik Wien

17.30 Uhr, 20. Bezirk, Allerheiligenplatz, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe

20.00 Uhr, Wr. Rathaus, Arkadenhof, Kulturamt der Stadt Wien: 4.Orchesterkonzert; Wiener Symphoniker, Dirigent Kur Wöss (Cimarosa: Ouverture zu "Die heimliche Ehe"; Mozart: Symphonie Nr. 34 C-Dur KV 338; O.Lutz: Symphonisches Präludium; Bizet: 1.Symphonie C-Dur)

Samstag, 12. Juli:

20.00 Uhr, Kulturzentrum, 1, Annagasse 20, Internationales Kulturzentrum: Klavierabend Anna Tsitsa (Mozart, Beethoven, Schumann, Debussy, Bartók, Hadzidakis)

Sonntag, 13. Juli:

20.00 Uhr, Minoritenkirche, Institute of European Studies: Chorkonzert; Santa Clara Chorale, Leitung David Wilson (de Victoria, Gallus, Hassler, Scarlatti, Mozart, Vaugham, Negro Spirituals, u.a.)

20.00 Uhr, Theater an der Wien, Theater an der Wien-Gesellschaft: Operettenkonzert; Orchester des Theaters an der Wien, Gerda Scheyrer, Marion Briner, John van Kesteren und Rudolf Wasserlof (Solisten), Dirigent Rudolf Bibl (Strauß, Suppé, Lehár, Kálmán u.a.)

\- - -

Konstituierende Sitzung des Ausschusses für Baubehördliche Angelegenheiten

3. Juli (RK) Heute vormittag begrüßte Stadträtin Dkfm. Dr. Maria Schaumayer (Amtsführender Stadtrat für Baubehördliche und Sonstige Technische Angelegenheiten) im Sitzungszimmer der Stadtbaudirektion die Mitglieder des neugewählten Ausschusses für diese Verwaltungsgruppe. Zum Vorsitzenden des Ausschusses wurde Gemeinderat Josef Windisch (SPÖ) gewählt. Seine Stellvertreter sind die Gemeinderäte Josef Michalica (SPÖ) und Dr. Matthias Glatzl (ÖVP).

Der neue Ausschußvorsitzende, Gemeinderat Josef Windisch, der schon einmal Vorsitzender des Ausschusses für Baubehördliche Angelegenheiten war, sprach die Hoffnung aus, daß der Ausschuß seine umfangreiche Tätigkeit in der Atmosphäre sachlicher Zusammenarbeit durchführen werde.

\- - -

Richtigstellung zu den Kosten der Kläranlage

3. Juli (RK) Durch einen Irrtum wurde im Zusammenhang mit dem gestrigen Beschluß des Tiefbauausschusses über den Bau der Hauptkläranlage Simmering die Baurate für 1969 mit 15.000 Schilling angegeben. Richtig soll es heißen: 15 Millionen Schilling.

\- - -

Kein Provisorium in St.Marx

3. Juli (RK) Im Gemeinderatsausschuß für Wirtschaftsangelegenheiten referierte heute Dipl.Ing.N.E. Wernberg über den Stand der Planung für das künftige Fleischzentrum St.Marx, Stadtrat Dr.Pius Prutscher erklärte dazu, daß der Fleischgroßmarkt nicht - wie ursprünglich vorgesehen - provisorisch in den Auslandsschlachthof übersiedelt werden soll; statt dessen soll mit größtmöglicher Beschleunigung der Bau des endgültigen Projektes in Angriff genommen werden.

Für den Neubau des Fleischzentrums St.Marx hat der Wiener Gemeinderat am 21. Februar einen Sachkredit von 398 Millionen Schilling und eine erste Baurate von 25 Millionen Schilling bewilligt. Weil um die Jahreswende bekanntgeworden war, daß im Zentrum Landstraße ein Air-Terminal für die Stadt-Abfertigung der Flugpassagiere - vor allem der Benützer der kommenden Jumbo-Jets - errichtet werden soll, wurde der Plan erwogen, den Fleischgroßmarkt vorzeitig auf das Gelände des künftigen Fleischzentrums St.Marx zu übersiedeln, um die Bauarbeiten nicht zu behindern. Der Fleisch-Detailmarkt dagegen verbleibt bekanntlich weiterhin im Zentrum Landstraße.

Da es hinsichtlich des Air-Terminals noch zu keiner Entscheidung gekommen ist, schlug Stadtrat Dr.Prutscher (Wirtschaftsangelegenheiten) vor, auf das Provisorium zu verzichten und lieber gleich mit der Realisierung des endgültigen Projekts zu beginnen. Dieser Vorschlag wurde von Stadtrat Hubert Pfoch (Hochbau) und der Stadtbaudirektion begrüßt.

Stadtbaudirektor Professor Dr.Rudolf Koller erklärte heute, daß die erste Baustufe des künftigen Fleischzentrums St.Marx - der Fleischgroßmarkt und die Kühlanlage - Ende 1971 fertiggestellt sein könnte, bei beschränkter Ausschreibung möglicherweise bereits im Frühjahr 1971.

\- - -

Ab Herbst: Modernster ärztlicher Bereitschaftsdienst

3. Juli (RK) Der Gemeinderatsausschuß für das Gesundheitswesen genehmigte in seiner heutigen Sitzung den Beitrag der Stadt Wien für die ab 1. August und 1. Oktober laufenden zentralen Totenbeschau- und ärztlichen Bereitschaftsdienstes in der Bundeshauptstadt. Diese Dienste stellen die modernsten ihrer Art in Europa dar.

Zur Gewährleistung der dauernden Aufrechterhaltung des zentralen Totenbeschaudienstes im Rahmen des neuen ärztlichen Bereitschaftsdienstes zur Sicherstellung der dringenden ärztlichen Versorgung der Wiener Bevölkerung an Wochenenden, Feiertagen, zu Weihnachten und zum Jahreswechsel, verpflichtet sich die Stadt Wien gegenüber der Wiener Ärztekammer als Organisator des Dienstes zur Leistung eines Beitrages von einer Million Schilling jeweils für einen Zeitraum von zwölf Monaten. Die Stadtverwaltung verpflichtet sich des weiteren für den Bereitschaftsdienst der Ärztekammer für Wien einen mit Funkgerät ausgestatteten Personenkraftwagen in vorschriftsmäßigem Zustand samt Wagenlenker zur Verfügung zu stellen. Dieser Personenkraftwagen, der primär für den Einsatz des Totenbeschau-Arztes bestimmt ist, hat nach Maßgabe der für diesen Zweck nicht herangezogenen Verwendung dem Einsatz eines Funkdienstarztes zu dienen. Bei Ausfall des von der Stadt Wien zur Verfügung gestellten Personenkraftwagens oder Chauffeurs sorgt diese unverzüglich für Ersatz. Mit der Sachleistung und Geldleistung durch die Stadt Wien sind sämtliche für den Bereitschaftsdienst und den im Rahmen des Bereitschaftsdienstes unterhaltenen Totenbeschaudienst der Ärztekammer für Wien erwachsenden Kosten einschließlich des den Bereitschaftsdienstärzten zustehenden Pauschal-Entgeltes für jeweils zwölf Monate abgegolten.

Nur 33 Ärzte im Einsatz

Im Gegensatz zu früher 86 immobilen Ärzten versehen im Rahmen der neuen zentralen ärztlichen Aktion nur mehr insgesamt 33 Ärzte in Funkwagen oder in der Praxis ihren Dienst.

./.

In der Einsatzzentrale am Margaretener Hundsturm (Sitz des Landesverbandes Wien der Österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz) nehmen vier Ärzte die Anrufe entgegen und verweisen die Patienten an die in ihren Ordinationen amtierenden Ärzte oder schalten einen der acht Funkdienst-Ärzte ein, welche in funkgeleiteten Ambulanzwagen des Roten Kreuzes, des Arbeiter-Samariterbundes und des Malteser Ritterordens nach einer bestimmten Rayonseinteilung alle 23 Bezirke abfahren und somit optimal versorgen.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

3. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Erbsen 6 S, Gurken 6 bis 7 S je Kilogramm, Karfiol 4 bis 5 S je Stück.

Obst: Bananen 7 bis 8 S, Kirschen 8 bis 10 S, Ribisel 10 S je Kilogramm.

\- - -

Schweinenachmarkt vom 3. Juli

3. Juli (RK) Neuzufuhr 52, Durchläufer 52. Gesamtauftrieb dasselbe. Verkauft wurde alles. Marktverkehr ruhig.

\- - -

Pferdenachmarkt vom 3. Juli

3. Juli (RK) Auftrieb auf dem Zentralviehmarkt: O. Auslandsschlachthof (laut Mitteilung der M. 60 15 Stück Pferde aus Jugoslawien zum Preis von 9.50 bis 14.50).

\- - -

Rindernachmarkt vom 3. Juli

3. Juli (RK) Kein Auftrieb

\- - -

14 Angebote für U-Bahn-Abschnitt Karlsplatz

3. Juli (RK) Heute vormittag um 10 Uhr fand im Rathaus die Anboteröffnung jener Offerte statt, die auf die Ausschreibung der Bauarbeiten für den 1. U-Bahn-Bauabschnitt (Karlsplatz) eingegangen waren. 14 Bietgemeinschaften haben insgesamt 43 Varianten eingereicht. Außer österreichischen Firmen sind in den Bietgemeinschaften auch Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland, den USA, Frankreich, Italien und der Schweiz vertreten. Die öffentliche Anboteröffnung wurde von rund 50 interessierten Personen - großenteils Firmenvertretern - besucht.

Gegenstand der Ausschreibung waren die gesamten Bauarbeiten des ersten Bauabschnittes. Die Vielfalt der Arbeiten ist die Ursache für die große Anzahl der Varianten.

\- - -

Gespräche Stadtwerke - Verkehrsministerium in Aussicht gestellt

3. Juli (RK) Wiens Planungsstadtrat Ing.Fritz Hofmann und Stadtwerkestadtrat Franz Nekula statteten heute nachmittag Verkehrsminister Dr.Ludwig Weisz einen Besuch ab. Bei dieser Gelegenheit wurden die Möglichkeiten der Verkehrserschließung der Region Wien besprochen sowie das Ausbauprogramm der Wiener E-Werke. Stadtrat Nekula interpretierte die Wünsche der Wiener Verkehrsbetriebe an die Aufsichtsbehörde. Er verwies darauf, daß in Wien Wagenrevisionen alle 200.000 Kilometer vorgeschrieben werden, während es im Ausland genügt, diese Revisionen alle 500.000 Kilometer vorzunehmen. Auch sollten die strengen Abnahmebestimmungen für Waggons liberaler gehandhabt werden.

Verkehrsminister Dipl.Ing.Dr.Ludwig Weisz sagte zu, daß er sich über diesen Problemkreis informieren werde. Er stellte weitere Gespräche in Aussicht, die unter Beiziehung der zuständigen Fachbeamten stattfinden sollen.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Im kommenden Schuljahr:

Mehr als 100.000 Pflichtschüler in Wien

4. Juli (RK) Wie aus einer Veröffentlichung der Magistratsabteilung 56 - Städtische Schulverwaltung hervorgeht, wird es im Schuljahr 1969/70 in Wien 181 Volksschulen, 98 Hauptschulen, 38 Sonderschulen und zehn Schulen des Polytechnischen Lehrganges mit zirka insgesamt 3.500 Klassen und 102.000 Schülern geben. Dies bedeutet, daß bei diesen Schulen erstmals wieder seit zwölf Jahren die Grenze von 100.000 Schülern überschritten wird.

Erreichte die Bevölkerungszahl Wiens vor dem ersten Weltkrieg im Jahre 1910 mit über zwei Millionen Menschen ihren Höhepunkt, so betrug vergleichsweise damals die Zahl der Schüler an städtischen Schulen 242.386. Die höchste Schülerzahl nach 1945 wurde im Schuljahr 1951/52 mit 149.214 erreicht, was eine Folge der starken Geburtsjahrgänge 1939 bis 1944 war. Der absolute Tiefstand war dagegen im Schuljahr 1963/64 infolge der niedrigen Geburtenziffern und durch die Rückgliederung von 80 der im Jahre 1938 Wien eingegliederten 97 niederösterreichischen Gemeinden, zu verzeichnen. Auf Grund des Ansteigens der Geburtenkurve nimmt jedoch nunmehr die Zahl der Schüler wieder jährlich ständig zu, so daß man zum Beispiel für das Schuljahr 1975/76 bereits mit zirka 120.00 Schülern rechnen kann.

./.

Die Vorausberechnung der Schülerzahlen sind die Grundlage für die Schulraumplanung, wohl eine der wichtigsten Tätigkeiten der städtischen Schulverwaltung. In Ausführung des vom Gemeinderat beschlossenen städtebaulichen Grundkonzeptes hat das Stadtbauamt das Stadtgebiet in zehn Bezirke geteilt und die künftige Bevölkerungszahl geschätzt. Dazu werden von der Schulverwaltung die Anzahl und Größe der Schulbauplätze angemeldet, wobei die Lage des Baugrundes durch das Einzugsgebiet und den gesetzlich festgelegten, zumutbaren Schulweg beziehungsweise unter Berücksichtigung des Verkehrsnetzes bestimmt wird. So werden zu Beginn des Schuljahres 1969/70 neun Schulneubauten fertiggestellt und in Betrieb genommen werden. Hat die Stadt Wien seit dem Ende des zweiten Weltkrieges insgesamt 68 neue Schulen errichtet, so betrug dazu vergleichsweise die Zahl der Schulneubauten von 1920 bis 1945 nur vier.

Die Schwierigkeiten bei der Dimensionierung der Schulneubauten in neuen Wohngebieten, in denen oft nur ein vorübergehender Spitzenbedarf an Schulraum gedeckt werden muß, haben die Wunschvorstellung der Schulverwaltung nach transportablen Klassenzimmern, nach einer "Schule auf Rädern" geweckt. Ein in Holland entwickeltes und dort in der Praxis vielfach bewährtes fahrbares Klassenzimmer wurde den hiesigen Erfordernissen angepaßt und wird - erstmals in Österreich - zu Beginn des kommenden Schuljahres in Wien eingesetzt werden. Insgesamt werden 20 dieser fahrbaren Klassen als Schulraumergänzung für alte Schulen, zur Deckung eines vorübergehenden Spitzenbedarfes in neuen Wohngebieten oder als Überbrückung bis zur Fertigstellung eines Schulneubaues verwendet werden. Eine weitere Neuheit, nicht nur für Wien, sondern auch für Österreich bedeutet die im Rahmen eines Schulkomplexes derzeit in Bau befindliche Turnhalle in der Großfeldsiedlung, welche nach ihrer Fertigstellung durch zwei mobile Faltwände in drei Schulturnsäle unterteilt, große Verwendungsmöglichkeiten bieten wird.

Wiens Aufwand für Schulneubauten und die bauliche Erhaltung der Schulen ist beträchtlich, so beträgt er allein für das Jahr 1969 an die 200 Millionen Schilling.

\- - -

Neuer "Z"-Generaldirektor über zukünftige Geschäftspolitik

Teamwork mit kundenorientierter Tätigkeit

4. Juli (RK) Dr.Karl Mantler, bisher Generaldirektor-Stellvertreter der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, ist mit Wirkung vom 1. Juni Leiter dieses großen Geldinstitutes. Heute vormittag informierte der neue Generaldirektor die Vertreter der Presse über sein Konzept für die zukünftige Geschäftspolitik der "Z".

Das neue geschäftspolitische Programm basiert auf einer konsequenten Orientierung am Kunden. Diese "Marketingkonzeption" drückt sich sowohl in der Betrachtung aller Leistungen der "Z" aus dem Gesichtspunkt des Kunden als auch im dynamischen an wissenschaftlichen Grundsätzen ausgerichteten Führungsstil aus. Angesichts der in Zukunft zu erwartenden vermehrten Veränderungen in allen Lebensbereichen und der damit verbundenen verschärften Konkurrenzlage erscheint diese Konzeption als wichtiges Instrument zur Bewältigung der Zukunft. Diese Einstellung wird durch ein an den einzelnen Kundengruppen orientiertes Programm dokumentiert.

Der private Kunde

Die zahlenmäßig stärkste Kundengruppe der "Z", die Privatkunden, also hauptsächlich die Gruppe der Arbeitnehmer. Seit Jänner 1968 untersucht die Zentralsparkasse gemeinsam mit dem Institut für empirische Sozialforschung das wirtschaftliche Verhalten von 600 durchschnittlichen Wiener Privathaushalten. Die Ergebnisse dieser Untersuchung bringen wertvolle Ansatzpunkte für die Geschäftspolitik.

Als finanziell besonders belastete Familienkategorien haben sich junge Ehepaare, kinderreiche Familien und alte Menschen erwiesen. Das Wohnungsproblem spielt dabei eine besondere Rolle. 40 Prozent der jungen Ehepaare haben keine eigene Wohnung, 18 Prozent hievon müssen getrennt leben. Besonders schlecht gestellt sind junge Familien mit mehreren Kindern. Durch frühzeitige Eheschließung ergibt sich schon in jungen Jahren.

./.

ein hoher Kreditbedarf. Die Kreditbelastung der Haushalte ist gerade im jungen 3-Personen-Haushalt am höchsten (1.000 Schilling pro Monat). Das Haushaltspanel zeigt auch die große Bedeutung der Ausbildung in bezug auf das spätere Einkommen und die besondere Rolle des eigenen Fahrzeuges als Faktor der Haushaltsfinanzen. Der Betrieb eines eigenen Fahrzeuges kostet dem durchschnittlichen autobesitzenden Haushalt weit mehr als die Wohnungsmiete.

Die Ergebnisse dieser Untersuchung und einer Reihe von anderen wissenschaftlichen Untersuchungen führten zur Konzeption der finanziellen Betreuung der Privatkundschaft durch verschiedene Serviceaktionen, die es dem einzelnen ermöglichen sollen, eine finanzielle Lebensplanung durchzuführen. Die bestehenden Servicepakete für die Wohnung und die Ausbildung sollen in Hinkunft durch weitere Pakete, vorerst durch das Z-Service Vorsorge, ein Kredit- und Informationspaket für ältere Menschen, ergänzt werden.

Das zentrale Instrument für die Finanzgebarung des privaten Kunden ist das Girokonto. Die Geschäftspolitik der Zentralsparkasse wird diesem Instrument auch in Zukunft besondere Bedeutung zumessen. Es soll zum Supermarkt der Geldabwicklung des privaten Haushalts werden. Besonders die Kreditabwicklung über das Girokonto soll in Hinkunft über die heutigen automatischen Finanzierungsmöglichkeiten (Kontoüberziehung) hinaus zu einem differenzierten Kreditinstrumentarium ausgebaut werden.

Durch die Einführung der Scheckkarte, die von der "Z" besonders forciert wird und die auch durch einen Diners-Klub-Kreditkarten Abschluß ergänzt wurde, ergibt sich ein neues Anwendungsgebiet des bargeldlosen Zahlungsverkehrs für den privaten Kunden.

Dieses Programm für den privaten Kunden soll durch organisatorische und technische Maßnahmen unterstützt werden. Besonders bedeutend erscheint hiebei die Zweigstellenstandortpolitik und die geplante Veränderung der internen Abwicklung in den Zweigstellen. Durch Einführung moderner technischer Möglichkeiten soll der Schalterverkehr wesentlich beschleunigt werden. Die Beendigung der Umstellung auf den Online-Direktverkehr wird es ermöglichen, das Schalterpult als Barriere zwischen Kunden und

./.

Angestellten weitgehend zu eliminieren.

Der neue Stil der Z-Zweigstelle wird durch Schnellabwicklung und individuelle Beratung in speziellen Beratungszonen geprägt werden. Es ist auch geplant, in der Architektur neue Wege zu gehen. Als Beispiel hiefür wird die Zweigstelle Floridsdorf am Spitz sein, die von Architekt Professor Hollein geplant und gestaltet wird. Der Schulung der Mitarbeiter wird nach dem neuen geschäftspolitischen Programm besondere Bedeutung zugemessen. Das vor kurzem in der ersten Phase fertiggestellte Z-Ausbildungsprogramm sieht die Anwendung modernster Methoden vor.

Der Selbständige (Gewerbe, Handel freie Berufe)

Dem Kundenkreis der Selbständigen wurde in der Geschäftspolitik der Zentralsparkasse traditionell immer große Bedeutung beigemessen (anzahlmäßig entfallen über 60 Prozent der Kredite an Kleinbetriebe und freie Berufe, fast 40 Prozent auf Mittelbetriebe und nur 1,5 Prozent auf Großbetriebe).

In Zukunft soll durch die Forcierung des Z-Mittelstandskredites die Geschäftspolitik auf diesem Gebiet einen neuen Schwerpunkt erhalten. Der Z-Mittelstandskredit wird durch ein Dezentralisierungskonzept unterstützt, das den Zweiganstalten ermöglicht, bei der Kreditvergabe mit erhöhtem Pouvoir zu arbeiten. Für die Selbständigen werden auch zusätzliche Leistungen, wie zum Beispiel Auslandsgeschäfte und Geschäftsanbahnungsdienste von immer größerer Bedeutung.

Eine neue Dienstleistung erstellt eine Tochtergesellschaft der Zentralsparkasse, die Firma Dataservice Ges.mbH: den Computerservice. Das Konzept dieser Firma sieht den Ausbau bestehender Dienstleistungen, insbesondere Lohnverrechnung, Betriebsbuchhaltung, Service für Hausverwaltungen und ein komplettes Angebot für das Rechnungswesen der Kunden vor.

Auch bei der Kundengruppe der Selbständigen wird das Girokonto sowohl auf dem Gebiet des Zahlungsve kehrs als auch der Kreditabwicklung das zentrale Instrument darstellen.

./.

Großkunden (öffentliche Hand, Wohnbau, Industrie, Großunternehmen)

Die Zentralsparkasse als zweitgrößtes österreichisches Kreditinstitut betreut anzahlmäßig zwar vorwiegend unselbständige und mittelständische Kunden, am Kreditvolumen gemessen, spielen jedoch Großkunden eine wichtige Rolle.

Der kommunalen Finanzierung wird auch in Hinkunft große Bedeutung zukommen, wobei wie bisher Vorhaben nicht nur in Wien, sondern auch in den Bundesländern finanziert werden. Ebenso wird der Wohnbau in Zukunft ein Schwerpunkt der Veranlagungspolitik der Zentralsparkasse bleiben. Schon heute ist die Zentralsparkasse der größte private Wohnbaufinanzier Österreichs. Auch auf dem Gebiet der Großkunden wird versucht, trotz der differenzierten Bedürfnisse dieser Kundenschicht nicht nur einzelne Finanzleistungen zu bieten, sondern kompakte Leistungspakete zu entwickeln. Der Computerservice wird gerade für Großkunden interessante Möglichkeiten, zum Beispiel die automatische Beleglesung oder ein integriertes Rechnungswesen, bieten.

Vor kurzem eingeführt wurde im Rahmen des Auslandsgeschäftes ein Informationsdienst über Nachbarstaaten, der speziell für exportorientierte Betriebe gedacht ist. Dieser Informationsdienst verfügt bereits über eine Spezialdokumentation und ist besonders auf die Ostblock-Nachbarstaaten spezialisiert. Die Zentralsparkasse wir ihre internationale Rolle, die sie durch ein weitverzweigtes Korrespondentennetz und vielfältige Beziehungen in der internationalen Kreditwelt aufgebaut hat, weiter ausbauen.

Der neue Führungsstil der Zentralsparkasse

Hauptaufgabe der Führungstechnik wird es sein, der Geschäftsleitung immermehr Zeit für Grundsatzüberlegungen und Planungsvorhaben zu verschaffen und die einzelnen Managementebenen mit besseren Informationen zu versorgen. Dieses Ziel soll durch eine ausgebaute Unternehmungsplanung erreicht werden. Grundlagen der Planung ist ein schriftlich formuliertes Konzept der geschäftspolitischen Zielsetzungen, auf das die einzelenen Programme der Ressorts laufend abgestimmt werden. Derzeit wird an der Einführung einer vierteljährlichen Planungsperiode gearbeitet, damit soll eine sehr hohe Flexibilität der geschäftspolitischen Entscheidungen erreicht werden.

./.

Die Unternehmensplanung bei der Zentralsparkasse soll kein starres zentralisiertes Schema sein, sondern soll ermöglichen, daß die Vorschläge möglichst breiter Mitarbeiterschichten in die Geschäftspolitik eingebaut werden können. Daher wurden als beratende Zwischenglieder zwischen den Zweigstellen und Geschäftsabteilungen Komitees geschaffen, die die Vorschläge und Geschäftsvorhaben koordinieren und aufbereiten und dann der Geschäftsleitung unterbreiten werden.

Zur Verbesserung der Informationsgrundlagen wird am Aufbau eines "Information Management Systems" gearbeitet. Unter den ersten fertiggestellten Bauelementen dieses Projekts ist ein Planbilanzmodell erwähnenswert, das auf Grund einer Reihe von statistisch-mathematischen Teilprogrammen ermöglicht, über mehrere Jahre hinaus Planbilanzen, sowie Gewinn- und Verlustrechnungen zu erstellen und geplante geschäftspolitische Maßnahmen im Hinblick auf ihre Auswirkung auf die zukünftige Struktur zu messen.

Vision der Realität

Die Zentralsparkasse beschäftigt sich neben der kurz- und mittelfristigen Planung auch mit Überlegungen, die sich bis zu einem Zeitraum von 15 Jahren erstrecken. Das Problem, die Auswirkungen von Umweltsveränderungen auf die Geschäftspolitik frühzeitig zu erkennen, wird steigende Bedeutung erlangen. In Zukunft wird es immer notwendiger und immer schwerer werden, zu agieren, anstatt zu reagieren.

Die Welt von 1985 wird die Kreditinstitute und damit auch die Zentralsparkasse in einer stark veränderten Rolle sehen. Die Zukunft der Zentralsparkasse wird naheliegend zu einer Clearingstelle der Finanzinformation werden. Das Zurücktreten technischer Aspekte infolge der Perfektion der Technik wird die Rolle einer Großsparkasse als Finanzberatungsinstrument in einer bisher kaum vorstellbaren Dimension ermöglichen.

./.

Zur Person des neuen Z-Generaldirektors

Karl Mantler wurde 1912 in Wien geboren, promovierte 1937 zum Doktor der Rechtswissenschaften und begann seine berufliche Laufbahn mit dem Gerichtsjahr, in dem er nebenbei an der Hochschule für Welthandel Vorlesungen besuchte. Die ersten Kontakte mit der Wirtschaft brachte ihm das Jahr 1938 mit einer Anstellung in der Auslandsabteilung bei Siemens-Halske. Nach vierjähriger Kriegsdienstleistung trat Dr. Mantler in das Sekretariat des damaligen Bundesministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung ein. Von hier wurde er 1947 in die neu gegründete Bank für Arbeit und Wirtschaft berufen, die ihn 1949 zum Direktor bestellte. Im April 1959 nahm Dr. Mantler ein Angebot der Wien-Kredit-Teilzahlungsbank an als alleiniger Geschäftsführer in dieses Institut einzutreten. Acht Jahre leitete er die Wien-Kredit, die in dieser Zeit eine bedeutende Aufwärtsentwicklung verzeichnen konnte. Seit 1. Juni 1969 ist er Generaldirektor der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien.

\- - -

"Wiener Städtische": Datenverarbeitung im Vormarsch

4. Juli (RK) Wie aus dem Geschäftsbericht 1968 der Wiener Städtischen Wechselseitigen Versicherungsanstalt hervorgeht, ist in der Lebensversicherung die Gesamtversicherungssumme auf 5,604 Millionen Schilling (Ende 1967: 4881 Millionen) gestiegen, was eine Zunahme von 14,8 Prozent bedeutet. Die direkten Prämieneinnahmen wuchsen auf 296,3 Millionen Schilling (Zunahme 10,7 Prozent).

Für die Liquidierung von 462.000 Versicherungsfälle mußten eine Milliarde und 559 Millionen Schilling bereitgestellt werden - um 178 Millionen mehr als 1967. Den Löwenanteil an Entschädigungsgeldern kassierten - wie seit langem gewohnt - die Kraftfahrer: auf Kfz-Haftpflicht und Kfz-Kasko entfielen 746 Millionen Schilling, was eine Zunahme von 73 Millionen darstellt.

Intern war das Jahr 1968 für die "Wiener Städtische" ein Jahr stärkster Anspannung, weil das Datenverarbeitungssystem von einer niederen auf eine höhere Stufe umgestellt werden mußte. Diese Umstellung verlangte von einem großen Teil des Personals die Bereitschaft, umzulernen und sich mit neuen Tätigkeiten zu befreunden. Außerdem verlangte sie auch große physische Anstrengungen: Überstundenarbeit und Verzicht auf manches freie Wochenende. Dank der Einsatzbereitschaft ihrer Angestellten liegt die "Wiener Städtische" wie einst in den Zwanzigerjahren in der Versicherungstechnologie wieder ganz vorne.

\- - -

Einmal Wien sehen . . .

4. Juli (RK) Als Belohnung für ein ganzes Jahr intensivsten Lernens wünschen sich 100 13 bis 19jährige Mittelschüler des Benediktinergymnasiums Einsiedeln in der Schweiz, die Musikstadt Wien kennenzulernen. Die Musikstadt Wien spielt in ihrem Denken deshalb eine so große Rolle, weil sie selbst ausübende Musiker sind. Sie gehören der "Studentenmusik Einsiedeln" an und bilden eine 100 Mann starke Blasmusikkapelle. Ihr Programmbogen reicht von großen Militärmärschen bis zur Darbietung modernsten Jazz.

Das Benediktinergymnasium unternahm alles, um den Wunsch seiner Schülerkapelle Wirklichkeit werden zu lassen: Aus Spenden aller Art, aus relativ geringen Eigenbeiträgen und einer beträchtlichen Finanzierung seitens einer in Wien ansäßigen Schweizer Firma sowie des Schweizer Verkehrsbüros wurde es möglich, daß die jugendlichen Musikanten für eine Woche in Wien weilen können.

Sie kommen nicht mit leeren Händen, sondern wollen die Wiener Musikfreunde davon überzeugen, daß sie Gutes zu bieten haben. Ihr Können werden sie im Rahmen von insgesamt vier öffentlichen, frei zugänglichen Konzerten beweisen.

Die "Studentenmusik Einsiedeln" konzertiert Samstag, den 12. Juli von 17 bis 18 Uhr auf dem Heldenplatz in der Hofburg, Sonntag, den 13. Juli von 16 bis 17 Uhr im Schloßpark Schönbrunn und Montag, den 14. Juli von 17 bis 18 Uhr abermals auf dem Heldenplatz in der Hofburg.

Abschluß und Hauptkonzert aber wird das Ständchen sein, das die Jugendlichen Dienstag, den 15. Juli dem Wiener Bürgermeister Bruno Marek im Arkadenhof des Wiener Rathauses darbringen werden.

\- - -

Standpunkte unverändert - nächste Woche kommt U-Bahn-Steuer in den Landtag

4. Juli (RK) Die Wiener U-Bahn-Abgabe wird kommenden Freitag dem Wiener Landtag zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Dies teilte heute der städtische Finanzreferent Vizebürgermeister Felix Slavik nach einem Gespräch mit Finanzminister Dr.Koren mit. Die Unterredung im Finanzministerium verlief ergebnislos, der Standpunkt des Finanzministers ist ebenso unverändert geblieben, wie der des städtischen Finanzreferenten.

Zur gleichen Zeit fand im Presseclub Concordia eine Pressekonferenz der Wiener Handelskammer statt, bei der gegen die Einführung der U-Bahn-Abgabe Stellung genommen wurde. Auch der Vertreter des Freien Wirtschaftsverbandes, Vizepräsident Harry Jodlbauer, erklärte dabei, daß auch er der negativen Stellungnahme der Handelskammer zugestimmt habe.

Vizebürgermeister Slavik erklärte dazu, daß dies jedoch ohne Einfluß auf die Meinung der Sozialistischen Gemeinderatsfraktion im Wiener Rathaus sei.

In dem Gespräch Slavik - Koren erneuerte der Finanzminister seine Bedenken gegen die geplante U-Bahn-Abgabe.

Slavik kündigte demgegenüber an, daß der Wiener Landtag am kommenden Freitag die U-Bahn-Abgabe beschließen werde. Es wurden alle Auswirkungen dieser Abgabe überlegt und auch die Auswirkung anderer Arten der Finanzierung.

Der Vizebürgermeister stellte fest, daß ein Projekt dieser Größe und einer so langen Bauzeit nicht mit Anleihen finanziert werden soll. Nach kurzer Zeit müßte man Anleihen nur mehr dafür aufnehmen, um die Schulden für die erste Anleihe zu bezahlen.

Der städtische Finanzreferent teilte auch mit, daß man sich noch überlegen werde, ob die Gebietskörpferschaften von dieser Abgabe befreit werden könnten. Nach Meinung der Rathausjuristen sei es jedoch nicht so, daß der Bund wegen dieser Besteuerung zum Verfassungsgerichtshof gehen könnte.

Slavik machte ferner darauf aufmerksam, daß man es bei

./.

der zu erwartenden verstärkten Beschäftigung im Tiefbau nicht riskieren könne, deswegen die Investitionen für den Hochbau zu vernachlässigen. Schon aus diesem Grund sei die U-Bahn-Abgabe notwendig. Deshalb werde sie am kommenden Freitag im Landtag beschlossen werden. Die Bundesregierung hat selbstverständlich die Möglichkeit, gegen den voraussichtlich mit Mehrheit gefaßten Beschluß des Wiener Landtages Einspruch zu erheben, dann würde der Landtag bei seiner ersten Sitzung im Herbst einen Beharrungsbeschluß fassen.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Vizebürgermeister Felix Slavik:

Eindeutig im Sinne des geltenden Rechtes entschieden

Investitionstätigkeit der Stadt Wien voll aufrecht erhalten

5. Juli (RK) Im Rahmen der Sendereihe "Wiener Probleme" sprach Vizebürgermeister Felix Slavik am Sonntag, dem 6. Juli, um 19.30 Uhr im Programm Österreich Regional von Radio Wien über Verfassung, U-Bahn-Steuer und den abgelaufenen Weltkongreß der Bürgermeister in Wien.

Im einzelnen führte der Vizebürgermeister aus:

"In Vertretung unserer Wiener Bürgermeisters Bruno Marek will ich versuchen, Sie heute wieder über einige Wiener Probleme zu informieren. In den letzten Wochen haben sich Rundfunk, Fernsehen und die Zeitungen sehr ausführlich mit einem Zwischenfall im Wiener Gemeinderat beschäftigt, der dadurch ausgelöst wurde, daß sich ein Gemeinderat geweigert hat, den Sitzungssaal zu verlassen, nachdem ihm vom Bürgermeister mitgeteilt wurde, daß er auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen sein Gemeinderatsmandat während der Dauer der gerichtlichen Untersuchungen wegen eines nicht politischen Deliktes nicht ausüben darf. Diese gesetzliche Bestimmung existiert nicht nur in Wien schon seit Jahrzehnten, sondern sie gilt für alle Gemeinden in sieben der neun Bundesländer unserer Republik. In dem Mustergesetzentwurf, der von den besten Juristen Österreichs ausgearbeitet wurde und der die Grundlage für die Beschlüsse in sieben Landtagen bildete, gab es eine noch weitergehende Formulierung, die auch tatsächlich in zwei Bundesländern beschlossen wurde.

./.

In diesen zwei Bundesländern darf ein Gemeinderatsmandat nicht ausgeübt werden, wenn der Gemeinderat in ein Ausgleichs- oder Konkursverfahren verwickelt ist.

Bis jetzt haben sich überall und in allen Gemeinden Österreichs von dieser Bestimmung betroffene Gemeinderäte selbstverständlich an die gesetzliche Bestimmung gehalten und es ist erstmalig jetzt vorgekommen, daß ein Gemeinderat auf die Verfassung einen Eid abgelegt hat, aber schon acht Tage später nicht mehr bereit gewesen ist, das geltende Recht anzuerkennen. Wenn sieben Landtage gleichartige Bestimmungen beschlossen haben, dann aus der Überlegung heraus, daß Gemeinderäte, gegen die eine gerichtliche Untersuchung wegen eines kriminellen Deliktes geführt wird, während der Zeit der Untersuchung von der Ausübung ihres Mandates ausgeschlossen sein sollen. In keinem Bundesland wurde jemals gegen diese gesetzliche Bestimmung irgend ein Protest laut und wenn Sie sich überlegen ob es Ihnen sympathisch wäre, daß Menschen, die wegen eines kriminellen Deliktes in Strafuntersuchungen gezogen sind, über das Schicksal von Gemeindebürgern entscheiden sollen, dann werden Sie sicher dem Gesetzgeber recht geben, der diese Möglichkeit ausschließt.

Man kann Gesetze nicht willkürlich anwenden, weil gesetzliche Bestimmungen für alle Bürger Gültigkeit haben müssen, auch für Mitglieder des Gemeinderates. Man kann sich nur zum Rechtsstaat bekennen oder den Rechtsstaat ablehnen. Der Wiener Bürgermeister hat eindeutig im Sinne des geltenden Rechtes entschieden und ich bin überzeugt davon, daß alle, die sich zum Rechtsstaat bekennen, unserem Bürgermeister recht geben müssen.

Kleinstgewerbetreibende zahlen keine U-Bahn-Abgabe

Auch ein zweites Problem wurde in unseren Massenmedien sehr ausführlich behandelt. Es handelt sich dabei um die Finanzierung des Wiener U-Bahn-Baues. Wie Ihnen allen bekannt ist, kostet der Bau von drei U-Bahn-Linien mehr als fünf Milliarden Schilling. Der Bund hat sich bereit erklärt, im Verlaufe von zwölf Jahren 2,4 Milliarden Schilling als Baukostenzuschuß zu leisten.

./.

2,663 Milliarden Schilling müssen von uns Wienern selbst aufgebracht werden. Für die Finanzierung dieses großen Betrages gibt es natürlich verschiedene Vorschläge. Der Vorschlag, der am sympathischsten klingt, wäre der, daß wir überhaupt nichts bezahlen, sondern Schulden machen, also Kredite oder Anleihen für den U-Bahn-Bau aufnehmen. Alle diejenigen, die diesen Vorschlag im besten Glauben unterstützen, übersehen dabei, daß die aufgenommenen Kredite zum Teil schon während der Bauzeit zurückgezahlt werden müssen. Es gibt keine Kredite, die auf einen langen Zeitraum rückzahlungsfrei gestellt werden würden. Man kann eventuell zwei oder drei, vielleicht in Ausnahmsfällen sogar fünf rückzahlungsfreie Jahre erreichen, aber dann beginnt unweigerlich die Rückzahlung, wobei nicht übersehen werden darf, daß bei eventuell fünf rückzahlungsfreien Jahren der Kredit bei einer siebenprozentigen Verzinsung schon um 40 Prozent höher geworden ist, das heißt, daß man nach fünf rückzahlungsfreien Jahren für 100 Millionen Schilling bereits 140 Millionen Schilling zahlen muß.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Wiener Bevölkerung mit einer solchen Art der Finanzierung einverstanden sein würde. Die zweite Möglichkeit wäre, daß die Wiener Stadtverwaltung aus ihren allgemeinen Budgetmitteln die erforderlichen Beträge zur Verfügung stellt. Dies hätte zur Folge, daß Investitionen auf anderen Gebieten gekürzt werden müßten. Wir könnten dann weniger Wohnungen oder weniger Kindergärten errichten oder müßten den Straßen- und Brückenbau einschränken oder weniger Schulen und Pensionistenheime bauen oder ähnliches. Diese Maßnahme würde aber nicht nur für die gesamte Wiener Bevölkerung einen Nachteil mit sich bringen, sondern darüber hinaus auch bei allen Baufirmen, die im Hochbau beschäftigt sind, zu ernsten Beschäftigungsschwierigkeiten führen und damit Arbeitsplätze in Gefahr bringen. Wenn man diese Folgen vermeiden will, dann muß ein anderer Weg der Finanzierung gesucht werden. Ich habe schon vor einigen Monaten als Finanzreferent der Stadt Wien vorgeschlagen, die sogenannte U-Bahn-Abgabe einzuführen und die Arbeitgeber zu verpflichten, für jeden Arbeitnehmer zehn Schilling pro Woche an U-Bahn-Abgabe zu leisten.

./.

Die kleinsten Gewerbetreibenden mit einer Lohnsumme bis zu 30.000 Schilling sollen von dieser Abgabe ausgenommen werden. Ebenso soll für Hausbesorger, für Lehrlinge, für Arbeitnehmer, die nach dem Invalideneinstellungsgesetz oder nach dem Opferfürsorgegesetz eingestellt wurden und für Arbeitnehmer, die über 55 Jahre alt sind, diese Abgabe nicht bezahlt werden.

Vollbeschäftigung - sicherste Existenzgrundlage

Für die Arbeitgeber bedeutet diese Abgabe eine Ausgabepost, die nur zum Teil gewinnmindernd wirkt, weil sie so wie alle anderen Betriebsausgaben zu bewerten ist. Sie ersparen sich bei anderen Steuern einen beträchtlichen Teil, der zu leistenden Abgabe. Der Vorteil dieses Vorschlages liegt darin, daß mit dem Stouerertrag die Investitionstätigkeit der Stadt Wien auf allen anderen Gebieten außer des U-Bahn-Baues voll aufrecht erhalten werden kann und die Finanzierung des U-Bahn-Baues nicht nur für ein Jahr, sondern für viele Jahre sichergestellt werden kann. Ich hoffe, unsere Arbeitgeber werden verstehen, daß die starke Investitionstätigkeit der Stadt Wien und die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung auch für sie die sicherste Grundlage für ein erfolgreiches Wirken darstellt.

Wien hat wieder viele Freunde gewonnen

Zum Schluß möchte ich noch mitteilen, daß bei dem Internationalen Städtekongreß, der in Wien stattgefunden hat, 1.500 Delegierte aus 65 Staaten teilgenommen haben. Bei diesem Kongreß konnten wichtige Probleme der Gemeinden der ganzen Welt behandelt werden und Wien hat durch diesen Kongreß wieder viele Freunde in der ganzen Welt gewonnen.

Liebe Hörerinnen und liebe Hörer, ich hoffe, daß die dargelegten Probleme für Sie von Interesse waren und danke Ihnen für Ihr Zuhören. In 14 Tagen wird wieder unser Wiener Bürgermeister Bruno Marek zu Ihnen sprechen."

\- - -

Eugen Guglia zum Gedenken

5. Juli (RK) Auf den 8. Juli fällt der 50. Todestag des Historikers und Schriftstellers Hofrats Dr. Eugen Guglia.

Er wurde am 24. August 1857 in Wien geboren und war nach Absolvierung des Fachstudiums zunächst als Mittelschullehrer tätig. Von 1901 bis 1908 fungierte er als Chefredakteur der Wiener Zeitung. Gleichzeitig wirkte er als Lehrer an der Kriegsschule und seit 1910 als Privatdozent für allgemeine neuere Geschichte an der Technischen Hochschule Wien. Dieses Fach unterrichtete er auch, als er nach Graz übersiedelte, wo er starb und begraben wurde. Sein Schaffen umfaßt wissenschaftliches Forschen sowie eine literarische und rege journalistische Tätigkeit. Als Historiker beschäftigte sich Guglia vor allem mit der Geschichte Österreichs und Wiens. Am bekanntesten ist er durch seine topographischen Schriften geworden. Sein Buch "Wien. Ein Führer durch Stadt und Umgebung" (1908) ist bis heute das brauchbarste Handbuch dieser Art geblieben. Es führt den Leser in die allgemeine Geschichte, in die Kulturgeschichte und in die Baugeschichte Wiens ein, vermittelt ihm aber auch viele konkrete Tatsachen über die Lebensgewohnheiten der Stadt. Als Chefredakteur der Wiener Zeitung hatte Eugen Guglia auch acht Jahre hindurch auf dem Gebiet der Journalistik ein wichtiges Wort zu sprechen.

\- - -

Wenn, d nn mit der Straßenbahn . . .

5. Juli (RK) Ab Montag, dem 7. Juli werden in den betriebseigenen Vorverkaufsstellen der Wiener Verkehrsbetriebe wieder Wanderbüchlein erhältlich sein. Diesmal ist es das dritte Heft der kleinen Serie und der "Fahrt ins Blaue" gewidmet - Blau deswegen, weil es zu Seen, Teichen, Flüssen, Bächen und Schwimmbädern geht, die nicht unbedingt allen bekannt sind. Es sind selbstverständlich auch hier wieder neben den Ausflugszielen eine Reihe netter Wanderwege angegeben, die man ohne Mühe und ohne Plage mit der Straßenbahn erreichen kann.

Eine Neuheit allerdings gibt es diesmal: Das Wanderbüchlein zählt auch eine Reihe von Postautobuslinien auf, die gewissermaßen als Anschluß zu den städtischen Verkehrsmitteln zu benützen sind. Der Reiseradius wurde damit auf rund 30 Kilometer (gerechnet von der Stadtmitte aus) erweitert, liegt aber immer noch im sogenannten Nahbereich. Selbst für den Geldbeutel.

Zum Preis von 8.50 Schilling wird also die "Fahrt ins Blaue" angeboten werden. Die Vorgängerinnen dieses Heftchens die "Fahrt ins Grüne" und die "Fahrt ins Weiße" sind leider schon vergriffen. Die "Grüne" hat sogar einen dreimaligen Nachdruck erlebt!

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Sommerkehraus für Landtag und Gemeinderat

Donnerstag Rechnungsabschluß - Freitag U-Bahn-Abgabe

7. Juli (RK) In dieser Woche am Donnerstag und Freitag sind die letzten Sitzungen des Wiener Landtages und des Wiener Gemeinderates vor den Sommerferien.

Am Donnerstag, dem 10. Juli, beginnt die Sitzung des Gemeinderates um 10 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen der Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1968 und der Bericht des Kontrollamtes dazu, ferner der Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke 1968 und schließlich die Bilanz des Landwirtschaftbetriebes für 1967/68 sowie der Wirtschaftsplan dieses Unternehmens für 1969/70.

Der zweite Sitzungstag, Freitag, 11. Juli, wird um 9 Uhr mit einer Sitzung des Wiener Landtages begonnen. Auf der bisher versendeten Tagesordnung stehen fünf Gesetzentwürfe, darunter auch die Vergnügungssteuergesetznovelle 1969. Hinzu kommen wird noch der von Vizebürgermeister Felix Slavik angekündigte Gesetzentwurf über die U-Bahn-Abgabe.

Im Anschluß an den Landtag wird wieder der Gemeinderat zusammentreten, dem derzeit eine 78 Geschäftsstücke umfassende Tagesordnung vorliegt.

\- - -

Britische Woche in Wien:

Reichhaltiges Kulturprogramm

7. Juli (RK) Wenige Monate nach ihrem Staatsbesuch in Österreich wird Königin Elizabeth II. von Großbritannien eine prominente Vertreterin des Hauses Windsor nach Wine schicken: Prinzessin Alexandra von Kent wird zur Britischen Woche (10. bis 18.Oktober) nach Wien fliegen. Diese Veranstaltung - eine Generalpräsentation des Vereinigten Königreiches - kommt unter maßgeblicher Beteiligung der Wiener Stadtverwaltung zustande.

Heute vormittag machte der Direktor der Britischen Woche, S.John. Peskett, O.B.E., detaillierte Angaben zum Kulturprogramm der britischen Präsentation: Dazu gehört ein Gastspiel des Royal Ballett in der Staatsoper (10. Oktober) und eine Aufführung von "Richard II." im Volkstheater (14.Oktober). Im Museum für Völkerkunde wird die Ausstellung "Zwei Jahrhunderte britischer Malerei - von Hogarth bis Turner" zu sehen sein. 70 wertvolle Gemälde aus renommierten Sammlungen (u.a. der Tate Gallery) werden dort gezeigt, darunter auch fünf von dem außerhalb des Inselreiches wohl bekanntesten britischen Maler Gainsborough. Die Bilder repräsentieren insgesamt einen Wert von fast 100 Millionen Schilling.

Eine weitere Ausstellung vermittelt einen Überblick über den Stand der modernen Kunst im heutigen Großbritannien. An fünf Abenden bietet das Theater im Palais Erzherzog Karl einen musikalischen Bilderbogen "Mozart und seine englischen Freunde". Im Prunksaal der Nationalbibliothek soll eine Ausstellung die literarische Verbindung der beiden Länder erhellen: "England und Österreich - Kulturbegegnung im Spiegel des Buches".

Die Britische Woche (10. bis 18. Oktober 1969), deren Eröffnungsakt im Festsaal des Wiener Rathauses stattfinden wird, bietet darüber hinaus auf dem Kultursektor zwei Konzerte des BBC Concert Orchestra sowie einen Beitrag des Künstlerhauses: Dort werden Werke von zwölf modernen britischen Graphikern gezeigt. Von den Vorträgen ist der interessanteste der Musik gewidmet: William Mann, der Musikkritiker der "Times", spricht über die Situation auf dem Gebiet der Musik in Großbritannien. Der Vortrag erhält Spannung durch den Umstand, daß die sechs bekanntesten Komponisten der britischen Gegenwart anwesend sein werden.

\- - -

Wichtige Grundtransaktion der Stadtverwaltung

Konjunkturspritze für Wiener Wirtschaft

7. Juli (RK) Eine wichtige Grundtransaktion genehmigte der Gemeinderatsausschuß X (Liegenschaftswesen) in seiner letzten Sitzung. Danach erwirbt die Stadt Wien um 6,4 Millionen Schilling das 3.616 Quadratmeter große Betriebsgelände der Heinrich Rotter-Stahlbau KG in der Erdbergstraße 14. Das Interesse der Stadtverwaltung am Kauf dieser Liegenschaft besteht nicht nur in der Entflechtung von Wohn- und Industriegebiet, sondern auch in der Verhinderung der Lärm-, Geruchs- und Staubbelästigung der Anrainer. Das Gelände ermöglicht auch an Stelle der Fabrik den Bau eines neuen Wohnblockes im Anschluß an die bestehende Wohnhausanlage und die Erweiterung des bestehenden Kindergartens. Die gesamte gärtnerisch auszugestaltende Fläche wird der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Da die Rotter KG einer der wenigen metallverarbeitenden Betriebe Wiens ist, kam der Gemeinderatsausschuß X zur Überzeugung, ihn im Sinne der Betriebsansiedlungsaktivitäten der Stadt Wien zu fördern. Die Firma Rotter erhält einen 5.583 Quadratmeter großen Ersatzgrund im "hoffnungsvollen" Industriegelände Perfektastraße - Liesinger Flurstraße im Werte von 1,675.000 Schilling. Außerdem unterstützt die Gemeinde Wien den wichtigen Betrieb mit einem finanziellen Beitrag in der Höhe von 2,6 Millionen Schilling. Damit soll der Firma die Übersiedlung und Grundaufschließung erleichtert werden.

\- - -

Norwegische Volkstanzgruppe im Wiener Rathaus

7. Juli (RK) Im Namen des Bürgermeisters begrüßte heute vormittag Magistratsrat Dr. Erika Hortig vom Kulturamt der Stadt Wien die norwegische Volkstanzgruppe "Songdanslag" im Steinernen Saal des Wiener Rathauses.

Die norwegischen Musiker und Tänzer hatten am Samstag im Albert Schweitzer-Haus in der Schwarzspanierstraße am österreichisch-norwegischen Tanzfest teilgenommen, das von der Arbeitsgemeinschaft der Wiener Volkstanzgruppen organisiert worden war. In den nächsten sechs Tagen bereisen sie die Bundesländer. Im Rathaus begeisterten sie vor allem mit der berühmten "Hardanger Geige", bei deren Spiel man den Eindruck gewinnt, als spielte nicht eine sondern mehrere Violinen. Das kostbare Instrument zeichnet sich durch einen flachen Steg aus und ist mehrere hundert Jahre alt.

\- - -

Sperre der Schönbrunnner Straße

7. Juli (RK) Seit heute wird die Schönbrunner Straße wegen Umbauarbeiten im Abschnitt Gaudenzdorfer Gürtel bis Grieshofgasse für den Verkehr gesperrt. Die Umleitung stadteinwärts erfolgt über Grieshofgasse - Arndtstraße und die Umleitung stadtauswärts über den Gaudenzdorfer Gürtel - Steinbauergasse - Niederhofstraße - Meidlinger Hauptstraße. Die Sperre wird voraussichtlich vier Monate dauern.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

7. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Erbsen 6 bis 7 S, Gurken 5 bis 7 S, Paradeiser 6 S je Kilogramm.

Obst: Bananen 7 bis 8 S, Ribisel 8 bis 10 S je Kilogramm.

\- - -

Die städtischen Bäder am Wochenende

7. Juli (RK) Wurden die städtischen Bäder am vergangenen Wochenende wegen des schlechten Wetters nur von 856 Personen besucht, so sah es dieses Wochenende schon wesentlich besser aus. Insgesamt besuchten 36.300 Badefreunde die Sommerbäder. An einsamer Spitze lag wie immer das Gänsehäufel mit 12.900 vor dem Laaer Bergbad mit 6.300, dem Kongreßbad mit 2.900, dem Ottakringerbad mit 2.500, dem Krapfenwaldlbad mit knapp 2.000 und dem Theresienbad mit 1.600 Badelustigen.

\- - -

Rathausempfang für Polizeisternfahrt

7. Juli (RK) In Vertretung des Bürgermeisters begrüßte heute mittag Stadträtin Dr.Maria Schaumayer die Teilnehmer an der 24. Internationalen Polizeisternfahrt in den Wappensälen des Wiener Rathauses. Die Veranstaltung, die seit Ende des zweiten Weltkrieges durchgeführt wird, versammelt in diesen Tagen 3.000 Polizisten mit 1.300 Personenkraftwagen aus neun westeuropäischen Ländern in der Bundeshauptstadt. Wien war bereits einmal Zielort der Sternfahrt, und zwar im Jahre 1959. Nunmehr, zehn Jahre später, und aus Anlaß des 100jährigen Bestandsjubiläums der Wiener Sicherheitswache hat die Sternfahrt wieder in der Stadt an der Donau ihr Ziel. Die Veranstaltung, deren Ehrenpräsidium auch Bürgermeister Bruno Marek angehört, wird vom "Polizeimotorsport Wien", Zweigverein des ÖAMTC, organisiert. Der heutige Tag begann für die Augen des Gesetzes mit einem Empfang bei Polizeipräsident Josef Holaubek, daran schloß sich eine Stadtrundfahrt, für die der veranstaltende Wiener Polizeimotorsportverein nicht weniger als 60 Autobusse gemietet hatte. Am Abend steht ein Heurigenbesuch in Grinzing auf dem Programm.

Am Empfang im Wiener Rathaus nahmen auch der Präsident der "International Police Motor Corporation", Gendarmeriegeneral Johann Kunz, Polizeigeneral Ing.Alfred Donner und Hofrat Dr.Erich Baum von der Bundespolizeidirektion Wien teil.

\- - -

Stadtwerkebilanz 1968 - Neues E-Werk im 22.Bezirk

7. Juli (RK) Bei der heutigen Sitzung des Gemeinderatsausschusses XIV (Städtische Unternehmungen) wurde von Stadtrat Franz Nekula nach der Konstituierung über den Rechnungsabschluß 1968 der Wiener Stadtwerke und über den Standort für ein neues Dampfkraftwerk referiert. Im Nachtrag zu der Sitzung befaßte sich der Ausschuß sehr ausführlich mit dem Problem der Schwarzfahrer bei den Wiener Verkehrsbetrieben.

Bei der heutigen Konstituierung wurden zum Vorsitzenden Gemeinderat Deutsch (SPÖ), zum ersten Stellvertreter Gemeinderat Seeböck (SPÖ) und zum zweiten Stellvertreter Gemeinderat Haag (ÖVP) bestellt.

Stadtwerke-Defizit: 336 Millionen

Die allgemeine wirtschaftliche Lage der Wiener Stadtwerke im vergangenen Jahr muß unter Berücksichtigung der Konjunkturbelebung gesehen werden. Dieser Belebung entsprach auch eine Steigerung des Energiebedarfes über das Normalmaß: Die von den E-Werken bereitgestellte Strommenge war um 8,1 Prozent höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres! Das entspricht einem Energiebedarfzuwachs um nahezu das Doppelte des Erwarteten. Dementsprechend war auch der Gewinn der E-Werke: 207,9 Millionen Schilling wurden erwirtschaftet und damit die Ansätze des Erfolgsplanes um 55,6 Millionen überschritten.

Die Wiener Verkehrsbetriebe mußten einen weiteren Rückgang der Beförderungsfälle hinnehmen, und zwar um 1,5 Prozent. Sie halten derzeit bei 427,7 Millionen Beförderungsfällen im Linienverkehr. Der Rückgang wird mit der starken Zunahme des Individualverkehrs (im Berichtszeitraum 8,1 Prozent mehr Pkw's) und auch mit der ebenfalls großen Zunahme der Zahl der Fernsehteilnehmer begründet. Insgesamt erlitten die Verkehrsbetriebe einen betriebseigenen Verlust von rund 823 Millionen Schilling. Die Einnahmen aus den Beförderungserlösen decken nur mehr zu 80 Prozent die Gehälter der Bediensteten!

Bei den Wiener Gaswerken erhöhte sich im vergangenen Jahr die Nachfrage nach Stadtgas um 6,5 Prozent auf insgesamt 782,7

./.

Millionen Kubikmeter. Damit wurde auch bei diesem Teilunternehmen der Erfolgsplan überschritten. Bei Gaswerken und E-Werken machte sich übrigens der zwischen diesen beiden Unternehmungen herrschende Brennstoffverbund wohltuend bemerkbar.

Insgesamt ist das Jahresergebnis 1968 der Wiener Stadtwerke wieder durch einen Verlust gekennzeichnet: 336 Millionen Schilling - das ist um 39 Millionen höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Allerdings sind 1968 die Personalaufwendungen um 9,9 Prozent gewachsen.

Neuer Standort für neues E-Werk

Das neue Dampfkraftwerk wird nicht wie man bisher vermutet hat im 2. Bezirk in der Engerthstraße, sondern im 22. Bezirk am Steinsporn in der Nähe des Bibberhaufens errichtet werden. In diesem ehemaligen Augebiet, in dem es nur wenige und vor allem wilde Siedler gibt, es auch ein Ausbau für die Zukunft sichergestellt. Auf dem 175.000 Quadratmeter großen Areal, das die Stadtwerke allerdings erst über die Hoheitsverwaltung erwerben müssen, wird zunächst ein Dampfkraftwerk von 150 MW errichtet. Mit seiner Inbetriebnahme rechnet man für 1973.

Auf dem seinerzeit im Gespräch gewesenen Gelände des stillgelegten Kraftwerkes in der Engerthstraße wird demnach kein neues E-Werk entstehen. Es wird lediglich das dort bestehende Umspannwerk erweitert.

Schwarzfahren ist Betrug

Nach Abschluß der Berichterstattungen erklärten Stadtrat Nekula und Generaldirektor Dr. Reisinger den Mitgliedern des Gemeinderatsausschusses kurz die Situation zum Thema "Schwarzfahrer". In den Presseberichten wurden wesentliche Fakten verschwiegen: nach wie vor können die Verkehrsbetriebe im Verwaltungsstrafverfahren Schwarzfahrer zur Buße veranlassen und nach wie vor ist Schwarzfahren kein sportliches oder kavaliersmäßiges Delikt. Es ist und bleibt ein Betrug an der Allgemeinheit.

Eine ausführliche Darstellung zu diesem Thema wird die "Rathaus-Korrespondenz" in ihrer morgigen Aussendung bringen.

\- - -

Kanalbauarbeiten in der Leopoldauer Straße

7. Juli (RK) Ab Dienstag, dem 8. Juli wird die Leopoldauer Straße im 21. Bezirk im Bereich des Leopoldauer Platzes wegen Kanalbauarbeiten gesperrt. Die Umleitung erfolgt über Siemensstraße - Brünner Straße oder Wagramer Straße - Donaufelder Straße. Die Zufahrt ist bis zum unmittelbaren Baustellenbereich möglich. Die voraussichtliche Dauer der Arbeiten beträgt sechs Monate.

\- - -

Achtung! Neue Fassung!

Sperre der Schönbrunner Straße

Wie auf Blatt 1888 berichtet, wird die Schönbrunner Straße wegen Umbauarbeiten im Abschnitt Gaudenzdorfer Gürtel bis Grieshofgasse für den Verkehr gesperrt. Die Umleitungsstrecke wurde uns jedoch falsch angegeben. Es soll richtig heißen: Die Umleitung stadteinwärts erfolgt über Grieshofgasse - Niederhofstraße - Steinbauergasse - Margaretengürtel und die Umleitung stadtauswärts über den Gaudenzdorfer Gürtel-Arndtstraße - Michael Bernhard-Straße zur Schönbrunner Straße. Die Sperre wird voraussichtlich vier Monate dauern.

\- - -

Rinderhauptmarkt vom 7. Juli

7. Juli (RK) Unverkauft vom Vormarkt 0. Neuzufuhr Inland: 29 Ochsen, 139 Stiere, 231 Kühe, 63 Kalbinnen. Summe 462. Neuzufuhr Ungarn: 7 Stiere und 7 Kühe. Gesamtsumme 14. Gesamtauftrieb: 29 Ochsen, 146 Stiere, 238 Kühe, 63 Kalbinnen, Summe 476. Verkauft alles.

Preise Ochsen: 14 bis 17, extrem 17.20 (1 Stück), Stiere 14.70 bis 17.50, extrem 17.60 bis 18 (2 Stück), Kühe 11 bis 14, extrem 14.40 bis 14.50 (4 Stück), Kalbinnen 13.60 bis 16, extrem 16.10 bis 16.40 (3 Stück). Beinlvieh Kühe 10 bis 10.90, Ochsen und Kalbinnen 11.60 bis 13.20.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich bei Ochsen um 16 Groschen, bei Stieren um 26 Groschen, Kühen um 7 Groschen und ermäßigte sich bei Kalbinnen um 3 Groschen je Kilogramm. Der Durchschnittspreis einschließlich Beinlvieh beträgt: Ochsen 16.03, Stiere 16.37, Kühe 12.67, Kalbinnen 14.89. Beinlvieh erhöhte sich bis zu 20 Groschen je Kilogramm.

Ungarn: Stiere 16.30 je Kilogramm (minus 30 Groschen je Kilogramm gegenüber der Vorwoche). Kühe 14.30 bis 14.50. Der Durchschnittspreis: 14.91 je Kilogramm.

\- - -

Es geht um Volksvermögen

7. Juli (RK) Vor Jahresfrist wurde bereits in sachlicher Diskussion festgestellt, was heute im Ausschuß (siehe "Rathaus-Korrespondenz" Blatt 1890) Gegenstand eines Berichtes von Stadtrat Nekula und Generaldirektor Dr. Reisinger war. Demnach ist die Rechtslage einwandfrei. Zugunsten der Wiener Stadtwerke, die ihr gegenwärtiges Versorgungsgebiet außerhalb der Grenzen der Bundeshauptstadt pioniermäßig seit der Jahrhundertwende erschlossen und vielfach erst über Wunsch der einzelnen Gemeinden Stromlieferungsverträge, Anlagen, Ankauf und Anschlüsse vorgenommen hatten.

Am 5. Juni 1941 wurde ein Vertrag zwischen den Wiener E-Werken und der damaligen "Gauwerke Niederdonau AG" geschlossen, in dem Wien aus Arrondierungsgründen auf einem entlang der Pressburger-Bahn bis Hainburg führendes Industriegebiet verzichteten und die nachmalige NEWAG dafür im Norden und Westen Wiens gelegene Forst- und Agrargebiete den Stadtwerken im Tausch zur Versorgung überließ. Zusätzlich dafür zahlte Wien 1,8 Millionen Reichsmark an die nachmalige NEWAG.

1952 erklärte die NEWAG unter Betonung ihrer Rechtsnachfolgerschaft nach de. ehemaligen Gau-Werke Niederdonau AG ausdrücklich, die Übereinkommen aus 1941 anzuerkennen. Sie bestritt das gewachsene und historisch begründete Versorgungsgebiet der Wiener E-Werke, die niemals Gebiete anektiert hatten, gar nicht. Selbst noch im Sommer 1967, als das heute mit einer Säumnisbeschwerde belangte Bundesministerium für Elektrizität und Verkehrswirtschaft eine einschlägige NEWAG-Forderung nach Gebietsabtretung nicht beschied, sah man in Niederösterreich keinen Grund zur Aktion "scharf". Als es 1968 u.a. um die Versorgung der Schwechater Petrochemie ging, wurde das Recht dazu vom zuständigen Bautenministerium den Wiener Stadtwerken zugesprochen. - Im übrigen sprechen Erkenntnisse des Verwaltungsgerichtshofes vom 21. April 1955 und des Verfassungsgerichtshofes vom 15. März 1965 in ähnlich gelagerten Fällen eindeutig zu Gunsten der Auffassung der Wiener E-Werke, daß deren Anlagen in Niederösterreich nicht verstaatlicht werden können.

Zu der von der NEWAG ins Treffen geführten möglichen "Stromverbilligung für Niederösterreichs Haushalte" ist vorerst festzustellen, daß in ihrem Versorgungsgebiet die Haushalte teureren Strom beziehen als die Wiener - in Einzelfällen bis zu 70 Prozent.

./.

Ob es aber möglich ist, daß, wie gemeldet wurde, bei einer Übernahme der umstrittenen Gebiete durch die NEWAG das Tarifniveau hier beizubehalten, um es erst in mehreren Jahren auf einen einheitlichen Tarif für ganz Niederösterreich umzustellen, erscheint im Hinblick auf den Paragraph 6 des Energiewirtschaftsgesetzes (nach dem innerhalb eines einzigen Versorgungsgebietes nicht verschiedene Tarife gelten können) immerhin zweifelhaft.

Von allen anderen Erwägungen abgesehen geht es jedoch um Milliardenwerte die fehl investiert wären, würde in einem Urteil der NEWAG-Forderung Rechnung getragen. Die Wiener Stadtwerke E-Werke haben in Anbetracht des Versorgungsgebietes Unsummen in Erzeugungsanlagen und Leitungen investiert. Milliardenwerte, die man erste genau abgrenzen müßte. Die NEWAG wiederum müßte, wie sie selbst zugibt, erst beträchtliche Beträge investieren, um ihrer Versorgungspflicht überhaupt nachkommen zu können. Ihre Anlagen sind ja auf einen anderen Markt zugeschnitten. Andererseits wären Wiener Anlagen, die ebenfalls auf die Versorgung der umstrittenen Gebiete angelegt waren, nicht voll ausgenützt. Gesamtwirtschaftlich gesehen wäre die ganze Aktion somit wohl kaum sinnvoll.

In Wahrheit ist der sogenannte "Stromkrieg" zwischen den Wiener Stadtwerken-E-Werken und der NEWAG planmäßig neu entbrannt: In Niederösterreich stehen die Landtagswahlen vor der Tür...

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Die "Kammschule" ist der Atriumschule vorzuziehen

8. Juli (RK) Um Anregungen und Erfahrungen auf dem Gebiet der Schulbauten zu sammeln, besuchten Vizebürgermeister Gertrude Sandner in ihrer Eigenschaft als Kulturstadtrat und ein Expertenteam die von Walter Gropius errichtete Britz-Buckow-Rudow Gesamtschule in Berlin. Die Schule wurde von dem vergangenen Sonntag verstorbenen weltbekannten Architekten in Atrium-Form errichtet, um dem neuartigen Schulexperiment der "Gesamtschule" einen räumlich angepaßten Rahmen zu geben. Schwerpunkt jedes einzelnen Schulpavillons ist der im Mittelpunkt gelegene Großraum, der jeweils den Schülern von vier, rund um diesen Raum gruppierten Klassen als Pausen-, Eß-, Lern- und Freizeitraum dient. In diesem Großraum können die viermal 36 Schüler ohne Schwierigkeiten und Platznot untergebracht werden.

Um die exponierte Stadt Berlin für Bundesbürger, aber auch für Ausländer anziehend zu machen, versucht man, die ehemalige Bundeshauptstadt zu einem Kongreß- und Experimentierzentrum zu gestalten. Ein solches Experiment ist auch das der Versuchsschule Britz-Buckow-Rudow, in der zur Zeit 1.100 Schüler die neuartige Gesamtschule besuchen.

Die Gesamtschule, die eine Ganztagsschule ist, umfaßt einen Schulkindergarten, eine Grundschule mit sechs Klassen, eine sogenannte Mittelstufe, die von der siebenten bis zur zehnten und eine Oberstufe (Studienstufe), die vom elften bis zur dreizehnten Klasse reicht. Wenn der Schulbau vollendet sein wird, werden in dieser Gesamtschule insgesamt 1.700 Schüler einen völlig neuen Unterrichts- und Ausbildungsweg beschreiten können.

./.

Die Atriumhäuser dieser nahezu überwältigend großen Schulstadt bestehen aus vorfabrizierten Betonelementen. Dies hat den Nachteil - und wurde von den Wiener Schulexperten sofort als unangenehm registriert - daß man an den Betonwänden nur schwer Bilder und Blumen, Landkarten oder andere Lehrmittel fixieren kann. Die Folge davon ist, daß die an sich großen und hellen Schulzimmer einen unwohnlichen, unpersönlichen Eindruck machen und das Gefühl der Intimsphäre vermissen lassen. Überdies hat Gropius zur Bedingung gemacht, daß nach der Genehmigung seiner Entwürfe nicht das geringste Detail verändert werden darf. Da der Architekt nicht nur für die äußere, sondern auch für die innenarchitektonische Ausgestaltung zuständig war, konnten sich die Lehrkräfte nicht dagegen wehren, daß er beispielsweise einen mittelgrauen Kunststoff-Fußbodenbelag und etwas heller graue Schulmöbel wählte. Ebenso trist ist übrigens auch der äußere Eindruck: die grauen Betonwände werden nur durch die schwarz angestrichenen Fensterstöcke unterbrochen.

Zusammenfassend kamen Vizebürgermeister Sandner und die sie begleitenden Experten zu der Erkenntnis, daß das in Wien angewendete "Kammbau-Verfahren" dem Atriumbau vorzuziehen ist und sich auch dann nicht als überholt erweisen wird, wenn man in Wien eines Tages im Rahmen einer Schulreform zu einer Ganztag-Schule übergehen sollte. Die kammförmige Gliederung der Wiener Schulbauten würde Zubauten zu jeder Zeit erlauben.

\- - -

Sportstadt Berlin:

Jeder Bezirk verfügt über ein Hallenbad und ein eigenes Freibad

8. Juli (RK) Im Verlauf einer Studienreise besuchte Vizebürgermeister Gertrude Sandner in Begleitung zuständiger Experten die Sportstätten und Schwimmanlagen in Berlin. Dabei stellte sich heraus, daß in der einstigen deutschen Bundeshauptstadt der Sportstättenbau nicht wie in Wien von einer zentralen Stelle, sondern von den dort üblichen Bezirksverwaltungen errichtet und betreut werden. Von dieser Tatsache ausgehend ist es verständlich, daß jeder einzelne Bezirk der von der Umwelt hermetisch abgeschlossenen Stadt über ein eigenes gedecktes Hallenbad sowie über ein bezirkseigenes Freiluftbad verfügt.

Darüber hinaus gibt es Schwerpunktsportstätten, deren hervorragendste eine Hallenschwimmsportanlage ist. Der riesige Komplex ist eigentlich als Trainingsmöglichkeit für Leistungssportler gedacht. Um aber auch den Bewohnern rund um die Sportstätte die Möglichkeit zu geben, daß 50-Meter-Schwimmbecken benützen zu können, steht dieses gegen eine stündliche Benützungsgebühr von einer Mark bis 17 Uhr den Nichtleistungssportlern zur Verfügung.

Zu dem 50-Meter-Becken mit dem auf 25 Grad erwärmten Wasser gehört auch ein Zehn-Meter-Sprungturm, der so wie der im Wiener Stadionbad befindliche mit einem Lift versehen ist. Um die Schwimmtechnik der Trainierenden genau kontrollieren zu können, haben die Trainer die Möglichkeit, durch riesige Unterwasser-Fenster die Bewegungen (wie das Wenden an den Beckenenden oder die Haltung des Springers zu beobachten.).

Zu den Trainingsvorrichtungen gehört auch die sogenannte Folterkammer, in der sich vom einfachen Kugelhantel bis zu den riesigen Scheibenhanteln Standfahrräder und Expander alle "Martereinrichtungen" befinden, mit deren Hilfe Muskelkraft und allgemeine Kondition verbessert werden können. Für den Rudernachwuchs gibt es wie in der Wiener Stadthalle auch ein entsprechend eingerichtetes Ruderhaus.

./.

Aber selbst auf den allerjüngsten Nachwuchs hat man in diesem Bau nicht vergessen. Ein eigenes Bassin, dessen Wasser bis auf 27 Grad erwärmt wird, steht den Drei- bis Sechsjährigen zur Verfügung. Besonders geschulte Schwimmlehrer machen die Allerjüngsten mit den Grundkenntnissen vertraut, wobei die Eltern für einen 20stündigen Ausbildungskurs nicht mehr als fünf Mark zu bezahlen haben.

\- - -

65. Geburtstag von Erich Hayek

8. Juli (RK) Am 9. Juli vollendet Univ.-Prof. Dr. Erich Hayek das 65. Lebensjahr.

Er wurde in Wien geboren, wo er an der Universität das Fachstudium absolvierte und als Assistent arbeitete. 1935 ging er nach Darmstadt, 1945 nach Innsbruck, wo er 1953 ordentlicher Professor für Anorganische und Analytische Chemie sowie Vorstand des Chemischen Instituts wurde. Professor Hayek hat zahlreiche Arbeiten veröffentlicht, die vor allem das Verhalten der Säuren, des Silberfluorids, der Salpetersäure und anderer anorganischer Verbindungen untersuchen. Weiters hat er auf dem Gebiet der Metallurgie mehrere Patente erworben. Seit 1958 ist er wirkliches Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

\- - -

Alois Auer-Welsbach zum Gedenken

8. Juli (RK) Auf den 10. Juli fällt der 100. Todestag des ehemaligen Direktors und Reorganisators der Österreichischen Staatsdruckerei Alois Auer-Welsbach.

Er wurde am 11. Mai 1813 in Wels geboren und erlernte zunächst die Buchdruckerei. Daneben betrieb er Sprachstudien und betätigte sich in der Folge als Lehrer. Auer-Welsbach beschäftigte sich aber auch weiterhin mit den Problemen der Buchdruckerkunst und entwickelte sich zu einer Autorität auf allen typographischen Gebieten. 1841 erfolgte seine Berufung zum Direktor der k.k. Hof- und Staatsdruckerei, die in Verfall geraten war. Dieses Institut wurde unter seiner Leitung zu einem der hervorragendsten ganz Europas. Auer-Welsbach machte zahlreiche typographische Erfindungen, stellte als erster aus Maisblättern Papier und grobe Gewebe her und verwendete erstmalig in Europa Rollenpapier in der Druckpresse. Er erfand auch den Naturselbstdruck, die selbsttätige Schnellpresse und Kupferdruckpresse. Alle seine Einrichtungen, Verbesserungen und Erfindungen sind in dem umfangreichen Buch "Geschichte und Beschreibung der k.k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien" zusammengefaßt. Auer-Welsbach schuf auch die erste großangelegte typographische Zeitschrift "Faust", die in einem Textteil drucktechnische Aufsätze und literarische Beiträge brachte, im Bilderteil eine bewunderungswürdige Darstellung sämtlicher damals bekannter Drucktechniken bei der Wiedergabe von Reproduktionen bot. Auer-Welsbach wurde für seine Leistungen vielfach ausgezeichnet. Er erhielt den Adelstitel, die Mitgliedschaft der Österreichischen Akadmie der Wissenschaft, zahlreiche Preise und Ehrendoktorate.

\- - -

Schwarzfahren bleibt strafbar

8. Juli (RK) Zu der Auffassung, daß man den Fahrscheinentwerter der Straßenbahn quasi straffrei "betrügen" könne, stellen die Verkehrsbetriebe fest, daß nach wie vor Schwarzfahren in jeder Form bestraft wird. In den meisten Fällen begnügen sich die Kontrollore mit der nicht in Frage gestellten Form des Verwaltungsstrafverfahrens, indem sie 100 Schilling kassieren. Erst im Wiederholungsfalle haben die Verkehrsbetriebe Anzeigen erstattet.

Sachlich steht fest: Nur ein Teil der Wiener Staatsanwälte erhebt keine Anklage wegen des Verdachtes der Prellerei nach § 467 des Allgemeinen Strafgesetzes. Die Gerichte hingegen haben in allen Fällen der Anklageerhebung nach diesem Paragraphen verurteilt.

Darüber hinaus gibt es eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes vom 30.11.1930, wonach der listige Betrug eines Unternehmens unter Strafe gestellt wird, auch wenn keine Person irregeführt wurde. (Damals war das Schwarzfahren in einem ÖBB-Güterwagen verurteilt worden.) Wenn die Staatsanwaltschaft keine Anklage erhebt, besteht für die Verkehrsbetriebe die Möglichkeit der Subsidiaranklage nach § 48 der Straßenpolizeiordnung. Gegenwärtig wird ein solcher Modellfall beim Bezirksgericht Floridsdorf "durchexerziert". Die Verkehrsbetriebe haben die Absicht bis zum Obersten Gerichtshof zu gehen, um dem Schwarzfahren Einhalt zu gebieten.

Die durch die Zeitungsmeldungen vielleicht bei einzelnen Fahrgästen geweckte Hoffnung, daß sie nun durch Schwarzfahren bestenfalls ein "Kavaliersdelikt" begehen oder ein sportliches Ereignis einleiten, wird auch zunichte, weil die Verkehrsbetriebe allenfalls nach den Bestimmungen des § 44 Eisenbahngesetz vorgehen werden. Und der sieht für Schwarzfahren eine Höchststrafe von 10.000 Schilling oder zwei Wochen Arrest vor!

In jedem Fall ist jedoch die Einhebung der Strafgebühr von 100 Schilling durch die Kontrollorgane gerechtfertigt. Die einschlägige Bestimmung hiezu ist in den Beförderungsbedingungen und Tarifen in der Wiener Zeitung vom 23.12.1966 umd im Amtsblatt der Stadt Wien vom 21.12.1966 kundgemacht worden.

\- - -

Bürgermeister empfing Geschäftsführer der Hilfsgemeinschaft der später Erblindeten Österreichs

8. Juli (RK) Bürgermeister Bruno Marek empfing heute vormittag in seinem Arbeitszimmer Direktor Robert Vogel von der Hilfsgemeinschaft der später Erblindeten Österreichs. Vogel überreichte dem Bürgermeister ein mit eigenhändiger Widmung versehenes Exemplar einer Sondernummer der von der Hilfsgemeinschaft herausgegebenen Zeitschrift "Unser Schaffen".

Robert Vogel, der vor kurzer Zeit seinen 60. Geburtstag feierte, erblindete im Alter von 18 Jahren. Seit dieser Zeit ist er unermüdlich für die später Erblindeten Österreichs tätig. Dank seiner unerhörten Dynamik gelang dem gelernten Kaufmann aus Hernals im Jahre 1951 der Aufbau einer mustergültigen Blindenpension in Unterdambach bei Neulengbach in Niederösterreich. Außerdem war Vogel maßgebend bei der Verabschiedung der wichtigen Landesblindenbeihilfengesetze beteiligt. Bürgermeister Marek lobte das unermüdliche Wirken Direktor Vogels und unterstrich die Leistungen der Gemeinde Wien auf dem Sektor der Blindenhilfe. So wurde von der Stadtverwaltung ein vorbildlicher Blindengarten im Döblinger Wertheimsteinpark geschaffen.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

8. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Erbsen 6 bis 7 S, Gurken 5 bis 6 S, Kochsalat 4 S, Paradeiser 6 S je Kilogramm.

Obst: Bananen 7 bis 8 S, Kirschen 8 bis 10 S, Ribisel 8 bis 10 S je Kilogramm.

\- - -

Wiener Landesregierung: vier Gesetzesentwürfe eingebracht

8. Juli (RK) In der heute unter Vorsitz von Landeshauptmann Bruno Marek abgehaltenen Sitzung der Wiener Landesregierung sind vier Gesetzesentwürfe eingebracht worden, die der Landtag am Freitag dieser Woche beraten wird. Es handelt sich um die Novellierung des Vergnügungssteuergesetzes 1963 (Vergnügungssteuergesetznovelle 1969), um die Abänderung abgabenrechtlicher Vorschriften sowie um den Entwurf des Gesetzes über die Einhebung einer Dienstgeberabgabe (U-Bahn-Abgabe). Diese drei Gesetzesentwürfe referierte Vizebürgermeister Felix Slavik, eine Novelle zur Abänderung des Ruhe- und Versorgungsgenußzulagegesetzes 1969 hat Stadtrat Dkfm. Alfred Hintschig eingebracht.

Außerdem werden in der Freitag-Sitzung des Wiener Landtages behandelt: ein Gesetz, durch das Angelegenheiten des Dienstrechtes der Beamten der Bundeshauptstadt Wien als solche des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde bezeichnet werden, sowie Abänderungen des Wiener Feuerwehrgesetzes und des Wiener Feuerpolizeigesetzes.

Senkung der Vergnügungssteuer bei Veranstaltungen für die Jugend

Nach dem Vergnügungssteuergesetz für Wien aus dem Jahr 1963 sind Veranstaltungen, die der Jugendpflege dienen, soferne sie hauptsächlich für Jugendliche und deren Angehörige dargeboten werden, grundsätzlich vergnügungssteuerfrei. Diese Freistellung erfolgt aber nicht bei Tanzbelustigungen, bei Filmvorführungen oder für Veranstaltungen, bei denen alkoholische Getränke verabreicht werden. Außer Zweifel ist geblieben, daß die Verabreichung alkoholischer Getränke mit Jugenderziehung unvereinbar ist, jedoch sind Jugenderzieher und das Landesjugendreferat der Gemeinde Wien nunmehr der Ansicht, daß Tanzveranstaltungen für die Jugenderziehung notwendig sind, weil sie eine von Jugendlichen bevorzugte gesellschaftliche Funktion haben. Ebenso muß die Auffassung

./.

anerkannt werden, daß Filmvorführungen, wenn sie vor allem mit Diskussionen verbunden sind, für die Jugenderziehung wertvoll sind. Für diese letztgenannten beiden Arten von Veranstaltungen soll nun in Hinkunft keine Vergnügungssteuer mehr eingehoben werden. Der daraus sich für die Gemeinde Wien ergebende Mindererertrag an Vergnügungssteuer wird jährlich mit 13,5 Millionen Schilling beziffert.

Die Standpunkte hinsichtlich Dienstgeberabgabe zur U-Bahn-Finanzierung

Zur Sicherstellung des Baues der Wiener U-Bahn, und zwar in einer Form, daß der Bau zu keinem Zeitpunkt aus materiellen Gründen eingestellt oder unterbrochen werden muß, dient die Einführung der Dienstgeberabgabe, erklärte heute Vizebürgermeister Felix Slavik bei der Einbringung des Gesetzesentwurfes in der Wiener Landesregierung. Es wird alles daran gesetzt werden, das vorliegende Projekt der U-Bahn nicht erst in zwölf Jahren, sondern schon in zehn Jahren fertigzustellen. Sollten die vorgesehenen Mittel einmal nicht ganz verbraucht werden, dann werden solche Beträge einer U-Bahn-Rücklage für das kommende Jahr zugeführt. Andererseits wird aus allgemeinen Budgetmitteln zugeschossen werden, falls es der Baufortschritt erfordert.

Stadträtin Dr.Maria Schaumayer bekannte sich im Namen ihrer Fraktion grundsätzlich zum Bau der U-Bahn, meint aber, daß bei Aufnahme einer Anleihe von relativ geringem Umfang das Projekt schon in acht Jahren fertig sein könnte. Eine detaillierte Begründung ihrer Auffassung übergab sie zur Weiterleitung an das Finanzreferat. Die ÖVP werde dem Gesetzentwurf in der jetzigen Form nicht zustimmen.

Stadtrat Kurt Heller verwies darauf, daß das Tempo der Fertigstellung nicht allein von der Finanzierung abhänge, sondern auch von der Leistungsfähigkeit der Baufirmen, wobei man bedenken muß, daß während der Bauzeit der übrige Verkehr aufrecht erhalten werden muß. Was die vorhandenen Mittel betreffe, so dürfe nicht vergessen werden, daß es neben der U-Bahn auch noch andere unaufschiebbare Großprojekte gibt, wie die III. Hochquellenwasserleitung, die Großkläranlage, der Hochwasserschutz usw.

./.

Vizebürgermeister Slavik warnte davor, das U-Bahn-Projekt wirtschaftlich einseitig zu sehen. Es müsse doch auf die vielen Unternehmungen Rücksicht genommen werden, die sich nicht nur mit Tiefbau beschäftigen. Der Hochbau und andere Arbeiten dürfen schon im Hinblick auf die Erhaltung der Vollbeschäftigung keineswegs eingeschränkt werden. Ferner ist es notwendig, endlich größere Erhaltungsarbeiten durchzuführen, wenn wir uns nicht der Gefahr des Verfalls verschiedener Einrichtungen aussetzen wollen. Für all das müssen zusätzliche Mittel aufgebracht werden. Auch der Bedarf an Baugründen wird immer größer. Verzichten wir auf weitere Grundkäufe, so schädigen wirdie Entwicklung unserer Stadt. Mit der gesellschaftlichen Entwicklung hängt es zusammen, daß unsere Aufgaben ständig wachsen. Es liegt in unserer Hand, wie wir mit der Zukunft fertig werden. Bei einer Steuer in dieser Form soll man nicht nur die Belastung sehen, sondern auch die damit verbundene Möglichkeit der Erfüllung all unserer Wünsche. Abschließend appellierte Slavik an alle, sich zu einer aktiven Wirtschaftspolitik zu bekennen.

\- - -

Richtigstellung zur Aussendung "Schwarzfahren"

8. Juli (RK) In unserer Aussendung "Schwarzfahren bleibt strafbar", Blatt 1901 soll es im dritten Absatz, 7. Zeile, richtig heißen: ". . . nach § 48 Strafprozeßordnung" (nicht Straßenpolizeiordnung).

\- - -

Schweinehauptmarkt vom 8. Juli

8. Juli (RK) Unverkauft vom Vormarkt 0. Verkauft alles. Neuzufuhr 3.927. Davon Durchläufer 855, Gesamtauftrieb dasselbe.

Preise extrem: 16.20 bis 17, 1. Qualität 15.20 bis 16, 2. Qualität 14.30 bis 15.10, 3. Qualität 13.30(davon 20 Stück) 13.50 bis 14.20. Zuchten extrem 12 bis 12.50, Zuchten 11 bis 11.80. Altschneider 10.30 bis 11. Der Durchschnittspreis für inländische Schweine erhöhte sich um 36 Groschen und beträgt 15.21.

Außermarktbezüge in der Zeit vom 4. bis 8. Juli (ohne Direkteinbringungen in die Bezirke) 1.649.

\- - -

Pferdehauptmarkt vom 8. Juli

8. Juli (RK) Auftrieb am Zentralviehmarkt 7 Stück, davon 1 Fohlen. 4 Pferde aus Niederösterreich, 20 aus dem Burgenland und 1 Pferd aus der Steiermark. Verkauft wurden als Schlachttiere 4, als Nutztiere 0, sodaß 3 unverkauft blieben.

Notierungen: Schlachttiere Fohlen 16 S, Pferde extrem 0. 1. Qualität 11.20, 2. Qualität 9 bis 10, 3. Qualität 0. Auftrieb im Auslandsschlachthof 43 Pferde aus Jugoslawien laut Mitteilung der MA 60 wurden verkauft zum Preis von 9 bis 14.50.

Marktverkehr: Der Durchschnittspreis für inländische Schlachtpferde ermäßigte sich um 31 Groschen. Der Durchschnittspreis für inländische Schlachtfohlen ermäßigte sich um 1 S je Kilogramm. Durchschnittspreis für Schlachtpferde 10.07. Schlachtfohlen 16, Schlacht- und Nutzpferde 0. Pferde und Fohlen 11.55.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Drei neue Kunstdenkmäler fertiggestellt

9. Juli (RK) Mehr als eine Million Schilling stellte das Kulturamt der Stadt Wien für die Errichtung von drei neuen modernen Kunstdenkmälern zur Verfügung. Eines davon ist der sogenannte "Wagramer Brunnen", der gegenüber der neuen Schule in der Wagramer Straße südlich der Lenkgasse in Kagran von dem bekannten Bildhauer Wander-Bertoni geschaffen wurde. Der Brunnen besteht aus einem quadratischen Becken aus Kunststein, aus dem sich in Form einer Knospe ein weiblicher Körper aus Bronze erhebt. Der rund viereinhalb Meter hohe "Wagramer Brunnen", der optisch sehr wirksam in einer weiten Grünfläche steht, wird unzweifelhaft rasch zu einem Wahrzeichen des sich entwickelnden Bezirkszentrums werden.

Als fast spektakulär kann man die "Bewegungsplastik" aus Stahl bezeichnen, die von Curt Stenvert vor der neuen Schule in der Krottenbachstraße konstruiert wurde. Die "Bewegungsplastik", die von den Bewohnern der Krottenbachstraße bereits den Spitznamen "Das Windspiel" erhalten hat, ist acht Meter hoch und zieht die Blicke aller auf sich, weil die verschiedenen, sich unabhängig voneinander bewegenden Teile durch ihre intensive Farben auffallen. Schon mäßiger Wind genügt, um die Spindeln, Windräder, Kreise und Rechtecke zu einem tanzenden farbenfrohen großen Spielzeug zu machen.

./.

Im Inneren der gleichen Schule in der Krottenbachstraße wurde dieser Tage das acht Meter lange und drei Meter hohe, aus Kupfer getriebene Relief fertiggestellt, das der Bildhauer Rudolf Kedl dem Thema "Sinn der Erziehung" widmete. Der aus dem Burgenland gebürtige Künstler, der heuer den Preis der Stadt Wien für Bildhauerei erhielt, versucht den "Sinn der Erziehung" in der für ihn charakteristischen Formensprache darzustellen.

\- - -

Kongreßreferat für Wien hat seine Arbeit aufgenommen

9. Juli (RK) Das vom Fremdenverkehrsverband für Wien errichtete, vom Kulturamt der Stadt Wien mit zwei Millionen Schilling subventionierte Kongreßreferat hat am 1. Juli 1969 in der Fremdenverkehrsstelle in der Stadiongasse seine Arbeit aufgenommen. Mit der Leitung wurde Ernst Rahofer betraut, der über fundierte praktische Erfahrungen auf den Gebieten des Fremdenverkehrs und des Kongreßwesens verfügt.

Das Kongreßreferat wurde notwendig, weil Wien heute zu den ersten zehn Kongreßstädten der Welt zählt und eine Stelle benötigt wird, die sich ausschließlich mit der Förderung und einer planmäßig durchgeführten Werbung und Koordination von Kongressen beschäftigt. Auch müssen die steigenden Ansprüche, die an Wien als zentral gelegenen Tagungsort im Herzen Europas gestellt werden, zur vollen Zufriedenheit erfüllt werden.

Der 35jährige gebürtige Oberösterreicher absolvierte nach der Matura die Hotelfachschule in Bad Gleichenberg und sammelte seine Erfahrungen in verschiedenen Sparten des Hotelgewerbes in einschlägigen Betrieben in Paris, London und Zürich. Im Jahr 1960 nahm er eine Stelle im Hotel Bristol an und besuchte gleichzeitig den Hochschulkurs für Fremdenverkehr an der Hochschule für Welthandel. Im Jahr 1965 wurde er zum Empfangschef und Assistantmanager des Hotels Bristol bestellt und fungierte auch als Vertreter des Hauses bei internationalen Konferenzen in Rom, Paris, Madrid, London, Luzern und Genf.

\- - -

In der Schulverwaltung:

Abschied und Willkomm

9. Juli (RK) In Anwesenheit von Vizebürgermeister Gertrude Sandner, Magistratsdirektor Dr.Rudolf Ertl, Stadtrat Dkfm. Alfred Hintschig und dem Vertreter der Gewerkschaft, Senatsrat Dr.Karl Theuer wurde heute vormittag Senatsrat Dr.Friedrich Mück als Leiter der Magistratsabteilung 56 verabschiedet und Obermagistratsrat Dr.Wilhelm Schink als neuer Leiter angelobt.

Vizebürgermeister Gertrude Sandner würdigte in ihrer Ansprache die Tätigkeit des scheidenden Senatsrates, mit dem sie zehn Jahre lang gut zusammengearbeitet hatte. "Er ist nie in der ersten Reihe, sondern immer nur beobachtend im Hintergrund gestanden. Obwohl er auch unter vielen Opfern seine Stelle erarbeiten mußte, hat er das Ziel erreicht, viel für Wien getan, zahllose neue Schulgebäude, Berufsschulen und die Zentralberufsschule wurden unter seiner Leitung errichtet. Es ist ihm gelungen, die Wünsche der Architekten, der Lehrer und Politiker unter einen Hut zu bringen. "Für die großen Leistungen und die vielen Opfer, die er persönlich brachte, für die Freundlichkeiten und die Hilfe, die er ihr entgegenbrachte, möchte sie heute an dieser Stelle herzlich danken.

Obermagistratsrat Dr.Schink aber gratulierte sie und wünschte ihm und seinen Mitarbeitern viel Erfolg für die kommende Laufbahn. "Sie haben einen guten Lehrmeister gehabt und sind ein Kind Ihres Vorgängers. Ich hoffe, Sie werden wie er handeln". In Vertretung des abwesenden Personalstadtrates würdigte Stadtrat Hintschig die Leistungen des scheidenden Leiters der Magistratsabteilung 56.

Er unterstrich, daß die Voraussetzung eine gute Prüfung des Personalbedarfes, aber auch die Möglichkeiten sind, die Leistungen der Bediensteten zu würdigen und ihre Leistungskraft zu erhalten. "Bringt den richtigen Menschen auf den richten Platz und bereitet ihn für seine Arbeit richtig vor. Schafft die Voraussetzungen für ein gutes Betriebsklima", erklärte der Stadtrat. "Sie, Herr Obermagi tratsrat Dr.Schink sind für die Nachfolge als Leiter der Magistratsabteilung 56 bestimmt.

./.

Sie bedeutet Verpflichtung, und ich hoffe auf Ihre Aufgeschlossenheit und auf Ihr Bemühen, eine gute Menschenführung und ein gutes Betriebsklima zu schaffen."

Senatsrat Dr. Theuer als Vertreter der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten hob die Rolle der Stadt Wien, die beispielgebend auf dem Gebiet der Menschenführung und der Demokratisierung in der Verwaltung sei, hervor. Ihm ist es auch zu verdanken, daß der Gewerkschaft die Mitbestimmung und Mitarbeit in vollem Ausmaß ermöglicht ist. Der Lebensweg von Senatsrat Dr. Mück war nicht immer einfach, und doch hat er sich durch seine Arbeit und beispiellosen Einsatz zu dieser Stellung emporgearbeitet. "Mehr sein als scheinen", war stets seine Devise. "Als Vertreter der Gewerkschaft danke ich ihm besonders für das Verständnis, das er immer seinen Mitarbeitern entgegenbrachte". Sein Nachfolger, Obermagistratsrat Dr. Schink hatte das Glück, auf seine Arbeit in einer Weise vorbereitet zu werden, die geradezu beispielhaft ist. Er konnte in seine Aufgaben hineinwachsen und wird jetzt - wie er es bereits im Jahr 1962 konnte - an Schulreformen mitarbeiten dürfen.

Magistratsdirektor Dr. Ertl sprach dem scheidenden Leiter Senatsrat Dr. Mück Dank und hohes Lob der Wiener Stadtverwaltung aus. Er persönlich bedaure es, einen so verdienten Beamten scheiden zu sehen. Besonderen Dank aber erwies er ihm dafür, daß er seinen Nachfolger so rechtzeitig und so gründlich in sein künftiges Arbeitsgebiet eingeführt und vorbereitet hatte. "Es ist vielleicht Ihr höchstes Verdienst in all der Arbeit, die Sie für die Stadtverwaltung geleistet haben." In der Folge überreichte der Magistratsdirektor Dr. Schink die Ernennungsurkunde. Danach stellte er fest, daß eine Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und der Gewerkschaft speziell in der Zukunft besonders notwendig sein wird, weil auch im Rahmen eines Amtes die modernen Arbeitstechniken Einzug halten werden müssen, die die Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft unbedingt erforderlich machen werden. "Sie haben auch das Glück, in Ihrer direkten Vorgesetzten, Frau Vizebürgermeister Gertrude Sandner, einen Menschen zu haben, der auf gute Zusammenarbeit und Aufgeschlossenheit großen Wert legt. Dies wird zweifellos ihre zukünftige Arbeit wesentlich erleichtern."

./.

Als einen Meilenstein in der Entwicklung der Magistratsabteilung 56 bezeichnete Dr. Schink in seiner Antrittsrede als Leiter der städtischen Schulverwaltung deren Eingliederung in die Geschäftsgruppe III im Dezember 1954. Bald darauf lief die große Aktion zur Modernisierung der Schulgebäude an. Der jetzt in den Ruhestand getretene Senatsrat Dr. Mück und er mußten sich mit technischen Begriffen vertraut machen und vieles dazu lernen.

Die Schulgesetzreform des Jahres 1962 brachte für die Städtische Schulverwaltung eine Fülle neuer juristischer Aufgaben. Dr. Schink erinnerte an dieser Stelle an die Ausführungsgesetze des Landes Wien zu den Schulgesetzen, an deren Ausarbeitung er in enger Zusammenarbeit mit dem verstorbenen Dr. Schütz und Dr. Sederl mitwirken durfte.

Von allen Tätigkeiten der Magistratsabteilung 56 steht wohl die Schulerhaltung im Vordergrund, wobei unter Schulerhaltung nach der Terminologie der Schulgesetze auch die Errichtung von Schulneubauten zu verstehen ist. Der Schwerpunkt in der Schulerhaltung selbst liegt in der rechtzeitigen Beschaffung des erforderlichen Schulraumes. Damit komme ich zu den größten "Zukunftssorgen" der städtischen Schulverwaltung.

Im kommenden Schuljahr wird es in Wien rund 102.000 Volks-, Haupt- und Sonderschüler sowie Schüler des Polytechnischen Lehrganges geben. Auf Grund der Geburtenzahlen werden die Schülerzahlen weiterhin ansteigen und im Schuljahr 1974/75 rund 117.000 betragen. Über dieses Schuljahr hinaus kann eine annähernd richtige Prognose nicht gestellt werden, da die Geburtenziffer des Jahres 1969 noch nicht bekannt ist. Die Annahme liegt nahe, daß es im Schuljahr 1975/76 an den allgemeinbildenden öffentlichen Pflichtschulen rund 120.000 Schüler geben wird. Das allgemeine Ansteigen der Schülerzahlen einerseits und die Entstehung neuer Wohnviertel andererseits verursachen quantitativen Schulraumbedarf in einem noch nie dagewesenen Ausmaß. Neben dem quantitativen Schulraum darf aber auch der qualitative Schulraumbedarf nicht übersehen werden. Das bedeutet: Wenn der Erweiterungsprozeß der Stadt abgeschlossen sein sollte, kann und darf die Schulneubautätigkeit nicht zum Stillstand kommen.

./.

Neben diesen Aufgaben der Schulverwaltung werden auch im Einvernehmen mit dem Stadtschulrat grundsätzliche Überlegungen angestellt werden müssen, wie die Schule von Morgen aussehen soll. Gerade in diesen Tagen ist im Zusammenhang mit der Frage des 13. Schuljahres die Frage einer Schulreform im Gespräch. Neue Schulformen wie etwa die Gesamtschule, die Ganztagesschule und das Kern- und Kurssystem, in einigen Ländern Europas mehr oder weniger eingeführt oder als Schulversuch in Erprobung, werden wohl auch in Österreich nicht mehr länger auszuhalten sein. Diese neuen Schulformen bedürfen aber auch eines neuen baulichen Konzepts im Schulbau, anderer Raumgrößen und Raumformen.

Dr. Schink kam auf die mit Vizebürgermeister Gertrude Sandner durchgeführte Besichtigungsreise nach Berlin und dem Besuch der von Walter Gropius errichteten Gesamtschule in einem neuen Stadtviertel Westberlins zu sprechen. Sie ist eine der vier Versuche einer Gesamtschule in Westberlin. Er stellte fest, von der Gesamtschule in Berlin sehr beeindruckt gewesen zu sein, fügte jedoch hinzu, daß sich seiner Meinung nach dieses Modell pädagogisch wie baulich gesehen, nicht ohne weiteres auf Wien übertragbar sein wird. Trotzdem, ja vielleicht gerade deswegen scheint mir der Besuch in Berlin äußerst wertvoll gewesen zu sein, weil man ja bekanntlich auch aus Fehlern viel lernen kann.

Im Hinblick darauf, daß auch bei uns neue Schulformen wie z.B. die Gesamtschule Eingang finden werden, sehe ich es als eine der vordringlichsten Aufgaben der Städtischen Schulverwaltung, in Zusammenarbeit mit dem Stadtschulrat, den Architekten und Bauämtern eine Bauform zu finden, die Flexibilität und Variabilität in Bezug auf die Schulräume zuläßt. Konkreter noch: Es wird in Zukunft nicht mehr genügen, Klassenzimmer in starrer Form im Ausmaß von 9 mal 7 Meter, wie wir sie jetzt bauen, zu haben, sondern es werden einmal größere und einmal kleinere Räume für den Gruppenunterricht z.B. erforderlich sein. Es muß also getrachtet werden, Schulneubauten zu errichten, die nicht nur jetzt, sondern auch in Zukunft den pädagogischen Anforderungen gerecht werden.

Auch in der Ausstattung der Schulen werden neue Wege beschritten werden müssen: Er meinte damit in diesem Zusammenhang etwa das Sprachlabor, das Schulfernsehen, die Lernmaschine und ähnliche Einrichten, die irgendwann auch in unseren Schulen Eingang finden werden.

\- - -

Abschiedsbesuch des tschechischen Gesandten

9. Juli (RK) Der tschechische Gesandte in Österreich, Pavel Novotny stattete heute vormittag Bürgermeister Bruno Marek einen Abschiedsbesuch ab. Novotny, der die tschechoslowakische sozialistische Republik dreieinhalb Jahre in Österreich vertrat, kehrt ins Prager Außenministerium zurück. Bürgermeister Marek würdigte die Verdienste des tschechischen Diplomaten, der sich auch in schwieriger Zeit bemühte, die Beziehungen zwischen Österreich und CSSR freundschaftlich zu gestalten.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

9. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Gurken 5 bis 6 S, Fisolen 8 S, Paradeiser 6 bis 8 S je Kilogramm.

Obst: Bananen 7 bis 8 S, Pfirsiche 12 bis 14 S, Ribisel 10 S je Kilogramm.

\- - -

Abschluß der Internationalen Polizeisternfahrt

9. Juli (RK) In der großen Halle der Wiener Stadthalle wurden gestern abend die Sieger der Internationalen Polizeisternfahrt mit den ihnen zugedachten Preisen ausgezeichnet. An der Ehrung nahmen neben zahlreichen Ehrengästen als Vertreter der Stadt Wien Vizebürgermeister Gertrude Sandner, der Präsident der IMC, Gendarmeriegeneral Hans Kunz, der Generaldirektor für öffentliche Sicherheit, Sektionschef Dr.Peterlunger und Polizeipräsident Holaubek teil.

Vizebürgermeister Sandner bezeichnete es als Ehre und Auszeichnung, aber noch vielmehr Freude, daß die Sternfahrt heuer zum zweitenmal nach Wien als Zielort geführt habe. Sie hoffe, daß die mehr als 2.000 aktiven Teilnehmer mit ihrer Begleitung gespürt haben, daß sie von Wien nicht als irgendwelche Gäste, sondern als Freunde und gute Bekannte empfangen worden sind. Freilich kommt es auch immer auf die Menschen an, die sich als Gäste einstellen. Wie liebenswert die Mitglieder der Internationalen Polizeisternfahrt sind, illustriert wohl am besten die freundschaftliche Geste der Holländer, die ihre per Flugzeug nach Wien gebrachten Blumen nach Beendigung des Korsos den Patienten des Allgemeinen Krankenhauses als Geschenk überbracht haben. Vizebürgermeister Sandner schloß mit der Bitte, daß alle Anwesenden recht bald und wieder als Freunde nach Wien kommen mögen.

In der Folge erhielt Polizeipräsident Holaubek vom Vizepräsident der IMC den Richard Weber-Wanderpokal überrreicht. Nachdem der Vizepräsident der Stadt Wien für ihre Gastfreundschaft und Vizebürgermeister Sandner für ihr persönliches Erscheinen gedankt hatte, stellte Polizeipräsident Holaubek fest: "Ich werde ein guter Hüter des Wanderpokales sein und hoffe, daß ich ihn nächstes Jahr in Anwesenheit aller Teilnehmer der heurigen Sternfahrt in die Obhut der Stadt Hamburg übergeben kann."

\- - -

Im Wiener Planetarium:

Sternbilder, wie man sie vor Jahrhunderten beobachten konnte

9. Juli (RK) In Vertretung von Vizebürgermeister Gertrude Sandner hieß heute mittag Magistratsrat Dr.Erika Hortig die rund 50 Teilnehmer des 3. Internationalen Planetariumsleiter-Kongresses im Rathaus willkommen. Die Experten, die zu dieser Tagung sogar von Nord- und Südamerika, von Kanada und Argentinien in die österreichische Bundeshauptstadt gekommen waren, diskutieren hier in der Zeit vom 7. bis 13. Juli über "Weiterentwicklung der astronomischen und weltraumtechnischen Öffentlichkeitsarbeit", die von den mehr als 100 Planetarien in der Welt angestrebt wird. Die Vorbereitung des internationalen Kongresses wurde in Wien vom wissenschaftlichen Leiter des Planetariums Hermann Mucke geleistet.

Ihm ist übrigens auch eine Wiener Spezialität zu verdanken: Unter Verwendung des Planetariums als astronomische Rechenanlagen ist es möglich, historische Gestirnskonstellationen so zu rekonstruieren, daß sich eine völlige Identität zwischen der Rekonstruktion und den von namhaften Historikern dargestellten Himmelsbildern ergibt.

Das Planetarium, das wissenschaftlich ein Teil der Wiener Urania ist, wurde auf Kosten der Stadt Wien im Prater errichtet und weist eine jährliche Besucherfrequenz von rund 40.000 Personen auf. In zwölf Abendstunden im Rahmen von Volkshochschulkreisen werden die Besucher im Gegenstand "Himmelskunde und Weltraumkunde" unterrichtet.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Untersuchung der Wiener Rinder

10. Juli (RK) Eine Verordnung des Landeshauptmannes, die im neuen Landesgesetzblatt von Wien erschienen ist, beschäftigt sich mit der periodischen Unterschuchung von sogenannten bangfreien Rinderbeständen auf Brucellose. Die Verordnung ist mit 1. Juli in Kraft getreten.

Das Landesgesetzblatt ist um einen Schilling im Drucksortenverlag der Stadthauptkasse, 1, Rathaus, Stiege 7, Hochparterre, und in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei - Wiener Zeitung, 1, Wollzeile 27 a, erhältlich.

\- - -

85. Geburtstag von Albert Defant

10. Juli (RK) Am 12. Juli vollendet der Meteorologe und Geophysiker Univ.-Prof. Dr. Albert Defant das 85. Lebensjahr.

Er wurde in Trient geboren und studierte in Innsbruck Mathematik, Geophysik, Astronomie und Geographie. 1909 erfolgte seine Habilitierung an der Wiener Universität, 1919 seine Berufung an die Universität Innsbruck. Von 1927 bis 1945 war er Direktor des Instituts für Meereskunde in Berlin. 1945 kehrte er wieder in seinen früheren Wirkungskreis an die Universität Innsbruck zurück, in dem er als Lehrkanzelinhaber und Direktor des Instituts für Meteorologie und Geophysik bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1955 verblieb. Prof. Dr. Albert Defant, der auf seinen Arbeitsgebieten Bahnbrechendes geleistet hat und internationale Anerkennung genießt, ist wirkliches Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

Der Bürgermeister richtete an den Jubilar ein in herzlichen Worten gehaltenes Glückwunschschreiben.

\- - -

Musikveranstaltungen in der Woche vom 14. bis 20. Juli

10. Juli (RK)

Montag, 14. Juli:

17.00 Uhr, 3. Bezirk, Oberer Belvedere-Garten, Kulturamt der Stadt Wien: 2.Promenadekonzert; Wr. Konzertorchester, Dirigent und Solist Jaro Schmied (Werke von Johann Strauß, Josef Strauß, Jacques Offenbach, Franz Lehár, Emdund Eysler, Paul Abraham und Vittorio Monti

20.00 Uhr, Palais Rasumofsky, Kulturamt der Stadt Wien: 6.Palaiskonzert; Haydn-Trio (J.Haydn: Trio C-Dur; Beethoven: Trio B-Dur op.11; Schubert: Trio B-Dur op.99)

Dienstag, 15. Juli:

17.30 Uhr, 15. Bezirk, Märzpark, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Polizeimusik Wien

17.30 Uhr, 21. Bezirk, Wasserpark, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe

20.00 Uhr, Wiener Rathaus, Arkadenhof, Kulturamt der Stadt Wien: 5.Orchesterkonzert; Wr. Symphoniker, Dirigent Erich Waglechner; Solist Ernst Hoffmann, Posaune (Haydn: Symphonie Nr.97 C-Dur; Milhaud: Concertino d'hover; Dvořák: 3.Symphonie Es-Dur op.10)

Mittwoch, 16. Juli:

17.30 Uhr, 11. Bezirk, Herderpark, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Polizeimusik Wien

19.00 Uhr, Dom St. Stephan, Orgelkonzert

20.00 Uhr, Palais Schwarzenberg, Kulturamt der Stadt Wien: 7.Palaiskonzert; Aurora Natola, Cello - Kurt Rapf, Klavier (Eccles: Sonate g-Moll; Beethoven: Sonate Nr.4 op.102/1; Schumann: 5 Stücke im Volkston op.102; Debussy: Sonate; Strawinsky: Suite Italienne)

Donnerstag, 17. Juli:

17.00 Uhr, 1. Bezirk, Volksgarten, Kulturamt der Stadt Wien: 3.Promenadekonzert; Wr. Konzertorchester, Dirigent und Solist Jaro Schmied (Werke von Johann Strauß, Josef Strauß, Franz v. Suppé, Karl Komzak, Emmerich Kálmán, Jules Massenet und Rudolf Bibl)

17.30 Uhr, 12. Bezirk, Steinbauerpark, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe

17.30 Uhr, 16. Bezirk, Kongreßpark, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Polizeimusik Wien

20.00 Uhr, Palais Lobkowitz, Kulturamt der Stadt Wien: 8.Palaiskonzert; Liederabend Rudolf Knoll (Bariton), am Flügel Friederike Grünfeld (Brahms, H.Wolf, Einem, R.Strauss)

./.

Freitag, 18. Juli:

17.30 Uhr, 10. Bezirk, Paltramplatz, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe

17.30 Uhr, 20. Bezirk, Allerheiligenplatz, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Polizeimusik Wien

20.00 Uhr, Wr. Rathaus, Arkadenhof, Kulturamt der Stadt Wien: 6.Orchesterkonzert; Wr.Symphoniker, Dirigent Ladislaus Vrady (Mozart: Ouverture zu "Der Schauspieldirektor"; Beethoven: 8.Symphonie F-Dur op.93; Walzel: Adagio aus dem Trytichon für Streichorchester und Harfe; Mendelssohn: 4.Symphonie A-Dur op.90)

Sonntag, 20. Juli:

20.00 Uhr, Karlskirche, Institute of European Studies: Chorkonzert; Concordia Yourth Chorale

20.00 Uhr, Theater an der Wien, Theater an der Wien-Gesellschaft: Operettenkonzert; Orchester des Theaters an der Wien, Gerda Scheyrer, Marion Briner, John van Kesteren und Rudolf Wasserlof (Gesangssolisten), Dirigent Rudolf Bibl (Strauß, Suppé, Lehár, Kálmán u.a.)

\- - -

Konstituierung des Disziplinarkollegiums

10. Juli (RK) Unter Vorsitz von Bürgermeister Bruno Marek konstituierte sich heute früh das neue Disziplinarkollegium des Wiener Gemeinderates. In die Funktion des Vorsitzenden wurde Gemeinderat Hans Mayr (SPÖ) gewählt. Erster Vorsitzender-Stellvertreter ist Gemeinderat Josef Windisch (SPÖ), Zweiter Vorsitzender-Stellvertreter Gemeinderat Karl Mühlhauser (ÖVP). Das Disziplinarkollegium besteht aus neun Mitgliedern und neun Ersatzmitgliedern. Die Wahl erfolgt auf die Dauer der Funktionsperiode des Gemeinderates.

\- - -

Wiener Gemeinderat

Bürgermeister Marek: Auch in Zukunft auf dem Boden der Verfassung!

10. Juli (RK) Zu Beginn der heutigen Sitzung des Wiener Gemeinderates (Vorsitz Gemeinderat Dr. Alfred Gisel, SPÖ) meldete sich Bürgermeister Bruno Marek zu einer Stellungnahme zu Wort. Der Wiener Bürgermeister nahm dabei auf die Vorgänge vom 13. Juni Bezug, die zur Entfernung von Gemeinderat Franz Olah geführt hatten. Er betonte mit allem Nachdruck, daß er auch in Zukunft auf dem Boden der Verfassung stehen und deren Bestimmungen gegenüber jedermann anwenden werde, ohne Ansehen der Person oder der Parteizugehörigkeit!

Vorher hatte der Vorsitzende bei der Mitteilung über die entschuldigten Gemeinderäte darauf hingewiesen, daß Gemeinderat Olah gemäß Paragraph 14, Abs. 4 der Stadtverfassung an der Sitzung nicht teilnimmt.

Die Erklärung des Bürgermeisters

"Meine Verfügungen, bei der am 13. Juni stattgefundenen Sitzung des Wiener Gemeinderates haben in weiten Teilen der Öffentlichkeit zu verschiedenen Reaktionen geführt. Ich fühle mich daher verpflichtet, zu dieser meiner Vorgangsweise vor Eingang in die Tagesordnung eine Erklärung abzugeben.

Einige Tage vor der am 13. Juni stattgefundenen Sitzung des Wiener Gemeinderates wurde ich von verschiedenen Seiten vollkommen unabhängig voneinander informiert, daß Gespräche geführt werden, denen zufolge Gemeinderat Franz Olah die Bestimmung der Wiener Verfassung nicht zur Kenntnis nehmen wird, entgegen seiner am 6. Juni abgegebenen Gelöbniserklärung. Ich sah mich - wie erinnerlich - dem Problem gegenüber, daß ein Mitglied des Wiener Gemeinderates - also entgegen der Verfassung - den Sitzungen des Gemeinderates weiter beizuwohnen die Absicht hat und darüber hinaus dieser Gemeinderat die Verfassungsmäßigkeit der in Rede stehenden Bestimmungen zu ignorieren die Absicht hat.

./.

Tatsächlich ist Gemeinderat Franz Olah zur Gemeinderatssitzung erschienen. Nach Eröffnung der Sitzung habe ich unter Bezug auf § 14, Abs. 4, der Wiener Stadtverfassung Gemeinderat Franz Olah ersucht, den Sitzungssaal zu verlassen. Ich bringe in Erinnerung, daß der Genannte, obwohl ich meine Aufforderung wiederholte, erklärte, er werde den Sitzungssaal nicht verlassen. Ich habe die Sitzung unterbrochen.

Ich stand nun vor einer schwerwiegenden Entscheidung: Sollte ich mein Gelöbnis verletzen sollte ich einfach tolerieren, daß die Bestimmungen unserer Stadtverfassung mißachtet und nicht zur Kenntnis genommen werden oder sollte ich, auf dem Boden unserer Verfassung stehend, Verfügungen treffen, um dem Gesetz Geltung zu verschaffen.

Ich habe mich entschlossen, als Bürgermeister und Hausherr von meinem Hausrecht Gebrauch machend, Mitglieder der Rathauswache aufzufordern, [illegible] Franz Olah zum Verlassen des Saales zu bestimmen.

Ich glaube kaum, daß in diesem Saal und auch außerhalb es ein rechtlich denkender Mensch gut geheißen hätte, wenn ich die Verfassung, die einzuhalten ich gelobt habe, beiseite geschoben hätte.

Ich habe nachher mit verschiedenen Repräsentanten des öffentlichen Lebens sprechen können, auch mit einem sehr prominenten Mitglied der österreichischen Bundesregierung, der mir versicherte, daß meine Vorgangsweise nicht nur formaljuristisch gedeckt war.

(Zwischenruf bei der ÖVP: Wer war das?) Bürgermeister Marek repliziert, daß er Äußerungen respektiere, die im privaten Gespräch gemacht werden.

Abschließend erklärte der Bürgermeister: "Ich richte an Sie den Appell, getreu Ihrem Gelöbnis nach § 16 der Stadtverfassung die Bestimmungen unserer Verfassung zu respektieren und deren Anwendung als verpflichtende Aufgabe zu betrachten. Ist es nicht besorgniserregend, daß es Stimmen gibt, die mir als dem verantwortlichen Bürgermeister zumuten, ich solle mein Gelöbnis beiseite schieben und die Bestimmungen der Stadtverfassung nicht anwenden. Ich warne davor, den Boden der Legalität zu verlassen. ./.

Ich versichere mit allem Nachdruck, daß ich auch in Zukunft auf dem Boden der Verfassung deren Bestimmungen gegenüber jedermann anwenden werde, ohne Ansehen der Person oder der Parteizugehörigkeit. (Beifall bei der SPÖ. - Gemeinderat Hans Mayr, SPÖ: Die Einhaltung der Verfassung ist der ÖVP nicht recht! - Gemeinderat Dr. Franz Bauer, ÖVP: Superdemokrat Mayr!)

Der Vorsitzende, GR. Dr. Gisel, erteilt hierauf Gemeinderat Dr. Otto Tuma (DFP) das Wort, wobei er bemerkt, daß die Redezeit fünf Minuten beträgt. Der Redner interpretiert die Gelöbnisformel dahingehend, daß von der Einhaltung der österreichischen Gesetze und der Gesetze der Stadt Wien die Rede sei. Das Gelöbnis umfasse nicht nur die Stadtverfassung, sondern alle österreichischen Gesetze. Die Stadtverfassung stehe aber im Widerspruch zur Bundesverfassung und so sei Gemeinderat Olah vor dem Gewissenskonflikt gestanden, welche Gesetze er befolgen solle. Er glaube daher nicht, daß Gemeinderat Olah ein Gesetz gebrochen habe, doch werde darüber der Verfassungsgerichtshof entscheiden.

Die Rede von GR. Dr. Tuma wurde wiederholt von Zwischenrufen aus den Bänken der SPÖ unterbrochen. Gemeinderat Hans Mayr ruft: Kein Respekt vor der Verfassung! Darauf repliziert Dr. Tuma, die SPÖ hätte keinen Respekt vor der Demokratie. Gemeinderat Windisch, SPÖ: Frechheit!

Als nächster Redner meldet sich GR. Dr. Schmidt (FPÖ) zu Wort. Der Vorsitzende erteilt ihm zuerst das Wort, zieht aber dann die Wortmeldung zurück, weil kein Antrag auf Debatte vorlag. Dr. Schmidt geht zu seinem Platz zurück, ruft aber dann: Ich stelle den Antrag, über die Mitteilung des Bürgermeisters eine Debatte abzuführen. Darüber läßt der Vorsitzende abstimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Hierauf wird Dr. Schmidt vom Vorsitzenden neuerlich das Wort erteilt, jedoch wieder zurückgezogen, weil nach der Geschäftsordnung die Debatte darüber am Schluß der Sitzung abzuhalten ist. Gemeinderat Dr. Schmidt ruft: Ich muß feststellen, daß Sie die Geschäftsordnung nicht kennen! Gemeinderat Peter, FPÖ: Ich protestiere gegen die Art der Geschäftsführung!

./.

Folgende Anträge lagen vor: Von der FPÖ "betreffend Angleichung der Dienstzeit der Gemeindebediensteten an die im Bundesdienst übliche Arbeitszeit", von der ÖVP betreffend "die Zusammenstellung der Beteiligungen der Bundeshauptstadt Wien".

Die FPÖ hatte ferner einen Antrag, betreffend "das Verhalten des Bürgermeisters der Bundeshauptstadt Wien am letzten Sitzungstag des Gemeinderates" eingebracht und gemäß § 18 der Geschäftsordnung die dringliche Behandlung verlangt. Über dieses Verlangen wird vor Schluß der öffentlichen Sitzung abgestimmt werden.

Rechnungsabschluß

Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) referierte über den Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1968 und den Bericht des Kontrollamtes dazu. Er stellte zunächst fest, daß von dem Recht der öffentlichen Einsichtnahme 19 Wiener und drei Wienerinnen Gebrauch machten.

Als der Voranschlag im Herbst 1967 für das Jahr 1968 erstellt wurde, stand die heimische Wirtschaft im Zeichen einer Konjunkturschwäche, die sich auch auf das Jahr 1968 zu erstrecken schien. Eine vorsichtige Einnahmenschätzung war daher notwendig. Glücklicherweise konnte unsere Wirtschaft die Konjunkturschwäche überwinden. Das Institut für Wirtschaftsforschung rechnet mit einem Anwachsen des Bruttonationalproduktes - unter Außerachtlassung der Land- und Forstwirtschaft - um 4,1 bis 4,6 Prozent gegenüber 1,7 Prozent im Vorjahr. Hauptträger des Konjunkturaufschwunges ist die Industrieproduktion mit einem Zuwachs von 7,2 Prozent.

Der günstigen Einnahmeentwicklung stehen allerdings erhebliche Mehrausgaben gegenüber, wie beispielsweise zusätzliche Mittel im Ausmaß von 180 Millionen Schilling für Wohnbaudarlehen an gemeinnützige Bauträger, 40 Millionen Schilling für den Sozialen Wohnhausbau. Dieser Betrag erhöhte sich auf 72 Millionen, und 105 Millionen Schilling kamen für Stundungen der Eigenmittel hinzu.

Ebenso erforderte das vom Wiener Gemeinderat im März 1968 beschlosse zusätzliche Investitionsprogramm 88,3 Millionen Schilling. Durch Darlehen an den Bund zum weiteren Ausbau der Schnellbahn (wobei der Zinsendienst zur Gänze von der Stadt Wien übernommen wurde), kam es zu Mehrausgaben von 87,5 Millionen Schilling, durch die vorzeitige

./.

Rückzahlung eines D-Mark-Kredites von 128,4 Millionen Schilling und durch die Aufnahme einer Inlandanleihe sowie einer weiteren D-Mark-Anleihe zu Mehrausgaben von 289,2 Millionen Schilling.

Insgesamt ergaben sich gegenüber dem im Dezember 1967 vom Gemeinderat beschlossenen Voranschlag für das Jahr 1968, der Einnahmen von 11,458,8 Millionen Schilling und Ausgaben von 11.734,1 Millionen Schilling vorsah, tatsächliche Einnahmen von 12.775,2 Millionen Schilling und Ausgaben von 12.743,1 Millionen Schilling.

32,1 Millionen Schilling wurden der allgemeinen Rücklage zugeführt. Damit überschreitet der Stand der allgemeinen Rücklage erstmals die Milliardengrenze. Doch darf nicht übersehen werden, daß die "Rathausmilliarde" heute nur 7,9 Prozent der Gesamtausgaben deckt, während durch sie die Ausgaben in den Jahren 1953 bis 1956 bis zu 22 Prozent sichergestellt waren.

Bei der Aufteilung der Ausgaben ergibt sich folgendes Bild: Auf den Personalaufwand entfallen 3.362 Millionen Schilling (28,4 Prozent), auf den Sachaufwand 5.222,7 Millionen Schilling (44,1 Prozent) und auf die Investitionen 3.259,3 Millionen (27,5 Prozent).

Der Personalaufwand ist gegenüber dem Voranschlag um 95,1 Millionen gestiegen: Der Grund ist in der Bezugsregelung vom 1. Jänner 1968 zu sehen. Das aktive Personal belief sich am Jahresende auf 35.189 Bedienstete und ist damit gegenüber dem Vorjahr um 251 gestiegen. Das gleiche gilt für den Stand der Pensionisten, der sich um 250 auf 17.817 erhöhte.

Bei den Mehraufwendungen für den laufenden Sachaufwand (203,3 Millionen Schilling) sind unter anderem die erhöhten Kosten für Arzneimittel und Verbandsstoffe "schuld".

Besondere Bedeutung für die Wiener Wirtschaft haben die Investitionen. Die Steigerung gegenüber dem Voranschlag beträgt 315,5 Millionen (10,7 Prozent). Das Baugewerbe und die Baunebengewerbe sind daran mit 3.913,3 Millionen Schilling beteiligt, das sind nicht weniger als 33 Prozent der bereinigten Gesamtausgaben.

Von den Investitionen sind einige Posten besonders erwähnenswert: 109,6 Millionen für allgemeinbildende Pflichtschulen, 243,1 Millionen für die Errichtung von Heizzentralen und den Bau von Fernheizleitungen. Der größte Posten ist der Wohnhausbau mit 1.150,7 Millionen Schilling für 5.312 Wohnungen. Die geförderten Wohnungen sind natürlich nicht berücksichtigt. ./.

Der Straßenbau hat Investitionen von 193 Millionen Schilling nötig gemacht. Für den Brücken- und Wasserbau wurden 167,1 Millionen Schilling ausgegeben. Bei den Ausgaben für die Wasserwerke (168,7 Millionen Schilling) ist der größte Posten von 55 Millionen Schilling für die Fassung und Ableitung der Sieben Quellen ausgegeben worden. Die Bäder erhielten 33,7 Millionen Schilling, wovon 3,4 Millionen bereits für die Vorarbeiten zum Bau des neuen Dianabades bestimmt waren.

Die Grundankäufe der Stadtverwaltung waren natürlich ebenfalls wieder ein beachtlicher Posten: Sie betragen 345,3 Millionen Schilling.

Durch die Aufnahme der Anleihen 1968 in Höhe von 789,2 Millionen, ferner durch die Aufnahme von Darlehen zur Weitergabe an den Bund für den weiteren Ausbau der Schnellbahn und für aufgenommene Darlehen aus dem Wasserwirtschaftsfonds, ist der Stand der Anlehens- und Darlehensschulden von 4.034,1 Millionen auf 4.737,4 Millionen gestiegen.

Auch auf dem kulturellen Sektor und für das Schulwesen waren die Ausgaben höher als veranschlagt. Im Jahr 1968 wurde der Neubau von 14 Schulen fortgesetzt und mit dem Bau elf weiterer begonnen. Durch die günstigen Geburtenzahlen ist der Schülerstand weiter gestiegen. Bei den Kindertagesheimen wird der Ausbau gleichfalls fortgesetzt. Die Zahl der Gruppen konnte um zehn auf 740 erhöht werden. In der Wohlfahrtspflege entstanden Mehrausgaben durch die Erhöhung der Richtsätze für die Dauerunterstützungen, durch die Gewährung von Mietzinsbeihilfen und die Hilfsaktion für tschechoslowakische Flüchtlinge.

Bei den städtischen Wohlfahrtsanstalten einschließlich der Lehrlings- und Altersheime erhöhte sich der aus laufenden Steuermitteln zu tragende Abgang gegenüber dem Voranschlag um 119,7 Millionen auf 1.356 Millionen. Der Referent verweist darauf, daß ein Schiedsgericht angerufen wurde, in welche Höhe nunmehr die Verpflegskosten mit den Sozialversicherungsträgern festgesetzt werden können. Der Personalstand bei den Anstalten stieg um 389 Personen, so daß eine leichte Entspannung eingetreten ist.

./.

Wie aus dem Rechnungsabschluß hervorgeht, betragen die Aktiven 12.914,3 Millionen, die Passiven 7.501 Millionen, sodaß sich ein Geldvermögen der Stadt Wien von 5.413,3 Millionen ergibt, das sind 375,9 Millionen mehr als im Jahr vorher. Das Vermögen der Städtischen Unternehmungen ist mit 2.572,4 ausgewiesen.

Der Kontrollamtsbericht

Im Kontrollamtsbericht kommt deutlich zum Ausdruck, daß dessen Anregungen auf fruchtbaren Boden fielen. Es wird weiters darauf verwiesen, daß bei der Erstellung ein Gebarungsabgang von 275 Millionen vorgesehen war, daß wir das Jahr 1968 jedoch mit einem Überschuß von 32 Millionen abschließen konnten. Durch diese Rücklagenbildung wird es ermöglicht, plötzliche Erfordernisse leichter abdecken zu können. Das Kontrollamt stellt jedenfalls für das Jahr 1968 die Ordnungsgemäßheit der Verwaltung fest, wenn auch bei so einem großen Verwaltungskörper gelegentliche Unzukömmlichkeiten nicht völlig auszuschalten sind.

Debatte zum Rechnungsabschluß

GR. Müller (DFP) findet vieles nicht ordnungsgemäß und schiebt dies vor allem den nicht vorhandenen Koordinierungsplan zu. So sei besonders beim Bauwesen die immense Rücklagenhöhe auffällig. Bei den Abgaben sei es nicht besser: 200 Millionen mehr als im Voranschlag. Namens der DFP versagt er dem Bericht seine Zustimmung.

GR. Dr. Tuma (DFP) stellt den Bericht als Rechtfertigungsversuch für die Gebarung 1968 hin, bei dem es nur der Form halber Beanstandungen gäbe. Er rügt Formfehler, vage Angaben und wünscht mehr konkrete Informationen. "Das Kontrollamt stellt nur Kleinigkeiten fest, und nicht die durch Planlosigkeit verursachten gigantischen Verluste der Volkswirtschaft." Dann urgiert er einen forcierten Ausbau der Pensionistenheime und "bessere Bedingungen in den Beserlparks."

./.

Dr. Schmidt (FPÖ) nimmt den Kontrollamtsbericht genau unter die Lupe. Er betont, es komme nun schon zum viertenmal vor, daß ein positiver Rechnungsabschluß einem negativen Budget folge. Im Winter sei der städtische Finanzreferent immer Zweckoptimist, um im Sommer mit einem Überschuß aufzuwarten. Die Prüfungen der Beamten des Kontrollamtes der Stadt Wien seien mehr als human, stellte Schmidt fest. Das Kontrollamt gehe mit tödlicher Sicherheit an den heißen Eisen vorbei. So kümmere es sich nicht darum, daß beim Bau des Hauses der Begegnung in Liesing von 4 Millionen Schilling tatsächlich nur 87.000 Schilling verbaut wurden.

Auf die Rathausmilliarde eingehend erklärte Dr. Schmidt, daß dieser Betrag zwei Jahresraten des U-Bahn-Baues decken könnte.

GR. Dr. Goller (ÖVP) stellt in seiner "Jungfernrede" zunächst fest, daß Finanzstadtrat Slavik bei der Erstellung des Voranschlages ein sehr düsteres Bild gezeichnet habe. So meinte er beispielsweise, daß bei der Lohn- und Einkommensteuer ein Abgang von 350 Millionen zu erwarten sei. Tatsächlich fehlen nur 53 Millionen. Die erwartete Minderung der Erbschafts- und Schätzungssteuer habe in Wirklichkeit einen Ertrag von 4,4 Millionen Schilling erbracht. Vom Finanzausgleich habe sich Slavik für die Jahre von 1966 bis 1972 Mehreinnahmen von 415 Millionen Schilling errechnet. Allein die Jahre 1967/68 hätten solche von 511,6 Millionen Schilling erbracht, so daß auf die von Slavik angesagte Summe für die kommenden vier Jahre nur mehr 96 Millionen Schilling fehlen.

Die heute hervorgehobene "Konjunkturspritze" seitens der Stadt in der Höhe von 88,3 Millionen Schilling werde seitens der ÖVP als Wirtschaftsförderung zwar begrüßt, aber man möge doch bedenken, daß sie lediglich acht Prozent der Mehrausgaben des heurigen Jahres darstellen.

Der Redner kritisierte sodann, daß keiner der Gemeinderäte etwas über den Verbleib der 1,9 Milliarden Schilling Guthaben bei den Wiener Banken und auch deren Verzinsungsbeträge wisse.

Gestiegen seien hingegen die Ausgaben für den Presse- und Informationsdienst und die Werbungskosten von vorgesehenen fünf Millionen auf 10,6 Millionen. Die so sehr gestiegenen Werbungskosten werden mit den Ausgaben für die Ausstellung "50 Jahre Republik" begründet.

./.

In diesem Zusammenhang gebe man zu bedenken, daß für das Diaskop ein Mietvertrag mit dem EKAZENT bis zum Jahr 1973 mit einer jährlichen Miete von 750.000 Schilling abgeschlossen wurde. Diesen extravaganten Mietvertrag sollte man revidieren. Auch möchte man gerne etwas über den Tochterbetrieb der Zentralsparkasse, das Ekazent, und über die Vorgänge in der Zentralsparkasse erfahren. Er stellte den Antrag, der Bürgermeister von Wien möge über den Stadtsenat veranlassen, daß bei der Zentralsparkasse eine Überprüfung durchgeführt und die Ergebnisse dem Gemeinderat mitgeteilt werden.

GR. Maria Hlawka (SPÖ) befaßte sich ebenfalls mit dem Kontrollamtsbericht und stellte fest, daß die darin erwähnte Anspannung auf dem Gebiet des Personals der Krankenpflegeanstalten und Kindergärten zwar noch immer bestehe, aber demnächst schon gewisse Erleichterungen zu erwarten sind. Hinsichtlich der Wiener Festwochen forderte die Rednerin einen höheren Beitrag des Bundes als bisher und verwies dabei auf die Bregenzer und Salzburger Festspiele

GR. Fritz Hahn (ÖVP) befaßte sich besonders mit dem Kapitel Wohnbauförderung und führte aus, daß sich die düsteren Prognosen des städtischen Finanzreferenten über die Bundesmaßnahmen zum Wohnbau nicht erfüllt hätten. Es seien sogar 117 Millionen Schilling nach der Sozialen Wohnbauförderung und 48 Millionen nach der Wohnbauförderung 1968 nicht verbraucht, sondern den Sonderrücklagen zugeführt worden. Dies zeige am besten, daß alle Befürchtungen hinsichtlich der Auswirkungen bundesgesetzlicher Maßnahmen auf den Fortgang des öffentlichen Wohnbaues in der österreichischen Bundeshauptstadt unberechtigt gewesen seien.

./.

Eine der Hauptaufgaben wird es sein, die vom Wohnbauförderungsbeirat positiv behandelten Ansuchen in ihrer Gesamthöhe möglichst rasch den Wohnungssuchenden und der Bauwirtschaft zugute kommen zu lassen. Derzeit kommt es leider vor, daß bewilligte Projekte oft erst nach mehr als einem Jahr in Angriff genommen werden. Unklar sei, warum auch die Mittel des Wiener Wohnbaufonds nicht zur Gänze verbraucht wurden.

Betrachtet man die Ziffern des Rechnungsabschlusses, müßte man zu der Meinung kommen, daß jeder die Eigenmittel für die Zuweisung einer Gemeindewohnung leicht aufgebracht habe. Es gibt jedoch keinerlei Zahlen oder Angaben, wieviele Wohnungssuchende eine Wohnung ablehnen mußten, weil für sie die Eigenmittelaufbringung zu hoch war. Vizebürgermeister Slavik habe es auch verstanden, eine gewaltige Einsparung bei den Reparaturen der Althäuser zu erzielen, was keineswegs zu begrüßen sei. Eine Verbesserung wäre auch hinsichtlich der Einkommensgrenze zur Erlangung der geförderten Genossenschaftswohnung notwendig, aber vor allem auch eine Verbesserung der Wohn- und Mietbeihilfen. Zu hoffen sei ferner, daß man bei der Wohnungsvergabe endlich zu einem gerechteren und vernünftigeren System kommen möge.

GR. Dr. Macher (ÖVP) erklärt, man könne selbst aus der behutsamen und rücksichtsvollen Ausdrucksweise des Kontrollamtsberichtes entnehmen, daß im Berichtsjahr einige Nachteile eingetreten seien oder der Eintritt solcher Nachteile befürchtet wird. Dazu gehört, daß Weisungen der Stadtbaudirektion verletzt wurden, so werden zum Beispiel vereinbarte Vertragsgrenzen nicht beachtet. Es werden Aufträge zerstückelt, um die Kompetenzgrenzen zu umgehen und es wird um Kreditüberschreitungen nicht rechtzeitig angesucht. Es wird auch die Ausschreibung der zweiten Baustufe eines Straßenbaues nicht vorgenommen, sondern durch ein Anhängeverfahren ersetzt. Ein konkretes Beispiel sei die Instandsetzung des Arkadenhofes, der bereits fertig war, als man den Sachkredit bewilligte. Offenbar wird das verfassungsgemäße Genehmigungsverfahren, wie es in der Haushaltsordnung verankert ist, mißachtet.

./.

Am 27. Jänner 1967 hat der Stadtsenat ein Versprechen abgegeben, daß die Gruppe Tiefbau und Verkehr ein umfassendes Ausbauprogramm für den Straßenbau erstellen werde. Leider haben wir es noch immer nicht.

Dr. Nacher kommt auf den Binnenverkehr zu sprechen, den er als Wiener Stiefkind bezeichnet. "1,340.000 Pkw's laufen binnen 24 Stunden durch das Wiener Straßennetz im Binnenverkehr. Das Verhältnis Binnenverkehr zu übrigem Verkehr beträgt 80:20. Dennoch wird zu wenig für die Verbesserung des Binnenverkehrs getan." Er fordert deshalb den Ausbau der Hauptverkehrs- und Nebenverkehrsstraßen auf Landes- und Gemeindebene.

Ing. Hofstetter (SPÖ) lobt die erfreuliche aktive Gebarung, die trotz ungünstiger Konjunkturlage mithalf, die Reserven zu erhalten. "Wir haben prozentmäßig die Investsumme (von 1967) gehalten und allein der Bauwirtschaft fast vier Milliarden für Aufträge gegeben." Unter anderem wurden 280.000 Kinderheimplätze geschaffen und damit ein Impuls zur Wirtschaftsbelebung durch die für den Beruf freiwerdenden Mütter gegeben.

Ing. Hofstetter beschäftigte sich mit dem Kanalbau, Straßenbau und anderen Problemen des Bausektors. Er wies darauf hin, daß zum Beispiel beim Kanalbau gegenüber 1967 eine 50prozentige Produktionssteigerung erreicht werden konnte. Die Schwierigkeiten auf dem Bausektor bestünden für die Bauführer in erster Linie in der Koordinierung der verschiedenen Handwerkerarbeiten. Trotzdem schneidet die Stadt Wien bei den Kontrolloren sehr gut ab. Auf 1.600 Baustellen konnte das Kontrollamt nur 60 Beanstandungen vornehmen, die allerdings in kürzester Zeit der Vergangenheit angehörten.

Was den Wohnbau in Wien betrifft, so steht die Bundeshauptstadt im Bundesdurchschnitt ausgezeichnet da. Die Größe der in Wien errichteten Gemeindewohnungen beträgt heute 70,9 Quadratmeter. Der Ausstattungsstandard kann sich auch überall sehen lassen. 1968 wurden 94 Prozent der von der Gemeinde Wien errichteten Wohnungen mit Zentralheizungen ausgestattet.

Kurz kam Ing. Hofstetter auch auf die Müllbeseitigung in Wien zu sprechen. Auf diesem Sektor konnte die Produktivität der Arbeitskräfte im abgelaufenen Jahr um 45 Prozent gesteigert werden.

./.

Wenn man verlangt, daß viermal so viel Geld als bisher in den Ausbau des Wiener städtischen Straßenverkehrs geworfen werden soll, dann könne er nur den Artikel aus der "Furche" "Aufgebrochenes Wien ohne Ende" zitieren und fragen, ob man also zuviel oder zuwenig für die Modernisierung des Verkehrs unternehme.

Gemeinderat Neusser (ÖVP) stellt fest, daß er von Vorhaben, die nur teilweise oder gar nicht ausgeführt wurden, sprechen wolle, obwohl sie im Voranschlag angeführt sind. Dazu gehört das Radstadion, von dessen Realisierung man Abstand nehmen mußte, weil die zunächst errechneten Kosten so unverantwortlich hoch waren. Die von der ÖVP initiierte Mehrzweckhalle wird ja nun wohl erbaut werden. An dieser Stelle sei es nicht uninteressant, einmal zu fragen, was eine Stadt wie Wien für ihre Planungen ausgibt. Im Voranschlag sind dafür 27 Millionen Schilling präliminiert, im Rechnungsabschluß 21 Millionen Schilling ausgewiesen. Was den Körpersport anlangt, so habe man an Stelle der vordisponierten 34,2 Millionen nur 20,7 Millionen verbraucht; dies in einer Zeit, wo jeder Arzt und Pädagoge über die Haltungsschäden unserer Kinder und Jugendlichen klagt. Als einen anderen Schwerpunkt bezeichnete man die Errichtung von Kindertagesheimen. Das in der Marktgemeindestraße im 23. Bezirk geplante Kindertagesheim, für das man eine Million Schilling bereitgestellt hat, fehlt überhaupt. Die Klagen über angeblich mangelnde oder überhaupt nicht vorhandene Budgetmittel des Bundes für das Allgemeine Krankenhaus sind nicht - wie die SPÖ-Fraktion stets auf's neue behauptet - Ursache dafür, daß es mit dem Bau des neuen Allgemeinen immer wieder Verzögerungen gibt. Von den 90 Millionen, die die Stadt in ihrem Voranschlag bereitgestellt hat, konnten 41 Millionen Schilling nicht verbraucht werden.

Zum Abschluß kritisierte GR. Neusser die Adaptierung des Hauses Albertgasse 23 im 8. Bezirk, die im Kontrollamtsbericht schamhaft als "Haus für verschiedene Zwecke" bezeichnet werde. Tatsächlich sei dieses Haus als Standort für die dortige Bezirksorganisation der Sozialistischen Partei ausgewählt worden.

./.

Nächster Redner war GR. Dr. Ferdinand Habl (ÖVP). Er stellte die Forderung auf, die Stadt Wien solle alle Betriebe abstoßen, die mit Verlusten arbeiten. Davon seien nur solche Unternehmungen auszunehmen, deren Führung durch die Bundeshauptstadt im öffentlichen Interesse liege.

GR. Franz Schreiner (SPÖ) unterstrich, der Gesamteindruck des Kontrollamtsberichtes sei der, daß hier eine Stadtverwaltung mit den besten Absichten und den bestgeeigneten Mitteln für das Wohl der Bürger zu sorgen bestrebt sei. Auf allen Bereichen kommunaler Tätigkeit sei es die tragende Mehrheitspartei des Hauses, die dafür sorgt, daß das Leben in der Bundeshauptstadt für alle ihre Bewohner schöner werde und man dürfe doch nicht vergessen, daß die letzte Instanz, der Wiener Wähler, vor gar nicht langer Zeit der Generalrichtung der Kommunalverwaltung sein Einverständnis in einem Maße erteilt habe, wie es nicht einmal von den Sozialisten erwartet worden sei.

Die Voraussetzung für die Leistungen der Stadtverwaltung ist nicht zuletzt eine ordentliche Finanzgebarung, die Kredite nur dort in Anspruch nimmt, wo man sie auch wirtschaftlich vertreten kann. Die von allen Rednern als erfreulich bezeichnete Rathaus-Milliarde sei jedoch bei einem 13 Milliarden-Budget nicht einmal in der Lage, den Finanzbedarf unserer Stadt für einen Monat zu decken. Wir können unsere Aufgaben nur dann erfüllen, wenn wir alle eifersüchtig darüber wachen, daß unsere Einnahmen nicht geschmälert werden. Leider hat die Bundespolitik der ÖVP-Alleinregierung zu einer Verringerung der Einnahmen aus den Ertragsanteilen geführt. Die Verschuldung unseres Staates hat sich in den letzten drei Jahren mehr als verdreifacht. Trotz diesem bedenklichen Wachen der Staatsverschuldung hat der Bund Steuergeschenke, nicht gerade für die Ärmsten unseres Landes, und damit zusammenhängende Einnahmeausfälle beschlossen. Diese Mindereinnahmen haben im hohen Ausmaß aber die Länder und Gemeinden getroffen und ihre Budgets bedeutend geschmälert.

./.

Zu den Gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen: Sie werden oft kritisiert, und man vergißt darauf, welch großen Beitrag diese rund 30 Betriebe für unsere Wirtschaft leisten. Der größte Teil dieser Unternehmungen arbeitet in freier Konkurrenz und muß sich gegen diese durchsetzen. Sie unterscheiden sich von den Privatbetrieben nur dadurch, daß sie von der Finanzgruppe und vom Kontrollamt überprüft werden. Die Vorgangsweise bei der WIGAST war die selbe wie sie beim Rathauskeller, beim Bellevue und im Fall Hübner beschlossen wurde. Hier hat die WÖK mit einem ganz kleinen Kapital eine Gründung gewagt, von der alle wissen, daß sie hundertprozentig gelungen ist. Der Redner dankt abschließend allen in diesen Betrieben Beschäftigten für ihren Beitrag, den sie im Interesse unserer Wirtschaft und unserer Stadt jahrzehntelang geleistet haben.

Schlußwort

Vizebürgermeister Felix Slavik erklärte in seinem Schlußwort, daß bei Bauaufträgen die vorgesehenen Beträge nicht immer ausgelegt werden können. Entweder liegen die Schwierigkeiten bei der Baugrundbeschaffung oder bei Verhandlungen mit dem Bund und anderen Gebietskörperschaften. Er unterstrich mehrmals, daß das Kontrollamt nicht saumselig prüfe. "Bei uns genügt nicht die Unterschrift irgendeines Direktors wie in der Privatwirtschaft". Der Bau von Pensionistenheimen wird in genügender Weise subventioniert.

Slavik kam im Verlauf seiner Ausführungen auch auf das Haus Armbrustergasse 15 im 19. Wiener Gemeindebezirk zu sprechen. Dieses Haus wird von Nationalrat Dr. Bruno Kreisky bewohnt, der wie Slavik erklärte, nie Eigentümer dieser Liegenschaft gewesen sei. Der jetzige Eigentümer, die Wiener Städtische Versicherung, habe den Kauf des Hauses Armbrustergasse 15 ordnungsgemäß durchgeführt. Sie erfüllte damit ihre Verpflichtung, Kapital auch in Grund und Boden anzulegen.

./.

AKH: Auch wir bedauern, daß zu langsam gebaut wird, aber im vergangenen Jahr gab's eben eine schwierige Baustufe und außerdem einen 4-Monate-Zeitverlust wegen eines Anrainereinspruches.

Wieviel Zinsen wir haben? Rund 207 Millionen. Davon sind 27 Millionen Darlehenszinsen und 70 Millionen Bankzinsen. 1967 waren es nur 52 Millionen. Wie gut, daß man Geld auf der Bank hat.

Die Zentralsparkasse wird vom Prüfverband der Sparkassen überprüft und von unserem Kontrollamt. Selbstverständlich kann auch jederzeit der Rechnungshof kommen. Die "Z" hat nichts zu verbergen.

Bundestheater: Das Theater an der Wien ist das einzige Theater im Lande, das keine Unterstützung vom Bund erhält. "Im übrigen fordern wir nur das, was auch anderen zugebilligt wird, nämlich die Festwochen in der Hauptstadt zu fördern". Die ÖVP sei schlecht beraten, hier den Standpunkt der Bundesregierung einzunehmen.

Wohnbauförderung: Die Begutachtung erfolgt durch den Beirat, erst der Beschluß der Landesregierung weist Gelder zu. "Ich glaube nicht, daß Wohnungen wegen Beitragszahlungen zu den Baukosten abgelehnt werden. Wenn jedoch jemand glaubt, er müsse etwas geschenkt bekommen, weil es früher so war, so ist das seine Sache". Übrigens werden trotz Übergang von der Objekt- zur Subjektförderung nach wie vor Zinsenzuschüsse für Aufzüge, Kanäle etc. geleistet. Die meisten Verzögerungen im Baugeschehen seien nicht auf Koordinierungsschwierigkeiten zurückzuführen, sondern auf die mangelnde Bereitschaft von Anrainern bei der Grundablöse.

"Eines können wir aus der Diskussion entnehmen und darüber können wir im Interesse einer klaglos funktionierenden Verwaltung froh sein: Das Kontrollamt hat im großen und ganzen nichts Arges feststellen können."

Bei der Abstimmung werden der Rechnungsabschluß und der Kontrollamtsbericht mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen: Zum Rechnungsabschluß gab auch die FPÖ die Zustimmung. Alle in der Debatte eingebrachten Anträge wurden einstimmig zugewiesen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

\- - -

Gestern im Arkadenhof:

Jazz bei Zähneklappern

10. Juli (RK) "Cool-Jazz" gab es, jedenfalls was die Temperatur anlangte, gestern abend bei der Jazz-Premiere im Arkadenhof des Wiener Rathauses. Trotz dem kalten Wetter war der Hof halbvoll. 1.500 meist jugendliche Konzertbesucher ließen es sich nicht nehmen, das "historische" Ereignis des ersten Jazzkonzertes im Arkadenhof mitzuerleben.

Von 20 bis 22.30 Uhr spielten vier Gruppen und gaben einen Querschnitt durch die verschiedenen Stilrichtungen des modernen Jazz. Dabei konnte man sich von dem hohen Standard der Wiener Jazzmusiker überzeugen; denn auch die mitwirkenden Ausländer leben seit vielen Jahren in unserer Stadt und fühlen sich als Wiener.

Als erstes spielte ein Studentencombo des Konservatoriums der Stadt Wien, dann das Rudi Wilfer-Trio und als dritter Programmpunkt Lukacz Costa, Gitarre und Rudolf Hansen, Baß. Den letzten Teil des Konzertes bestritt das Erich Kleinschuster-Sextett.

Das nächste Jazzkonzert - hoffentlich bei wärmerem Wetter - wird am 28. August im Arkadenhof veranstaltet. Dann steht Oldtimer-Jazz auf dem Programm.

\- - -

Morgen Freitag:

Kanadische Band bringt Ständchen im Rathaus

10. Juli (RK) Morgen Freitag, 11. Juli, um 14 Uhr, bringt die Laurentian Symphonic Band aus Ottawa ein Ständchen im Arkadenhof des Wiener Rathauses. Bei Schlechtwetter im Festsaal.

\- - -

Preisgünstige Gemüse und Obstsorten

10. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Kochsalat 4 S, Erbsen 7 S, Gurken 5 bis 6 S je Kilogramm.

Obst: Marillen 6.50 bis 8 S, Wassermelonen 8 S, Bananen 7 bis 8 S je Kilogramm.

\- - -

Rindernachmarkt vom 10. Juli

10. Juli (RK) Kein Auftrieb.

\- - -

Pferdenachmarkt vom 10. Juli

10. Juli (RK) Kein Auftrieb.

\- - -

Schweinenachmarkt vom 10. Juli

10. Juli (RK) Unverkauft vom Vormarkt 0. Neuzufuhren: 122, alles Durchläufer, Gesamtauftrieb dasselbe, verkauft alles, Marktverkehr sehr ruhig.

\- - -

Gesperrt bis 19.30 Uhr!

Wiener U-Bahn-Abgabe: Nicht anders wie in München!

10. Juli (RK) In einem Fernseh-Interview über die bevorstehende Dienstgeber-Abgabe in Wien zur Finanzierung der U-Bahn wurde Vizebürgermeister Felix Slavik über seine Meinung zu einer Behauptung des Finanzministers befragt, der erklärt hatte, in München werde die U-Bahn langfristig und ohne Einführung einer eigenen Steuer finanziert.

Vizebürgermeister Slavik sagte dazu, er wolle als Beispiele der U-Bahn-Finanzierung nicht gerade Paris oder London anführen, wo der Staat den gesamten U-Bahn-Bau bezahlt. Der Hinweis des Finanzministers gerade auf München sei aber überraschend, denn dort wird für die Finanzierung der U-Bahn der gleiche Personenkreis herangezogen wie in Wien. In München ist nämlich die Gewerbesteuer erhöht worden, eine Steuer, die dort ausschließlich der Gemeinde zugute kommt. Da die Gewerbesteuer in Österreich 50:50 mit dem Bund geteilt ist, geht dieser Weg bei uns nicht. Um zu einer ähnlichen Lösung wie in München zu kommen, wird bei uns die den gleichen Personenkreis betreffende Dienstgeber-Abgabe eingeführt.

\- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes.)

Bilanz der Stadtwerke

Stadtrat Franz Nekula (SPÖ) der erst vor einem Monat mit der Führung der Wiener Stadtwerke betraut worden ist, berichtete zur Bilanz der Wiener Stadtwerke für 1968, daß parallel mit dem Konjunkturaufschwung in der österreichischen Wirtschaft auch erhöhte Energiebezüge einhergingen. Die Steigerung des Strombedarfes betrug 8,1 Prozent. Verglichen mit dem Jahr 1937 hat sich der Elektrizitätsbedarf um 516,6 Prozent erhöht. Um dem ständig wachsenden Bedarf zu entsprechen, wurde innerhalb der österreichischen Elektrizitätswirtschaft eine Koordinierung erzielt und darüber hinaus ein gemeinsames Ausbau- und Investitionsprogramm für die nächsten zehn Jahre erarbeitet. In diesem Ausbauprogramm sind die Wiener E-Werke mit drei neuen Erzeugungsanlagen mit einer Leistungsgröße von je 150 MW vorgesehen. Die Inbetriebnahme der drei Anlagen müsse.. in den Jahren 1973, 1976 und 1979 erfolgen. Als Standort für die Anlagen wurde ein Areal im 23. Bezirk erwählt. Entsprechende Veröffentlichungen in der Presse haben Unruhe unter der Bevölkerung hervorgerufen. Er stelle nachdrücklich fest, daß mit den dort ansässigen Siedlern Rücksprache gehalten wurde und sie - ordnungsgemäß entschädigt - abgesiedelt werden.

Durch den auf 23 Jahre laufenden Vertrag bezüglich der Lieferung von russischem Erdgas ist es möglich, größere als ursprünglich vorgesehene Mengen an Erdgas den Elektrizitätswerken zur Verfügung zu stellen. Daraus ergibt sich eine wesentliche Verbesserung der Brennstoffwirtschaft der E-Werke, als sie im Wirtschaftsplan vorgesehen war.

Mit einem Gewinn von 207,9 Millionen Schilling sind die E-Werke wiederum finanzielles Rückgrad der Wiener Stadtwerke. Die Ansätze des Erfolgsplanes wurden um 55,6 Millionen Schilling übertroffen.

Verglichen mit dem vergangenen Jahr ist die Nachfrage nach Stadtgas um 6,5 Prozent, das sind 47,8 Millionen Kubikmeter, gestiegen.

./.

Es wurden 36.551 Meter neue Rohrleitungen verlegt; die Gesamtlänge des Rohrnetzes betrug Ende 1968 2,628.804 Meter, mit dem 770.044 Kunden versorgt wurden. 11.047 neue Gasabnehmer kamen hinzu. Durch den Bezug von russischem Erdgas, das den doppelten Heizwert des Wiener Stadtgases besitzt, kann die Kapazität des bestehenden Rohrnetzes verdoppelt werden. Freilich müsse vorher eine Reihe von Einzelfragen geklärt werden, so etwa jene, die den Geräteumtausch der rund 100.000 Sozialbedürftigen in Wien betrifft. Infolge der äußerst hohen Anschlußdichte im Wiener Raum wird die Umstellung auf Erdgas mindestens 15 Jahre in Anspruch nehmen.

Der ungünstige Geschäftsverlauf bei dem Sorgenkind der Wiener Stadtwerke, den Wiener Verkehrsbetrieben, hält weiter an. Die Beförderungsfälle sanken um 6,7 Millionen oder 1,5 Prozent im Linienverkehr. Gute Erfahrungen machte man mit den schaffnerlosen Beiwagen. 1968 stattete man die Linien 6, 16, 60 und 65 sowie die restlichen Stadtbahnstationen mit Fahrscheinentwertern aus. Die Umstellung der Stadtbahn auf Entwerter ist nunmehr abgeschlossen.

Im Zusammenhang mit Zeitungsmeldungen über Schwarzfahrer stellte der Referent fest, daß Schwarzfahren weder ein Kavaliersdelikt noch ein sportliches Ereignis ist, sondern einen Betrug an den Fahrgästen darstellt, die ordnungsgemäß ihre Fahrausweise bezahlen. Da es aber auch ein Betrug am Unternehmen ist, werden die Wiener Verkehrsbetriebe anstreben, in einem Modellprozeß das Problem des Schwarzfahrens und dessen Bestrafung zu klären. Sollten die Verkehrsbetriebe mit ihren Bemühungen abgewiesen werden, würde man gegen die Verkehrssünder auf Grund des § 44 des Eisenbahngesetzes wegen Ordnungswidrigkeit vorgehen. Für Vergehen dieser Art sind nach dem Eisenbahngesetz Strafen bis zu 10.000 Schilling oder zwei Wochen Arrest vorgesehen.

Eine aktive Gebarung weist auch 1968 die Städtische Bestattung auf, die einen Gewinn von 700.000 Schilling erzielte.

Laut Vermögensrechnung der Wiener Stadtwerke betrug das Eigenkapital Ende 1968 2.253,3 Millionen Schilling und das Fremdkapital 9.185 Millionen Schilling. Den Wiener Stadtwerken wurden im Berichtsjahr 400 Millionen Schilling durch eine Investitionsanleihe der Stadt Wien und 100 Millionen Schilling durch eine Auslandsanleihe zugeführt. Die Stadtwerke verfügten mit Jahresende über 176,7 Millionen Schilling an flüssigen Mitteln. Durch die Investitions-

./.

anleihe konnten teilweise Ertragssteigerungen erzielt werden, die über dem Zinsendienst liegen. Ohne diese Investitionen wäre es auch den Verkehrsbetrieben nunmöglich gewesen, Rationalisierungseffekte zu erzielen.

Debatte

GR. Peter (FPÖ) verweist darauf, daß man die triste Lage der Wiener Stadtwerke immer wieder beleuchtet, jedoch nie etwas unternimmt, das eine geringe Hoffnung auf eine Besserung zuläßt. Auch heuer schließen die Stadtwerke mit einem ungeheuren Defizit ab, der Verlust steigt ständig. Das Eigenkapital der Stadtwerke wird immer geringer und wird bald vollkommen aufgezehrt sein. Auch der neue Stadtrat hat keinerlei Vorschläge für eine Änderung der Situation gemacht.

Die E-Werke weisen immerhin noch einen Gewinn aus, doch ist auch dieser gegenüber dem Vorjahr geringer geworden, obwohl der Strombedarf ständig steigt. Zu schwache Steigleitungen und ungenügende Investitionen verhindern jedoch eine verstärkte Stromabgabe.

Bei den Gaswerken hat sich die Erfolgslage trotz des steigenden Bedarfes gleichfalls verschlechtert.

Die Beförderungszahlen bei den Verkehrsbetrieben sinken ständig. Trotzdem wurde der Forderung nach einem verbesserten Kundendienst nicht Rechnung getragen. Die betriebseigenen Verluste betragen 823 Millionen Schilling. Das heißt, daß die Verkehrsbetriebe ein tägliches Defizit von 2,26 Millionen Schilling aufweisen. Das sei eine äußerst traurige Bilanz. Noch trauriger sei es, daß im vorliegenden Bericht steht, daß alle Möglichkeiten der Rationalisierung ausgeschöpft sind. Wozu diente also die Studienfahrt von Vizebürgermeister Slavik durch europäische Städte, wenn man dort gewonnene Erkenntnisse nicht verwirklicht.

Der Redner erinnert an die Gemeinderatssitzung, in der Gemeinderat Gawlik von Stadträtin Dr. Schaumayer ein Sanierungskonzept verlangt habe. Er hoffe, daß dieses Konzept zumindest bis zu den Budgetverhandlungen von dem neuen Stadtrat vorgelegt werde.

./.

GR. Hahn (ÖVP) kritisierte, daß die Budgetziffern sowohl beim Gas- als auch beim E-Werk um 6,5 Prozent überschritten wurden. Ebenso bezweifelte er, daß sich die Weltwirtschaft in einer rosigen Situation befindet. "Schauen Sie nach Frankreich und nach England mit seiner sozialistischen Regierung, ist dort vielleicht Konjunktur?"

Der Redner unterstrich, daß die Regierung Klaus im Jahre 1968 es zuwege brachte, daß in Österreich fast nicht gestreikt wurde. Die Position der Gas- und E-Werke bezeichnete Hahn als günstig. Die E-Werke konnten 1968 mit einem Gewinn von 207 Millionen aufwarten. Der Redner strich die Verdienste der ehemaligen Stadträtin für die Städtischen Unternehmungen Dr. Schaumayer bei der Umstellung auf Erdgasversorgung in Wien hervor. Er brachte im Namen seiner Fraktion einen Antrag ein, dem zuständigen Gemeinderatsausschuß über die Umstellung auf Erdgas die derzeit in Wien im Gange ist, Bericht zu erstatten.

Die Verkehrsbetriebe sind nach Meinung Hahns noch immer das Stiefkind. Man habe noch immer nicht begriffen, daß man sie mit genügend Kapital ausstatten müsse. Durch den verspäteten Bau der neuen Zentralwerkstätte waren beträchtliche Einsparungen verlorengegangen. Im Lagebericht könne man außerdem einen weiteren "Klagepunkt" für die negative Kapitalsausstattung nachlesen: 896 Millionen allein für Pensionslasten! Sozialtarife, Fremdkapitalzinsen und Pensionslasten zusammen seien also die Schuldposten.

Abschließend urgiert der Redner eine höhere Kapitalsausstattung seitens der Hoheitsverwaltung.

GR. Busta (SPÖ): Der ungünstige Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke wäre noch viel schlechter, hätte die Hoheitsverwaltung nicht ohnehin Zuschüsse geleistet". Die E-Werke hätten ihre Leistung um 6 Prozent verbessert die Gaswerke um 6,5 Prozent. Die Verkehrsbetriebe seien leicht rückläufig. "Hier sind es unter anderem Auflagen seitens der Aufsichtsbehörde, die uns viel kosten.

./.

In Deutschland etwa macht man nur alle 500.000 Kilometer eine Wagenhauptrevision, bei uns müssen es 200.000 Kilometer sein." Außerdem werde bei jeder Lieferung von neuen Wagen, auch wenn diese aus einer Serie, die sich über mehrere Jahre erstreckt, stammen, neue Abnahmen verlangt. Das kostet Zeit und Geld.

Daß es keine Streikaktionen in der Zeit der Regentschaft Klaus gegeben habe, sei nicht Verdienst der Politik der Bundesregierung, sondern des über den Parteien stehenden Gewerkschaftsbundes.

Das Sanierungskonzept von Stadträtin Dr. Schaumayer wäre unzweckmäßig gewesen, weil es zu den Texten, die von der Generaldirektion erarbeitet worden sind, nur Feststellungen enthalten habe. Ein Konzept müsse mehr als Ansätze enthalten.

Nachdem sich der Redner mit dem "angeblichen Sozialtarifen" und der von Stadtrat Schaumayer dafür verlangten Rückerstattung durch die Stadt Wien sowie mit der Beförderungssteuer und ihrer Rückerstattung durch den Bund beschäftigt hatte, schloß er mit der Feststellung, daß es nicht der Aufforderung Peters bedurft habe: Selbstverständlich wird es Aufgabe des neuen Stadtrates sein, ein Sanierungskonzept dem Gemeinderat vorzulegen.

Schlußwort

In seinem Schlußwort kam Stadtrat Nekula auf den "latenten Kriegszustand" zwischen Wien und Niederösterreich zu sprechen, der durch den Versuch der NEWAG, Wiener Stromversorgungsgebiete in Niederösterreich zu verstaatlichen, entstanden ist. Er wies auf gleichartige Bemühungen der NEWAG im Jahr 1959 hin, die durch das Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen mit dem Bescheid gestoppt wurden, daß die Landeshauptleute von Wien und Niederösterreich entsprechende Verhandlungen zu führen haben. Er ging in der Folge auf die Geschichte der Wiener Stromversorgung in Niederösterreich ein. Sie begann im Jahr 1906, als sich die niederösterreichische Gemeinde Rannersdorf als erste an die Stadt Wien mit der Bitte wandte, an das Wiener Stromnetz angeschlossen zu werden. Diesem Ersuchen folgten zahlreiche andere, weil sich die kleinen Gemeinden nicht imstande sahen, den steigenden Bedürfnissen in der Stromversorgung nachzukommen.

./.

Die Stadt Wien übernahm gegen Ersatz der Kosten die vorhandenen Anlagen. Im Jahr 1941 wurde zwischen den "Gauwerken" Niederösterreich und Wien eine Einigung getroffen, in der bestimmte Gebiete als Versorgungsgebiet der jeweiligen Gauwerke für "immerwährende Zeiten" festgelegt wurden. Zu diesem Zeitpunkt fand zwischen den beiden Ländern durch Gebietsaustausche eine bis heute gültige Gebietsbereinigung statt.

1952 hat sich die NEWAG ausdrücklich als Rechtsnachfolgerin der Gauwerke Niederdonau AG erklärt und das Vertragswerk anerkannt. Sie hätte seither wiederholt die Möglichkeit gehabt, gegen diesen Bescheid Einspruch zu erheben. Es sei unbegreiflich, daß man in einer Zeit, wo der Energieverbund über die Grenzen hinweggeht, in Österreich einen derartigen Kantönligeist praktiziere.

Zu dem von GR. Hahn erwähnten Sanierungskonzept ist zu sagen, daß die Stadträtin im Ausschuß einen mündlichen Bericht erstattete, den Gemeinderäten jedoch nicht einmal die Unterlagen zur Verfügung stellte, die sie den Zeitungen übergab. Das zweite Konzept, ein sogenanntes Expose, dürfte nur im Hinblick auf die Gemeinderatswahlen erstellt worden sein.

Zur Kritik an höheren Abschreibungen: Es wurden nicht nur die Abschreibungen in größerem Ausmaß vorgenommen, sondern auch viel mehr Investitionen getätigt. Diese Investitionstätigkeit der Gemeinde Wien habe sich gerade in jenen Jahren besonders günstig ausgewirkt, als sich die wirtschaftliche Situation durch die Bundespolitik verschlechtert hatte.

Ein Sanierungskonzept werde selbstverständlich erarbeitet werden.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Der von der ÖVP gestellte Antrag wird einstimmig zur weiteren Behandlung zugewiesen.

./.

Besprechung der Mitteilung des Bürgermeisters

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) erklärt, der Vorfall der Gemeinderatssitzung vom 13. Juni sei in der Öffentlichkeit stark diskutiert worden, und man könne darüber nicht zur Tagesordnung übergehen. Die heutige Rede des Bürgermeisters sei ein gefühlvoller Rechtfertigungsversuch gewesen. Die Diskussion über die Entfernung Franz Olahs sei sehr zu Ungunsten von Bürgermeister Marek ausgefallen, und gerade die Bundesländer-Sozialisten im Parlament seien darüber besonders unglücklich, sagte Dr. Schmidt. Seine Fraktion, die FPÖ, halte das Vorgehen des Bürgermeisters allerdings nicht nur für unglücklich, sondern auch für ungesetzlich.

Zweifellos habe Franz Olah sein Gelöbnis gebrochen. Der Bürgermeister hätte allerdings - nach Paragraph 24 der Wiener Stadtverfassung - sofort das Disziplinarkollegium einberufen müssen. Dieses Kollegium hätte augenblicklich beraten und entschieden, wahrscheinlich auf Ausschluß von einer oder mehreren (höchstens aber drei) Sitzungen. Wäre Franz Olah dann noch immer nicht gegangen, so hätte der Antrag auf Mandatsverlust gestellt werden können.

Mit seiner tatsächlichen Vorgangsweise jedoch habe Bürgermeister Bruno Marek die Verfassung mißachtet, weshalb die FPÖ seinen Rücktritt fordere. (Stadtrat Heller (SPÖ): Das nehmen Sie doch selber nicht ernst!)

Der Antrag auf dringliche Behandlung wurde mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP abgelehnt. Der Antrag wurde dem Magistrat zur weiteren Behandlung zugewiesen. Der Vorsitzende GR. Schreiner schließt um 17.23 Uhr die Sitzung).

(Ende des Sitzungsberichtes)

\- - -

Geehrte Redaktion!

Wir erinnern daran, daß morgen Freitag, den 11. Juli die Beratungen um 9 Uhr mit einer Sitzung des Wiener Landtages beginnen. Im Anschluß daran findet eine weitere Sitzung des Wiener Gemeinderates statt. Die Tagesordnung umfaßt 181 Punkte.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Öffentliche Ausschreibung zur Erdgasumstellung

11. Juli (RK) Das Amtsblatt der Stadt Wien, das morgen Samstag erscheint, enthält eine öffentliche Ausschreibung der Wiener Gaswerke, die im Zusammenhang mit der beabsichtigten Umstellung von Stadtgas- auf Erdgasversorgung steht. Die Gaswerke laden Unternehmen mit einschlägiger Erfahrung und entsprechender Größe dazu ein, Vorschläge und Anbote für die Umstellung der verschiedenen Gasgeräte in den Wiener Haushalten zu unterbreiten. Die Leistungsverzeichnisse werden in der Direktion der Gaswerke, 8, Josefstädter Straße 10-12, ausgegeben. Letzter Termin für die Anbote ist der 14. August.

Durch diese Ausschreibung wollen die Gaswerke Unterlagen erhalten, um einen genauen Plan für die Umstellung auf Erdgas aufstellen zu können. In diesem Zusammenhang sei noch einmal betont, daß sich die Umstellung über einen Zeitraum von 15 Jahren erstrecken wird und nur gebietsweise vorgenommen werden kann. Es ist daher keineswegs notwendig, heute schon Allgasgeräte zu kaufen, weil man vielleicht später einen Engpaß erwartet. Die Geräteindustrie ist leistungsfähig genug, den Bedarf bei einer schrittweisen Umstellung zu befriedigen.

\- - -

Kinderspielplätze:

TV-Interview mit Stadtrat Suttner

11. Juli (RK) Im Zusammenhang mit den jüngsten Erörterungen über die Vor- und Nachteile der öffentlichen Kinderspielplätze in Wien wurde gestern nachmittag Stadtrat Reinhold Suttner vom Fernsehen befragt. Der ORF wollte wissen, warum die Kinder in Wien auf Betonflächen spielen müssen: Suttner erklärte, daß der Rasen einer regelmäßigen Belastung und Beanspruchung nicht gewachsen sei. Tatsächlich sind intensive Forschungsarbeiten im Gange, mit dem Ziel, einen strapazifähigen Rasen zufinden. Allerdings kann es sein, daß die Hauptursache in den bei uns herrschenden klimatischen Bedingungen liegt, die sich natürlich nicht ändern lassen. (Diese Feststellung traf Stadtrat Suttner im Hinblick auf die Argumentation, daß es in England und Schweden Rasen-Kinderspielplätze gibt.)

Der Stadtrat ließ aber nicht unerwähnt, daß in Wien 66 Jugendspielplätze mit ausgedehnten Rasenflächen zur Verfügung stehen. Dann ging Suttner auf die stark abweichenden Wünsche hinsichtlich der Situierung der Kinderspielplätze (innerhalb oder am Rande der Wohnhausanlagen) ein. Ältere Wiener beklagen sich - vielfach in scharfen Briefen an den Stadtrat - über die Lärmbelästigung durch spielende Kinder. Andererseits darf der einhellige Wunsch der Mütter kleiner Kinder nicht übergangen werden: Diese Mütter wollen ihre Kinder wenigstens durch das Fenster im Auge behalten können, wenn sie sie auf den Spielplatz geschickt haben.

Schließlich beantwortete der Stadtrat noch eine Frage des ORF hinsichtlich eines Kinderspielplatzes, der nahe an Wohnungen angelegt wurde, die besonders für ältere Leute bestimmt sind. Der Planung lag die - in allen fortschrittlichen Sozialgemeinschaften unbestrittene - Erwägung zugrunde, durch die räumliche Verbindung der Alten und der Kinder die Isolierung abzuweden, die vielfach zur Vereinsamung der älteren Generation führt.

Abschließend erklärte Stadtrat Suttner, daß ein Konzept, welches alle Einwohner einer Wohnhausanlage ohne Ausnahme in ihren Wünschen befriedigt, nur dort realisierbar sei, wo sehr viel Areal für eine solche Anlage zur Verfügung stehe.

\- - -

Verkehrsbeschränkung in der Heiligenstädter Straße

11. Juli (RK) Am 1. Juli haben Bauarbeiten zur Sanierung eines Rutschhanges an der Heiligenstädter Straße begonnen. Mit der Beendigung ist gegen Ende des Jahres zu rechnen. Damit der Baustellenverkehr ungestört bleibt - aber auch, um den Unfällen vorzubeugen, die sich oft zwischen Pkw's und Baufahrzeugen ereignen -, sind in dem fraglichen Straßenabschnitt zwei Verkehrsbeschränkungen verfügt worden: Auf einer Länge von 350 Meter im Bereiche des Kahlenberger Dorfes herrscht Überholverbot und eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 Stundenkilometer.

Diese Maßnahmen gelten nur an Werktagen und an diesen nur von 6 bis 18 Uhr.

\- - -

Karl Rösner zum Gedenken

11. Juli (RK) Auf den 13. Juli fällt der 100. Todestag des Architekten, Malers und Kunstgewerblers Prof. Karl Rösner.

Er wurde am 19. Juni 1804 in Wien geboren und besuchte die Kunstakademie, als deren Professor er seit 1835 wirkte. Von 1848 bis 1852 fungierte er auch als ihr provisorischer Präsident. Zu seinen bekanntesten Wiener Bauten gehören die Redemptoristenkirche und das Kloster zum Allerheiligsten Erlöser im 3. Bezirk, die Johann Nepomuk-Kirche in der Praterstraße sowie die Fassade und der Turm der Hietzinger Pfarrkirche Maria Geburt. Er war auch an der Ausgestaltung eines mit den Figuren von Moritz v. Schwind geschmückten Stiegenhauses der Wertheimstein-Villa in Döbling maßgeblich beteiligt.

\- - -

Sitzung des Wiener Landtages

11. Juli (RK) Der Wiener Landtag trat heute vormittag unter dem Vorsitz seines Ersten Präsidenten, Dr. Wilhelm Stemmer, zu einer Sitzung zusammen. Zunächst wies der Vorsitzende einen Antrag der ÖVP auf verschiedene Änderungen der Verfassung der Stadt Wien dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zu. Mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP wurden dann die Wahlvorschläge für zwölf Ersatzmitglieder des Bundesrates angenommen: Ersatzmitglieder der SPÖ sind: Abg. Heinz Nittel, Zweiter Präsident Maria Hlawka, Abg. Herbert Mayr, Abg. Ludwig Sackmauer, Abg. Rudolf Pöder, Bezirksvorsteher Eduard Popp, Abg. Franz Schreiner, und Maria Gutberger-Metzger. Ersatzmitglieder der ÖVP sind: Dr. Hans Ehgartner, Leopold Traindl, Abg. Franz Walzer, und Johann Wagner.

Anpassung von Rechtsvorschriften

Anschließend referierte Stadtrat Dkfm. Alfred Hintschig (SPÖ) in Vertretung von Personalstadtrat Hans Bock über einen Gesetzentwurf, der die Angelegenheiten des Dienstrechtes der Beamten der Bundeshauptstadt Wien in den eigenen Wirkungskreis der Gemeinde einschließen soll. Es handelt sich darum, daß nach der Bundesverfassungsnovelle 1962 eine Reihe von Rechtsvorschriften an den Artikel 118 der Bundesverfassung anzupassen sind. Die entsprechenden Gesetze oder Gesetzesänderungen sind bis zum Jahresende 1969 zu erlassen. Stadtrat Hintschig betonte, daß für die Beamten Wiens keinerlei materielle Änderungen durch diesen Beschluß eintreten werden.

Der Gesetzentwurf wurde in erster und zweiter Lesung einstimmig zum Beschluß erhoben.

./.

Zulagen

Als nächsten Punkt behandelte der Landtag die Abänderung des Ruhe- und Versorgungsgenußzulagegesetzes 1966, welches, wie Berichterstatter Stadtrat Hintschig betonte, den Beamten der Bundeshauptstadt große Verbesserungen gebracht hat. Im Zuge der Durchführung hat sich allerdings herausgestellt, daß in manchen Fällen die dem Anspruchswerber zustehenden Beträge außerordentlich gering sind. Im Sinne der Verwaltungsvereinfachung soll dies nun durch Abfindungsbestimmungen geregelt werden, wobei die Abfindung das 70fache des für einen Monat zustehenden Betrages ausmacht. Die Abänderungen des Gesetzes wurden vom Landtag einstimmig zum Beschluß erhoben.

Feuerwehrgesetz

Stadtrat Dr. Krasser (ÖVP) referierte eine Änderung des Wiener Feuerwehrgesetzes dahingehend, daß künftighin im § 17 die Zusatzbestimmung aufgenommen wird, daß die Gemeinde die in diesem Gesetz geregelten Aufgaben - ausgenommen das Verwaltungsstrafverfahren - im eigenen Wirkungsbereich zu besorgen hat. Der Entwurf wurde in erster und zweiter Lesung einstimmig zum Beschluß erhoben.

Weiters beantragte Stadtrat Dr. Krasser, daß im § 15, der die Zuständigkeitsbestimmungen enthält, in einem neuen zweiten Absatz festgelegt wird, daß die Gemeinde ihre in diesem Gesetz geregelten Aufgaben - gleichfalls mit Ausnahme der Durchführung des Verwaltungsstrafverfahrens - im eigenen Wirkungsbereich zu besorgen hat. Durch die Neufassung wird die bisherige Bestimmung des § 1, Abs. 3 aufgehoben. Auch dieser Entwurf wurde einstimmig zum Beschluß erhoben.

Vergnügungssteuernovelle

Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik (SPÖ) beantragte eine Novellierung der Vergnügungssteuergesetznovelle. Entsprechend der Abänderung sollen in Hinkunft Veranstaltungen für Jugendliche, bei denen Filme vorgeführt oder Tanzunterhaltungen abgehalten werden, von der Vergnügungssteuer befreit werden. Nicht befreit von der Vergnügungssteuer sollen Veranstaltungen bleiben, bei denen alkoholische Getränke ausgeschenkt werden.

Abg. Prof. Bittner (ÖVP) teilte mit, daß seine Fraktion diesen Antrag begrüße und ihm seine Zustimmung erteilen werde. Der von der Öffentlichkeit meist unbeobachtet bleibenden außerschulischen Erziehung - weil Sensationen auf diesem Gebiet meist fehlen - könne man nicht genügend Aufmerksamkeit entgegenbringen.

Der Entwurf wurde in erster und zweiter Lesung einstimmig zum Beschluß erhoben.

U-Bahn-Abgabe

Anschließend beschäftigte sich Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik mit der "Einhebung einer Dienstgeberabgabe", deren Ertrag der Wiener Stadtverwaltung die Möglichkeit geben soll, einen Teil der U-Bahn-Finanzierung abzudecken. Seine Vorschläge haben viele öffentliche Stellungnahmen und Diskussionen ausgelöst, obwohl es doch jedermann klar sein müßte, daß die Stadt Wien für so große Vorhaben, wie den Bau der U-Bahn, nach besonderen finanziellen Lösungen suchen muß. Nach langen Diskussionen kam es im Vorjahr zu einer Einigung zwischen dem Bund und der Stadt Wien, bei der festgelegt wurde, daß der Bund im Verlauf von zwölf Jahren 2,4 Milliarden Schilling für das Bauvorhaben zur Verfügung stellen werde.

Diese 2,4 Milliarden sollen in zwölf Jahresraten, die von 150 Millionen am Beginn, bis zu 250 Millionen am Ende des Zuschußzeitraumes ansteigen, gegeben werden.

Nachdem diese Vereinbarung mit dem Finanzministerium abgeschlossen war und die Bundesregierung passiert hatte, konnte man, vertrauend auf den Antrag der Bundesregierung auch damit rechnen, daß der Nationalrat und Bundesrat zu diesem Gesetz die Zustimmung gibt. Es war daher Aufgabe der Finanzverwaltung, Überlegungen anzustellen, wie die weiteren notwendigen Beträge aufgebracht werden können. Nach Möglichkeiten wollte man dabei auch berücksichtigen, daß die Bauzeit für die geplanten U-Bahn-Abschnitte U1, U2 und U4, sich nicht auf zwölf, sondern vielleicht nur auf zehn Jahre erstrecken könnte, da eine Verkürzung der Bauzeit natürlich günstige wäre.

./.

Den Überlegungen lag zugrunde, daß durch die finanziellen Verpflichtungen der Stadt Wien für den U-Bahn-Bau die übrigen Vorhaben nicht beeinträchtigt werden dürften. Eine große Rolle spielt bei der Bauzeit natürlich die Leistungsfähigkeit der Unternehmungen und wieviele technische Probleme noch auftauchen werden. Es sei durchaus möglich, daß unsere Firmen eine gewisse Anlaufzeit brauchen werden.

Eine Überprüfung der Bauzeiten mit anderen Städten führte zu folgenden Ergebnissen: Budapest hat zum Beispiel 1,3 Kilometer pro Jahr gebaut. In Berlin lagen die Gesamtbaukosten etwas höher als bei uns. Dort hat man in den Jahren 1953 bis 1968 eine Strecke von 32 Kilometern gebaut, teilweise bei offener Bauweise, das ergibt eine Jahresleistung von 2 km. In Toronto kam man bei einer Strecke von 16 km Länge, die in den Jahren 1960 bis 1967 gebaut wurde, auf eine Jahresleistung von gleichfalls 2 km. Die U-Bahn-Linie 6 in München, mit deren Bau 1965 begonnen und die 1971 vollendet sein soll, wird eine Länge von 15,7 km haben, also eine Jahresbauleistung von 2,2 km. In Hamburg wird eine U-Bahn-Linie gebaut, das Bauende wird 1971 sein, begonnen hatte man 1966, deren Jahresleistung bei 2,3 km, bei einer Gesamtlänge von 13,6 km liegt.

In Wien hat man für die geplanten drei Linien Baukosten von 5,63 Milliarden veranschlagt und eine Bauzeit von voraussichtlich 1970 bis 1980, was bei einer Länge von 25,4 km einer jährlichen Bauleistung von 2,3 km entspricht. Sicherlich gibt es U-Bahn-Bauten, die eine höhere Jahresleistung erzielen konnten. So zum Beispiel bei der Victoria-Linie in London, wo bei besonders guten Bodenverhältnissen eine Jahresleistung von 2,5 km erbracht werden konnte, oder in Mailand, wo man bei offener Bauweise auf 2,7 km kam und in Montreal, auf der Weltausstellungsstrecke, sogar auf 4,6 km, wo jedoch große Teile durch unverbautes Gebiet führen. Bei uns wäre nach dem Bauzeitenplan vorgesehen, daß die Linie U1 - Reumannplatz - Stephansplatz 1976 in Betrieb genommen wird, die Linie Stephansplatz - Praterstern 1977, Secession - Lastenstraße, Landesgericht - Schottenring 1978, Heiligenstadt - Hütteldorf 1980.

./.

Während des Baues der drei bereits geplanten Linien wird man sich aber auch mit der Linie U3 beschäftigen, und wir werden auch für ihre finanzielle Sicherung sorgen müssen. Im Verlauf der Bauzeit werden aber auch noch verschiedene Wünsche nach Verlängerung geplanter Linien und Schaffung weiterer auftreten. Die Erfahrungen anderer Großstädte zeigen, daß der U-Bahn-Bau praktisch nie abgeschlossen ist, weil ja eine ständige Wanderbewegung in der Bevölkerung besteht.

Zur Frage, ob man die U-Bahn auch mit Hilfe von Anleihen finanzieren kann: Überall dort, wo mit einer Finanzierung Mehreinnahmen oder Minderausgaben verbunden sind, wo man also erwarten kann, daß der Erfolg der Finanzierung die Möglichkeit bietet, die Zinsen und nach Möglichkeit auch die gesamten Annuitäten zu tragen, kann man mit Fremdmitteln finanzieren.

Vizebürgermeister Slavik zeichnete das ungüstige Bild, das Fremdfinanzierungen für den U-Bahn-Bau bringen würden. Bei einem 7,5prozentigem Kredit, wenn man 250 Millionen Schilling Baurate pro Jahr annimmt, würden im 15. Baujahr bereits 915 Millionen Schilling zurückzuzahlen sein. Die Stadt Wien ist kein Freund der Schuldenwirtschaft. Wir haben beim letzten Budgetvoranschlag 1,8 Milliarden Schilling gestrichen, da wir nicht vorhandenes Geld nicht ausgeben. Der Bund macht es natürlich anders. Für ihn sind fünf Milliarden Schilling Spesen an Zinsenrückzahlungen eine Kleinigkeit.

Die Dienstnehmerabgabe wird von insgesamt 453.000 Wienern pro Jahr eingehoben werden. Sie beträgt jährlich pro Dienstnehmer 520 Schilling. Würde man sich nicht für diesen Weg entscheiden, würde nicht nur die Investitionstätigkeit auf dem wichtigen Sektor des Hochbaues eingeschränkt werden, sondern der Arbeitslosigkeit wäre Tür und Tor geöffnet.

./.

Die Gesamtbelastung der Wiener Wirtschaft wird nicht so groß sein. Von den 53.888 Betrieben Wiens haben 18.215 keine Beschäftigten und zahlen daher überhaupt nichts. 10.321 sind Einmann-Betriebe, die mindestens zur Hälfte auch nichts zahlen, weil sie unter die 3.000 Schilling-Grenze fallen (Monatslohnsumme). 12.220 Betriebe gibt es mit zwei bis vier Mann. Hier wird die Belastung zwischen 1.000 und 2.000 Schilling pro Jahr liegen. 5.900 Betriebe verfügen über fünf bis neun Beschäftigte, 3.200 haben zehn bis neunzehn, 2.300 20 bis 49, 837 50 bis 99, 431 100 bis 199, 250 200 bis 499, 92 500 bis 999 und 52 Betriebe 1.000 Beschäftigte oder mehr. Wenn man zusammenrechnet sind rund 7.000 Betriebe betroffen, und um diese 7.000 wird so viel Lärm gemacht.

Der Entwurf sieht eine Steuer von 10 Schilling pro Arbeitnehmer und Woche vor, wobei es eine Reihe von Befreiungen, zum Beispiel bei den diversen Körperschaften, über 55 Jahre alten Arbeitsnehmern, Lehrlingen, Minderbeschäftigten etc. gibt. "Wir haben 235 Millionen Schilling brutto pro Jahr als Einnahmen errechnet. Aber wieviel mehr an Investitionstätigkeit wird dafür der Wiener Wirtschaft geboten!"

In den ersten vier Jahren würde der Bundesbeitrag je 150 Millionen betragen, aus der Dienstgeberabgabe kämen 235 hinzu, aus allgemeinen Budgetmitteln wären hienach 115 Millionen zu decken. In den zweiten vier Jahren würde sich der Bund mit 200 Millionen pro Jahr beteiligen. Bei gleicher Dienstgeberabgabe wäre die Belastung der allgemeinen Budgetmittel 65 Millionen. In den letzten zwei Jahren schließlich, in denen der Bund je 250 Millionen tragen soll, würden die Budgetmittel der Stadt nur mit 15 Millionen belastet werden. "Allerdings nur dann, wenn sich keine veränderte Baurate ergibt. Und das ist beim Konjunkturtrend ja wohl von keinem Vernünftigen ernstlich zu erwarten, daß sie nicht steigt. Die Differenz wird jedenfalls immer aus dem Stadtsäckel zu bezahlen sein."

Für das 11. und 12. Jahr, wo der Bund mit je 500 Millionen gradstehen müßte, könnte sich der Redner eine Vorfinanzierung mit Hilfe von Fremdmitteln vorstellen. Die Zinsenlast würde allerdings der Stadt anheim fallen. ./.

"Überlegen Sie, ob wir eine ungebührliche Belastung der Wiener Wirtschaft verlangen, oder im Interesse der Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung und der Sicherung der Arbeitsplätze einer günstigen wirtschaftlichen Entwicklung den Weg bereiten, ohne uns dauerhaft und unverantwortlich zu verschulden!"

Erster Debattenredner ist Dr. Tuma (DFP). Namens seiner Fraktion bezeichnet er den Landtag und sämtliche daraus resultierenden Beschlüsse für unrechtmäßig, weil der Landtag nicht ordnungsgemäß einberufen worden sei. Olah sei mit einem Brief des Landtagspräsidenten vom 4. Juli von seinen Rechten als Abgeordneter quasi suspendiert worden. Das sei verfassungswidrig, gebe dankenswerter Weise die Möglichkeit, den Rechtsweg zu beschreiten, mache aber zwangsläufig alle heute im Landtag getroffenen Aussagen ebenfalls verfassungswidrig und daher nichtig.

Dann beschäftigte sich der Redner mit der U-Bahn-Steuer. Die DFP sei der Meinung, daß man zur Realisierung eines großen Verkehrsprojekts die Bevölkerung durchaus finanziell belasten könne. Am Anfang jedoch müsse die Überzeugung stehen, daß die aufgebrachten Mittel technisch und wirtschaftlich bestmöglich angewendet werden.

Eine solche Überzeugung fehle allerdings, dies allein schon deshalb, weil ja bis jetzt keine einheitliche Projektplanung sichtbar geworden sei.

Aber auch die legistische Perspektive des vorliegenden Entwurfes berge den Keim weiterer Ärgernisse in sich. Dr. Tuma meinte, dieses Gesetz werde wegen seiner offensichtlich überhasteten Ausarbeitung auf jeden Fall "ein Fressen für die Juristen" werden.

In der Durchführung sei als Konsequenz zu befürchten, daß manche Betriebe - besonders, wenn sie vielleicht gerade eine Ausweitung oder Umwandlung ihrer Betriebsstätten vorhaben - aus Wien abwandern, um einige Kilometer außerhalb der Stadtgrenzen vor der U-Bahn-Steuer sicher zu sein. Schlimmer noch als die finanzielle Belastung werde sich aber - und dies in erster Linie bei kleineren Betrieben - die bürokratische Belastung durch die im Paragraph 6 geforderten monatlichen Erklärungen auswirken.

./.

Er griff die Höhe der Strafe für säumige Zahler an, die nach dem Entwurf das Fünfzigfache erreichen kann. "Bei einem so schlechten Gesetz Strafen in solcher Höhe festzulegen, erachtet meine Partei als unmoralisch". Die DFP werde der Vorlage so lange keine Zustimmung erteilen, als die von Slavik selbst angeschnittenen Einsparungsmöglichkeiten im Rahmen der Stadtverwaltung nicht ausgeschöpft sind. Er rege an, die Subventionen für Vereine, die praktisch nur am Papier bestehen, aber parteigebunden sind, rigoros zu verkürzen, die Geldmittel für den aufgeblähten Öffentlichkeitsapparat weitgehend zu streichen, (die SPÖ soll sich aus ihren Parteibeiträgen die Werbung selbst bezahlen), die sinnlosen Grundstückankäufe einschränken, weil sie sich oft genug als Fehlplanungen erweisen. Die Wiener Städtische Versicherung möge einige ihrer in der Zwischenzeit im Wert auf das Vielfache angestiegene Grundstücke verkaufen, wodurch der Gemeinde nicht unbeträchtliche Geldmittel zufließen könnten.

Abg. Dr. Schmidt (FPÖ): Der vorliegende Entwurf kann nicht ohne Diskussion des gesamten Komplexes U-Bahn erörtert werden. Der Bericht des Referenten ersetzt nicht die Notwendigkeit der Vorlage eines Finanzierungsprogrammes, wenn der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter auch meint, daß dieses eine theoretische Angelegenheit sei und kein Geld ersetzt. Unter Hinweis auf einen Gemeinderatsbeschluß verlangt seine Fraktion die schriftliche Vorlage eines Finanzierungsprogrammes, das jede Einzelheit enthält.

Der Redner stellt die Frage, wie hoch man die Gesamtbaukosten nun tatsächlich schätzt. Es wurde eine ganze U-Bahn-Linie, nämlich die U3 aus dem Entwurf herausgenommen und trotzdem ist gegenüber den seinerzeitigen Berechnungen keine Senkung der Baukosten oder der Baudauer eingetreten. Mit der Aufbringung des städtischen Kostenanteiles mache es sich Vizebürgermeister Slavik nun sehr einfach. Er hält sich an die Wiener Wirtschaft, und zwar nach dem klassenkämpferischen Grundsatz "die Reichen sollen halt zahlen". Eine Abgabe in Form einer Art Kopfsteuer ist wohl das Primitivste, das es auf dem Gebiete des Steuererfindungsrechtes gibt. Anscheinend sei die Stadt Wien in ihrer Finanzpolitik in das Fahrwasser der Kommunisten geraten, aber sogar die waren noch besser, denn sie verlangten seinerzeit nur von der Einhebung eines Pro-Kopf-Betrages fünf Schilling.

./.

Wenn man errechnet, aus welchen Teilbeträgen die erforderlichen rund fünf Milliarden aufgebracht werden soll, entfällt auf den Bund ein Betrag von 2,4 Milliarden. 2,8 Milliarden sollen aus der geplanten U-Bahn-Steuer genommen werden und aus Budgetmitteln ganze 780 Millionen. Es sei zu befürchten, daß der Bund hier nicht mitspielen wird. Was geschieht aber, wenn der Bundeszuschuß gestoppt wird? Seine Fraktion lehne die geplante Art der U-Bahn-Finanzierung ab, denn diese Unternehmerabgabe würde auch zu einem Preisauftrieb führen und letzten Endes müßte doch alles wieder der Konsument bezahlen. Wiens Anteil an dem Finanzierungsprogramm müßte zum größten Teil aus dem Budget aufgebracht werden. Wenn man überlegt, daß Wiens Anteil in den ersten vier Jahren jährlich 350 Millionen betragen soll, so ist das ungefähr die Hälfte jenes Betrages, der in den letzten Jahren allein für die beiden Ustraba-Tunnel und am Matzleinsdorfer Platz aufgewendet und aus dem normalen Budget gedeckt wurde. Es sei aber kaum anzunehmen, daß man neben dem U-Bahn-Bau noch weitere fehlgeplante Ustraba-Bauten errichten werde. Aus dem Budget wäre darüber hinaus sicherlich noch einiges herauszuholen, so zum Beispiel bei den zahllosen überflüssigen Subventionen und Beteiligungen, bei Grundankäufen usw. Sollten dann noch immer Mittel fehlen, könnte man auf den Anleiheweg zurückkommen. Man verwendet schließlich auch für die Errichtung der umstrittenen Donauinsel Mittel aus dem Budget.

Da der vorliegende Entwurf eine einseitige Belastung der Wirtschaft darstelle, den Preisauftrieb fördere und auch infolge seiner verwaltungsaufwendigen und schikanösen Durchführungsbestimmungen unökonomisch sei, lehne seine Fraktion ihn ab.

GR. Walzer (ÖVP) bezeichnete die Dienstnehmerabgabe für den U-Bahn-Bau als mittelalterliche und asoziale Steuer. Sie würde zu einer großen Betriebsflucht aus Wien führen und so natürlicherweise die Arbeitsplätze in Frage stellen.

Der Redner sprach sich für Anleihen und Budgetumschichtungen aus. "Im Budget 1968 ist ein Betrag von 3,5 Milliarden Schilling nicht gebunden. Den sollten sie verwenden!"

./.

Außerdem kritisierte Walzer, daß seine Fraktion nur aus Zeitungen über die Absichten der Sozialistischen Partei informiert wurde. Die Österreichische Volkspartei sage schon seit 20 Jahren ja zur U-Bahn, verlange aber ein klares Finanzierungskonzept und außerdem ein Generalverkehrskonzept für Wien. Weder das eine noch das andere ist bis jetzt vorhanden.

Der Debattenredner bemängelt, daß in dieser so wichtigen Sache kein Kontakt mit der ÖVP gepflogen worden und daß die Begutachtungszeit nur ganze 14 Tage gewesen sei. "Sie haben einen Alleingang beschlossen, sie müssen ihn auch allein verantworten".

Er findet es bedauerlich, daß hier auf einen Antrag der KPÖ der eine Fünf-Schilling-Kopfsteuer vorgesehen habe, ganz offensichtlich zurückgegriffen werde. "Der Klassenkampf ist wieder ausgebrochen". Mit Telegrammen dokumentierte er die Proteste der Wirtschaft gegen die geplante U-Bahn-Steuer. (Zwischenrufe der SPÖ: "Haben Sie auch die Telegramme wegen der Mietzinssteigerungen?")

Zur Aktion "Licht aus": stellt Walzer fest, daß dies eine sehr demokratische Maßnahme war um eine Mißbilligung auszudrücken; und er findet es geradezu als grotesk, daß Slavik sich mit dem geplanten Entwurf auf einen Wählerauftrag beruft.

Abschließend stellt er den Antrag, auf Zurückstellung des Entwurfes und nochmalige gründliche Beratung im Finanzausschuß, wobei die Finanzierung aus dem ordentlichen Budget und eine Bauzeitverkürzung von zwölf auf zehn Jahre "drinnen" sein müßte.

Abg. Peter (FPÖ) fragt Walzer, was er sich von einer Koalition erwartet habe, die doch schon bei einem festen Bündnis zu Zerwürfnissen führte. Dann zitiert er ebenfalls Zeitungsberichte zur Aktion "Licht aus".

./.

Der Geist des vorliegenden Entwurfes, sagte Peter, atme den Wind des Austromarxismus, jener Mentalität, deren politische Weisheit in dem Losungswort gipfelte: "Der Unternehmer soll zahlen!" Niemand wolle die Stellung des Arbeitnehmers antasten, aber es müsse einmal gesagt werden, daß auch der Selbständig ein arbeitender Mensch ist. Und hier beginne die Ungerechtigkeit mit der U-Bahn-Steuer: "Jeder kleine Schuster muß zahlen, aber ein Generaldirektor mit 30.000 Schilling bleibt von dieser Steuer verschont", sagte der Redner.

Am Ende seiner Ausführungen erhielt der Abgeordnete einen Ordnungsruf von Landtagspräsident Dr. Stemmer: Peter sprach von der verschiedenen Zahl von Wählerstimmen, die für die einzelnen Parteien zur Erreichung eines Mandates bei der vergangenen Gemeinderatswahl nötig waren, und gebrauchte in diesem Zusammenhang den Ausdruck "Manipulation".

Präsident Stemmer bemerkte zum Ordnungsruf, es sei nicht zulässig, Dinge, die in Ausübung bestehender Rechtsvorschriften geschehen, als Manipulation zu bezeichnen.

Nächster Redner war Abg. Heinrich Kowarsch (ÖVP). Er behauptete, die SPÖ wolle das Gesetz möglichst still und leise über die Bühne bringen, und zwar "in unverständlicher Eile". Vom Standpunkt der Arbeitnehmer innerhalb der ÖVP müsse die Befürchtung deponiert werden, daß die Unternehmer die durch die Steuer entstehende Verdienstverringerung auf die Preise - und damit auf die Konsumenten - überwälzen werden.

Der Redner ging auf die Gefahr von Betriebsabwanderungen von Wien in die benachbarten Bundesländer ein, wo man den Wünschen der Betriebe mehr Verständnis als in Wien entgegenbringt. Das beantragte Gesetz wird sicher keine neuen Betriebsstätten nach Wien locken. Ein statistischer Vergleich, den die Arbeiterkammer herausbrachte, ergibt, daß in Wien zwischen den Jahren 1958 und 1967 ein Zuwachs von nur zwei Prozent unselbständig Erwerbstätiger, in Niederösterreich ein solcher von 3,9 Prozent, im Burgenland gar ein solcher von 33 Prozent in der gleichen Berichtszeit stattgefunden hat. Allein aus dieser Perspektive müßte man nach anderem Möglichkeiten als der vorgeschlagenen suchen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

\- - -

"Franz Olah und die Wiener Stadtverfassung"

Bekannter Rechtsgelehrter schreibt über ein aktuelles Thema

11. Juli (RK) Im Zusammenhang mit der Verweisung Franz Olahs aus der Sitzung des Wiener Gemeinderates am 13. Juni wurde verschiedentlich die Meinung geäußert, das Disziplinarkollegium wäre einzuberufen gewesen. Gerade mit diesem Teil der Wiener Stadtverfassung befaßt sich unter anderem ein Beitrag des bekannten Universitätsprofessors Friedrich Koja unter dem Titel "Franz Olah und die Wiener Stadtverfassung" in der heutigen Ausgabe der "Salzburger Nachrichten". In seinen Ausführungen heißt es u.a.:

"Das Argument, daß der Wiener Bürgermeister zur Entfernung Olahs nicht zuständig gewesen sei, sondern daß es hiezu der Einberufung und des Beschlusses des Disziplinarkollegiums des Wiener Gemeinderates bedurft hätte, trifft nicht zu. Nach Paragraph 24 WStV. hat dieses Disziplinarkollegium darüber zu entscheiden, ob ein Mitglied des Wiener Gemeinderates durch sein Verhalten während einer Gemeinderatssitzung sein Gelöbnis gebrochen hat. Als Sanktion kann der Ausschluß des Mitgliedes von dieser, im äußersten Falle von drei weiteren Sitzungen des Gemeinderates verhängt werden.

Diese Bestimmung setzt voraus, daß ein Mitglied des Gemeinderates zu Recht an der Sitzung teilnimmt und sich Disziplinarwidrigkeiten zuschulden kommen läßt. Darum ging es im vorliegenden Falle nicht; es wurde vielmehr gegen ein Gemeinderatsmitglied eingeschritten, das von Gesetzes wegen nicht an den Sitzungen teilnehmen darf und dessen Ausschluß im Einzelfalle daher weder erforderlich noch sinnvoll ist. Dieses Mitglied von Sitzungen fernzuhalten, ist Angelegenheit der allgemeinen Sitzungspolizei und damit Aufgabe des Vorsitzenden des Gemeinderates.

Wie wenig Paragraph 24 auf den vorliegenden Fall paßt, zeigt auch die Überlegung, daß nach dieser Bestimmung der Ausschluß von höchstens vier Sitzungen möglich ist, während Paragraph 14 Abs. 4 WStV. ein Gemeinderatsmitglied für die Zeit der strafgerichtlichen Verfolgung, also unter Umständen für längere Zeit, von der Ausübung seines Mandates fernhält."

\- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes.)

Abg. Hans Mayr (SPÖ) begann mit der Feststellung "Alte Steuern sind immer gut, neue immer schlecht". Der Weg, den seine Fraktion gewählt hat, ist politisch zweifellos schwierig und es hätten sich angenehmere und scheinbar leichtere finden lassen.

Ob diese Entscheidungen für Wien und seine Bevölkerung aber die besten gewesen wären, oder ob man dann der SPÖ politische Feigheit vorwerfen hätte können, bleibt zur Diskussion gestellt. (Zwischenruf, ÖVP: "Gilt das auch für das Parlament?") Unter dem Beifall der SPÖ und Zwischenrufen der ÖVP immer wieder unterbrochen, stellte der Redner fest, daß solche Überlegungen natürlich auch für das Parlament Gültigkeit haben, aber nicht dann, wenn man aus wahltechnischen Gründen zuerst Steuern sistiert, sie dann neuerlich wieder gültig werden läßt oder großzügige Umverteilungen vornimmt. (Applaus SPÖ, erregte Zwischenrufe ÖVP). Abg. Mayr empfiehlt, in einer so ernsten Frage die Sachlichkeit doch an forderster Stelle rangieren zu lassen. Eine Arbeitsgemeinschaft im Rahmen des IULA-Kongresses habe - und dies habe sowohl der mitarbeitende Vertreter der ÖVP-Fraktion wie er selbst gemeinsam festgestellt - erbracht, daß Wien auf seine Leistungen und auf seine zukunftsausgerichtete Arbeitsweise stolz sein könne.

Man müsse sich doch darüber klar sein, daß man bei einem Bauvorhaben mit geschätzten Kosten von 5,063 Milliarden Schilling, das im Verlauf von zehn Jahren abgewickelt werden soll, nicht ein Detailkonzept ausarbeiten kann. (Zwischenruf Dr. Tuma, DFP: "Für Sie ist es vielleicht unmöglich, nicht aber für einen Wissenschaftler!")

./.

Es wurde heute in diesem Haus sehr viel Politik gemacht und eine sehr unheilvolle Koalition hat sich hier angebahnt. Bevor man sich jedoch darüber unterhält, welche Auswirkungen dieser Gesetzentwurf auf die Wiener Wirtschaft hat, muß man auch in Betracht ziehen, von welch eminenter Bedeutung für diese Stadt und ihre Wirtschaft der geplante U-Bahn-Bau ist. Durch die gewaltigen Investitionen werde eine Strukturverbesserung und eine größere Mobilität der Arbeitskräfte erreicht. Man könne nicht zu Baubeschluß selbst ja sagen, alle Folgerungen dann jedoch ablehnen. In den vergangenen 15 Jahren hat sich die Wirtschaftskraft in Wien bedeutend erhöht. Wenn wir bei einer früheren Inangriffnahme des U-Bahn-Baues zahlenmäßig gesehen weniger hätten ausgeben müssen, wäre es real gesehen jedoch wesentlich mehr gewesen. Das reale Wirtschaftswachstum der Wiener Wirtschaft lag in den letzten Jahren bei jährlich vier Prozent, und ohne diese Stärkung wäre die Durchführung eines solchen Riesenvorhabens nicht möglich gewesen.

Zu den Alternativvorschlägen: Es wurde bereits nachgewiesen, wie ungünstig eine Finanzierung auf dem Anleiheweg wäre. Den Tiefbausektor, der immer als zu wenig dotiert bezeichnet wurde, nun aber wegen des U-Bahn-Baues einzuschränken wäre ebenso unsinnig, wie Beträge bei Grundkäufen einzusparen. Wenn der Gemeinderat einem Programm zugestimmt hat, das in den nächsten fünf Jahren den Bau von 60.000 Wohnungen vorsieht, so brauchen wir hiefür pro Jahr 300 Hektar Land. Die Grundkäufe zu kürzen, würde der Stadt die Möglichkeit zum Wachstum nehmen und den Wohnungsbau und Industrieansiedlungen verhindern.

Die U-Bahn-Steuer brächte keine Gefährdung der Wiener Wirtschaft mit sich. Daß die Konzentrationstendenzen in der Wirtschaft fortschreiten, sei ganz einfach eine Tatsache, die durch die U-Bahn-Steuer jedoch nicht beeinflußt werde.

GR. Mayr bezeichnete das Jammern der Wiener Mittel- und Kleinbetriebe als völlig unbegründet. "Wenn ein Unternehmer nicht 544 Schilling pro Jahr auslegen könne, dann täte er schon jetzt gut daran, seinen Betrieb zuzusperren."

./.

Im Gegensatz zur Österreichischen Volkspartei bekenne sich die Sozialistische Partei für harte politische Entscheidungen, die die Weichen zur Zukunft stellen. Mayr griff die Aktion "Licht aus" an, und beschuldigte die Österreichische Volkspartei, die Wiener Wirtschaftstreibenden einschüchtern zu wollen. Einziges Streben der ÖVP sei es, die Wiener Wirtschaft vom Leben zum Tode zu befördern.

Stadtrat Dr. Schaumayer (ÖVP) setzte sich nachhaltig für eine Anleihenpolitik zugunsten der Wiener U-Bahn ein. Mit einer jährlichen Anleihe von 80 Millionen Schilling könnten wichtige Finanzierungslücken geschlossen werden. Außerdem müsse die Bauzeit des Grundnetzes auf 8 Jahre verkürzt werden. Dr. Schaumayer kritisierte die mangelnde Baukapazität der U-Bahn-Bauer. Bis zum Jahre 1976 werden nach ihrer Meinung nur elf Kilometer neu gebaut werden. Das sei ein sehr mageres Ergebnis.

61 Millionen Quadratmeter unverbaute Gemeindegründe gäbe es. Man solle sie nützen, nicht brachliegen lassen, verkaufen. "Die Betriebe hätten mehr Anreiz hierzubleiben, wenn sie auf eigenem Grund bauen." Was fehlt, ist eine echte Rangordnung der Bedürfnisse und Wünsche der Wiener. So sei es zu verstehen, daß es auch noch kein U-Bahn-Finanzierungs- und Baukonzept gibt. "Die Sozialisten sind den Beweis schuldig geblieben, daß sie dem U-Bahn-Bau im Gemeindebudget den Vorrang einräumen wollen". Die Einmann-Budgetpolitik sei ebenso wenig attraktiv wie die Dienstgeberabgabe. Auch sei sie nicht sozial. Die ÖVP hätte konstruktivere Alternativen, über die leider nicht diskutiert worden wäre.

Abg. Schreiner (SPÖ): Aus politischen Gründen wird diese Abgabe hochgespielt. Er erinnert daran, daß eine vielfach größere Belastung aus den Zinserhöhungen der Bundesregierung in den letzten 24 Monaten Platz gegriffen habe. "Da haben sich die Herren von der ÖVP nicht aufgeregt!"

Dann berichtete er von einem Betrieb von 30 Bediensteten, der im Jahr drei Millionen Lohngelder auszahle und ganze 15.000 Schilling im gleichen Zeitraum an Diestgeberabgabe zu leisten hätte. "Wer will hier aufstehen und uns einreden, daß damit der Ruin der Wirtschaft eingeleitet würde?"

./.

Und er erinnert die ÖVP daran, daß sie offenbar nach dem alten Sprichwort "wenn man dir gibt so nimm, wenn man dir nimmt, so schrei"handle.

"Sie sagen, wir sollen aus dem ordentlichen Budget zahlen, sagen Sie uns, bitte auch, wo wir sparen sollen. An Spitälern, Kindergärten, Wohnungen, Straßen?" Wer sollte auch eine U-Bahn-Schuld zurückzahlen? Für 250 Millionen müßte man im achten Jahr bereits 495 Millionen aufnehmen, im zehnten Jahr gar 600 Millionen usw. "Wir stimmen dem Gesetzentwurf im Glauben zu, ein vernünftiges Verkehrsmittel in vernünftiger Zeit zu vernünftigen Konditionen zu schaffen, ohne daß Wien in Schuldenlast erstickt."

Schlußwort

In seinem Schlußwort ging Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik auf die in der Debatte gemachten Einwendungen ein. Die von Dr. Tuma (DFP) kritisierte Abwanderung mancher Betriebe aus der Bundeshauptstadt erklärte Slavik mit dem Umstand, daß in den umliegenden Regionen noch Arbeitskraftreserven vorhanden sind. "Daß wir in Wien die Arbeitskraftreserven früher aufgesaugt haben, muß uns doch freuen", sagte der Redner.

Zum mehrfach apostrophierten "nichtexistenten Finanzierungsplan" erklärte Slavik: "Wir haben schon im Mai 1968 die gesamten Unterlagen des Bau- und Finanzierungsplanes an den Bundeskanzler gesendet. Am 5. November 1968 haben wir sie auch dem Finanzminister übergeben. Diese Unterlagen enthalten unter anderem eine Darstellung aller Kosten - unterteilt in die verschiedenen Sachgruppen -, und das sowohl zahlenmäßig als auch in graphischer Darstellung."

Das eigentliche Finanzkonzept könne, sagte der Redner, doch erst erstellt werden, wenn man die Einnahmen kennt. Der Bundesbeitrag sei nunmehr in seiner Höhe festgelegt, und die Steuereinnahmen des Landes Wien stünden heute zur Debatte. Erst nach einem entsprechenden Beschluß könne man sich darauf festlegen, die Restbeträge aus den allgemeinen Budgetmitteln aufzubringen.

./.

Im übrigen sei es doch ein wenig weltfremd, zu glauben, daß Finanzminister Prof. Koren sich zu einem fixen Beitrag des Bundes verstanden hätte, ohne im Besitz ausreichender Unterlagen zu sein.

Danach ging der Referent auf die Parole "Finanzierung der U-Bahn durch die nächste Generation" ein. Bei einer allgemeinen Höchst-Laufzeit von Anleihen von 15 Jahren sei es doch unrealistisch, zu glauben, daß man in Österreich Anleihen bekommen könne, die der Laufzeit nach eine Rückzahlung durch die nächste Generation ermöglichen. Eine Finanzierung durch diese nächste Generation komme demnach nur in Frage, wenn sich die Generation von heute bereitfände, innerhalb der nächsten 15 Jahre zu sterben. Slavik deponierte für seine Person die feste Absicht, dies nicht zu tun.

Die Problemstellung, ob man nach Fertigstellung der Lasten- und Gürtelstraße die dann freiwerdenden Mittel nicht für den U-Bahn-Bau umdisponieren solle, beantworte er damit, daß die Stadt Wien und der Wiener Gemeinderat diesen Weg nicht gehen möge. Würde man Gelder für den Straßen- und Brückenbau abziehen, wäre der Einspruch von allen möglichen Stellen sehr rasch vorhanden.

Zu dem Vorwurf, die SPÖ käme mit dem U-Bahn-Bau zu spät, wünschte er sich, den Vorschlag machen zu können, Tafeln an öffentlichen Plätzen mit der Aufschrift: "KPÖ, ÖVP und FPÖ haben die U-Bahn schon immer verlangt, die SPÖ baut zu spät" aufstellen lassen zu können. Seine Fraktion vertrete die Ansicht, daß man der Stadt zu einem Zeitpunkt, da Hunger, Schuttbeseitigung und die Härten einer Besatzungsmacht zu ertragen waren, die Kosten eines U-Bahn-Projektes nicht habe zumuten können.

Aber er sei einverstanden mit der Feststellung, daß mit dem U-Bahn-Bau zu spät begonnen worden ist. "Warum hat man die U-Bahn nicht zur Zeit gebaut, als Wien Haupt- und Residenzstadt eines riesigen Reiches war, als unter der christlichsozialen Regierung riesige Arbeitslosigkeit herrschte und als die Vaterländische Front unter völliger Ausschaltung der angeblich ständig opponierenden Sozialdemokraten mit der Not im Land kaum fertig werden konnte.

./.

In diesem Zusammenhang möchte er auch an den Slogan erinnern, den er vor langen Jahren gehört und jetzt wieder hört, den vom "Gesundschrumpfen der Wirtschaft". Dieser "Gesundschrumpfungsprozeß" hat Österreich zwar einen harten Alpendollar aber hunderttausende Arbeitslose gebracht. Den Weg noch einmal zu gehen, halte er für nicht empfehlenswert.

Zu den Befürchtungen über bevorstehende Betriebsabwanderungen möchte er der ÖVP nahestehende Fachblätter zitieren, in denen nachzulesen ist, daß die Stadt Wien die besten Wirtschaftsförderungsmaßnahmen in ganz Österreich getroffen hat. Die mit der Bezeichnung "Kopfsteuer" betitelte U-Bahn-Abgabe ist eine Abgabe ähnlich der Gewerbesteuer oder der Lohnsummensteuer, für die noch niemand diffamierende Bezeichnungen gesucht hat. Überdies ist diese "Kopfsteuer" so gering, daß sich angeblich daraus notwendig werdende Preiserhöhungen seiner Meinung nach nicht ergeben müssen. Er stellte fest, daß er über die U-Bahn-Abgabe bereits vor den Wahlen die Wiener Bevölkerung unterrichtet und auch mit dem heute immer wieder zitierten Freien Wirtschaftsverband darüber diskutiert hat.

Über die Vorschläge von Stadträtin Schaumayer wird im Finanzausschuß beraten werden. Einen Teil des Betrages für unvorhergesehene Ausgaben für den U-Bahn-Bau zu verwenden, sei kaum zweckmäßig, da dadurch die Mittel für plötzlich notwendig werdende unvorhergesehene Ausgaben nicht in ausreichendem Maß vorhanden wären. Auch Einsparungen bei Straßen- und Brückenbauten seien ebenso abzulehnen, wie eine Einschränkung der Grundankäufe. Würden die notwendigen Grundankäufe unterbleiben, könnten wir in wenigen Jahren unsere sämtlichen Vorhaben nicht mehr verwirklichen. Auf den Aufteilungsschlüssel für die vom Bund beigestellten Mittel kam man durch verschiedene Überlegungen. Der erste Vorschlag hatte auf 240 Millionen innerhalb von zehn Jahren gelautet, da es aber dann auf Bundesseite hieß, anfänglich könnten so hohe Beträge nicht mehr miteingeplant werden, hat man sich dann zu dem bekannten Aufteilungsschlüssel entschlossen.

./.

Den Antrag, die Vorlage nochmals an den Finanzausschuß zurückzuweisen, empfiehlt der Redner abzulehnen. Dem Referentenantrag ersucht er zuzustimmen und daran zu denken, daß wir heute keinen Beschluß für den U-Bahn-Bau auf Kosten unserer Kinder fassen wollen, sondern daß wir eine U-Bahn für uns und unsere Kinder bauen wollen.

Bei der Abstimmung wird der Gegenantrag der ÖVP mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt.

Der vom Berichterstatter vorgelegte Antrag wird mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Änderung von abgabenrechtlichen Vorschriften

Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) referiert sodann den Entwurf eines Gesetzes, mit dem abgabenrechtliche Vorschriften geändert werden. Eine Reihe von Gesetzen sei davon betroffen.

Abg. Tuma (DFP) spricht sich gegen die Vorlage aus, da er nicht damit einverstanden ist, daß Geldstrafen so präliminiert werden, daß sie bis zur Höhe des Fünfzigfachen des Verkürzungsbetrages eingehoben werden können.

Vizebürgermeister Slavik verzichtet auf das Schlußwort.

Die Vorlage wird mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Damit war die Tagesordnung des Landtages erledigt. Präsident Dr. Stemmer wünscht abschließend allen Landtagsmitgliedern einen guten Urlaub.

(Ende des Landtages)

\- - -

Gesperrt bis Schluß der Sitzung!

Abschlußrede des Bürgermeisters im Wiener Gemeinderat

11. Juli (RK) "Eine angesichts des Konstituierungstermines relativ kurze Sitzungsperiode des Gemeinderates ist zu Ende gegangen. Sie werden es daher verstehen, wenn ich aus diesem Grunde - entgegen den Gepflogenheiten in früheren Jahren - auf eine Zwischenbilanz vor den Sommerferien verzichte und mich darauf beschränke, den Umfang der in dieser Zeit erledigten Arbeiten zu skizzieren.

Der am 27. April neugewählte Gemeinderat, der am 6. Juni zu seiner Konstituierung zusammentrat, hat sich in den darauffolgenden Sitzungen eingehend mit den Beschlüssen des Stadtsenates befaßt und diese nach gründlicher Prüfung genehmigt. Nicht weniger als 376 Geschäftsstücke aus fast allen Bereichen der kommunalpolitischen Tätigkeit haben Sie beraten und erfolgreich abgeschlossen. In der gestrigen Sitzung sind Ihnen der Rechnungsabschluß für das Jahr 1968 und der Bericht des Kontrollamtes vorgelegen. Sie haben sich mit dem Inhalt vertraut gemacht und die eingebrachten Anträge gut geheißen.

Erlauben Sie mir, trotz aller Kürze, in diesem Zusammenhang hervorzuheben, daß sich eine gute und vorausschauende Finanzpolitik und eine saubere, klaglose Verwaltung gegenseitig bedingen. Wir konnten mit Genugtuung feststellen, daß uns das Kontrollamt in dieser Hinsicht das beste Zeugnis ausgestellt hat. Für eine demokratische Verwaltung ist es eine Selbstverständlichkeit, daß alle ihre Maßnahmen und Beschlüsse überprüft werden. Anregungen und Verbesserungen soweit sie vom Kontrollamt empfohlen wurden, haben wir zur Kenntnis genommen und werden diesen Empfehlungen in jeder Weise nachkommen.

In der Grundsatzerklärung anläßlich meiner Wiederwahl zum Bürgermeister dieser Stadt habe ich mich eingehend mit den Zukunftsaufgaben beschäftigt, deren Bewältigung und Erfüllung dem Gemeinderat in der sechsten Verwaltungsperiode nach Kriegsende obliegen. Ich freue mich feststellen zu können, daß Sie bereits in die erste Phase der Realisierung dieses Arbeitsprogrammes eingetreten sind. Ich erinnere nur an die Beschlüsse über die

./.

Errichtung der Großkläranlage und des neuen E-Werkes. Ich danke an dieser Stelle allen Mitgliedern des Gemeinderates, des Stadtsenates und der Beamtenschaft unserer Stadtverwaltung für die geleistete zügige Arbeit und wünsche Ihnen allen ein paar Wochen der Erholung und Entspannung, damit wir im kommenden Herbst mit frischen Kräften wieder an die Arbeit gehen können!

Da die Arbeiten des Stadtsenates, wie üblich, auch in der Sommerpause weitergehen, werden Beschlüsse auf Grund des Paragraphen 38 der Stadtverfassung, gegebenenfalls auch von mir persönlich auf Grund des Paragraphen 92 gefaßt werden. Alle diese Entscheidungen werden Ihnen selbstverständlich zur nachträglichen Genehmigung unterbreitet werden.

Ich danke Ihnen nochmals für Ihre Mitarbeit und wünsche Ihnen und allen Wienerinnen und Wienern einen schönen und angenehmen Urlaub!"

\- - -

Richtigstellung

11. Juli (RK) Im Gemeinderatsbericht vom 10. Juli soll es auf Blatt 1927 im Debattenbeitrag von GR. Dr. Goller am Ende des ersten Absatzes richtig heißen: " ... so daß die von Vizebürgermeister Slavik angesagte Summe für die kommenden vier Jahre bereits um 96 Millionen Schilling überschritten ist."

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

11. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Erbsen 7 S, Fisolen 7 S, Gurken 4 bis 5 S je Kilogramm.

Obst: Bananen 8 S, Marillen 6 S, Ribisel 8 bis 10 S je Kilogramm.

\- - -

Wiener Gemeinderat

11. Juli (RK) Im Anschluß an die Sitzung des Wiener Landtages trat um 15 Uhr der Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Marek zu seiner letzten Sitzung vor den Sommerferien zusammen. Es liegt eine Anfrage der DFP vor.

Zuerst wird die Wahl der 14 Mitglieder der Gemeindebezirkskommissionen vorgenommen, denen die Nominierung von Schöffen und Geschworenen obliegt.

Für die aus den Gemeinderatsausschüssen Planung und Liegenschaftswesen ausscheidenden Gemeinderäte Pelzelmayer und Matza (beide ÖVP) nominiert die Österreichische Volkspartei für beide Ausschüsse GR. Dipl.-Ing. Blaschka. Für die aus der gemeinderätlichen Personalkommission ausscheidenden Gemeinderätin Fohler (SPÖ) nominiert die Sozialistische Partei GR. Dr. Zeman.

Subventionen

Über die sechste Subventionsliste 1969 in der Höhe von 1,949.839 Schilling referierte Vizebürgermeister Slavik. GR. Hirnschall (FPÖ) beantragte getrennte Abstimmung wegen der Subvention für den Bundesjugendring.

Bei der Abstimmung wird die Subventionsliste mit Mehrheit angenommen.

GR. Sackmauer (SPÖ) beantragt für das Jahr 1969 dem Verein der Freunde und Gönner der Wiener Karlskirche 300.000 Schilling zur Verfügung zu stellen. Damit soll das in sehr schlechtem Bauzustand befindliche sakrale Bauwerk saniert werden.

In der Debatte sprach GR. Rosenberger (SPÖ). Er bezeichnete die Leistungen der Stadt Wien bei der Erhaltung von Kirchen als mehr als anerkennenswert. Sie beweisen vor allem, daß die sozialistische Gemeindeverwaltung nicht kirchenfeindlich ist. Rosenberger verwies bei dieser Gelegenheit auch auf die hohen Beträge, die die Stadt Wien dem Stephansdom zur Verfügung stellte.

Der Referent verzichtet auf das Schlußwort.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Flächenwidmung

GR. Dinhof (SPÖ) referierte über eine Abänderung des Flächenwidmungsplanes im Gebiet Triester Straße - Baumgartner Straße - Stupöckgasse - Liesingbach. Dieser Antrag betrifft den Ausbau des Stadtautobahnnetzes in diesem Gebiet.

Dr. Tuma (DFP): "Grundsätzlich sind wir gegen alles, was generell geändert werden soll. Das wollte ich nur sagen."

Der Referent verzichtet auf das Schlußwort.

Der Antrag wird mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

GR. Edlinger (SPÖ) bringt einen Abänderungsantrag zum Flächenwidmungs- und Baufluchtlinienplan in Simmering, nordöstlich des Seeschlachtweges vor. Es geht um das Entwicklungskonzept Simmering und um die Erhaltung bezeichungsweise Erweiterung der dortigen Grünflächen.

Gr. Jedletzberger (ÖVP) begrüßt, daß nun ein geschlossenes Gartenbaugebiet in Simmering entstehen werde. 60 Prozent des Wiener Frischgemüses stammen von dort, das sind 50 Prozent des Frischgemüseaufkommens von ganz Österreich! Er ersucht, den Eigentumserwerb für Gartenbaubetriebe in diesem Gebiet zu ermöglichen.

Der Antrag wird mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Ing. Nedwed (SPÖ) referiert eine Flächenumwidmung in Ottakring bei der Erdbrustgasse. Wohngebiet soll in ländliches Gebiet rückverwandelt werden, um die Existenz der Gärtner vor dem Ottakringer Friedhof zu bewahren.

Dr. Wolfram (FPÖ), betont, daß die Gassenverlängerung ebendort für die Ottakringer zwar Vorteile gebracht hätte, weil sie näher zu Friedhof, Spital und Hauptstraße gehabt hätten, die gegenwärtige Umwidmung jedoch ebenso wichtig sei.

Der Antrag wird mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

./.

Grundkauf

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf den Ankauf eines Grundstückes samt Haus vom Wiener Volksbildungsverein im 5. Bezirk um 6 Millionen Schilling. Als Berichterstatterin wies GR.Friederike Seidl (SPÖ) darauf hin, daß mit der Adaptierung dieses Hauses auch der räumlich arg bedrängten Musikschule im 5. Bezirk eine entsprechende Lokalität verschafft werden könnte.

Von den beiden Debattenrednern sprachen sich GR.Dr. Erwin Hirnschall (FPÖ) gegen und GR.Leopold Wiesinger (SPÖ) für die Transaktion aus. Hirnschall äußerte seine Verwunderung darüber, daß die Initiative zu diesem Kauf nicht vom Verein, sondern von der Stadt Wien - also vom Käufer - ausgegangen sei. Wiesinger wies auf die Bedeutung der neuen Unterbringung der Musikschule für die Musikerziehung in Margareten hin.

In ihrem Schlußwort bekräftigte die Berichterstatterin die Ausführungen von GR.Wiesinger mit der Bitte um Annahme.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen.

Nationalfeiertag

Nächster Punkt der Tagesordnung war die Gewährung einer Subvention an jenes Aktionskomitee, welches am 26. Oktober 1968 die - im Fernsehen übertragene - Veranstaltung zum Nationalfeiertag in der Stadthalle organisiert hat. Als Berichterstatterin beantragte Gemeinderätin Diplom-Volkswirt Karoline Pluskal (SPÖ) die Gewährung einer Subvention in der Höhe von 100.000 Schilling.

./.

Gemeinderat Dr. Wolfram (FPÖ) erklärte, daß es sich bei der staatsbürgerlichen Show um eine Veranstaltung gehandelt habe, die seine Fraktion wegen deren Unwürdigkeit ablehnen müsse.

In ihrem Schlußwort betonte GR. Pluskal schon die Tatsache, daß sich die Jugendlichen aktiv an der Gestaltung beteiligt haben, sei begrüßenswert. Die SPÖ und ÖVP erteilten dem Antrag ihre Zustimmung.

Hauptkläranlage

Stadtrat Heller (SPÖ) beantragte für den Bau der Hauptkläranlage in Kaiser-Ebersdorf die Zustimmung zu erteilen. Nun, nachdem die Untersuchungen und Detailplanungen abgeschlossen sind, wurde eine Kostenschätzung mit 535 Millionen Schilling erstellt. Für das Jahr 1969 sollen 15 Millionen Schilling verbraucht werden.

GR. Stockinger (SPÖ) gab zu bedenken, daß der momentane Wasserverbrauch von 500.000 Kubikmeter in den nächsten 30 Jahren auf einen täglichen Verbrauch von 1,3 Millionen Kubikmeter steigen werde. Die riesigen Mengen verschmutzten Wassers müssen aber auch wieder beseitigt werden. Die bisher angestellten Untersuchungen haben ergeben, daß trotz der großen Selbstreinigungskraft der Donau diese oberhalb Wiens eine Verschmutzungsquote der Güteklasse II, unterhalb der Stadt eine solche der Güteklasse III aufweist. Dieser Zustand wird sich in den kommenden Jahren weiter verschlechtern. Für die Errichtung des Bauwerkes ist eine Bauzeit von acht Jahren vorgesehen. Nach Vollendung des dritten Baujahres wird eine Grobreinigung des Wassers, am Ende des siebenten Jahres eine mechanische Reinigung möglich sein, womit 30 Prozent der Verschmutzung ausgeschieden werden. Nach zweijähriger Probezeit, in der man die Reinigung auf biologischer Grundlage prüfen wird, hofft man, eine 90prozentige Entschmutzung auf mechanisch-vollbiologischer Grundlage zu erreichen.

Das Problem der Schlammentfernung, von dem 2.500 Kubikmeter täglich anfallen werden, bedarf noch einer Lösung. Zur Diskussion stehen die Verwertung in der Landwirtschaft, die Verbrennung oder die räumlich begrenzte Ablagerung.

./.

Die Betriebskosten der Anlage werden pro Jahr 8,9 Millionen Schilling betragen. Ein ungefähr gleich hoher Betrag wird für die Schlammabfuhr notwendig sein. Die Errichtung der Kläranlage ist ein Teil der umfangreichen Maßnahmen, die die Stadt Wien im Rahmen der Abwasserreinigung durchführt. Links und rechts der Donau wird ein Hauptsammelkanal hergestellt werden müssen. Diese Arbeiten werden im Zusammenhang mit den Hochwasserschutzbauten durchgeführt werden. Es muß ferner der Liesingtalsammler zur Hauptkläranlage geführt werden, aber auch das Kanalnetz ist weiter auszubauen. Die durch diese Bauwerke erwachsenden Kosten werden wir im Interesse des Gewässerschutzes und der Gesundherhaltung unserer Bevölkerung aufbringen müssen.

GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz (ÖVP) stellt fest, daß die geplante Kläranlage vorläufig genügen werde. Sollten jedoch am Vorfluter Donau durch Kraftwerksbauten oder einen Aufstau der Donau tiefgreifende Veränderungen vorgenommen werden, würde diese teilbiologische Klärung nur mehr zu 70 Prozent ausreichen. Eine moderne Kläranlage hat aber nicht nur den Zweck, eine weitgehende Eliminierung der organischen Substanzen, Bakterien und Viren im Abwasser zu erreichen, sondern sie ist auch von großer Bedeutung für die Entfernung immer wieder auftretender toxischer Substanzen. Das größte Problem einer Kläranlage ist nicht die Abwasserreinigung, sondern die Beseitigung des Schlammes. Der beste Weg sei die Verbrennung.

Stadtrat Heller stellt im Schlußwort fest, daß das Problem der Schlammbeseitigung auch in anderen Ländern bisher noch nicht endgültig gelöst sei. Die Hochschule und das Hygieneinstitut seien jedoch derzeit mit den notwendigen Untersuchungen beschäftigt. Die zweckmäßigste Art der Vernichtung wäre wahrscheinlich die Ausfaulung und die spätere Verbrennung in einer unserer Müllverbrennungsanlagen. Für diese Entscheidung haben wir jedoch noch etwas Zeit.

Der Antrag wurde bei der Abstimmung einstimmig angenommen.

./.

Neues E-Werk

Stadtrat Nekula (SPÖ) referierte über das neue E-Werk der Stadt Wien, das am Steinsporn im 22. Bezirk errichtet werden soll. Auf einem 175.000 Quadratmeter großen Grundstück entsteht hier eines der modernsten E-Werke des Kontinents, dessen erster Block eine Leistung von 150 MW haben wird. Die weiteren drei Blöcke sollen in den Jahren 1973, 1976 und 1979 fertiggestellt werden. Nekula lobte die ausgezeichneten meteorologischen Verhältnisse in der Gegend des neuen Kraftwerkes und die Tatsachen des Vorhandenseins von genügend Kühlwasser. "Die Donau ist nicht sehr weit vom Steinsporn entfernt." Nekula bat im Namen seiner Fraktion seinem Antrag zum Bau des neuen E-Werkes zuzustimmen.

GR. Haag (ÖVP) stimmte mit Nekula überein und regte an, den dritten Block des Steinsporns als Atomkraftwerk zu errichten. Die Gesamtkosten in der Höhe von 971 Millionen Schilling erscheinen nicht als überhöht. Kurz widmete sich der Redner auch dem Konflikt zwischen Stadtwerken und der NEWAG, den er bedauerte.

Stadtrat Nekula zeigte sich in seinem Schlußwort von der Anerkennung durch die ÖVP erfreut und rügte den Kantönligeist der NEWAG, in einer Zeit in der Ost- und Westeuropa energiemäßig größtenteils verbunden sind.

Der Antrag zum Bau des Kraftwerkes wurde einstimmig angenommen.

Ärztlicher Bereitschaftsdienst

GR. Löhner (SPÖ) befaßte sich mit dem neuen ärztlichen Bereitschaftsdienst. Die Stadt Wien verpflichtet sich, der Ärztekammer für Wien, die den Dienst organisiert, jährlich einen Betrag von einer Million zur Verfügung zu stellen. Der Dienst schließt auch die zentrale Totenbeschau in allen 23 Wiener Bezirken ein.

GR. Müller (DFP) lobte diesen vorbildlichen Dienst an der Gesundheit der Wiener.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Bürgermeister Bruno Marek hielt die Schlußansprache (siehe Blatt 1967 und 1968).

(Ende des Sitzungsberichtes)

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 12. Juli 1969 Blatt 1976

Ehrenmedaille für Professor Binder

12. Juli (RK) Am kommenden Mittwoch, dem 16. Juli, wird Bürgermeister Bruno Marek im Roten Salon des Wiener Rathauses um 10 Uhr an Professor Josef Binder die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold überreichen, die ihm in Würdigung seiner besonderen künstlerischen Tätigkeit als akademischer Maler und Graphiker anerkannt wurde.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, einen Berichterstatter und Fotoreporter zu entsenden.
Zeit: Mittwoch, 16. Juli, 10 Uhr.
Ort: Roter Salon, Rathaus

\- - -

Die Rettung fuhr im Juni fast 32.000 Kilometer

12. Juni (RK) Im Monat Juni beförderte der Wiener Städtische Rettungsdienst in 3.023 Ausfahrten 3.097 Personen. Der Krankenbeförderungsdienst absolvierte 5.409 Ausfahrten, in deren Rahmen 5.512 Personen transportiert wurden. Die 20 Wiener Rettungswagen legten im abgelaufenen Monat 31.985 Kilometer zurück, während es die 22 Wagen des Krankenbeförderungsdienstes auf die stattliche Summe von 77.886 zurückgelegten Kilometern brachten.

Besonders stolz ist man in der Zentrale der Wiener Rettung in der Radetzkystraße auf zwei Sanitäter, die im Krankenwagen bei einer schwierigen Steißgeburt assistierten. Sie halfen so perfekt, daß ihnen von den Ärzten der Gersthofer Frauenklinik (dorthin wurden Mutter und Kind gebracht) nur das beste Zeugnis ausgestellt werden konnte.

Die tausende Routineeinsätze kann die Wiener Rettung nur dank der ausgezeichneten Ausstattung ihrer Fahrzeuge erfolgreich durchführen. In jedem Einsatzauto befindet sich ein Inkubator für Frühgeburten, ein EKG-Gerät und die sogenannten Plastikschienen. Diese wurden vom Wiener Unfallchirurgen Dr. Pühringer erfunden und gewährleisten einen ausgezeichneten Schutz bei Knochenbrüchen. Die Plastikschienen sind mit einem Nylonsack verbunden der aufgeblasen eine Extension der gebrochenen Glieder herbeiführt.

\- - -

16 Berufsschulen warten auf ihre künftigen Schüler

12. Juli (RK) In der Woche zwischen dem 1. und 5. September wird an sämtlichen Wiener Berufsschulen der Unterricht für das Schuljahr 1969/70 aufgenommen. Insgesamt sind es 16 Berufsschulen, in denen die Einschreibungen am Donnerstag, dem 28.,und Freitag, dem 29. August,in der Zeit von 8 bis 12 Uhr und 14 bis 17 Uhr sowie am Samstag, dem 30. August, in der Zeit von 8 bis 12 Uhr stattfinden. Zu der Einschreibung sind die letzten Schulzeugnisse, die Geburtsurkunde, der Staatsbürgerschaftsnachweis, zwei Paßbilder und der Lehrvertrag mitzubringen. Wenn kein schriftlicher Lehrvertrag vorhanden ist, muß eine Bestätigung des Lehrherrn (Lehrbetriebes) über den Eintritt in das Lehrverhältnis mit der Angabe des Arbeitsortes vorgelegt werden. Falls vorhanden, muß die grüne Vermittlungskarte des Arbeitsamtes gleichfalls zur Anmeldung mitgebracht werden. Sollte der Lehrling beim Lehrverhältnis erst nach Beginn des Schuljahres antreten, ist die Anmeldung zum Schulbesuch spätestens drei Tage nach Beginn der Lehr- oder Probezeit ebenso wie eine eventuelle Abmeldung aus einem Lehrverhältnis bei der zuständigen Berufsschule zu melden. Die Unterlassung wird mit einer Geldstrafe geahndet. Die Berufsschulpflicht beginnt mit dem Eintritt in ein gewerbliches oder kaufmännisches Lehrverhältnis sowie in ein den gesetzlichen Vorschriften entsprechendes Ausbildungsverhältnis und dauert bis zum Ende des Lehr(Ausbildungs)verhältnisses an. Die genauen Adressen der zuständigen gewerblichen (fachlichen) sowie der kaufmännischen Berufsschulen sind aus den öffentlich affichierten Kundmachungen zu entnehmen.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 14. Juli 1969 Blatt 1979

Ehrenring der Stadt Wien für Professor Fellinger und Helene Thimig

14. Juli (RK) Der Wiener Gemeinderat hat beschlossen, dem Universitätsprofessor Dr.Karl Fellinger in Würdigung seiner außerordentlichen wissenschaftlichen und organisatorischen Leistungen und der Kammerschauspielerin Professor Helene Thimig-Reinhardt in Würdigung ihrer außerordentlichen künstlerischen Leistungen den Ehrenring der Stadt Wien zu verleihen.

Der Zeitpunkt der feierlichen Überreichung dieser hohen Auszeichnung durch Bürgermeister Bruno Marek wird rechtzeitig mitgeteilt.

\- - -

Rasenheizung im Sportzentrum West geplant

14. Juli (RK) Um eine Verlängerung der Fußballsaison um mindestens zwei Monate im Jahr zu erreichen, denkt man daran, im neu zu errichtenden Sportzentrum West eine Rasenheizung zu installieren. Durch diese Installation würde selbst bei Minusgraden die Bodenwärme auch in strengen Wintermonaten nicht unter plus sieben Grad absinken, wodurch das Gras schon im Februar auszutreiben begänne, und dadurch Anfang. März bereits eine dichte, saftig grüne und haltbare Rasenspielfläche zur Verfügung stünde.

Beheizte Rasenflächen sind in den nordischen Ländern, vor allem aber in Schweden, nahezu zur Selbstverständlichkeit geworden. Um sich über die Erfahrungen, die man dort in langjähriger Probezeit mit geheizten Rasenanlagen gesammelt hat, zu informieren, entsandte das Kulturamt der Stadt Wien den Leiter der Sportstelle, Ing.Hölbl, sowie eine Reihe einschlägiger Experten in verschiedene schwedische Städte. Besichtigt wurden das Solna-Stadion, das Sportzentrum Stockby, die sportlichen Anlagen von Bosön und das neu errichtete Sportzentrum in Vemärsborg, 100 Kilometer von Göteborg entfernt.Weiters besuchten die Wiener die beheizten Fußballfelder des anläßlich der Fußball-Weltmeisterschaft 1957 errichteten Ullevi-Stadions.

Die Wiener Sachverständigen erfuhren, daß die Heizungsinstallationen in eine 20 Zentimeter tiefe Sandschichte versenkt sind, über der sich eine etwa fünf Zentimeter hohe Grasnarbe befindet. Das Spielfeld muß mit 60 bis 80 Watt pro Quadratmeter Rasenfläche aufgeheizt werden. In den kritischen Monaten wird über die künstlich warmgehaltene Grasfläche eine Kunststoff-Folie aufgetragen, die annähernd die Wirkung eines Kaltglashauses entwickelt. Das heißt, die Plastikfolie wirkt isolierend,so daß die Temperatur im Wuzelbereich der Grasfläche selbst bei Frost nicht unter plus sieben Grad absinkt. Um die Grasnarbe auch in den Wintermonaten nicht durch mangelnde Luft zum Ersticken zu bringen, wird die Folie regelmäßig abgezogen, der Rasen durchlüftet und dann wieder mit der Folie zugedeckt. In der Belüftungszeit sorgen die durch volle Stromstärke aufgewärmten Heizröhren dafür, daß das sorg-

./.

fältig gehütete Grün keinen Schaden durch etwaigen Frost erleidet.

Die Anschaffungskosten für die künstliche Beheizung und die Plastikfolie sowie die technischen Anlagen zur Wärmesteuerung sind relativ gering: Für die Beheizung eines Fußballfeldes betragen sie rund 1,5 Millionen Schilling. Ob in Wien diese fortschrittliche Methode, die Fußballsaison zu verlängern und die bestehende Grasnarbe im zeitlichen Frühjahr durch das notwendige Bespielen nicht fast unreparabel zu zerstören, angewendet werden kann, wird von der Höhe der Betriebskosten abhängen.

Die schwedischen Elektrizitätswerke kommen ihren Sportzentren in der Art entgegen, daß sie für ein Kilowatt Strom nur vier Oere, das sind 20 Groschen, verrechnen. Dank dieser außerordentlich geringen Gebühr ist es für die Schweden kein Problem, ihre Fußball-Rasenflächen künstlich zu erwärmen. Wie weit die Wiener E-Werke bei der Beheizung des geplanten Sportzentrums West entgegenkommen können, ist bisher noch nicht entschieden. Derzeit verhandelt man darüber, das Rasenfeld die ganze Nacht hindurch mit Nachtstrom warmzuhalten, und in jener Stunde, da die meisten Industrien ihre Mittagszeit abhalten, das Feld mit voller Stromstärke aufzuheizen. Sicher ist, daß die Wiener E-Werke gleichfalls bereit sind, soweit wie möglich den geäußerten Wünschen entgegenzukommen. Offen bleibt vorläufig noch, ob die Vereine, die anteilmäßig für die Betriebskosten aufkommen müßten, imstande sein werden, die ermäßigten Gebühren zu bezahlen.

\- - -

Gedenktage im Juli

14. Juli (RK)

2.	Felix Albrecht Harta, Maler	85. Geburtstag
4.	Dr.Fritz Brukner, Literaturwissenschaftler	25. Todestag
7.	Auguste Koberwein-Anschütz, Schauspielerin	150. Geburtstag
8.	Dr.Eugen Guglia, Schriftsteller	50. Todestag
9.	Univ.Prof. Dr. Erich Hayek, Chemiker	65. Geburtstag
9.	Josef Kalmer, Schriftsteller	10. Todestag
10.	Alois Ritter v.Auer-Welsbach, Direktor der Hof- und Staatsdruckerei	100. Todestag
11.	Dr.Stefan Loos, Univ.Prof. für Mund- und Kieferheilkunde	65. Geburtstag
11.	Prof.Anton Orel, Sozialpolitiker Schriftsteller	10. Todestag
12.	Univ.Prof.Dr.Albert Defant,Physiker, wirkl. Mitglied d. Österr. Akademie d. Wissenschaften	85. Geburtstag
13.	Karl Rösner, Architekt	100. Todestag
15.	Univ.-Prof. Dr. Alfred Pischinger, Vostand des Histologisch-embryologischen Institutes	70. Geburtstag
17.	Hofrat Prof. Dr. Friedrich Schreyvogl, Schriftsteller	70. Geburtstag
22.	Univ.-Prof. Dr. Franz Miltner, Historiker, korresp.Mitglied d. Österr. Akademie d. Wissenschaften	10. Todestag
23.	Univ.-Prof. Dr. Eberhard Clar, Geologe	65. Geburtstag
25.	Dr. Klemens Ottel, Prof. für Betriebswirtschaftslehre	100. Geburtstag
29.	Ludwig Weber, Kammersänger	70. Geburtstag
30.	Dr. Josef Eckert, Hochschulprofessor für Schiffsbau	10. Todestag
30.	Prof. Erich Pieler, akad. Bildhauer	60. Geburtstag

Geehrte Redaktion!

Bedauerlicherweise ist uns die Gedenktageliste zu spät übermittelt worden. Wir bitten stellvertretend um Entschuldigung.

\- - -

Die Wiener sind sturmfest

14. Juli (RK) Es hat schon bedeutend schlechtere Sonntage in den städtischen Bädern gegeben als den gestrigen, der immerhin durch "lebhafte westliche Winde" gekennzeichnet war - zu deutsch: durch einen ausgewachsenen Sturm, der die Wärme des spärlichen Sonnenscheins unwirksam machte. Dennoch: 3.373 Wiener passierten die Drehkreuze der städtischen Bäder, wobei das Gänsehäufel mit 1.310 zahlenden Gästen weitaus an der Spitze lag.

Insgesamt verzeichneten die städtischen Bäder in der Vorwoche 34.597 Besucher.

\- - -

Begrüßungen im Rathaus

14. Juli (RK) Bürgermeister Bruno Marek empfing heute vormittag im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses eine 90köpfige französische Stahlarbeiterdelegation aus Longney (Departement Meurthe et Moselle, vor der belgischen Grenze). Das Stadtoberhaupt gab einen kurzen Überblick über Geschichte und Funktion des Saales und führte in der Folge aus: "Ich beglückwünsche Sie zu Ihrem heutigen Nationalfeiertag, der an den 14. Juli 1789 erinnert, jenen Tag, an dem Frankreich in eine neue, für ganz Europa beispielgebende Entwicklung eintrat. Österreich unterhält jahrhundertealte Beziehungen mit Frankreich. Desgleichen Wien mit Paris. Wir Österreicher haben uns 1955 zur immerwährenden Neutralität bekannt, und unser Streben ist es, mit allen Völkern friedlich und freundschaftlich zusammenzuleben."

Die französischen Gäste, die gestern nach Wien kamen und Mitte der Woche schon wieder die Heimreise antreten müssen, überreichten Bürgermeister Marek einen vergoldeten Adler aus Keramik und eine Stahlplastik. Marek revanchierte sich beim Leiter der Delegation mit einem Abguß des ältesten Stadtsiegels. Anschließend an den Empfang beim Bürgermeister wurden die französischen Stahlarbeiter durch das Rathaus geleitet. Sie werden auch eine Rundfahrt durch das alte und neue Wien unternehmen.

Gleichfalls "Gastgeberpflichten" kam am heutigen Vormittag Stadtschulratspräsident Dr.Max Neugebauer nach, der im Wappensaal 70 amerikanische Germanisten empfing. Die Germanisten standen unter der Führung von Professor Dr.George Julian Sinclair, dem Vorstand der Abteilung für Fremdsprachen am Lewis and Clark-College in Portland (US-Bundesstaat Oregon). Dr.Sinclair unternimmt jedes Jahr mit Philologen aus allen amerikanischen Bundesstaaten neunwöchige Europareisen.

Dr.Neugebauer, der den Lehrerkollegen Wienbücher überreichte, würdigte die großen Verdienste der Vereinigten Staaten am Wiederaufbau Wiens und Österreichs.

\- - -

Rinderhauptmarkt vom 14. Juli

14. Juli (RK) Unverkauft vom Vormarkt 0. Neuzufuhr Inland: Ochsen 23, Stiere 149, Kühe 258, Kalbinnen 57, Summe 487.

Neuzufuhr Ungarn: 14 Stiere, 10 Kühe, Summe 24.

Gesamtauftrieb: 23 Ochsen, 163 Stiere, 268 Kühe, 57 Kalbinnen, Summe 511. Verkauft alles.

Preise Ochsen: 15 bis 17.20, extrem 17.50,1 Stück, Stiere: 14.50 bis 17.50, extrem 17.60, 1 Stück, Kühe 11.40 bis 14.40, extrem 14.50 bis 14.60, 4 Stück, Kalbinnen 13.80 bis 16.20, extrem 16.50 bis 16.80, 4 Stück, Beinlvieh Kühe: 9.60 bis 11, Ochsen und Kalbinnen 12 bis 13.60.

Marktverkehr: Der Durchschnittspreis erhöhte sich bei Ochsen um 49 Groschen, Stieren um 18, Kühen um 17 und Kalbinnen um 37 Groschen. Der Durchschnittspreis einschließlich Beinlvieh beträgt: Ochsen 16.52, Stiere 16.55, Kühe 12.84, Kalbinnen 15.26. Beinlvieh erhöhte sich bis zu 20 Groschen je Kilogramm. Ungarn: Stiere 16.70 bis 16.80, Durchschnittspreis 16.75 (+ 45 Groschen je Kilogramm), Kühe 14.40 bis 15, Durchschnittspreis 14.60 (+ 19 Groschen je Kilogramm).

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

14. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Erbsen 6 S, Fisolen 7 S, Gurken 4 S je Kilogramm.

Obst: Heidelbeeren 12 bis 14 S, Marillen 10 bis 12 S, Ribiseln 10 S je Kilogramm.

\- - -

70. Geburtstag von Alfred Pischinger

14. Juli (RK) Am 15. Juli vollendet Universitätsprofessor Dr.Alfred Pischinger das 70. Lebensjahr.

Er wurde in Linz geboren und absolvierte das Medizinstudium an der Grazer Universität, wo auch seine Lehrtätigkeit begann. 1958 erfolgte seine Berufung zum Ordinarius und Vorstand des Histologisch-embryologischen Instituts der Wiener Universität. Alfred Pischinger verfaßte zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten, die sich mit der Theorie der histologischen Färbung und Fixierung beschäftigen. Auch histochemische Veröffentlichungen sowie Arbeiten über Blut, über Lymphgewebe und Milz, über Bau und Biologie des Bindegewebes, stammen von ihm. Professor Pischinger ist Mitglied und Ehrenmitglied verschiedener Gelehrtenvereinigungen.

Bürgermeister Bruno Marek hat dem Jubilar ein in herzlichen Worten gehaltenes Glückwunschschreiben übermittelt.

\- - -

Stadtrat Hofmann beim Rektor der Technischen Hochschule

14. Juli (RK) Heute vormittag stattete Planungsstadtrat Ing. Fritz Hofmann dem Rektor der Technischen Hochschule Wien, Arch. Prof. Dipl.-Ing. Dr. Rudolf Wurzer, einen Besuch ab. Bei dem Gespräch wurden verschiedene Aspekte der Kooperation zwischen Wissenschaft und Verwaltung erörtert. Prof. Wurzer betonte, daß verschiedene Arbeiten, die an seiner Hochschule vorangetrieben werden, Probleme der Bundeshauptstadt behandeln. Beide Gesprächspartner wiesen auf die vielen gemeinsamen Interessen hin, die die Technische Hochschule und die Wiener Stadtverwaltung miteinander verbinden. Stadtrat Hofmann wird Prof. Wurzer, der selbst auf dem Gebiet der Raumordnung wissenschaftlich tätig ist, im Herbst zu einem weiteren Gespräch treffen.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 15. Juli 1969 Blatt 1987

70. Geburtstag von Friedrich Schreyvogel

15. Juli (RK) Am 17. Juli vollendet der Schriftsteller Hofrat Prof. Dr. Friedrich Schreyvogel das 70. Lebensjahr.

Er wurde in Mauer bei Wien geboren, studierte an der Wiener Universität Staatswissenschaften und erhielt in der Folge eine Berufung an die Staatsakademie für Musik und darstellende Kunst als Professor für Dramaturgie und Literatur. Weiters wirkte er als Dozent am Max Reinhardt-Seminar und als Konsulent der österreichischen Staatstheater. 1938 übersiedelte er als Dramaturg und Drehbuchverfasser zum Film. 1952 wurde er Chefdramaturg am Theater in der Josefstadt und 1954 Mitdirektor des Burgtheaters. Nach einer kurzen Pause, die er für literarische Arbeiten benützte, ging er 1964 als Chefdramaturg und Direktor-Stellvertreter wieder ans Burgtheater. Sein Schaffen umfaßt nahezu alle litararischen Sparten. Schreyvogel trat als Lyriker, als Bühnenautor und als Verfasser von Romanan und Erzählungen mit sehr beachtlichen Leistungen hervor. Für seine Verdienste wurden ihm zahlreiche Ehrungen und Auszeichnungen zuteil. Er erhielt u.a. das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der deutschen Bundesrepublik, das Ritterkreuz der französischen Ehrenlegion, die Ehrenmedaille der Stadt Wien in Gold und die Mitgliedschaft angesehener Berufsvereinigungen wie des österreichischen P.E.N.-Zentrums an der Akademie der Künste in Berlin. Weiters wurde ihm die Präsidentschaft der Genossenschaft dramtischer Schriftsteller und Komponisten sowie die Vizepräsidentschaft des Presseclubs "Concordia" übertragen.

\- - -

Kindergärten müssen das Elternhaus ersetzen

Die Familiensituation der Kinder in den Tagesheimen der Stadt Wien

14. Juli (RK) Um eine sozialpädagogisch richtige Erziehung in den Tagesheimen der Stadt Wien zu erreichen, ist es wichtig, die Familiensituation der Kinder zu kennen. Aus diesem Grund wurde mit Stichtag 15. Oktober 1968 - wie schon etliche Jahre früher, etwa 1955 - eine Statistik erstellt, die Antwort auf folgende Fragen gibt:

Anteil der Eltern an der Erziehung des Kindes: Situation der Kinder im Familienverband; Geschwisterreihe, Geschwistersituation; eigene oder keine eigene Schlafstelle; Grund der Einweisung. Diese Tabelle, die dieser Tage in der "Stadt Wien", dem offiziellen Organ der Bundeshauptstadt, veröffentlicht wurde, umfaßt alle Sparten der Kindertagesheime, nämlich: Säuglingskrippen, Kleinkinderkrippen I (für Kinder von ein bis zwei Jahren), Kleinkinderkrippen II (für Kinder von zwei bis drei Jahren) Kindergärten (für Kinder von drei bis sechs Jahren), Horte.

Die Zahlen dieser Statistik lassen erkennen, daß die Kindergärten in wachsendem Maße das Zuhause ersetzen müssen. Während nämlich 1955 noch 75 Prozent der Kindergartenkinder in einem vollständigen Familienverband lebten, sind es jetzt nur mehr 69,4 Prozent. Bei den Hortkindern nehmen nur bei rund 45 bis 60 Prozent Vater und Mutter - also beide Elternteile - Einfluß auf die Erziehung ihrer Kinder; 1955 lag dieser Wert bei 53 Prozent.

Auffallend ist auch die Zahl der Kinder aus geschiedenen Ehen. Sie beträgt im Kindergarten 17,1 Prozent (1955: 12,9 Prozent), im Hort rund 34 Prozent (1955: 20,7 Prozent).

Gestiegen ist auch die Zahl der unehelich geborenen Kinder. Sie beträgt in der Säuglingskrippe 33,4 Prozent, in der Kleinkinderkrippe I 27,5 Prozent und in der Kleinkinderkrippe II 16,2 Prozent; 1955 bewegten sich diese Zahlen zwischen 21 und 15 Prozent. Im Kindergarten ist dagegen die Zahl der unehelichen Kinder von 12,9 Prozent auf 11,9 Prozent gesunken.

Erfreulicherweise hat die Anzahl der Kinder mit eigener Schlafstelle zugenommen, was zweifellos mit der Besserung der Wohnver-

./.

hältnisse zusammenhängt. Heute bewegen sich die Werte zwischen 94 und 100 Prozent, während sie 1955 im Durchschnitt noch unter 90 Prozent lagen. Lediglich bei den Kindern in den Sonderhorten liegen die Verhältnisse noch ähnlich wie früher: bei diesen Kindern haben nur 90 Prozent eine eigene Schlafstelle.

Die Anzahl der Kinder, deren Mütter berufstätig sind, ist vor allem bei den Kleinstkindern sehr groß: sie überschreitet 90 Prozent. Bei den Kindergartenkindern arbeiten 77,8 Prozent der Mütter, bei den Hortkindern 89,4 Prozent, bei den Kindern in den Sonderkindergärten liegt die Vergleichszahl unter 50 Prozent.

Die Anzahl der Mütter, die allein für ihre Kinder zu sorgen haben, ist gegenüber 1955 gestiegen. Sie beträgt zur Zeit in den Kindergärten 19,5 Prozent gegenüber 12,9 Prozent vor vierzehn Jahren, in den Horten ungefähr 30 Prozent gegenüber 28 Prozent im Jahr 1955. Vor allem in den Kleinkinderkrippen hat die Zahl der Mütter, die allein für das Kind aufkommen müssen, beträchtlich zugenommen.

\- - -

Letzter Termin!

Kinder- und Jugendbuchpreis der Stadt Wien 1969

15. Juli (RK) Der letzte Einreichungstermin für den "Kinder- und Jugendbuchpreis der Stadt Wien 1969" ist der 31. Juli! Um den Preis können sich Verleger und Autoren bewerben, die bis zu dem genannten Zeitpunkt fünf Belegexemplare bei der Leitung der Städtischen Bücherein in Wien 8, Schmidtgasse 18, abgeben.

\- - -

Ständchen der Studentenmusik Einsiedeln im Wiener Rathaus

15. Juli (RK) Das Podium im Arkadenhof des Wiener Rathauses wurde heute vormittag einmal nicht von Mitgliedern der Wiener Symphoniker oder des Niederösterreichischen Tonkünstlerorchesters betreten, sondern von 97 13-bis 19jährigen Burschen der Studentenmusik Einsiedeln in der Schweiz, die Bürgermeister Bruno Marek ein Ständchen brachten.

Die Studentenmusik des Benediktinerstiftes Einsiedeln wurde erstmals 1804 in der Schulchronik erwähnt. Im Laufe der Jahrzehnte erfuhr der Klangkörper manche Umformung. Die letzte leitete der heutige Direktor, Choralmagister Pater Roman Bannwart, im Jahre 1955 ein: Er erweiterte das Korps zu einer Big-Band und stellte ein Repertoire zusammen, das sich besonders für Blasorchester eignet. Pater Roman ist auch Professor für Gregorianik an der Universität Zürich. Die Spezialität der Band ist die Interpretation von Jazzmusik. Für die Schüler des Benediktinergymnasiums, die am Samstag auf dem Heldenplatz, Sonntag im Schönbrunner Schloßpark und gestern neuerlich auf dem Heldenplatz konzertierten, war es aus finanziellen Gründen nicht leicht, in die Weltmusikstadt Wien zu kommen. Spenden aller Art, einige Eigenbeiträge und die Finanzierung durch eine in Wien ansässige Schweizer Firma ließen den "Traum Wien" aber Wirklichkeit werden.

Bürgermeister Marek, der im Arkadenhof auch den Schweizer Botschafter in Österreich, Dr.Alfred Escher, begrüßen konnte, überreichte dem geistlichen Bandleader Pater Roman Bannwart eine Johann Strauß-Statuette aus Augarten-Porzellan.

\- - -

Eine Versicherung für Bürgermeister

15. Juli (RK) Strafverfahren, die gegen Gemeinden oder Gemeindeorgane eingeleitet werden, sowie - umgekehrt - die Durchsetzung von gesetzlichen Schadenersatzansprüchen von Funktionären oder Angestellten von Kommunalverwaltungen verursachen nicht selten hohe Kosten, die durch die Rechtsanwalthonorare, Gerichts-, Zeugen- und Sachverständigengebühren entstehen. Für eine Entlastung der Gemeindefinanzen sorgt nun ein neuer Versicherungszweig, den die Wiener Städtische Versicherung in ihr Programm aufgenommen hat: die Rechtsschutzversicherung für Gemeinden.

Der versicherte Personenkreis umfaßt den Bürgermeister und seine Stellvertreter, den Ortsvorsteher, die Stadt- und Gemeinderäte, ferner die in einem Dienstverhältnis zur Gemeinde stehenden Organe. Der Versicherungsschutz - bis zu 100.000 Schilling - wird geboten, wenn der Schadenfall bei der Ausübung der dienstlichen Funktion eingetreten ist.

\- --

Eichenstraße wieder bis zum Gürtel befahrbar

15. Juli (RK) Der Abschnitt der Eichenstraße zwischen der Längenfeldgasse und dem Gaudenzdorfer Gürtel wird ab Donnerstag, 17. Juli, für den Verkehr freigegeben. Es steht dort ein völlig neues Straßenstück zur Verfügung, welches im Zug der Errichtung des Gürteltunnels komplett umgebaut wurde: Für die Badnerbahn wurden neue Geleise gelegt, die Eichenstraße selbst wurde straßenbaulich ganz erneuert (neuer Untergrund, neuer Belag). Verkehrsmäßig bestehen für den Autofahrer alle Möglichkeiten: von der Eichenstraße nach beiden Gürtelrichtungen, aus beiden Gürtelrichtungen in die Eichenstraße.

\- - -

Personalnachricht

15. Juli (RK) Der Wiener Stadtsenat hat heute den Oberstadtbaurat Dipl.Ing.Lucian Koloseus (Magistratsdirektion-Büro für Verwaltungstechnik und Organisation) in die Dienstklasse VIII befördert und ihm den Titel Senatsrat verliehen.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

15. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Fisolen 7 S, Gurken 3 bis 4 S, Erbsen 6 S je Kilogramm.

Obst: Marillen 6 bis 10 S, Pfirsiche 10 bis 12 S, Ribisel 8 bis 10 S je Kilogramm.

\- - -

Schweinehauptmarkt vom 15. Juli

15. Juli (RK) Unverkauft vom Vormarkt 0. Neuzufuhren 3.636, davon Durchläufer 688, Gesamtauftrieb dasgleiche, verkauft alles.

Preise extrem 16,40 - 17, 1. Qualität 15,50 - 16,30, 2.Qualität 14,80 - 15,40, 3. Qualität 13,50 (davon 5 Stück) 14,30 - 14,70.

Zuchten extrem 12,30 - 13, Zuchten 11,50 - 12,20, Altschneider 10,50 - 11. Der Durchschnittspreis für inländische Schweine erhöhte sich um 33 Groschen und beträgt 15,54.

Außermarktbezüge in der Zeit vom 10. - 15. Juli (ohne Direkteinbringungen in die Bezirke) 1.558 Stück.

\- - -

Pferdehauptmarkt vom 15. Juli

15. Juli (RK) Auftrieb am Zentralviehmarkt 45 Stück, davon 1 Fohlen. 6 Pferde aus Oberösterreich, 27 aus Niederösterreich, 11 aus dem Burgenland, 1 aus der Steiermark, verkauft wurden als Schlachttiere 27, Nutztiere 0, sodaß 18 Stück unverkauft blieben.
Schlachttiere, Notierungen, Fohlen: 16,50, Pferde extrem 14, 1. Qualität 11,30 - 12,40, 2. Qualität 10 - 11, 3. Qualität 9 - 9,50. Auftrieb im Auslandsschlachthof (laut Mitteilung der Magistratsabteilung 60) 33 Pferde aus Jugoslawien, verkauft zum Preis von 9,50 - 15,50.

Marktverkehr: Der Durchschnittspreis erhöhte sich für inländische Schlachtpferde um 1,10 je Kilogramm und für inländische Schlachtfohlen um 50 Groschen je Kilogramm.

Durchschnittspreise für Schlachtpferde 11,17, Schlachtfohlen 16,50, Schlacht- und Nutzpferde 0, Pferde und Fohlen 11,36.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 16. Juli 1969 Blatt 1994

Gemeinde Wien kaufte den "Klausenwald"

Wieder um 350.000 Quadratmeter mehr Erholungsfläche für die Wiener

16. Juli (RK) Der Gemeinderatsausschuß X (Liegenschafts- und Zivilrechtswesen; verschiedene Angelegenheiten) genehmigte in seiner letzten Sitzung den Kauf des sogenannten "Klausenwaldes" in Wien 23 - Kalksburg. Das 344.245 Quadratmeter große Naturschutzgebiet wurde von der Stockert-Wittgensteinschen Zentralverwaltung zu dem überaus günstigen Preis von 2,8 Millionen Schilling erworben. Der Preis für einen Quadratmeter betrug nicht mehr als 8,25 Schilling.

Die Stadt Wien hatte deshalb besonderes Interesse am Ankauf des mit Jungwäldern (Schwarzkiefern) bestückten Areals, weil hiedurch fast sämtliche Wald- und Wiesenflächen zwischen der Mauer des Lainzer Tiergartens, der Gütenbachstraße und der Breitenfurter Straße im Eigentum der Stadt Wien vereinigt werden. Dadurch wird eine wünschenswerte Arrondierung des Wiener Naherholungsbereiches erreicht. Mit dem Erwerb dieser zusammenhängenden Grundflächen konnte wieder ein großer Schritt zur Erhaltung und Sicherung des Wiener Erholungsraumes getan werden.

\- - -

Silbermedaille für Hermine Cloeter

16. Juli (RK) In Weissenkirchen überreichte gestern nachmittag Vizebürgermeister Gertrude Sandner der mehr als 90jährigen Schriftstellerin Professor h.c. Hermine Cloeter die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Silber. Diese Würdigung wurde Professor Cloeter vom Wiener Gemeinderat in Anerkennung ihrer schriftstelllerischen Leistungen zugesprochen.

Professor Cloeter ist in München geboren, entstammt einer hugenottischen Familie und hat sich wesentliche Verdienste um die österreichische Bundeshauptstadt erworben. Ihrer außergewöhnlichen Hingabe an die Werke Mozarts und ihrem unermüdlichen Forschergeist ist es zu verdanken, daß jene Protokolle wieder aufgefunden wurden, die über die Situierung des Mozart'schen Grabes Auskunft geben. 1855 ließ der damalige Wiener Bürgermeister Seiller mit Hilfe unabhängiger Zeugen eruieren, daß die letzte Ruhestätte von W.A. Mozart mit "größter Wahrscheinlichkeit im achten Schacht der fünften Reihe vom Friedhofskreuz" im St.Marxer Friedhof liegt. Die Protokolle darüber wurden im Archiv der Stadt Wien abgelegt, wo sie dann in Vergessenheit gerieten. Hermine Cloeter, die ursprünglich Sängerin werden und sich durch das Schreiben von Feuilletons und kulturhistorischen Essays die Bezahlung ihres Korrepetitors verdienen wollte, stieß bei ihren Wanderungen durch Wien darauf, daß man wieder einmal nicht wußte, wo Mozart begraben liegt. Sie begann nachzuforschen und fand schließlich die auskunftgebenden Protokolle im Archiv der Stadt Wien.

Hermine Cloeter, die im Jahr 1919 mit dem Ebner-Eschenbach-Preis und im Jahr 1954 mit der Verleihung des Titels Professor durch den Bundespräsidenten ausgezeichnet wurde, ist gemeinsam mit ihrem Neffen derzeit damit beschäftigt, eine "Modernisierung" ihrer kulturhistorisch bedeutungsvollen Aufsätze und Berichte über Wien und die kunsthistorischen Baudenkmäler in der Wachau durchzuführen. Die modernisierte Neuabfassung erscheint im kommenden Herbst in der Österreichischen Verlagsanstalt.

\- - -

Ottakringer Bad: Zwei neue Becken

16. Juli (RK) Kommenden Samstag, den 19. Juli, wird Stadtrat Hubert Pfoch im Ottakringer Bad den Besuchern den Zugang zu zwei neuen Becken öffnen. Es handelt sich um ein "normales" Erholungsbecken (25 mal 10 Meter, Tiefe 0,90 bis 1,60 Meter) und um ein Sprungbecken (12,5 mal 8,0 Meter, 3,50 Meter tief).

Die beiden neuen Becken werden heuer mit gewöhnlichem - also nicht vorgewärmten - Wasser gefüllt. Im nächsten Jahr werden auch sie vorgewärmtes Wasser enthalten, doch will man, um den verschiedenen Wünschen der Badebesucher entgegenzukommen, mit der Temperatur des Wassers in den einzelnen Becken variieren.

Im übrigen hat sich der mit 1. Juli eingeführte abendliche Badebetrieb als Erfolg erwiesen: Rund 400 Besucher kommen jeweils zu den abendlichen Badezeiten (Dienstag und Donnerstag von 19 bis 21.30 Uhr).

\- - -

Amtlicher Wohnungstausch-Anzeiger

16. Juli (RK) Die neue Nummer des Amtlichen Wohnungstausch-Anzeigers ist soeben erschienen. Sie enthält auf 24 Seiten Tauschangebote aus sätmlichen Wiener Bezirken. In Spezialrubriken sind ferner Angebote von Hauswartwohnungen und Tauschangebote aus den Bundesländern enthalten.

Eine Einschaltung in die nächste Nummer des Amtlichen Wohnungstausch-Anzeigers, die am 4. September erscheint, kann bis spätestens 21. August im Tauschreferat der Gemeinde Wien, 1, Bartensteingasse 9, 3. Stock, Zimmer 311, vorgenommen werden.

\- - -

"Eiserne" im Autobusbetrieb

16. Juli (RK) Ab Samstag, den 19. Juli, werden erstmals bei den Autobussen der Wiener Stadtwerke Verkehrsbetriebe schaffnerlose Autobusse mit Türautomatik, Klemmsicherung und Fahrscheinentwerter verkehren. Sie werden auf der Linie 67A (Favoriten, Lehmgasse - Südost-Siedlung), und ab Montag, dem 18. August, auch auf der Linie 14 (Favoriten, Keplerplatz - Mariahilfer Straße - Amerlingstraße), eingesetzt. Diese Autobusse stellen eine Umrüstung auf Einmann-Betrieb dar und sind damit die Grundlage einer wesentlichen wieteren Rationalisierung bei den Verkehrsbetrieben. Die Autobusse selbst sind an der rechten vorderen Wagenseite durch die bekannten blauen Tafeln gekennzeichnet. Der Benützungsvorgang für den Einstieg ist derselbe, wie bei den schaffnerlosen Straßenbahnwaggons: Knopfdruck genügt.

Geehrte Redaktion!

Die Autobusse mit diesen neuen Einrichtungen weisen einen geänderten und verbesserten Fahrgastfluß auf. Um den Pressevertretern die Möglichkeit zu geben, diese Umstellung "am eigenen Leibe" kennenzulernen, werden Sie eingeladen,

Freitag, dem 18. Juli, um 10 Uhr,

in die

Garage Raxstraße der Wiener Verkehrsbetriebe, 10, Raxstraße - Sahulkastraße 2

zu kommen.

Der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen Franz Nekula und leitende Herren der Wiener Verkehrbetriebe werden Ihnen jede gewünschte Auskunft erteilen.

\- - -

Neues Sommerbad auf dem Schafberg

16. Juli (RK) Im Hochbauausschuß des Wiener Gemeinderates wurde heute der entscheidende Schritt in einer Angelegenheit getan, die vor vier Jahren mit dem Ankauf eines völlig verfallenen und aus sanitären Gründen geschlossenen Bades begonnen hatte: Stadtrat Hubert Pfoch beantragte den Neubau des Schafbergbades als Sommerbad mit einem Betrag von 39 Millionen Schilling.

Dieses Bad wird eine 50-Meter-Schwimmbahn (Breite 21 Meter) aufweisen, ein Schwimmbecken (25 mal 10 Meter) sowie ein Kinder- und Nichtschwimmerbecken (10 mal 8 Meter). Insgesamt werden 1.841 Umkleidestellen (davon mehr als 200 Kabinen) zur Verfügung stehen. Als Baurate für 1969 genehmigte der Ausschuß einen Betrag von fünf Millionen Schilling.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

16. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Erbsen 6 S, Fisolen 7 S, Gurken 3 bis 4 S je Kilogramm.

Obst: Marillen 8 bis 10 S, Ribisel 8 S, Pfirsiche 10 bis 12 S je Kilogramm.

\- - -

Goldene Ehrenmedaille der Stadt Wien an den Maler und Graphiker Joseph Binder verliehen

16. Juli (RK) Bürgermeister Bruno Marek überreichte heute vormittag im Roten Salon des Wiener Rathauses im Beisein von Vizebürgermeister Gertrude Sandner, der Stadträte Ing. Fritz Hofmann und Dr. Pius Prutscher dem Maler und Graphiker Professor Josef Binder die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold. Zur feierlichen Überreichung der Auszeichnung hatten sich auch ein Vertreter der amerikanischen Botschaft und zahlreiche Repräsentanten des Kunst- und Kulturlebens eingefunden.

In seiner Laudatio führte der Bürgermeister aus:

"Wir verleihen heute dem Maler und Graphiker Joseph Binder die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold. Es bedeutet für uns eine besondere Ehre und Freude, den verdienten Künstler heute hier in unserer Mitte, in seiner Vaterstadt Wien begrüßen zu können. Als Bürgermeister dieser Stadt danke ich Joseph Binder vor allem auch für die Anhänglichkeit, die er seiner Heimat zeit seines Lebens bewiesen hat. Er hat die Verbindung zu Wien nie abreißen lassen, ist immer wieder gerne hierher zurückgekehrt und hat durch seine schöpferische Arbeit in seiner Wahlheimat Amerika den guten Ruf der künstlerischen Ausbildung in Österreich in die Neue Welt getragen.

Wir feiern Joseph Binder vor allem als Pionier der graphischen Kunst. Professor Binder hat diese damals neue Kunstgattung in zwei Kontinenten zu einem einzigartigen Siegeszug geführt. Wenn heute Gebrauchsgraphik und Werbegraphik zu längst anerkannten Zweigen künstlerischer Betätigung zählen, wenn internationale Plakatwettbewerbe zu den traditionellen Einrichtungen unseres Kulturlebens gehören, darf Joseph Binder für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, diese Entwicklung eingeleitet zu haben. Er hat den sicheren Blick für die Verbindung von Kunst und praktischem Leben, von Kunst und Wirtschaft gezeigt und die Ideen der neuen Graphik in den Dienst des Menschen gestellt.

Professor Binder hat in seinem Leben zahlreiche Ehrungen

./.

erfahren, wovon eine die Verleihung des Professorentitels war. Seine erste Auszeichnung, den österreichischen Staatspreis erhielt er bereits, als er das Diplom der heutigen Akademie für angewandte Kunst, damals Kunstgewerbeschule des Österreichischen Museums für Kunst und Industrie, erwarb. Mit Wien ist der Künstler nicht zuletzt dadurch verbunden, daß er das Plakat für das erste Theater- und Musikfest der Stadt Wien im Jahre 1924 entwarf. 1933 wurde Josef Binder als Lehrer in die Vereinigten Staaten berufen und erhielt in der Folge auch in seiner neuen Heimat zahlreiche ehrenvolle Auszeichnungen und Berufungen. Seine Plakatentwürfe und seine Ausstellungen von Werken der Graphik und Malerei erweckten allgemeine Aufmerksamkeit und trugen ihm viele Anerkennungen ein. Sein Einfluß in der amerikanischen Werbegraphik ist auch heute noch unverkennbar.

Wenn wir Professor Binder die goldene Ehrenmedaille der Stadt Wien überreichen, ehren wir damit nicht allein den Vater der graphischen Kunst, sondern auch den treuen Sohn der Stadt Wien, der seine Heimat in der Fremde nicht vergessen hat. Mit den besten Wünschen für noch viele weitere Jahre künstlerischen Schaffens und für Ihr persönliches Wohlergehen, übergebe ich Ihnen, Herr Professor nunmehr die Ihnen verliehene Auszeichnung."

Nach der Überreichung der Auszeichnung erklärte Professor Binder, daß es ihn freue, von seiner Vaterstadt Wien nicht vergessen worden zu sein. Er betonte, daß auch die abstrakte Kunst ein Bindeglied zwischen den Völkern sein könne.

\- - -

Becken erst später

16. Juli (RK) Zur heutigen Mitteilung über die Eröffnung der beiden neuen Becken im Ottakringer Bad wird nachgetragen, daß sich aus technischen Gründen die Inbetriebnahme der beiden neuen Becken um einige Tage - wahrscheinlich um eine Woche - verschieben wird.

\- - -

Lehrzentren im Rudolfspital

16. Juli (RK) Bei einer Besichtigung des im Bau begriffenen, 16 Stockwerke hohen Schwerpunktspitals im Rudolfspital suchte Gesundheitsstadtrat Dr. Glück nach Möglichkeiten, Lehrzentren für Medizinstudenten zu schaffen. Vor rund einem Jahr offerierte der Gesundheitsstadtrat der Medizinischen Universität Wien, die Studenten auch in den Schwerpunktspitälern der Stadt Wien "Arbeit am Krankenbett" machen zu lassen. Die Gemeindespitäler als Ausbildungsstätten für die künftigen Ärzte heranzuziehen, wird durch die zunehmenden Schwierigkeiten, die der Um- beziehungsweise Neubau des Allgemeinen Krankenhauses mit sich bringt, notwendig werden.

In den zu schaffenden Lehrzentren, die nach Meinung des Spitalsdirektors vor allem im Ärztehaus noch untergebracht werden können, sollen die Studenten Möglichkeit finden, mit den Leitern der Abteilungen Probleme zu diskutieren, aber auch wissenschaftliche Arbeiten erledigen zu können.

In dem 105 Meter langen und etwa 60 Meter hohen Hochhaus könnennach der Fertigstellung 1.100 Patienten untergebracht werden. Für jedes Krankenzimmer - es besteht aus drei bis sechs Betten - ist eine eigene Toilette und Spüle eingeplant. Die Fenster sind mit einem Spezialglas ausgestattet, daß zwar die ultravioletten Strahlen der Sonne, nicht aber ihre Wärme in das Zimmer läßt. Bei jedem Bett findet sich ein Anschluß für ein Fernsehgerät und ein Radio; das Leselicht ist so verkleidet, daß zwar der im Bett liegende Patient schattenfreies Licht hat, der Nachbar aber durch den Lichtschimmer nicht belästigt wird.

./.

Die Wände der Spitalzimmer sind mit Holz verkleidet, wodurch die Atmosphäre eines anheimelnden Wohnzimmers entsteht. Die Kosten sind allerdings entsprechend hoch: Die Stadt Wien zahlt für jedes Bett in diesem Schwerpunktspital rund 500.000 Schilling.

Vor der Vollendung steht die Renovierung der Schwesternschule, in der ab September rund 110 Schwersternschülerinnen unterrichtet werden. Zwar besteht die Schwesternschule schon seit dem Jahr 1948, doch waren die Schwesternschülerinnen in riesigen alten Krankensälen untergebracht. Vor drei Jahren begann man mit der stockweisen Renovierung, die im kommenden September - was die Unterbringung anlangt - abgeschlossen sein wird. Die künftigen Schwesternschülerinnen haben nun wohnlich ausgestattete Zwei- und Dreibettzimmer zur Verfügung.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

835.000 Schilling für das Wiener Jugendhilfswerk

17. Juli (RK) Die Haussammlung für das "Wiener Jugendhilfswerk" brachte ein Gesamtergebnis von 835.000 Schilling. Als Vorsitzende des Kuratoriums des Wiener Jugendhilfswerkes dankt Stadtrat Maria Jacobi nun allen Fürsorgeräten, Fürsorgereferaten, Hauswarten, vor allem aber allen Wienerinnen und Wienern für die erwiesene Hilfsbereitschaft.

Im Wiener Jugendhilfswerk sind Organisationen aller politischen, konfessionellen und neutralen Richtungen zusammengefaßt, die sich mit der Erholungsfürsorge für die Wiener Kinder beschäftigen. Sie bringen die erholungsbedürftigen Kinder in ihren Erholungsheimen und Tageserholungsstätten unter, wodurch Großstadtkinder einem naturverbundenen Leben zugeführt werden. Sie nehmen sich dabei besonders der sozial bedürftigen Kinder an, denn für diese werden die Beträge aus der Haussammlung in erster Linie verwendet.

\- - -

Musikveranstaltungen in der Woche vom 21. bis 27. Juli

17. Juli (RK)

Montag, 21. Juli:

17.00 Uhr, 3. Bezirk, Oberer Belvederegarten, Kulturamt der Stadt Wien: 3.Promenadekonzert; Wiener Konzertorchester, Dirigent und Solist Jaro Schmied (Werke von Johann Strauß, Josef Strauß, Hans Bund, Josef Sirowy, Theo Ferstl, Franz Lehár und Rudolf Kattnigg

20.00 Uhr, Palais Rasumofsky, Kulturamt der Stadt Wien: 9. Palaiskonzert; Dimov-Quartett (Mozart: Quartett Mozart: Quartett B-Dur KV 458; Webern: Streichquartett op.28; Ravel: Quatuor á cordes)

Dienstag, 22. Juli:

17.30 Uhr, 15. Bezirk, Märzpark, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe

17.30 Uhr, 21. Bezirk, Wasserpark, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Polizeimusik Wien

20.00 Uhr, Wiener Rathaus, Arkadenhof, Kulturamt der Stadt Wien: 7. Orchesterkonzert; Wiener Symphoniker, Direigent Günther Theuring (Rossini: Sonate Nr.1; Mozart: Divertimento Nr.11 D-Dur KV 251; Schwertsik: Konzert für Streichorchester op.18; Tschaïkovksy: Serenade C-Dur op.48)

Mittwoch, 23. Juli:

17.30 Uhr, 11. Bezirk, Herderpark, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe

19.00 Uhr, Dom St.Stephan, Orgelkonzert

20.00 Uhr, Palais Schwarzenberg, Kulturamt der Stadt Wien: 10. Palaiskonzert; Arien- und Liederabend Peter Binder (Bariton), am Flügel Irwin Gage (Händel, Schubert, Fauré, R.Strauss, Ravel; Liebeslieder aus amerikanischen Musicals)

Donnerstag, 24. Juli:

1, ~~Volks~~garten

17.00 Uhr, Kulturamt der Stadt Wien: 4.Promenadekonzert; Wiener Konzertorchester, Dirigent und Solist Jaro Schmied (Johann Strauß, Josef Strauß, Emmerich Kálmán, Karl Pauspertl, Leo Geitner, Max Schönherr und Hans Schneider)

17.30 Uhr, 16. Bezirk, Kongreßpark, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe

17.30 Uhr, 12. Bezirk, Steinbauerpark, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Polizeimusik Wien

20.00 Uhr, Palais Palffy, Kulturamt der Stadt Wien: 11.Palaiskonzert; Fischer-Klaviertrio (Beethoven: Trio D-Dur op.70/1; Kelterborn: Fantasia e tre; Ravel: Trio a-Moll)

./.

Freitag, 25. Juli:

17.30 Uhr, 10. Bezirk, Paltramplatz, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Polizeimusik Wien

17.30 Uhr, 20. Bezirk, Allerheiligenplatz, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe

20.00 Uhr, Wiener Rathaus, Arkadenhof, Kulturamt der Stadt Wien: 8. Orchesterkonzert; Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Dirigent Heinz Sandauer (Werke von Johann Strauß)

Samstag, 26. Juli:

20.00 Uhr, Kulturzentrum 1, Annagasse 20, Internationales Kulturzentrum: Klavierabend Armando Ford (Mozart, Beethoven, Chopin, Debussy)

Sonntag, 27. Juli:

20.00 Uhr, Theater an der Wien: Theater an der Wien-Gesellschaft: Operettenkonzert; Orchester des Theaters an der Wien, Gerda Scheyrer und Marion Briner (Sopran), William Ingle (Tenor), Rudolf Wasserlof (Bariton), Dirigent Rudolf Bibl (Strauß, Suppé, Lehár, Kálmán u.a.).

\- - -

Mit Hilfe des Kulturamtes der Stadt Wien:

Weitere Bände zur Strauß-Gesamtausgabe

17. Juli (RK) Das Jubiläum "100 Jahre Donauwalzer" war im Jahre 1967 der Anlaß, daß die Johann Strauß-Gesellschaft den ersten Band einer neu verlegten Gesamtausgabe der Öffentlichkeit präsentierte. Dieser Band enthielt einen Teil der Instrumentalwerke des weltbekannten Wiener Komponisten.

Etwa eineinhalb Jahre später, nämlich im November 1968, wurden die Interessenten davon verständigt, daß man nunmehr einen zweiten Band der neuen Gesamtausgabe erwerben könne. Beide Male waren es je 1.000 Stück, die zum Verkauf angeboten wurden. Die Kosten betrugen 835.000 Schilling. Sie waren nur zum Teil aus den Subventionen und Verkaufserlösen gedeckt.

Zur Zeit bearbeitet die Johann Strauß-Gesellschaft zwei weitere Bände. Da die bereits vorliegende Ausgabe in der Fachwelt wie auch in privaten Kreisen des In- und Auslandes große Anerkennung gefunden hat, und somit eine für Wien und Österreich erfreuliche Dokumentation des österreichischen Komponisten darstellen, empfahl das Kulturamt, 130.000 Schilling als Subvention der Gesellschaft zur Verfügung zu stellen, wodurch die Gesamtausgabe beschleunigt und eine noch größere publizistische Arbeit ermöglicht wird.

\- - -

Hochkonjunktur in Wien

17. Juli (RK) Wie den Informationen des Wiener Institutes für Standortberatung zu entnehmen ist, hat der Konjunkturaufschwung im vierten Quartal 1968 die Wiener Wirtschaft mit voller Stärke erfaßt. Real stieg ihre Leistung gegen das Vorjahresquartal schätzungsweise um rund fünf Prozent. Damit wuchs sie mit der gleichen Rate wie der österreichische Durchschnitt. Die Industrie dehnte ihre Produktion real um acht Prozent aus. Der Handel erhöhte seine Umsätze um drei Prozent. Das Wiener Baugewerbe war im Oktober weit besser beschäftigt als das der übrigen Bundesländer und auch das warenproduzierende Gewerbe expandierte im Sog des allgemeinen Konjunkturaufschwunges. Neben dem privaten Konsum und den öffentlichen Aufträgen, die in den vorangegangenen Quartalen die Konjunktur stützten und anregten, haben im letzten Quartal 1968 auch die privaten Investitionen und die Ausfuhr zu Leistungssteigerungen beigetragen. Die Bemühungen der Sozialpartener um eine relative Preis- und Lohnstabilität mäßigten die Zunahme der Arbeitnehmereinkommen stärker als in den Vorjahren. Erstmals seit längerer Zeit kamen die Produktivitätssteigerungen dadurch stärker den Unternehmereinkommen zugute. Der Konjunkturaufschwung hat die lokalen Arbeitskraftreserven ausgeschöpft. Der Wiener Arbeitsmarkt bietet deshalb in den nächsten Monaten keinen Wachstumsspielraum mehr, wenn das Arbeitskräfteangebot nicht durch erhöhte Fremdarbeiterkontingente flexibler gestaltet wird.

\- - -

Führungen im Historischen Museum der Stadt Wien im August

17. Juli (RK)

Historisches Museum der Stadt Wien, 4, Karlsplatz

Samstag,	2. August,	15.00 Uhr		Dr. Düriegl
Sonntag,	3. August,	10.00 Uhr		Dr. Düriegl
Samstag,	9. August,	15.00 Uhr	Sonderausstellung "Wien 1800 - 1850/ Empire und Biedermeier"	Dr. Kaut
Sonntag,	10. August,	10.00 Uhr		Dr. Kaut
Freitag,	15. August,	10.00 Uhr		Dr. Kaut

Uhrenmuseum, 1, Schulhof 2

Sonntag,	3. August,	10.00 Uhr	Wiener Uhren aus drei Jahrhunderten	Heinrich Lunardi
		11.15 Uhr	Die Anfänge der Musikautomaten	Heinrich Lunardi
Sonntag,	31. August,	10.00 Uhr	Uhren vom Mittelalter bis zur Gegenwart	Heinrich Lunardi
		11.15 Uhr	Musikwerke und Automatenuhren	Heinrich Lunardi

Modesammlungen des Historischen Museums im Schloß Hetzendorf

12, Hetzendorfer Straße 79

Sonntag,	3. August,	10.00 Uhr		Lucie Hampel
Freitag,	15. August,	10.00 Uhr	Wiener Mode des Empire und Biedermeier	Lucie Hampel
Sonntag,	24. August,	10.00 Uhr		Lucie Hampel
Sonntag,	31. August,	10.00 Uhr		Lucie Hampel

Für geschlossene Gruppen können auch andere Termine vereinbart werden. Telephonische Anmeldung für das Historische Museum unter der Nummer 42 804, Klappe 741-46, für das Uhrenmuseum unter der Nummer 63 22 65 und für die Modesammlungen unter der Nummer 83 11 46, Klappe 6. Die Führungen sind kostenlos, es wird der normale Eintrittspreis eingehoben.

\- - -

Wahlanfechtung der Liberalen Partei Österreichs abgelehnt

Sitzung der Wiener Stadtwahlbehörde

17. Juli (RK) Unter Vorsitz von Stadtrat Dkfm.Alfred Hintschig tagte heute vormittag im Wiener Rathaus die Stadtwahlbehörde. Sie hatte sich mit der Anfechtung der Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen vom 27. April 1969 durch die Liberale Partei Österreichs zu befassen. Die Liberale Partei Österreichs war sowohl mit der Verpflichtung der Einbringung von 100 Wählerunterschirften pro Bezirk als auch mit der Erstattung des Wahlkostenbeitrages, der je 600 Schilling pro Wahlvorschlag bei den Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen beträgt, nicht einverstanden. Vor allem die Erstattung des Wahlkostenbeitrages betrachtete die LPÖ als verfassungswidrig.

Die Stadtwahlbehörde, der neben dem Vorsitzenden noch neun Beisitzer (sechs Vertreter der SPÖ und drei Vertreter der ÖVP) angehören, nahm einstimmig den Inhalt einer Gegenschrift an, in der die Argumente der LPÖ widerlegt werden.

Die sogenannte Gegenschrift wird nun dem Verfassungsgerichtshof zugestellt, der als zuständiges Höchstgericht die endgültige Entscheidung über die Wahlanfechtung fällt. Das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes wird noch im Laufe dieses Jahres erfließen.

\- - -

"Z" baut Spitzenposition weiter aus

500 Millionen Schilling Zuwachs bei den Spareinlagen seit Jahresbeginn

17. Juli (RK) Um mehr als eine halbe Milliarde Schilling ist der Spareinlagenstand bei der Zentralsparkasse im ersten Halbjahr 1969 gestiegen: das Institut verwaltete Ende Juni 11.402,5 Millionen Schilling Spargelder gegenüber 10.861,9 Millionen am Beginn des Jahres. Damit liegt die Zentralsparkasse mit ihren Spareinlagen nach wie vor an der Spitze aller österreichischen Geldinstitute.

Von den speziellen Aktivitäten des Institutes im ersten Halbjahr ist besonders das Z-Service Ausbildung hervorzuheben, das im April ins Leben gerufen wurde. Bis Ende Juni wurden im Rahmen dieser Dienstleistung rund 16.000 Informationsbroschüren über Ausbildungsmöglichkeiten und deren Kosten ausgegeben. An den Schaltern der 57 Z-Zweiganstalten wurde dafür eine Schutzgebühr von je zehn Schilling verlangt. Die Schulen und andere mit Bildungsfragen befaßte öffentliche Stellen erhielten die Broschüre kostenlos.

In der Hauptanstalt der Zentralsparkasse langten bisher mehr als 1.000 schriftliche Anfragen im Rahmen des Z-Service-Ausbildung ein. Besonders regen Zuspruchs erfreute sich der persönliche Beratungsdienst: in 43 Prozent der Fälle erschienen die Mütter zu dem Gespräch mit den Pädagogen, Psychologen und Finanzberatern, bei 19 Prozent die Väter. Jene Fälle, in denen sich die Eltern gemeinsam beraten ließen, machen 17 Prozent aus. Bei den restlichen 20 Prozent handelte es sich um Informationen für Personen, die Auskünfte über Ausbildungsmöglichkeiten für sich selbst oder entferntere Verwandte einholten.

Ein großer Teil der Beratungen bezog sich auf Kinder zwischen 13 und 15 Jahren, die also vor dem Abschluß ihrer Pflichtschuljahre stehen. 38 Prozent aller Beratungen betrafen Kinder, die eine allgemeinbildende höhere Schule besuchen und 24 Prozent Kinder, die derzeit in die Hauptschule gehen.

Die Beratungen des Z-Service-Ausbildung werden nach einer Pause in den Sommermonaten ab 2. September fortgesetzt. Anmeldungen sind wie bisher in allen Geschäftsstellen der Z sowie beim Informationsschalter der Hauptanstalt (Telefon 72 92 310) möglich.

\- - -

Abschiedsbesuch des südafrikanischen Botschafters

17. Juli (RK) Der Botschafter der Republik Südafrika in Österreich, Johannes Petrus van der Spuy, stattete heute vormittag Bürgermeister Marek seinen Abschiedsbesuch ab. Van der Spuy, der sein Land zweieinhalb Jahre in der österreichischen Bundeshauptstadt vertrat, kehrt als Unterrichts- und Kulturminister nach Pretoria zurück. In einem Gespräch mit dem Stadtoberhaupt erklärte der Diplomat, daß Südafrika und Wien Ende dieses Jahres durch eine direkte Fluglinie miteinander verbunden werden. Damit reduziert sich die derzeitige 12stündige Flugzeit beträchtlich.

Bürgermeister Marek überreichte dem Botschafter ein mit eigenhändiger Widmung versehenes Buch "Wiener Impressionen". Van der Spuy stellte sich mit einem Bildband über den weltberühmten Krüger-Nationalpark ein.

\- - -

Schweinenachmarkt vom 17. Juli

17. Juli (RK) Unverkauft vom Vormarkt 0, Neuzufuhren 96, davon 96 Durchläufer, Gesamtauftrieb dasselbe, verkauft alles. Marktverkehr sehr ruhig.

\- - -

Rindernachmarkt vom 17. Juli

17. Juli (RK) Kein Auftrieb.

\- - -

Pferdenachmarkt vom 17. Juli

17. Juli (RK) Kein Auftrieb.

\- - -

Gespräche Stadt Wien - Fußballbund

17. Juli (RK) Über Einladung von Vizebürgermeister Felix Slavik fand heute im Wiener Rathaus im Beisein von Vizebürgermeister Gertrude Sandner mit dem Präsidenten des Österreichischen Fußballbundes, Ing. Walch eine eingehende Aussprache über die die Wiener Nationalligavereine berührenden Probleme statt. Es geht dabei vor allem um den Ausbau und die Modernisierung der Sportanlagen für die Wiener Spitzenklubs.

Bei diesem Gespräch zeichnete sich eine Reihe von Möglichkeiten ab, die,wie der "Rathaus-Korrespondenz" mitgeteilt wird, geeignet sind, die derzeitige sportliche und wirtschaftliche Situation der Wiener Nationalligavereine positiv zu beeinflussen. Um die entsprechenden Maßnahmen vorbereiten zu können, hat Vizebürgermeister Slavik die Erarbeitung von Unterlagen angeordnet, die für die weiteren Gespräche, die im September fortgesetzt werden, als Grundlage zur Entscheidung dienen werden.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

17. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Erbsen 6 S, Fisolen 7 S, Paradeiser 6 bis 7 S je Kilogramm.

Obst: Marillen 8 bis 10 S, Pfirsiche 10 bis 12 S, Wassermelonen 7 bis 8 S je Kilogramm.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Wiener Bäder: Viele Verbesserungen

18. Juli (RK) Mehr als eine halbe Million Besucher hatten die Städtischen Bäder im Juni (genau: 566.594). Diese Zahl liegt allerdings noch unter der Zahl für den Monat Mai (614.920).

Abgesehen von den großen Arbeiten - etwa die Bauarbeiten am Dianabad oder der Bau zweier neuer Becken im Ottakringer Bad - ist die Bäderverwaltung unablässig tätig, um die Städtischen Bäder weiter zu verbessern. Im Juni etwa wurde im Thaliabad ein neuer Kessel mit Ölfeuerung in Betrieb genommen, im Liesinger Bad wurden Rasenziegel verlegt und im Kinderfreibad Loeschenkohlgasse haben die Verfliesungsarbeiten in den Becken begonnen. Im Hallenbad Floridsdorf wurde eine zweite Saunakammer im Herrendampfbad errichtet.

Der Personalstand ist dementsprechend steigend: von 658 Personen im Mai erhöhte er sich auf 674 im Juni.

\- - -

Eiserne Schaffner auch im Autobus

18. Juli (RK) Im Rahmen ihres Rationalisierungsprogrammes haben die Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe bekanntlich schon seit langer Zeit im Autobusverkehr den sogenannten "Ein-Mann-Betrieb" eingeführt. Vorwiegend auf den peripheren Linien gibt es keine Schaffnerbedienung mehr. Ein nächster logischer Schritt ist die Einführung der sogenannten "Eisernen Schaffner"sowie des schaffnerlosen Betriebes auch auf stärker frequentierten Linien ganztägig: Ab Samstag, dem 19. Juli, verkehren erstmals städtische Autobusse mit den bekannten blauen Hinweisschildern für schaffnerlosen Betrieb am Fahrzeugbug und den Entwertern auf der hinteren Plattform.

Die Entwerter werden in jenen Autobustypen eingesetzt, die als U 10 bekannt und im Liniennetz bestens eingeführt sind. Es sind dies 11 Meter lange Stadtautobusse mit Fahrautomatik, zwei breiten Türen, je in der Mitte und hinten, sowie einer schmäleren Tür beim Fahrersitz. Als Hersteller zeichnen die Firmen Gräf & Stift und die Saurer-Werke AG. Diese Betriebe haben auch die Umrüstung vorgenommen, die zur Umstellung auf schaffnerlosen Betrieb notwendig war.

Und das sind die Hauptmerkmale: Der Fahrgast kann auf Knopfdruck dem Fahrer seinen Aussteigewunsch für die nächste Bedarfshaltestelle signalisieren, und der Fahrer gibt dann gleichfalls durch Knopfdruck die Türverriegelung frei. Nun kann der aussteigende Fahrgast, so wie bisher in den schaffnerlosen Beiwagen der Tramway, die Tür selbst durch Druckknopfbetätigung öffnen. Auch der zusteigende Fahrgast findet die von der Straßenbahn her bekannte Möglichkeit des Einstieges nach Druckknopfbetätigung bei der hinteren Tür. Bei der vorderen Tür können alle jene Fahrgäste zusteigen, die einen Fahrschein lösen müssen, also Barzahler und Kurzstreckenfahrer. Gemeinsamer Ausstieg ist bei der mittleren Tür.

Ein weiteres Umbaumerkmal liegt unter den Trittplatten der mittleren und hinteren Tür verborgen: Die Fühlautomatik. Betritt ein Fahrgast die Schwelle, so hält ein elektrisches Relais

./.

mit einem Festhaltekontakt die Türe offen hält, so lange jemand noch nicht den Schritt hinein oder heraus getan hat. Erst drei Sekunden nach Verlassen der Schwelle schließt sich die Tür. Einklemmen gibt es nicht, denn eine in den Türflügeln montierte Kante löst sofort den Öffnungsvorgang aus, wenn sie berührt wird. Das Ganze geht geräuschlos vor sich, da die Öffnungsmechanik beim Autobus auf einem pneumatischen System beruht.

Die schaffnerlosen Autobusse haben Platz für insgesamt 75 Fahrgäste, darunter 29 Sitzplätze. Da es schneller gehen wird als bisher im Ein-Mann-Betrieb und sowohl Kunden wie Personal eine Erleichterung bringt - der Fahrer, der im Ein-Mann-Betrieb bisher alle Fahrgäste betreuen mußte, braucht dies jetzt nur mehr bei Barzahlern und Kurzstreckenfahrern zu tun - können die Verkehrsbetriebe neben dem Rationalisierungseffekt auch auf der Kundendienstseite einen Erfolg buchen.

Zunächst wird die Linie 67 A (Favoriten Lehmgasse - Siedlung Südost) den schaffnerlosen Betrieb aufnehmen, etwa im August auch die Linie 14 (Favoriten Keplerplatz - Mariahilfer Straße - Amerlingstraße).

\- - -

Gemeinde kauft Grund zur Errichtung eines modernen Gehirn-geschädigten-Zentrums

18. Juli (RK) Auf Initiative des Amtsführenden Stadtrates für das Liegenschaftswesen, Dkfm. Alfred Hintschig, konnte die Wiener Stadtverwaltung einen für die Zukunft des Wiener Spitalsektors entscheidenden Grundkauf im Bereich der Städtischen Nervenheilanstalt Rosenhügel tätigen. Das Grundstück, dessen Ankauf der Gemeinderatsausschuß für Liegenschaftswesen in seiner letzten Sitzung beschloß, ist 67.208 Quadratmeter groß. Der Kaufpreis beträgt 14 Millionen Schilling, das heißt, daß die Gemeinde Wien für einen Quadratmeter den günstigen Preis von zirka 208 Schilling zu zahlen hat.

Der Erwerb des sich bis zur Rosenhügelstraße erstreckenden Grundstückes war deshalb unerläßlich, da die Anlage der Nervenheilanstalt Rosenhügel wegen der Errichtung einer Abteilung für gehirngeschädigte Kinder dringend erweiterungsbedürftig ist. Das Haus für gehirngeschädigte Kinder, dessen Leitung der bekannte Wiener Kinderarzt Univ.-Doz. Dr. Andreas Rett übernehmen wird, umfaßt einen Ambulanz- und Bettentrakt mit Erdgeschoß und zwei Stockwerken. Ein Verbindungsgang führt zu einem zweiten Trakt mit Schule, Mehrzweckraum und Kindergarten. Mit dem Bau dieser modernsten derartigen Anlage Europas wird noch heuer begonnen werden. Die Gesamtkosten der Errichtung belaufen sich auf 40 bis 45 Millionen Schilling.

Die Liegenschaft auf der dieser Musterkrankenpavillon mit seinen einmaligen geschützten Werkstätten entstehen wird, war bisher Eigentum der Wien-Film Ges.mbH. Sie weist einen gepflegten Baumbestand auf.

\- - -

Antrittsbesuch des Präsidenten der Wiener Rechtsanwaltskammer

18. Juli (RK) Der neugewählte Präsident der Rechtsanwaltskammer für Wien, Niederösterreich und das Burgenland, Dr.Walter Schuppich, stattete heute vormittag Bürgermeister Bruno Marek in dessen Arbeitszimmer einen Antrittsbesuch ab.

\- - -

Stadtrat Pfoch zum Dianabad:

"Größtes und modernstes Hallenbad Wiens"

18. Juli (RK) An der Baustelle des neuen Dianabades stellte sich heute abend im Österreich-Bild Stadtrat Hubert Pfoch dem Österreichischen Fernsehen. Der Erdaushub ist in vollem Gange und wird durch kleine "Lockerungssprengungen" beschleunigt (kleine Sprengungen deshalb, weil man ja die umliegenden Häuser nicht in Gefahr bringen darf). Denn das alte Dianabad war eine der ersten schweren Betonbauten, die Fundamente sind bis zu einem Meter dick.

Stadtrat Pfoch erklärte vor der Fernsehkamera, daß das neue Dianabad - ein Teil des Bäderkonzeptes der Stadt Wien - das größte und modernste Hallenbad der Bundeshauptstadt mit Kuranstalt werden wird: vier Schwimmbecken, eine Sauna und Reinigungsbäder sind in dem 145-Millionen-Projekt enthalten.

Zu der mehrfach erörterten Frage, warum das neue Dianabad keine 50-Meter-Schwimmbahn haben wird, erklärte Pfoch, daß - übrigens in voller Übereinstimmung mit den Sportverbänden - den Wassersportlern im neuen Stadthallenbad solche 50-Meter-Bahnen zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Planungsarbeiten für dieses Bad sind ebenfalls schon sehr weit fortgeschritten.

\- - -

Eiserne Schaffner - jetzt auch im Autobus

18. Juli (RK) In der Betriebsgarage Raxstraße in Favoriten stellte heute vormittag Verkehrsstadtrat Franz Nekula eine Neuerung im Autobusbetrieb der Presse vor: den Eisernen Schaffner, der sich bereits bei Straßenbahn und Stadtbahn gut bewährt hat, wird man jetzt auch in den Autobussen antreffen. (Siehe "RK"-Blatt 2014 bis 2015).

Ab morgen, Samstag dem 19. Juli, wird als erste die Linie 67 A (Lehmgasse - Siedlung Südost) den schaffnerlosen Betrieb aufnehmen. Im August etwa wird der Eiserne Schaffner auch in den Autobussen der Linie 14 (Keplerplatz - Mariahilfer Straße - Amerlingstraße) seine fahrkartenentwertende Tätigkeit aufnehmen. In weiterer Folge sollen, wie Stadtrat Nekula betonte, im Zuge der Rationalisierungsmaßnahmen weitere Linien auf schaffnerlosen Betrieb umgestellt werden.

Vizedirektor Dipl.Ing.Friedrich Pins erläuterte die Funktion der neuen Einrichtungen in den mit den bekannten blauen Hinweisschildern für schaffnerlosen Betrieb gekennzeichneten Autobussen. Diese Autobusse besitzen drei Türen: je eine breite Tür in der Mitte und hinten sowie eine schmälere Tür beim Fahrersitz. Vorne steigen alle jene Fahrgäste zu, die einen Fahrschein lösen müssen, also Barzahler und Kurzstreckenfahrer. Hinten steigen jene Passagiere ein, die Vorverkaufs-Fahrscheine sowie Wochen- oder Netzkarten haben: sie sehen sich auf der hinteren Plattform dem Eisernen Schaffner gegenüber. Die mittlere Tür dient als gemeinsamer Ausstieg.

So wie bei der Straßenbahn muß der zusteigende Fahrgast die hintere Autobustür durch Druckknopfbetätigung selbst öffnen. Neu ist, daß der sich im Wagen befindliche Fahrgast durch Knopfdruck dem Fahrer seinen Aussteigewunsch für die nächste Bedarfshaltestelle signalisieren muß, worauf der Fahrer die Türverriegelung freigibt. Nun kann der aussteigende Fahrgast, so wie bisher in den schaffnerlosen Beiwagen der Tramway, die Tür selbst durch Druckknopfbetätigung öffnen. Wenn niemand auszusteigen wünscht und keine Fahrgäste bei der Haltestellentafel stehen, fährt der Fahrer durch, ohne anzuhalten.

./.

Die schaffnerlosen Autobusse sind außerdem mit einer Fühlautomatik unter den Trittplatten der mittleren und hinteren Tür ausgestattet. Betritt ein Fahrgast die Schwelle, so hält ein elektrisches Realais mit einem Festhaltekontakt die Tür bis drei Sekunden nach Verlassen des Trittbrettes offen. Ein Einklemmen durch die pneumatisch schließenden Türflügeln ist unmöglich, da deren Kanten die Öffnungsmechanik auslösen, sobald sie berührt werden.

Guter Tip für Schwarzfahrer

Einen originellen Versuch, die Verleitung zum Schwarzfahren in schaffnerlosen Beiwagen und Autobussen zu vermindern, werden die Wiener Verkehrsbetriebe in den kommenden Wochen starten. Das "Gegenmittel" besteht aus Plakaten mit folgender Aufschrift: "Sehr geehrter Fahrgast! 100 Schilling sind viel Geld! Diesen Betrag müßten wir verlangen, falls Sie ohne gültigen Fahrschein angetroffen werden. Wir glauben, daß Sie diesen Betrag besser anlegen sollten; dadurch erspraen Sie sich und uns Ärger."

\- - -

Begrüßung im Rathaus

18. Juli (RK) In Vertretung des Bürgermeisters begrüßte heute vormittag Stadtrat Reinhold Suttner die Teilnehmer am CISV-Camp Pöttsching in den Wappensälen des Wiener Rathauses. Die CISV (Children International Summer Villages) unterhält in 150 Ländern der Erde Sommerlager, in denen Kinder und junge Leute bei Spiel, Sport und Gesang einander näherkommen sollen. Das Lager in Pöttsching im Burgenland vereinigte in der Zeit vom 29. Juni bis 25. Juli 60 Jugendliche aus 15 europäischen und außereuropäischen Nationen.

Stadtrat Suttner, dem die einzelnen Delegationen in ihren malerischen Trachten vorgestellt wurden, äußerte die Hoffnung, daß die jungen Leute nur gute Eindrücke von Wien und Österreich in ihre Heimat mitnehmen mögen. Suttner kam auch auf die großen Anstrengungen der Stadtverwaltung nach Ende des zweiten Weltkrieges zu sprechen.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

18. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Erbsen 6 S, Fisolen 7 S, Gurken 3 bis 4 S je Kilogramm.

Obst: Marillen 7 bis 10 S, Ribisel 8 bis 10 S, Pfirsiche 10 bis 12 S je Kilogramm.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Gesperrt bis Sonntag, den 20. Juli, 19.30 Uhr!

Weiterhin Licht, Kraft und Wärme aus Wien für Niederösterreich

Bürgermeister Bruno Marek über den sogenannten Stromkrieg zwischen Wien und Niederösterreich

19. Juli (RK) Im Rahmen der Sendereihe "Wiener Probleme" sprach Bürgermeister Bruno Marek am Sonntag, dem 20. Juli, um 19.30 Uhr im Programm Österreich Regional von Radio Wien über die Hintergründe des sogenannten Stromkrieges zwischen Wien und Niederösterreich.

Im einzelnen führte der Bürgermeister aus:

"'Stromkrieg zwischen Wien und Niederösterreich' lauteten in den letzten Tagen Schlagzeilen der Zeitungen. Presse, Rundfunk und Fernsehen griffen ein Problem auf, das die NEWAG auf einer Pressekonferenz an die Öffentlichkeit gebracht hat: Die Wiener Stadtwerke versorgen seit Jahr und Tag einen Teil des niederösterreichischen Gebietes, zur vollen Zufriedenheit ihrer Abnehmer, mit elektrischem Strom. Die NEWAG will nun diesen Zustand ändern. Sie erhob Säumnisbeschwerde an den Verwaltungsgerichtshof. Die Beschwerde richtet sich gegen das Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen, weil dieses in der Sache bisher keine Entscheidung getroffen habe.

Wo liegen nun die Hintergründe dieser so plötzlich vom Zaun gebrochenen Auseinandersetzung? Um welche sachlichen Gegebenheiten soll auf einmal gestritten werden.

./.

Ich will mich im Folgenden nicht mit der Frage beschäftigen, warum die NEWAG eben jetzt, im Juli 1969, ein Vierteljahr vor den niederösterreichischen Wahlen, so eifrig auf ihre Landesrechte bedacht ist, obwohl sie schon seit langem die Möglichkeit dazu gehabt hätte, diesen Schritt zu unternehmen. Ich muß mich jedoch gegen Darstellungen zur Wehr setzen, die den Fall so interpretieren, als würden die Wiener E-Werke niederösterreichisches Gebiet zu Unrecht mit Strom versorgen und die NEWAG in ihren Rechten schmälern. Ich finde es außerordentlich bedauerlich, daß es in der heutigen Zeit,die über alle Grenzen und über alles Trennende hinweg das Verbindende sucht, zu einem solchen Streitfall überhaupt kommen konnte. Auch politische Kombinationen dürften den Blick für gesunden Föderalismus nicht trüben. Für Auswüchse eines Kantönligeistes sollte in unserem Staate kein Platz mehr sein.

Gesetzliche Vereinbarungen

Als um die Jahrhundertwende die Elektrifizierung Wiens stürmisch vorangetragen wurde, bemühten sich selbstverständlich auch die umliegenden Gemeinden, möglichst bald in den Genuß der neuen Errungenschaft des technischen Zeitalters zu gelangen. Die Wiener E-Werke trugen diesem Wunsch Rechnung und bezogen eine Anzahl von Gemeinden in ihr Versorgungsnetz ein. Auch bei der Trennung von Wien und Niederösterreich im Jahre 1922 und der Gründung der NEWAG im gleichen Jahre, fand diese Entwicklung Berücksichtigung: die gesetzlichen Bestimmungen - gleichlautend verankert in Wiener und niederösterreichischen Verfassungsgesetzen - legten fest, daß Wien sowohl als Land wie als Gemeinde auf niederösterreichischem Gebiet Unternehmungen betreiben könne, unter den gleichen Bedingungen wie das Land Niederösterreich selbst. Das gleiche sollte umgekehrt für niederösterreichische Unternehmungen auf Wiener Gebiet gelten. Auf Grund dieser gesetzlichen Vereinbarungen führten die Wiener E-Werke ihre bisherige Strompolitik fort und schlossen weitere Gemeinden auf deren Wunsch an ihr Stromnetz an. Im Zuge dieser Maßnahmen erwarben sie auch im Kaufwege örtliche Erzeugungs- und Verteilungsanlagen.

./.

Es ist eine historische Tatsache, daß die Wiener Stadtwerke schon vor der Erweiterung der Stadtgrenze im Jahre 1938 den größten Teil jenes Gebietes mit Strom versorgten, das die NEWAG nunmehr für sich beansprucht. 1941 kam es zwischen den Wiener E-Werken und den damaligen "Gauwerken Niederdonau" zu einer Abgrenzung der Interessensphären. Unter anderem erfolgte ein Gebietstausch: die Wiener E-Werke überließen ihrem niederösterreichischen Partner das Industriegebiet entlang der Pressburger Bahn bis Hainburg und übernahmen dafür die zumeist land- und forstwirtschaftlichen Gebiete im Marchfeld und im Wiener Wald zwischen Gaaden, Sulz-Stangau und Laab am Wald. Für diesen Neuerwerb mußten die Wiener E-Werke zusätzlich einen Millionenbetrag entrichten. Die damalige Regelung wurde in dem Vertrag ausdrücklich als endgültig deklariert.

Fünf Jahre nach dem 1947 in Kraft getretenen zweiten Verstaatlichungsgesetz, im Jahre 1952, bekräftigte die NEWAG in einem Schreiben an die Wiener Stadtwerke die mit ihrer Vorgängerin getroffenen Vereinbarungen. Damit schienen die rechtlich und historisch begründeten Ansprüche der Wiener E-Werke auf das von ihnen betreute Versorgungsgebiet endgültig gesichert zu sein.

Ein mißlungener Handstreich

Doch es sollte anders kommen als dies in einem rechtlich geordneten Staatswesen zu erwarten gewesen wäre. Im April 1959 erließ das Amt der niederösterreichischen Landesregierung auf Grund eines Antrages der NEWAG einen Verstaatlichungsbescheid bezüglich der nördlich der Donau gelegenen Versorgungsanlagen der Wiener E-Werke. Diese seien in das Eigentum der NEWAG zu überführen. Die Anlagen sollten gleichsam im Handstreich genommen werden: Die Übergabe, so hieß es, habe innerhalb von 48 Stunden zu erfolgen. Der Bescheid war mit sofortiger Vollstreckbarkeit ausgestattet, wie dies rechtlich nur in Fällen bei "Gefahr im Verzug" statthaft ist.

./.

Der Plan mißlang jedoch. Die Wiener E-Werke erhoben Berufung und das Bundesministerium für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft verfügte mit einem Teilbescheid, daß dieser Berufung volle aufschiebende Wirksamkeit zukomme und jegliche Vollstreckungshandlung gegen die Anlagen der Wiener E-Werke auf niederösterreichischem Boden zu unterbleiben haben. Im Meritorischen, über die Berufung gegen die Verstaatlichung selbst, wurde jedoch keine Entscheidung getroffen. Sie ist bis heute nicht erfolgt. Und nunmehr richtete die NEWAG eine Säumnisbeschwerde an den Verwaltungsgerichtshof, nachdem sie so lange hingenommen hatte, daß das zuständige Bundesministerium keine Entscheidung trifft und so stillschweigend ihr Einverständnis mit der Lage bekundet.

Das Land Wien kann sich zur Unterstützung seines Rechtsstandpunktes nicht nur auf bindende vertragliche Vereinbarungen, sondern auch auf Entscheidungen des Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshofes berufen. In mehreren Erkenntnissen stellten die beiden Höchstgerichte fest, daß die Landesgesellschaften zwar ein Allgemeinversorgungsrecht, aber kein Alleinversorgungsrecht in ihren Bundesländern besitzen und daß sich der Geschäftsbereich einer Gesellschaft folglich auch über das eigene Bundesland hinaus erstrecken könne. Ein weiteres Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes besagt, daß die Wiener E-Werke von der Verstaatlichung nicht betroffen werden können, da sie selbst eine Landesgesellschaft sind.

Soweit die Rechtslage, die befremdenderweise von der NEWAG nicht akzeptiert wird.

Schwerwiegende wirtschaftliche Nachteile

Darüber hinaus hätte die Abtrennung der von der NEWAG geforderten Gebiete vom Wiener Stromversorgungsnetz aber auch schwerwiegende wirtschaftliche Nachteile zur Folge. Es geht nicht allein darum, daß sich die Milliardenwerte, die die Wiener E-Werke im niederösterreichischen Landesbereich angelegt haben, als gigantische Fehlinvestition erweisen müßten. Das Versorgungsgebiet der Wiener Stadtwerke ist ein organisch gewachsenes Gebilde, das bestimmte Erzeugungs- und Verteilungsschwerpunkte besitzt.

./.

Das gesamte Stromnetz orientiert ssich nach diesen Schwerpunkten. Käme es tatsächlich zu einer Abtretung der Überlandgebiete der Wiener E-Werke, müßte die NEWAG nicht nur Investitionsentschädigungen bezahlen, sondern auch noch beträchtliche Beträge aufwenden,um das bislang auf Wien ausgerichtete Netz in ihr eigenes System sinnvoll einzugliedern. Andererseits müßten manche auf das bisherige Versorgungsgebiet zugeschnittenen Anlagen vermutlich unausgenützt bleiben, unter Umständen sogar stillgelegt werden. Ein sinnloseres Wirtschaften als es die von der NEWAG gewünschte Gebietsabtretung zur Folge hätte, wäre nur schwer vorstellbar. Wer immer auch die horrenden Beträge aufzubringen hätte, letzten Endes gingen sie zu Lasten der Steuerzahler.

Mit Bedauern muß ich auch feststellen, daß die NEWAG bei den niederösterreichischen Kunden der Wiener E-Werke mit dem unsachlichen Argument operiert, sie müßten indirekt das Defizit der Wiener Verkehrsbetriebe abdecken helfen. Ganz abgesehen davon, daß dies keinesfalls zutrifft, möchte ich in diesem Zusammenhang darauf verweisen, daß die Sozialtarife der Wiener Verkehrsbetriebe jedermann, auch den niederösterreichischen Benützern, Vorteile bieten. Darüber hinaus dienen die Wiener Stadtwerke mit der Badner-Bahn, deren Alleineigentümer sie praktisch sind, hauptsächlich der niederösterreichischen Bevölkerung, ohne daß man jemals von niederösterreichischer Seite bereit gewesen wäre, einen Beitrag zum Betrieb dieses Verkehrsunternehmens zu leisten.

Die Geschichte unserer Stadtwerke zeigt, daß Niederösterreich und Wien vor vier Jahrzehnten ausgezeichnet miteinander auskommen konnten. Land und Gemeinde Wien, das verspreche ich Ihnen, werden jedoch dafür Sorge tragen, daß Recht auch Recht bleibt und nicht Augenblicksbedürfnissen geopfert wird, und daß die niederösterreichischen Stromabnehmer auch in Zukunft Licht, Kraft und Wärme aus der Bundeshauptstadt beziehen können."

\- - -

Jugendabonnement 1968/69: 1,6 Millionen Schilling

19. Juli (RK) Der Kulturausschuß des Wiener Gemeinderates genehmigte nun 1,6 Millionen Schilling für die Finanzierung des Jugendabonnements 1968/69.

15.000 Jugendliche im Alter von 14 bis 25 Jahren werden damit die Möglichkeit haben, zu einem subventionierten Abonnementpreis von 100 bis 280 Schilling je eine Aufführung im Burgtheater, in der Volksoper, im Theater in der Josefstadt, in einer Wiener Kleinbühne sowie zwei Aufführungen im Volkstheater und drei Aufführungen im Theater an der Wien, ein Orchesterkonzert und eine Vorstellung der Wiener Eisrevue in der Stadthalle zu besuchen.

Das Abonnement berechtigt ferner zu einem kostenlosen Besuch des Wiener Planetariums, zu Besuchen verschiedener Vorstellungen in Wiener Kleinbühnen zum halben Preis und zu einer kostenlosen Besichtigung der Ausstellung "Angelika Kauffmann und ihre Zeitgenossen". Schließlich können die jugendlichen Abonnementen kostenlos oder zu weit ermäßigten Preisen städtische Büchereien, die Wiener Volkhochschulen und die "Schule für gutes Benehmen" besuchen.

\- - -

Gesperrt bis 18.15 Uhr!

Modernisierung des Wiener Fürsorgewesens

Im Herbst neues Programm für Sozialhilfe der Stadt Wien

19. Juli (RK) Im "Echo der Zeit" heute um 18.15 Uhr im Sender Österreich-Regional gab Wohlfahrtsstadträtin Maria Jacobi ein Interview zum Thema: "Modernisierung des Wiener Fürsorgewesens".

Wie Stadträtin Jacobi einleitend feststellte, ist man im Wohlfahrtsamt der Stadt Wien stets bestrebt gewesen, die Arbeit den Erfordernissen der Zeit anzupassen. Gegenwärtig erscheint es vor allem notwendig, in den einzelnen Bezirken Sozialberatungsstellen einzurichten. Solche Einrichtungen gibt es wohl schon in den Fürsorgeämtern, doch hat es sich gezeigt, daß viele Menschen vor dem Besuch eines Amtes Scheu haben. Deshalb sollen ab Herbst außerhalb der Fürsorgeämter Sozialberatungsstellen eingerichtet werden.

In den Sozialberatungsstellen sollen die Fürsorgerin, der Jurist und der Lebensberater zusammenwirken. Aufgabe eines Lebensberaters ist es, alten Menschen in verschiedenen Lebenssituationen Rat zu geben, damit sie diese auch meistern können. Bei alten Menschen, die plötzlich in Pension gehen, tritt manchesmal ein Schock ein. Es geht nun darum, sie von diesem Schock zu befreien und zu überzeugen, daß das Leben auch im "Pensionszeitalter" lebenswert ist.

Die Erziehungsberatungsstellen außerhalb des Jugendamtes - es gibt davon sechs - sollen weitergeführt und ausgebaut werden. Auch hier hat es sich gezeigt, daß viele Eltern Scheu vor dem "Amt" haben, andererseits aber bereit sind, nachmittags oder abends die Erziehungsberatungsstellen aufzusuchen.

Das Wohlfahrtsamt der Stadt Wien wird sich aber auch darum kümmern, daß alte Menschen, vor allem wenn sie finanziell nicht mehr dazu in der Lage sind, mehr Anteil am kulturellen Leben nehmen können. Zum Beispiel wird man mit den Kinobesitzern über die Möglichkeit verhandeln, bedürftigen alten Menschen zu billigen Preisen Karten für Nachmittagsvorstellungen abzugeben.

./.

Aber auch die sozialen Dienste sollen ausgebaut werden. Es geht dabei vor allem um die sogenannte Heimhilfe, um den Essenszustelldienst für Kranke wie auch für jene, denen es schon schwerfällt, selbst zu kochen. Heimhilfe wird nicht nur von der Stadt Wien, sondern auch von verschiedenen privaten Organisationen betrieben. Stadträtin Jacobi betonte, daß der Ausbau dieses Dienstes nur in enger Zusammenarbeit mit den privaten Organisationen vor sich gehen kann. Solche Organisationen sind zum Beispiel die Volkshilfe, die Caritas und "Frau und ihre Wohnung", die das beste Beispiel von Heimhilfe gezeigt hat. Das Wohlfahrtsamt würde es aber auch begrüßen, wenn sich die "Innere Mission" anschließt. Jeder, der sich bereit erklärt, mitzutun, wird mit offenen Armen aufgenommen, denn dieser Dienst kann nur im Zusammenwirken aller dieser Einrichtungen viel erreichen.

Auf die Frage des Reporters, wann denn die Modernisierung der Sozialarbeit in Wien abgeschlossen sein werde, antwortete Stadträtin Jacobi wörtlich: "Abgeschlossen wird sie nie sein, denn Sozialarbeit ist immer neu und hat stets auch ihre Probleme. Beginnen werden wir mit der Modernisierung im Herbst. Zu diesem Zeitpunkt wird ein detailliertes Programm der Öffentlichkeit vorgelegt werden. Die Wiener Bevölkerung soll die Gewißheit haben, daß die Stadt Wien nach wie vor der Sozialhilfe für den einzelnen das größte Augenmerk zuwendet!"

\- - -

Gußhausstraße wieder befahrbar

19. Juli (RK) Ab Montag, den 21. Juli, wird die Gußhausstraße wieder für den Verkehr freigegeben, und zwar als Einbahn in Richtung Schwarzenbergplatz. In der verhältnismäßig sehr kurzen Bauzeit von vier Wochen wurde die Gußhausstraße im Abschnitt Argentinierstraße bis Schwarzenbergplatz komplett erneuert; dieser Straßenzug ist ein Teil der Umleitungsstrecken, die derzeit für den U-Bahn-Bau auf dem Karlsplatz vorbereitet werden.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

An 10.000 Wohnungen wird gearbeitet

21. Juli (RK) Die Sommermonate sind die Zeit, in der das Baugeschehen ohne jeden hemmenden Witterungseinfluß auf Hochtouren laufen kann. So ist es auch mit dem städtischen Wohnbau in Wien. Im Monat Juni wurde an fast genau zehntausend (10.093) Wohnungen gearbeitet, die sich natürlich in verschiedenen Stadien der Fertigstellung befinden. Eine dieser vielen Wohnungen wird die 100.000. Gemeindewohnung sein, die seit dem Kriegsende fertiggestellt worden ist.

Aufgegliedert sehen die Zahlen so aus: Es wurde an 8.115 Wohnungen in herkömmlicher Bauweise gearbeitet (bei 1.758 Wohnungen wurde mit dem Bau im heurigen Jahr begonnen); 1.573 Wohnungen nach der Montagebauweise befinden sich ebenfalls im Bau, davon 405 mit einem Baubeginn nach dem 1. Jänner 1969.

\- - -

1969: Bisher 5.000 neue Straßenlampen

21. Juli (RK) Gegen Ende des Vorjahres wurde in Wien die 150.000. Straßenlampe feierlich eingeschaltet. Bis zum 31. Dezember 1968 stieg die Zahl dieser Lampen auf 153.000. Mit dem Ende des ersten Halbjahres 1969 ist ihre Zahl um weitere 5.000, nämlich auf 158.028 angewachsen.

Nicht verändert hat sich die Zahl der 184 Uhren, von denen 164 beleuchtet sind.

\- - -

65. Geburtstag von Eberhard Clar

21. Juli (RK) Am 23. Juli vollendet der Geologe Universitätsprofessor Dr. Eberhard Clar das 65. Lebensjahr.

Er wurde in Graz geboren, wo er das Universitätsstudium absolvierte und sich an der Technischen Hochschule habilitierte. Von 1944 bis 1945 war er ordentlicher Professor der Technischen Hochschule in Wien, später beratender Geologe der Montanindustrie. Seit 1954 ist er Ordinarius der Geologie an der Wiener Universität. Professor Clar ist Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und Verfasser zahlreicher Arbeiten, die sich vor allem mit der Geologie der Ostalpen und den Minerallagerstätten in Österreich befassen.

\- - -

Unterkünfte für größten Wiener Kongreß aller Zeiten gesichert

21. Juli (RK) Bürgermeister Bruno Marek hat an Generalsekretär Peter Weiser, einem der Organisatoren des vom 6. bis 10. Mai 1973 in Wien stattfindenden Rotary-Kongresses, ein Schreiben folgenden Inhalts gerichtet: "Nach Rücksprache mit den zuständigen Gremien des Wiener Fremdenverkehrsverbandes und der Hotellerie können wir mit Freude mitteilen, daß im Mai 1973 für den Rotarier-Kongress die gewünschte Bettenanzahl von 8.000 in Wien und nächster Umgebung zur Verfügung stehen wird."

Der Rotarier-Kongreß wird die Bundeshauptstadt wirtschaftlich unerhört beleben, da damit gerechnet werden kann, daß jedes der 20.000 am Kongreß teilnehmenden Mitglieder pro Tag 1.000 Schilling ausgibt. Die Klubangehörigen werden nicht nur in Wien, sondern auch in der nahen Umgebung, vor allem in Niederösterreich, untergebracht werden.

Den Rotarier-Kongreß 1973 werden Rotary-Leute aus der ganzen Welt besuchen. Das wirft große organisatorische Probleme auf, an deren Bewältigung die Stadt Wien mit aller Kraft mitarbeiten wird. Die Fremdenverkehrsstelle wird den Rotariern ihr gesamtes Publikationsmaterial zur Verfügung stellen. Die Unterbringung der Kongreßteilnehmer in Hotels, Pensionen bzw. die Transfers zu Bahnhof und Flugplatz übernimmt das Österreichische Verkehrsbüro. Um einen reibungslosen Ablauf der Veranstaltung zu garantieren, arbeiten die Wiener Rotarier schon heute an einem echten Generalstabsplan. Als Tagungsort des größten Kongresses, den Wien je beherbergt haben wird, sind die Wiener Stadthalle, die Hofburg, das Hotel Intercontinental, das Wiener Konzerthaus und ein Großteil der Wiener Palais vorgesehen. Im Rahmen des Monsterkongresses wird auch an einen Ball im Rathaus gedacht, den sich in erster Linie die amerikanischen Teilnehmer wünschen.

Die Rotary-Vereinigung unterhält in 144 Ländern der Welt 13.000 Klubs mit insgesamt 650.000 Mitgliedern. Überall, wo es Rotarier gibt, sind diese bemüht, zum Wohlergehen ihrer Umgebung und im Dienste der Allgemeinheit tätig zu sein.

\- - -

Präsident der Sigmund Freud-Stiftung interviewte Bürgermeister Marek

Sigmund Freud ist der im Ausland bekannteste Österreicher

21. Juli (RK) Der Präsident der Sigmund Freud-Stiftung, der Psychiater Universitätsprofessor Dr.Friedrich Hacker, interviewte dieser Tage den Wiener Bürgermeister Bruno Marek für eine amerikanische Fernsehproduktion. Zu dem Interview mit dem Bürgermeister kam es folgendermaßen: Professor Hacker, ein gebürtiger Wiener, der heute in Los Angeles lebt und zu den führenden amerikanischen Psychiatern und Psychotherapeuten zählt, griff einen Vorschlag seines Psychiater-Freundes Professor Menninger aus Topeka (US-Bundesstaat Kansas) auf, eine "Freud-Story" zu drehen. Die größte amerikanische Fernsehgesellschaft NBC (National Broadcasting Corporation) stellte ein zwölfköpfiges Team zur Verfügung, das derzeit an Originalschauplätzen in England, Frankreich und Österreich einen halbstündigen Freud-Film dreht.

Als Vertreter Österreichs interviewte Friedrich Hacker Bundeskanzler Dr.Josef Klaus und Bürgermeister Bruno Marek. Marek sprach in dem Interview über die interessanten Beziehungen zwischen Viktor Adler und Sigmund Freud, die einander sehr bewunderten und einen Briefwechsel unterhielten. Viktor Adler wohnte eine Zeit lang auch in der Freud-Wohnung in der Berggasse im 9. Wiener Gemeindebezirk. Freud schätzte weniger den Politiker, sondern den bedeutenden Humanisten Adler.

Die Sigmund Freud-Stiftung, die im Jahre 1968 unter maßgeblicher Mithilfe der Österreichischen Bundesregierung, der Stadt Wien und Repräsentanten der internationalen Wissenschaft ins Leben gerufen wurde, hat sich, wie Präsident Professor Hacker der "Rathaus-Korrespondenz" erklärte, große Ziele gesteckt. Erstens soll die ehemalige Wohnung Sigmund Freuds in der Berggasse mit Hilfe der in London lebenden Tochter Freuds, Anna, rekonstruiert und in ein Museum verwandelt werden; zweitens plant die Stiftung die Veranstaltung einer großen Gedenk-

./.

feier am 23. September 1969 in Wien aus Anlaß des 30. Todestages des großen österreichischen Arztes und drittens hat es sich die Freud-Stiftung zur Aufgabe gemacht, auch breiteste Kreise der österreichischen Bevölkerung mit dem Gedankengut des Psychoanalytikers vertraut zu machen. In Volkshochschulen soll viel mehr über Freud gelehrt und österreichischen Lehrern in Seminaren dessen überragende Persönlichkeit wirksam eingeprägt werden.

Professor Hacker gab bekannt, daß Sigmund Freud laut Umfrage einer großen Zeitung der im Ausland bekannteste Österreicher ist. Mozart folgt erst an dritter Stelle.

Was die finanzielle Basis der Sigmund Freud-Stiftung anbelangt, so hat die Bundesregierung bisher 800.000 Schilling als Starthilfe zur Verfügung gestellt. Die Stadt Wien wird, wie Bürgermeister Marek Professor Hacker versicherte, ebenfalls finanziell tatkräftig am Aufbau und der Entwicklung der notwendigen Stiftung Anteil nehmen. Erst vor kurzer Zeit stellte die Stadtverwaltung einen namhaften Betrag für Arbeiten zur Einrichtung des Freud-Museums zur Verfügung. Die Umbauarbeiten werden nach Plänen des bekannten Wiener Architekten Professor Hans Hollein vorgenommen werden. Die Gemeinde war auch bei der Beschaffung von Ersatzwohnungen für die bisherigen Mieter des Freud'schen Domizils äußerst behilflich.

Natürlich ist auch die Freud-Stiftung, in deren wissenschaftlichem Komitee der Vorstand des Psychiatrischen Krankenhauses der Stadt Wien, Dozent Dr.Wilhelm Solms, überaus aktiv ist, auf Spenden von Organisationen und Institutionen angewiesen. Die Spitzen der Freud-Stiftung bauen vor allem auf die Großzügigkeit amerikanischer Gönner.

\- - -

Die städtischen Bäder am Sonntag

21. Juli (RK) Die hohen Temperaturen zum Wochenende schlugen sich auch im Besuch der städtischen Bäder am Sonntag nieder: Fast 40.000 Personen (genau: 39.192) passierten die Drehkreuze, wobei das Gänsehäufel (13.682) und das Laaerberg-Bad (6.066) an der Spitze lagen. Insgesamt wurden die städtischen Bäder in der vergangenen Woche von 162.522 Personen besucht.

\- - -

Der Mond und das Wiener Wasser

21. Juli (RK) Die vergangene Nacht - mit ihrer "ganznächtigen" Fernsehübertragung der Mondlandung und des Spazierganges auf dem Trabanten - ließ vermuten, daß auch der Wasserverbrauch während der spannungsgeladenen TV-Stunden stark ansteigen würde. Dem war nicht so: Die Wiener bekämpften die Aufregung angesichts der faszinierenden Ereignisse ganz offenbar mit stärkeren Mitteln als Hochquellenwasser, denn der Wasserverbrauch lag nicht über dem Durchschnitt.

Hingegen blieb der sprunghafte Wasseranstieg aus, der an Werktagen zwischen 6.45 und 7.45 einzutreten pflegt, wenn die Betriebe ihre Arbeit aufnehmen. Heute früh stieg die Verbrauchskurve flach an, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß viele Firmen ihren Arbeitnehmern die Möglichkeit geboten haben, den Mondspaziergang mitzuerleben, indem sie später mit der Arbeit begannen. Inzwischen ist der Wasserverbrauch wieder auf die normale Höhe gestiegen.

\- - -

Stadtrat Dr. Glück besichtigte Baugrund für Gehirngeschädigten-Zentrum

21. Juli (RK) Gesundheitsstadtrat Dr. Otto Glück besichtigte heute vormittag in Begleitung des Vorsitzenden des Gemeinderätlichen Gesundheitsausschusses, Univ.-Doz. Dr. Alfred Gisel, und des Leiters des Anstaltenamtes, Obersenatsrat Dr. Franz Widmayer, den im Bereich der Nervenheilanstalt Rosenhügel gelegenen Baugrund für die Errichtung eines Zentrums für gehirngeschädigte Kinder.

Der Gesundheitsstadtrat und seine Begleitung stimmten in der Ansicht überein, daß der Baugrund als ideal zu bezeichnen ist. Die Ruhe und Abgeschiedenheit des baumbestandenen Areals ist für die Errichtung einer derartigen Abteilung prädestiniert.

Das Grundstück im Bereich dieser größten Nervenheilanstalt des Kontinents wurde zu einem Preis von 14 Millionen Schilling von der Wien Film-Ges.mbH erworben. Die Abteilung für gehirngeschädigte Kinder, deren Leitung Univ.-Doz. Dr. Andreas Rett übernimmt, wird eine Fläche von 5.600 Quadratmetern bedecken. Sie umfaßt einen Ambulanz- und Bettentrakt mit Erdgeschoß und zwei Stockwerken. Die Bettenzahl beträgt 100. In der Anlage, die richtungweisend für ganz Europa ist, wird man Gymnastikräume, einen Kindergarten, eine geschützte Werkstätte und großzügige Räume für Bewegungstherapie vorfinden. Die Heizung der Abteilung erfolgt durch ein Fernwärmewerk. Schon jetzt geht man daran, die Küche der Nervenheilanstalt für den kommenden Großbetrieb auszubauen. Stadtrat Glück lobte die geringe Entfernung der zukünftigen Abteilung von Zentralküche und Zentralwäscherei. Die Gesamtkosten der neuen Abteilung, mit deren Errichtung im Herbst dieses Jahres begonnen wird, belaufen sich auf 40 bis 45 Millionen Schilling.

\- - -

Kein Wiener Kind wird "Apollo" oder "Apollonia" heißen

21. Juli (RK) So sehr die Wiener von der geglückten Mondlandung beeindruckt waren, haben sie sich doch nicht dazu hinreißen lassen, ihren Kindern Namen zu geben, die mit diesem großen Ereignis in Zusammenhang stehen. Eine Umfrage bei den Wiener Standesämtern ergab, daß heute keine einzige Anmeldung eines ungewöhnlichen oder im Zusammenhang mit der Mondlandung stehenden Vornamens erfolgte. Kein Wiener "Apollo" aber auch keine "Apollonia" werden somit als lebende Erinnerung an das große Ereignis durchs Leben gehen. Zwar wurden heute in den Wiener Standesämtern drei "Michael" und eine "Michaela" angemeldet, doch kann hier kein Zusammenhang mit dem Astronauten Michael Collins hergestellt werden. Bei allen Buben hieß schon der Vater so, bei dem Mädchen ist der Taufpate ein Michael.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

21. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Fisolen 6 bis 7 S, Gurken 3 bis 4 S, Paradeiser 5 bis 6 S je Kilogramm.

Obst: Marillen 5 bis 6 S, Pfirsiche 10 S, Ribiseln 8 S je Kilogramm.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

Nr. 2037 wurde irrtümlich ausgelassen.



Rinderhauptmarkt vom 21. Juli

21. Juli (RK) Unverkauft vom Vormarkt 0. Neuzufuhren Inland: 45 Ochsen, 136 Stiere, 231 Kühe, 40 Kalbinnen, Summe 452. Neuzufuhren Ungarn: 7 Stiere, 6 Kühe, Summe 13. Gesamtauftrieb: 45 Ochsen, 143 Stiere, 237 Kühe, 40 Kalbinnen, Summe 465. Verkauf alles.

Preise: Ochsen 14.80 bis 17.50, extrem 17.60 bis 17.70 (2), Stiere (12 S) 14 bis 17.90, extrem 18.30 (1), Kühe 11.50 bis 14.80, extrem 15 (3), Kalbinnen 14.30 bis 16.50, extrem 16.70 (1). Beinlvieh Kühe 9 bis 11.40, Ochsen und Kalbinnen 12 bis 14.

Der Durchschnittspreis ermäßigte sich bei Ochsen um 14 Groschen, Kalbinnen um 13 Groschen und erhöhte sich bei Stieren um 20 Groschen und bei Kühen um 28 Groschen je Kilogramm.

Der Durchschnittspreis einschließlich Beinlvieh beträgt: Ochsen 16.38, Stiere 16.75, Kühe 13.12, Kalbinnen 15.13, Beinlvieh verteuerte sich bis zu 10 Groschen je Kilogramm.

Ungarn: Stiere 16.50 (mindestens 25 Groschen), Kühe 13.80 bis 14, der Durchschnittspreis beträgt 13.96 minus 64 Groschen.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Bürgermeister empfing Vertreter des Gandhi-Komitees

22. Juli (RK) Bürgermeister Bruno Marek empfing heute vormittag in seinem Arbeitszimmer den Präsidenten des Gandhi-Komitees, den Inder R.R. Diwakar, der von seinem Mitarbeiter D.K. Gupta und dem indischen Botschafter in Österreich, V.C. Trivedi, begleitet wurde. Präsident Diwakar befindet sich auf einer Europa-Reise, in deren Rahmen er friedliebende Nationen zur Mitarbeit im Gandhi-Komitee gewinnen möchte. Indien plant nämlich im Oktober dieses Jahres große Feiern und Ausstellungen anläßlich des 100. Geburtstages von Mahatma Gandhi, des großen indischen Denkers und Apostels der Gewaltlosigkeit. An den Feiern sollen auf Wunsch Indiens alle 125 in der UNESCO (Kulturorganisation der Vereinten Nationen) vertretenen Staaten teilnehmen.

Bürgermeister Marek erklärte, daß eine Teilnahme an derartigen Veranstaltungen von der Bundesregierung beschlossen werden müsse. Das Land Wien werde jedenfalls den Bestrebungen des Gandhi-Komitees jede erdenkliche Unterstützung angedeihen lassen. Marek berichtete den indischen Gästen von der Möglichkeit der Benennung eines städtischen Wohnhauses nach Mahatma Gandhi und regte mehrere einschlägige Aktionen an. So könnte in allen Wiener Volks- und Hauptschulen ausführlich über das Leben und Wirken Gandhis diskutiert werden. Weiter trat Marek dafür ein, Ausschnitte aus einem von Indien produzierten fünfeinhalbstündigen Film über Gandhi den Lehrern vorzuführen. An einer Gandhi-Ausstellung in Indien könnten sich auch die städtischen Museen beteiligen.

\- - -

Gedenktage im August

22. Juli (RK)

1.	Dr. Jaro Zemann, Hochsch.-Prof.f. Maschinenelemente	70. Geburtstag
2.	Dipl.-Ing. Dr.Erwin Pawelka, Hochschul.-Prof.f.Elektrotechnik	70. Geburtstag
3.	Emil Hertzka, Musikverleger	100. Geburtstag
3.	Edmund Skurawy, Schriftsteller	100. Geburtstag
4.	Dr. Viktor Petters, Paläontologe	60. Geburtstag
4.	Dr. Lukas Waagen, Geologe	10. Todestag
6.	Walter Federn, Volkswirtschafter, Schriftsteller	100. Geburtstag
9.	Oswald Haerdtl, Architekt	10. Todestag
11.	Wilhelm Grosz, Komponist (+ 1939)	75. Geburtstag
15.	Kornelis Hermann v. Ayrenhoff, Feldmarschall-Leutnant, Dichter	150. Todestag
15.	Univ.-Prof.Dr. Arnold Schober, Archäologe, korresp.Mitglied d.Österr.Akademie d.Wissenschaften	10. Todestag
16.	Carl Rainer Simons, Schöpfer u. Direktor d.Wiener Volksoper	100. Geburtstag
17.	Univ.-Prof. Dr. Leopold Nowak, w.Hofrat, Musikwissenschaftler	65. Geburtstag
18.	Dr. Franz Mayer-Gunthof, General-direktor d.Vöslauer Kammgarnfabrik	75. Geburtstag
20.	Alfred Kubin, Schriftsteller u.Maler	10. Todestag
20.	Hermann Rollett, Lyriker	150. Geburtstag
22.	Prof. Hans Unterkirchner, Schauspieler	75. Geburtstag
23.	Dr. Karl Kobes, Prof.f.theoretische Maschinenlehre	100. Geburtstag
23.	Dr. Ludwig Karl Schmarda, Zoologe u. Tiergeograph	150. Geburtstag
24.	Univ.-Prof. Dr. Emil Froeschels, Laryngologe	85. Geburtstag
24.	Ludwig Schmidseder, Komponist u. Schriftsteller	65. Geburtstag
26.	Dr. Franz Dörfel, Prof. an der Hoch-schule f.Welthandel	10. Todestag
26.	Stefan Skodler, Burgschauspieler	60. Geburtstag
26.	Franz Wolfsecker (genannt "Wolferl"), Tambur d.Deutschmeister-Regiments	100. Geburtstag

./.

27. Rudolf Rosenbaum, Druckereibesitzer (+ 2.10.1965)	75. Geburtstag
28. Prof. Dr. Karl Böhm, Generalmusikdirektor	75. Geburtstag
30. Ludwig Doczy (Dux), Bühnendichter u. Übersetzer	50. Todestag
30. Ernst Tautenhayn, Schauspieler	25. Todestag

\- - -

Stadtrat Hofmann: Kontakte mit Niederösterreich

22. Juli (RK) Erste Kontakt zu Niederösterreich hat der Wiener Planungsstadtrat Ing.Fritz Hofmann mit Besuchen bei Landeshauptmann-Stellvertreter Hans Czettel und Landesrat Siegfried Ludwig hergestellt. Diese beiden Landesregierungsmitglieder sind im Bundesland Niederösterreich für Probleme der Planung und der Raumordnung zuständig.

In den Gesprächen kam die Bereitschaft zu gemeinsamen Lösungen zum Ausdruck, dies besonders angesichts des Umstandes, daß die Aufgabenstellung der beiden Bundesländer in vielen Fällen eine sinnvolle Zusammenarbeit unerläßlich macht. Die Politiker kamen auch überein, es nicht bei diesem ersten Gespräch bewenden zu lassen, sondern ständige Kontakte miteinander zu pflegen.

\- - -

Konstituierende Sitzung des Wohnbauförderungsbeirates

22. Juli (RK) Heute vormittag fand im Büro von Wohnungsstadtrat Reinhold Suttner die konstituierende Sitzung des Wiener Wohnbauförderungsbeirats für die Wohnbauförderung 1968 statt. Der Beirat hat 14 Mitglieder und steht unter dem Vorsitz von Stadtrat Suttner (1. Stellvertreter Stadträtin Maria Jacobi, 2. Stellvertreter Landtagsabgeordneter Dr. Franz Bauer). In dieser vierten Geschäftssitzung des 1968 gegründeten Beirates wurde der Bau von 2.297 Wohnungen, 26 Lokalen und 220 Garconnieren positiv begutachtet. Dies entspricht einer Förderungssumme von 394,1 Millionen Schilling.

Bedauerliche Auswirkungen entstehen allerdings dadurch, daß manche Einreicher nur sehr unvollständige Einreichungsunterlagen präsentieren, wodurch die Vergabe der Förderungsmittel blockiert wird. Während nämlich die in der heutigen Sitzung positiv begutachteten Bauprojekte noch heuer begonnen werden können - was bedeutet, daß auf diese Weise rund 400 Millionen Schilling in die Bauwirtschaft fließen -, sind große Vorhaben noch unerledigt, die in der letzten Sitzung des alten Beirats (vor den Gemeinderatswahlen) im Februar behandelt wurden. Damals belief sich die Förderungssumme für die Projekte mit mangelhaften oder unvollständigen Unterlagen auf mehr als eine Milliarde Schilling. Diese Mittel sind noch immer blockiert, da der Beirat die betreffenden Einreichungen damals zwar positiv begutachtet hat, aber sofort auf die Mängel hinwies und deren Behebung forderte. Da die Einreichungen der fehlenden Unterlagen bisher in den meisten Fällen unterblieben, kann die Landesregierung diese Förderungsmittel noch immer nicht freigeben.

\- - -

Bürgermeister Marek an die drei Astronauten:

"Wien würde sich glücklich schätzen, Sie begrüßen zu können!"

22. Juli (RK) Mit einhelliger Zustimmung des Wiener Stadtsenates hat heute Bürgermeister Bruno Marek sowohl an die drei Astronauten als auch an den Botschafter der Vereinigten Staaten in Wien Glückwunschtelegramme gerichtet.

Das Telegramm an die drei Astronauten lautet: "Die ganze Welt und auch die Bewohner der traditionsreichen österreichischen Bundeshauptstadt Wien sind fasziniert von Ihrer einmaligen Leistung. Ihr Flug zum Mond hat das Tor zu einem neuen Zeitalter in der Entwicklung der Menschheit aufgeschlossen. Die Stadt Wien, Hauptstadt des neutralen Österreichs, würde sich glücklich schätzen, die Wegbereiter dieses neuen Zeitalters in ihren Mauern begrüßen zu können!"

An den Botschafter der Vereinigten Staaten ging folgendes Telegramm: "Die österreichische Bundeshauptstadt und ihre Bevölkerung haben mit Spannung, Anteilnahme und Bewunderung das großartige Ereignis des geglückten Mondfluges verfolgt. Im Namen aller Wiener gestatte ich mir, zu dieser säkularen Leistung zu gratulieren."

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

22. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Fisolen 6 bis 7 S, Gurken 3 bis 4 S, Karotten 4 S, Paradeiser 5 bis 6 S je Kilogramm.

Obst: Marillen 5 bis 6 S, Pfirsiche 9 bis 10 S, Ribisel 8 S je Kilogramm.

\- - -

Private Großgarage für 500 Pkw's bei der Lobkowitzbrücke

Gemeinde Wien schafft Voraussetzungen für interssantes Projekt

22. Juli (RK) Der Eigentümer eines Wiener Kaufhauses beabsichtigt, an der Schönbrunner Straße zwischen Lobkowitzbrücke und Fabriksgasse ein Kaufhaus mit Großgarage zu errichten. Diese Garage soll etwa 500 Pkw's Platz bieten und würde damit zur Behebung des in diesem Gebiete herrschenden Parkplatzmangels beitragen. Die Garage läge außerdem unmittelbar neben der künftigen U-Bahn-Station und wäre damit ein wichtiger Teil des geplanten "Park and ride"-Systems.

Um die Voraussetzungen für dieses interessante Projekt zu schaffen, müssen dort von der Stadtverwaltung wichtige Vorarbeiten durchgeführt werden, wie zum Beispiel die Überbauung des Wienflusses und die Eindeckung der Stadtbahntrasse, die später den Erdgeschoßboden der Großgarage bilden soll. Noch in diesem Monat wird mit dem Umbau der Schönbrunner Straße in diesem Bereich begonnen, aber noch vorher ist es notwendig, Strom und Wasser einzuleiten. Dadurch werden spätere Aufgrabungen auf ein technisch notwendiges Minimum reduziert. Stadtrat Hubert Pfoch berichtete heute in der Sitzung des Wiener Stadtsenates über dieses Projekt und beantragte einen Betrag von 8,6 Millionen Schilling, der zur Durchführung dieser Vorarbeiten aus Steuermitteln bereitgestellt werden wird.

\- - -

Personalnachrichten

22. Juli (RK) Der Wiener Stadtsenat hat heute die Magistratsräte Dr.Herbert Pichl (MA 61) und Dr.Walter Skopalik (MA 22) zu Obermagistratsräten befördert. Der Amtsrat Ernst Kirchhofer (MA 54) wurde Oberamtsrat.

\- - -

Ausbau der Vorgartenstraße

22. Juli (RK) Der Wiener Stadtsenat genehmigte heute mehr als 21 Millionen Schilling für den Ausbau der Vorgartenstraße von der Lasallestraße bis zur Meiereistraße sowie für Straßenbauarbeiten im Bereiche der künftigen städtischen Wohnhausanlage 11, Mühlsangergasse-Schnellstraße. Die entsprechenden Anträge stellte Stadtrat Hubert Pfoch.

Die Fahrbahndecke der Vorgartenstraße ist in dem genannten Abschnitt in einem schlechten Zustand. Zugleich mit dem Umbau der Fahrbahn sollen auch Autoabstellflächen geschaffen werden.

Die Vorarbeiten für die Aufschließung des Baugeländes der städtischen Wohnhausanlage 11, Mühlsangergasse, sind soweit gediehen, daß mit den Straßenbauarbeiten begonnen werden kann. Die Fahrbahnen werden in diesem Gebiet in Asphaltbeton, die Parkstreifen in Zementbeton ausgeführt. Für die Straßenbauarbeiten und Fuhrwerksleistungen ist bereits im Februar eine öffentliche Anbotsverhandlung durchgeführt worden.

\- - -

Junge Franzosen im Wiener Rathaus

22. Juli (RK) Eine Gruppe von jungen Franzosen begrüßte heute vormittag Stadtwerke-Stadtrat Franz Nekula im Steinernen Saal des Wiener Rathauses. Die jungen französischen Schüler und Studenten befinden sich zu einem zweiwöchigen Erholungsaufenthalt in Oberösterreich, wobei sie die Gelegenheit, die Bundeshauptstadt kennen zu lernen, nicht ausließen. Die Franzosen traten den Erholungsaufenthalt im Rahmen der IYR (International Youth Ralley) an, einer Organisation, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, junge Menschen zu friedlichem Zusammenleben zu erziehen.

\- - -

Gemeinde Wien kauft "Wienerberger"-Gründe

22. Juli (RK) In der heute unter Vorsitz von Bürgermeister Bruno Marek abgehaltenen Sitzung des Wiener Stadtsenates wurde einer der größten Grundkäufe durch die Wiener Stadtverwaltung beschlossen. Es handelt sich um insgesamt 220.000 Quadratmeter im 10. Bezirk mit Gesamtkosten von rund 90 Millionen Schilling. Hauptzweck für diesen Kauf durch die Gemeinde Wien ist die besonders günstige städtebauliche Lage und die hochwertige bauliche Ausnützbarkeit.

Der Grundkauf wurde heute in zwei Anträgen geteilt, von Stadtrat Dkfm.Alfred Hintschig vorgelegt und erläutert. Verkäufer ist in beiden Fällen die Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft. Eine 160.000 Quadratmeter große Fläche liegt westlich der Triester Straße, ein 62.166 Quadratmeter großes Grundstück an der Neilreichgasse. Der Zweck des Erwerbes ist die Schaffung eines weiteren neuen Stadtviertels und anderer wichtiger Einrichtungen für die Wiener Bevölkerung. Diese Gegend wird außerdem durch die in naher Zukunft erfolgende Fertigstellung der Südostautobahn verkehrsmäßig an Bedeutung gewinnen.

Auf dem nun erworbenen Gelände westlich der Triester Straße befindet sich auch die Sportanlage des ASV-Wienerberg, bestehend aus zwei Fußballplätzen und zwei Tennisplätzen.

\- - -

Schweinehauptmarkt vom 22. Juli

22. Juli (RK) Unverkauft vom Vormarkt 0. Neuzufuhren: 3.383, davon Durchläufer 564, Gesamtauftrieb dasselbe, verkauft alles.

Preise: extrem 16.60 bis 17/17.20 davon 16 Stück. 1. Qualität 15.80 bis 16.50, 2. Qualität 15.30 bis 15.70, 3. Qualität 14.30, davon 4 Stück, 14.50 bis 15.20, Zuchten extrem 12.50 bis 14, Zuchten 11 bis 12.40, Altschneider 10 bis 11.

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine erhöhte sich um 27 Groschen je Kilogramm und beträgt 15.81. Außermarktbezüge in der Zeit vom 18. bis 22. Juli (ohne Direkteinbringung in die Bezirke) 1.687 Stück.

\- - -

Pferdehauptmarkt vom 22. Juli

22. Juli (RK) Auftrieb am Zentralviehmarkt 15 Pferde, davon 0 Fohlen. 3 Pferde aus Oberösterreich, 10 aus Niederösterreich und zwei aus dem Burgenland. Verkauft wurden als Schlachttiere 5, als Nutztiere 0, 10 blieben unverkauft.

Notierungen Schlachttiere: Fohlen 0, Pferde extrem 0, 1. Qualität 11.50, 2. Qualität 10 bis 10.50, 3. Qualität 0.

Auftrieb am Auslandsschlachthof (nach Mitteilung der MA 60) 41 Pferde aus Jugoslawien, verkauft zum Preis von 9 bis 14.70, 12 Pferde aus Rumänien, hievon wurden 4 Pferde verkauft zum Preis von 8 bis 10.30, 8 Pferde blieben unverkauft.

Der Durchschnittspreis für inländische Schlachtpferde ermäßigte sich um 57 Groschen je Kilogramm und beträgt 10.60.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Gustav Klimt-Film des Kulturamtes fertig

23. Juli (RK) Vor kurzem wurde ein vom Kulturamt der Stadt Wien im Auftrag gegebener Film über den bedeutenden österreichischen Maler Gustav Klimt fertiggestellt. Der Gestalter des Films, Istvan Szöts, arbeitete nach dem Abschluß der Dreharbeiten monatelang an den Farbtönen der Kopie, um Klimt so original wie möglich auf die Leinwand zu bringen. Der Film zeigt die Stilformen der Ringstraßen- und Makart-Zeit, die überlieferten Schablonen und Manieren, denen die Vertreter des Jugendstils in der Secession und in der Zeitschrift "Ver sacrum" den Glauben an neue Formen, an neue Möglichkeiten des künstlerischen Ausdrucks entgegensetzen. Gustav Klimt, eine der tragenden Kräfte des Jugendstils war auch Präsident der Secession.

\- - -

Computer erstellte die Straßenstatistik 1968

In Wien gibt es 5.502 Gassen, Straßen und Plätze - Holzstöckelpflaster fast "ausgestorben"

23. Juli (RK) Wichtige Neuerung in der Magistratsabteilung 28, Straßenbau: erstmalig wurde die jedes Jahr fällige Straßenstatistik mit Hilfe eines Computers hergestellt. Auf 17 Seiten im Großformat gibt die Statistik 1968, die dieser Tage ausgeschickt wurde, Antwort auf alle das Wiener Straßenwesen betreffende Fragen. Die Datenverarbeitungsanlage mußte mit Tausenden von Zahlen, die teilweise bis 1945 zurückreichen, "gefüttert" werden. Umso leichter wird sich die Erstellung der künftigen Jahresstatistiken gestalten, da alle diese Daten im Computer für den weiteren Gebrauch gespeichert verbleiben.

In Wien gibt es gegenwärtig 5.502 Gassen, Straßen und Plätze, die von der Gemeinde erhalten werden. Die Länge dieser Verkehrswege beträgt insgesamt 2.158 Kilometer. Die meisten Verkehrsflächen, nämlich 671, befinden sich in Donaustadt; auch hinsichtlich der Straßenlänge steht der 22. Bezirk an der Spitze: seine Verkehrsflächen sind insgesamt 376 Kilometer lang. An zweiter Stelle folgt Floridsdorf mit 241 Kilometer, an dritter Stelle mit 239 Kilometer Liesing. Der Bezirk mit den wenigsten Straßenkilometern - nämlich 21,4 - ist Josefstadt, wo es nur 56 Verkehrsflächen gibt. An letzter Stelle steht jedoch der benachbarte 7. Bezirk mit nur 54 Verkehrsflächen, die aber eine Gesamtlänge von immerhin 27 Kilometer aufweisen.

In der Statistik sind die Fahrbahnbeläge in schwere, mittelschwere und leichte unterteilt. Als schwere Beläge gelten Großsteinpflaster, Kleinsteinpflaster, Zementbeton, Asphaltbeton und Hartgußasphalt. Unter mittelschweren Belagen versteht man Einstreudecken, Schlämmdecken und bituminöse Tragschichten, während wassergebundene Tragschichten und Makadam als leichte Beläge klassifiziert werden. Die Fläche sämtlicher befestigter Fahrbahnen umfaßt 19,111.940 Quadratmeter, die der Gehsteige beträgt insgesamt 7,539.982 Quadratmeter.

./.

Da Wien beständig wächst, erhöht sich auch die Zahl seiner Verkehrsflächen von Jahr zu Jahr. 1966 gab es nur 5.455 Gassen, Straßen und Plätze, im Jahr 1962 wurden bloß 5.324 gezählt. Während sich die Gesamtlänge der Straßen 1966 auf 2.066 belief, waren es 1962 nur 1.986 Kilometer.

In unmittelbarem Zusammenhang mit der zunehmenden Motorisierung steht die Abnahme der Radwege im Wiener Stadtgebiet. Während sie 1962 noch 42,3 Kilometer umfaßten, wurden 1966 nur mehr 39,1 Kilometer gemessen; der gegenwärtige Stand beträgt 38,2 Kilometer. Die längsten Radwege - insgesamt 7,7 Kilometer - gibt es in Favoriten, dann folgen Penzing (6 Kilometer), Simmering (4,8 Kilometer) und Liesing (4,4 Kilometer). Nur 400 Meter Radwege stehen den Radlern von Margareten zur Verfügung. Keinerlei Radwege weist nicht nur der 1. Bezirk auf, sondern auch die Bezirke 6 bis 8, 15 und 16 sowie 18 und 21.

Ein "aussterbender" Fahrbahnbelag ist das Holzstöckelpflaster. Weil es das Fahrgeräusch der eisenbereiften Wagenräder dämpfte, wurde es früher hauptsächlich vor Krankenhäusern und Schulen verlegt. 1964 wurden noch 10.557 Quadratmeter Holzstöckelpflaster gemessen, ein Jahr später waren es nur mehr 7.357 Quadratmeter. Im vergangenen Jahr wurden die beiden letzten Gassen mit durchgehendem Holzstöckelpflaster - die Eschenbachgasse und die Nibelungengasse im ersten Bezirk - modernisiert. Seither gibt es in Wien nur mehr abschnittsweise Holzstöckelpflaster, insgesamt nicht mehr als 3.472 Quadratmeter.

\- - -

Der blinde Doktor tritt in den Gemeindedienst

23. Juli (RK) Großes Aufsehen erregte es kürzlich, als der 29jährige Heinz Haslinger an der Wiener Universität zum Doktor juris promoviert wurde. Mit zähem Fleiß und Beharrlichkeit hatte der junge blinde Mann das Studium geschafft. Über Initiative von Bürgermeister Bruno Marek erhält nun Dr.Haslinger bei der Gemeinde Wien die Chance, ins Berufsleben zu treten. Er wird voraussichtlich ab 1. Oktober bei der Magistratsabteilung 70, Rechtliche Verkehrsangelegenheiten, seinen Dienst antreten.

Kommenden Freitag, den 25. Juni, wird sich Dr.Haslinger bei Bürgermeister Bruno Marek vorstellen, der den zukünftigen Mitarbeiter persönlich kennenlernen will.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, zu der Vorstellung von Dr. Haslinger Berichterstatter und Fotoreporter zu entsenden.

Zeit: Freitag, 25. Juli, 9 Uhr;

Ort: Rathaus, Arbeitszimmer des Bürgermeisters.

-- -

Stadtrat Pfoch verabschiedete Gemeindeurlauber

23. Juli (RK) In Vertretung von Wohlfahrtsstadträtin Maria Jacobi verabschiedete heute morgen Stadtrat Hubert Pfoch in der Schmidt-Halle des Wiener Rathauses 106 Gemeindeurlauber, die nach Gutau/Oberösterreich, Ottenschlag und Rastenfeld/Niederösterreich, fuhren. Die Landaufenthaltsaktion der Gemeinde Wien für Dauerbefürsorgte wurde erstmalig 1952 durchgeführt. Seit dem Jahre 1967 nehmen auch Pensionistenklub-Besucher an den Urlaubsfahrten teil. Seit Beginn der Aktion vor fast 18 Jahren wurden insgesamt 897 Turnusse in 21 verschiedene Heime und insgesamt 42.530 Personen abgefertigt. Stadtrat Pfoch wies in seiner Ansprache darauf hin, daß die Stadtverwaltung mit dieser Aktivität den Angehörigen der älteren Generation, die nicht mehr so gerne in Reisebüros gehen, viele Sorgen abnehme.

- - -

Zahl der Wien-Besucher weiter im Steigen

Der Fremdenverkehr im Juni

23. Juli (RK) Erheblich erhöht hat sich die Zahl der Touristen und Urlauber, die Wien im vergangenen Monat einen Besuch abgestattet haben; auch die Zahl der Übernachtungen ist gestiegen. Im einzelnen meldet das Statistische Amt der Stadt Wien folgende Zahlen über den Fremdenverkehr im Juni 1969 (Zahlen vom Juni 1968 in Klammer):

Im Berichtsmonat verzeichneten die Wiener Beherbergungsbetriebe insgesamt 142.496 Gäste, das sind um 16.622 oder 13 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Jahres 1968. Die Zahl der Nächtigungen hat sich um 21.549 auf 366.653 (345.104) erhöht; hier beträgt die Zunahme sechs Prozent.

Die Mehrheit der Wien-Besucher, und zwar 114.970 (108.584) Personen, kam aus dem Ausland. Mit 25.126 (27.757) Besuchern nehmen die Gäste aus der Bundesrepublik Deutschland den ersten Platz in der Statistik ein, dicht gefolgt von 24.683 (20.403) amerikanischen Wien-Touristen. An dritter Stelle rangiert wieder so wie im Vormonat die Tschechoslowakei mit 5.908 (4.428), an vierter Großbritannien mit 5.783 (6.044), an fünfter Jugoslawien mit 5.286 (4.353) und an sechster Stelle die Schweiz mit 4.496 (5.023) Wien-Besuchern.

Die Wiener Jugendherbergen verzeichneten 7.680 (6.343) Gäste, davon kamen 4.572 (3.775) aus dem Ausland.

\- - -

Rathaus-Empfang für Querschnittsgelähmte

23. Juli (RK) In Vertretung des Bürgermeisters begrüßte heute abend in den Wappensälen des Wiener Rathauses der Leiter der Sportstelle der Stadt Wien Ing. Franz Hölbl 32 Querschnittsgelähmte aus zwölf Nationen, die sich zu der alljährlich am Hörndlwald im 12. Wiener Gemeindebezirk abgehaltenen "Olympiade" zusammenfanden.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

23. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Erbsen 6 S, Kochsalat 3 bis 5 S, Fisolen 6 bis 7 S, Gurken 3 bis 4 S je Kilogramm.

Obst: Marillen 5 bis 6 S, Pfirsiche 10 S, Ribiseln 8 S je Kilogramm.

\- - -

90. Geburtstag im Pensionistenheim "Föhrenhof"

23. Juli (RK) Bürgermeister Bruno Marek stattete heute vormittag in Begleitung seiner Gattin, Frau Flora Jelinek anläßlich der Vollendung ihres 90. Geburtstages im Pensionistenheim "Föhrenhof" in der Dr.Schober-Straße 3 in Wien Hietzing, einen Besuch ab.

Flora Jelinek, die seit 1965 im "Föhrenhof" lebt, übte früher den Beruf einer Lehrerin aus. Ihr Adoptivkind wurde in den Jahren des Nationalsozialismus in einem Konzentrationslager ermordet. Der Bürgermeister überreichte der rüstigen Jubilarin im eigenen Namen und im Namen des Wiener Stadtsenats Blumengeschenke. Ein Blumenarrangement übergab auch Frau Elisabeth Marek. Das Ehrengeschenk der Stadtverwaltung und den Brief des Bürgermeisters überreichte der Hietzinger Bezirksvorsteher Eduard Popp. In Vertretung der sich im Ausland aufhaltenden Präsidentin des Kuratoriums "Wiener Pensionistenheime", Stadträtin Maria Jacobi, stellte sich Oberamtsrat Hans Springer mit einem Gratulationsbrief der Wohlfahrtsstadträtin und einem Blumengruß ein. Zu der Geburtstagsfeier hatten sich auch Staatssekretär a.D. Nationalrat Eduard Weikhart, Bundesrätin a.D. Rudolfine Muhr und die ehemalige 3. Präsidenten des Wiener Landtages Helene Potetz eingefunden.

\- - -

Wasserrohrbruch in Favoriten

23. Juli (RK) Durch ein Gebrechen in einem 80 mm-Rohrstrang traten in der Nacht auf Mittwoch in der Buchengasse in Favoriten größere Wassermengen aus. Die Feuerwehr mußte einen über der Gebrechenstelle geparkten Personenwagen entfernen, der bereits in den sich bildenden Ausschwemmungstrichter zu versinken drohte, dann erst konnte die sofort ausgesandte Bereitschaftsgruppe der Wasserwerke ihre Tätigkeit aufnehmen.

Von der Sperre des schadhaften Rohrstranges sind mehrere Wohnhäuser betroffen, deren Wasserversorgung provisorisch mittels Wasserwagen aufrechterhalten wird. Die Buchengasse mußte von der Schrankenberggasse bis zur Laimäckergasse für den gesamten Verkehr gesperrt werden. Die Behebung des Gebrechens dürfte voraussichtlich den ganzen heutigen Tag dauern.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

"Warren Junior Military Band" im Arkadenhof des Wiener Rathauses

24. Juli (RK) Am 21. Juli starteten 98 Burschen im Alter zwischen 12 und 21 Jahren, alle Mitglieder der "Warren Junior Military Band" aus dem US-Bundesstaat Ohio, eine mehrwöchige Europatournee. Im Rahmen dieser durch sechs europäische Staaten führenden "Good-Will-Tour" werden die musizierenden College-Studenten am Mittwoch, dem 30. Juli, Bürgermeister Bruno Marek im Arkadenhof des Wiener Rathauses ein "American-Sound" ausstrahlendes Ständchen geben.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlichst eingeladen, zu diesem Ständchen Fotografen und Berichterstatter zu entsenden.
Ort: Arkadenhof des Wiener Rathauses,
Zeit: Mittwoch, 30. Juli 1969, 11 Uhr.

\- - -

Musikveranstaltungen in der Woche vom 28.Juli bis 3. August

24. Juli (RK)

Montag, 28. Juli:

17.00 Uhr, 3. Bezirk, Oberer Belvederegarten, Kulturamt der Stadt Wien: 4. Promenadekonzert; Wiener Konzertorchester, Dirigent und Solist Jaro Schmied (Johann Strauß, Franz Zelwecker, Ludwig Babinski, Herbert Seiter, Pablo de Sarasate, Viktor Hruby und Joseph Hellmesberger)

20.00 Uhr, Palais Lobkowitz, Kulturamt der Stadt Wien: 12. Palaiskonzert; Liederabend Eiko Katanosaka (Sopran) - Erland Hagegaard (Bariton), am Flügel Kurt Rapf (Haydn, Mozart, Mahler, Ravel, Rangström, Werba)

Dienstag, 29. Juli:

17.30 Uhr, 15. Bezirk, Märzpark, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Polizeimusik Wien

17.30 Uhr, 21. Bezirk, Wasserpark, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe

20.00 Uhr, Wiener Rathaus, Arkadenhof, Kulturamt der Stadt Wien: 9. Orchesterkonzert; Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Dirigent Zdenek Macal (Takács: Ouvertura semiseria op.69; de Falla: "El amor brujo", Ballettsuite; Dvořak: 7. Symphonie d-Moll op.70)

Mittwoch, 30. Juli:

17.30 Uhr, 11. Bezirk, Herderpark, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Polizeimusik Wien

19.00 Uhr, Dom St.Stephan, Orgelkonzert

20.00 Uhr, Palais Palffy, Kulturamt der Stadt Wien: 13. Palaiskonzert; Maximilian Josef Foessl, Klarinette - Joseph Plon, Klavier (Mozart: Adagio h-Moll KV 540 und Gigue G-Dur KV 574; Wanhal: Sonate für Klarinette und Klavier; Beethoven: Sonate f-Moll op.57; Schumann: Fantasiestücke für Klarinette und Klavier op.73; Paganini: Grande Etude Nr.2 Es-Dur; Reiter: Sonatine für Klarinette und Klavier)

Donnerstag, 31. Juli:

17.00 Uhr, 1. Bezirk, Volksgarten; Kulturamt der Stadt Wien: 5. Promenadekonzert; Wiener Konzertorchester, Dirigent und Solist Jaro Schmied (Johann Strauß, Josef Strauß, Oscar Strauß, John Ketelbey, Emmerich Kálmán, Hans Eichinger und Wilhelm Jurek)

./.

Donnerstag, 31. Juli:

17.30 Uhr, 12. Bezirk, Steinbauerpark, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe

17.30 Uhr, 16. Bezirk, Kongreßpark, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Polizeimusik Wien

20.00 Uhr, Palais Auersperg, Kulturamt der Stadt Wien: 14. Palaiskonzert; "Galante Musik"; Ellen Klein, Sopran - Vera Schwarz, Cembalo - Eduard Melkus, 1.Violine - Spiros Rantos, 2. Violine - Lilo Gabriel, Viola - Elisabeth Vogt, Cello (J.J.Fux, Caldara, Vivaldi, Gluck, Haydn, Mozart)

Freitag, 1. August:

17.30 Uhr, 10. Bezirk, Paltramplatz, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener E-Werke

17.30 Uhr, 20. Bezirk, Allerheiligenplatz, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Polizeimusik Wien

20.00 Uhr, Wiener Rathaus, Arkadenhof, Kulturamt der Stadt Wien: 10. Orchesterkonzert; Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Dirigent Wilhelm Loibner (Mozart: Symphonie Nr.31 D-Dur KV 297; Opitz: Suite auf englische Volkslieder; Rimsky-Korssakow: Suite "Scheherezade")

Sonntag, 3. August:

20.00 Uhr, Theater an der Wien, Theater an der Wien-Gesellschaft: Operettenkonzert; Orchester des Theaters an der Wien, Gerda Scheyrer und Marion Briner (Sopran), John van Kesteren (Tenor), Rudolf Wasserlof (Bariton), Dirigent Rudolf Bibl (Strauß, Suppé, Lehár, Kálmán u.a.).

\- - -

Nächste Woche in Warschau:

Wiener Gemeindebedienstete bei Maschinschreib - Weltmeisterschaft

24. Juli (RK) Vom 31. Juli bis 9. August findet in Warschau ein Kongreß der INTERSTENO statt, in dessen Rahmen auch die 8. Weltmeisterschaft im Maschinschreiben und ein internationaler Wettbewerb in Stenografie abgehalten wird. Wie immer beteiligt sich auch heuer eine Mannschaft des Österreichischen Stenografenverbandes, der Österreich in der Internationalen Föderation für Stenografie und Maschinschreiben vertritt, an diesem großen Wettbewerb. Die österreichische Mannschaft, der Meister aus den Bundesländern und unter diesen auch Bedienstete der Stadt Wien angehören, wird vom Ehrenpräsidenten der INTERSTENO, Obermagistratsrat Prof. Wilhelm Zorn, und dem Vizepräsidenten dieser Organisation, Amtsrat Friedrich Baumgartner, angeführt. Alle teilnehmenden Bediensteten der Stadt Wien haben bereits bei Bundesmeisterschaften oder Gemeindewettbewerben ausgezeichnete Leistungen vollbracht. In der Jury und bei den Verbesserungsarbeiten helfen bewährte österreichische Fachkräfte mit.

Die Maschinschreibweltmeisterschaft gliedert sich in zwei Teile, und zwar in das Geschwindigkeitsschreiben in der Dauer von 30 Minuten, bei dem je Minute mindestens 360 Anschläge erreicht werden müssen und die Arbeit nicht mehr als 0,5 Prozent Fehler enthalten darf. Bei der Punkteermittlung werden je Fehler 50 Anschläge abgezogen. Schwieriger wird es beim Perfektionsschreiben, das wohl nur zehn Minuten dauert, jedoch darf die Zahl der Fehler ein Promille der Anschläge nicht übersteigen. Für jeden Fehler werden 500 Anschläge abgezogen. Bei diesem Bewerb ist auch die Nervosität unter den Teilnehmern am größten, denn ein einziger Fehler entscheidet bereits über einen guten Platz in der Wertung.

./.

Spitzenkönnen und gute Kondition erforderlich

Beim Stenografiewettbewerb, der in Sprachengruppen abgehalten wird, wird in steigender Geschwindigkeit diktiert, und zwar beginnend mit einer Anfangsgeschwindigkeit von 250 Silben je Minute, in der zweiten Minute 275, in der dritten Minute 300 und so weiter bis zu einer Geschwindigkeit von 500 Silben je Minute. Hier erfordert die Teilnahme nicht nur ein Spitzenkönnen, sondern auch eine gute Kondition, da eine so lange Schreibdauer auch große körperliche Anforderungen an den Stenografen stellt. Der diktierte Text muß anschließend sofort in Langschrift übertragen werden, wobei die Zahl der Fehler ebenso für die Bewertung und Reihung maßgebend ist wie die erreichte Spitzengeschwindigkeit.

Außerdem wird dieses Jahr erstmalig ein Wettkampf abgehalten, bei dem ein und derselbe Text in verschiedenen Sprachen diktiert wird. Dieser wurde auf Grund seines Inhaltes so zusammengestellt, daß für alle Teilnehmer umfangmäßig die gleichen Bedingungen gelten. Auch dieser Text wird mit steigender Geschwindigkeit diktiert. In diesem Bewerb wird ein Sieger, unabhängig von seiner Muttersprache, ermittelt.

Die Teilnehmer aus den Reihen der Bediensteten der Stadt Wien am Stenografiewettbewerb sind Theodor Proksch (Besoldungsamt) und Bertram Hüttner (Gruppenleitung der Geschäftsgruppe II); in Maschinschreiben treten Gerhard Greiner (Magistratsdirektion-Personaleinsatz), Hedwig Krbecek (Magistratsdirektion-Präsidialbüro), Albine Steher (Anstaltenamt) und Hildegard Tampermeier (Kongrollamt) an.

Während des Kongresses halten prominente Fachleute drei Vorträge, und zwar: Prof. Aliprandi über "Das Maschinschreiben heute und in der Zukunft", Ing. Klancik über "Mathematische Linguistik im Zusammenhang mit der Kurzschrift" und Herr Büttner über "Arbeitsmedizinische und arbeitspsychologische Probleme der schreibenden Berufe".

\- - -

"Schwitzen und weiterdienen"

24. Juli (RK) Die vom Rathausmeteorologen prognostizierte Julihitze ist mit aller Macht über Wien hereingebrochen. An den Wochentagsbesucherzahlen der städtischen Bäder merkt man, daß viele Wiener zumindest stundenweise Hitzeferien machen können. Für die Gemeindebediensteten heißt es allerdings "schwitzen und weiterdienen". Zwar hat die Stadt Wien schon vor etlichen Jahren den Abteilungsleitern freigestellt, bei großer Hitze Erleichterungen "im eigenen Wirkungskreis" zu verfügen, doch muß dabei vor allem auf die Notwendigkeiten des Dienstes geachtet werden. Da nun im Juli ohnhin viele Beamte gerade Urlaub machen, sind die Abteilungen schwach besetzt. Es ist also nur schwer möglich, die Bediensteten nach Hause zu schicken.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

24. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Fisolen 6 bis 7 S, Karotten 4 S, Gurken 3 bis 3.50 S je Kilogramm, Häuptelsalat 2 S je Stück.

Obst: Marillen 4 bis 5 S, Pfirsiche 7 bis 8 S, Ribiseln 8 bis 10 S je Kilogramm.

\- - -

Stadtrat Pfoch besichtigte Baustelle des neuen "AKH"

24. Juli (RK) Heute vormittag besichtigte Stadtrat Hubert Pfoch die Baustelle des neuen Allgemeinen Krankenhauses. Pfoch wurde auf seinem Rundgang von Stadtbaudirektor Prof. Dr. Rudolf Koller, Gruppenleiter Obersenatsrat Dipl.-Ing. Anton Seda und dem örtlichen Bauleiter, Oberbaurat Dipl.-Ing. Rudolf Foltin, begleitet.

Nächstes Jahr schon werden die Bauarbeiten an den Haupttrakten des neuen AKH beginnen, berichtete Ing. Foltin. Das Hauptgebäude besteht aus einem sechsstöckigen Flachbaukörper und zwei 14stöckigen Bettentrakten mit je 1.000 Betten Kapazität. Das Hauptgebäude, in dem ein Großteil der Universitätskliniken und Labors Unterkunft findet, bedeckt eine Fläche von 32.000 Quadratmeter.

Bei den großen Bauvorhaben, die schon in drei Jahren fertiggestellt sein werden, handelt es sich um die Universitätskliniken für Neurologie, Psychiatrie, die Kinderklinik sowie um einen eigenen Trakt für die Kinderpsychiatrische Abteilung.

Die neue Küche des AKH wird pro Mahlzeit 10.000 Portionen bereitstellen. Die Zentralwäscherei wird 20 Tonnen Schmutzwäsche pro Tag bewältigen. Der Spitalsmüll wird in hygienischen Containern zur Müllverbrennungsanlage Spittelauer Lände transportiert werden. Nur der hochinfektiöse Müll fällt schon im AKH in kleineren Öfen der Vernichtung anheim. Selbstverständlich ist das neue AKH voll klimatisiert. Alle Transporte im Bereich der riesenhaften Spitalsstadt übernimmt eine Elektroförderbahn, die laut Oberbaurat Foltin vor Entgleisungen absolut sicher ist. Die Bahn wird in einem Spezialschacht fahren, in dem sich auch die Kollektoren für sämtliche Versorgungsleitungen befinden. Besonders stolz sind Oberbaurat Foltin und seine Mitarbeiter auf die Riesengarage des AKH, die ebenfalls in drei Jahren benützbar sein wird. Es handelt sich dabei um eine drei Stockwerke-Garage mit einem Fassungsraum für 2.350 Pkw's; sicher die größte derartige Anlage in ganz Europa! Die Garage wird über vier

./.

Ein- und Ausfahrten verfügen, die im Bereich Borschkegasse, innerer und äußerer Gürtel liegen.

Der Haupttrakt des AKH dürfte, wie Stadtbaudirektor Koller ausführte, in zehn bis zwölf Jahren fertiggestellt sein. Bis dahin wurden und werden allerdings auch noch gigantische Sanierungsarbeiten an mehreren Abteilungen vorgenommen. Die erste Frauenklinik, die zweite chirurgische Klinik und das Universitätsinstitut für Anästhesiologie wurden mit einem Aufwand von 185 Millionen Schilling auf den letzten Stand der Technik gebracht. In der I. Medizinischen Klinik, dem von Prof. Dr. Erwin Deutsch geleiteten Weltzentrum der Blutgerinnungsforschung, wurden künstliche Nieren und Speziallaboratorien eingerichtet. Der finanzielle Aufwand betrug in diesem Fall 16 Millionen Schilling. In der zweiten Hals-, Nasen-,Ohrenklinik wurde mit Aufwand von einer Million Schilling eine neue Ambulanz installiert. Alle diese Kosten tragen der Bund und die Gemeinde Wien zu je 50 Prozent, ebenso wie Bund und Gemeinde Wien als Bauherren den Neubau des AKH finanzieren. Die Gesamtkosten des Neubaues belaufen sich auf vier Milliarden Schilling.

Auf der Baustelle sind im Augenblick 600 Arbeiter am Werk, um einen der modernsten Spitalkomplexe der Welt zeitgerecht fertigzustellen. Einen Komplex, der Heimstätte für 11.000 Personen sein wird: Ärzte, Schwestern, Studenten und Patienten.

\- - -

Große Baufortschritte auf der Spittelauer Lände

24. Juli (RK) Hochbaustadtrat Hubert Pfoch inspizierte gestern in Begleitung des Leiters der Magistratsabteilung 32 (Maschinenbau-, Wärme- Kälte- und Energiewirtschaft, Heizwerkstätte und Heizbetriebe), Senatsrat Dipl.-Ing. Franz Swaty, die Baustelle des Fernwärmewerkes Spittelau. Die Baufortschritte beim Bau des modernsten europäischen Fernwärmewerkes sind mehr als nur zufriedenstellend. Noch im August wird in dem Riesenschornstein, der noch 20 Meter wachsen muß (Endhöhe 120 Meter), mit der Aufzugsmontage begonnen werden.

Stadtrat Pfoch interessierte sich bei seinem Rundgang in erster Linie für die in begehbaren Kanälen liegenden Rohrleitungen des Fernwärmewerkes. Diese in Europa einmaligen Kanäle sind größtenteils aus Beton vorfabriziert. Die Kosten einer derartigen begehbaren Leitung, zum Beispiel vom Fernwärmewerk bis zum Allgemeinen Krankenhaus, betragen 80 Millionen Schilling. Die Leitungen liegen 20 Meter (drei Stockwerke tief) unter der Straßenoberfläche. Ihre lichte Weite beträgt 400 Millimeter. Die Leitung zum Dianabad-Zentrum, das ebenfalls von der Spittelau versorgt wird, hat sogar eine lichte Weite von 600 Millimeter. In einer 600er-Leitung werden in einer Stunde vier Millionen Liter Wasser transportiert. Der Betriebsdruck des transportierten Wassers beträgt durchschnittlich 20 Atü, die Temperatur 70 bis 150 Grad Celsius. Kondensatoren bewerkstelligen den Druckausgleich zwischen den einzelnen Rohrteilen. Der Preis eines Kondensators beträgt allein 600.000 Schilling.

Im Bereich des Fernwärmewerkes befinden sich fünf 22 Meter hohe Öltanks, die zusammen 20 Millionen Liter des flüssigen Brennstoffs fassen. Sie wurden aus sechs Millimeter dickem Blech hergestellt.

./.

Geheizte Zufahrtsstraße

Eine besondere Attraktion des Fernwärmewerkes ist die geheizte Zufahrtsstraße für Müllabfuhr-Fahrzeuge. Die geheizte Zufahrtsstraße ist erforderlich, um die Anlage immer 100prozentig schneefrei zu halten. Der Müll aus dem Allgemeinen Krankenhaus wird in verschlossenen Spezialcontainern zur Spittelauer Lände transportiert. Die Müllverbrennung erfolgt auf Spezialrosten.

Heuer noch wird das 14stöckige Verwaltungshochhaus, das die Heizbetriebe Wien GesmbH, ein Computer-Zentrum und im Keller eine Wasseraufbereitungsanlage beherbergt, bezogen werden. Die Wasseraufbereitung wird viele Betriebe und die zukünftige Zentralwäscherei des Allgemeinen Krankenhauses mit aufbereitetem Nutzwasser aus der nahegelegenen Donau versorgen.

Selbstverständlich wurde in der Spittelau auf eine leistungsfähige Großgarage nicht vergessen.

Die "Fühler" des Werkes, die Fernwärmeleitungen zum Allgemeinen Krankenhaus, zum Internationalen Studentenheim in der Vegagasse in Wien-Döbling, zur Hochschule für Welthandel, zum Dianabad-Zentrum sowie die dem Donaukanal folgende Leitung haben eine Gesamtlänge von mehr als sieben Kilometer. Die Gesamtkosten des Großprojektes, dessen Fertigstellung im Dezember erfolgen soll, belaufen sich auf eine Milliarde Schilling. In der kurzen Bauzeit von zwei Jahren wurde täglich in eineinhalb Schichten eine Million Schilling investiert.

Stadtrat Pfoch dankte Senatsrat Swaty und seinen Mitarbeitern für ihre Leistungen und erklärte, daß die Wiener Bevölkerung mit Freude von einer derartig großartigen Einrichtung Gebrauch machen werde. Die Arbeit hat sich mehr als gelohnt, wenn man bedenkt, daß nach Fertigstellung des Fernwärmewerkes im Allgemeinen Krankenhaus mehr als 40 die Luft verpestende Kesselhäuser und hunderte Schlote stillgelegt werden können.

\- - -

Bürgermeister Marek besuchte Heeresgeschichtliches Museum

24. Juli (RK) Heute vormittag besuchte Bürgermeister Bruno Marek die Sonderausstellung "Die Streitkräfte der Republik Österreich 1918 bis 1968" im Heeresgeschichtlichen Museum im Arsenal. Der Direktor des Museums, Dr. Johann Christoph Allmayer-Beck, und der Militärkommandant von Wien, Oberst Josef Gerstmann, führten den Bürgermeister durch die Ausstellung.

Diese Ausstellung zeigt einen Querschnitt durch das österreichische Soldatentum der lezten Jahrhunderte, beginnend mit der Zeit Kaiser Karls V. bis zum gegenwärtigen Stand des österreichischen Bundesheeres.

Das Schwergewicht liegt - dem Motto der Sonderschau folgend - auf den letzten 50 Jahren. Bürgermeister Marek besichtigte eine Reihe historisch und zeitgeschichtlich interessanter Exponate, wie etwa die Landkarte, die von den militärischen Unterhändlern an der italienischen Front bei den Waffenstillstandsverhandlungen 1918 benützt wurde. Auf dieser Karte ist zum ersten Mal die Brennergrenze eingezeichnet.

Die Ausstellung führt dann über den Kärntner Abwehrkampf zu den Ereignissen der Jahre 1934 und 1938 und widmet sich schließlich dem Aufbau des österreichischen Bundesheeres.

Nach dem Rundgang würdigte Bürgermeister Bruno Marek die Gliederung und die historische Treue der Ausstellung. Nach der Eintragung ins Gästebuch des Museums erhielt Bürgermeister Marek als Geschenk Farbreproduktionen besonders wertvoller Ausstellungsstücke.

\- - -

Die Wasserlage ist gut:

Jetzt sollte man ein Zehntel sparen

24. Juli (RK) Kein Grund zur Besorgnis: Das ist der Kommentar der Wiener Wasserwerke zur derzeitigen Situation von Wiens Wasserversorgung. Und das, obwohl der gestrige Tagesverbrauch 582.000 Kubikmeter ausmachte und die Wasserwerke für heute die Überschreitung der 600.000 Kubikmeter-Marke erwarten. Bisher ist auch die "Sparkasse" in Ordnung, nämlich die 36 Wasserbehälter, die sich über das Wochenende immer wieder zur Gänze füllen. Die Quellschüttung ist nach wie vor zufriedenstellend.

Jetzt, wo die Wiener noch im wahrsten Sinne des Wortes aus dem vollen schöpfen können, wäre allerdings der Zeitpunkt, da durch maßvollen Wasserverbrauch alle Sparmaßnahmen unnötig gemacht werden können, die vielleicht verfügt werden müßten, wenn eine lang anhaltende Hitze- und Trockenperiode eintritt. Die Wasserwerke haben errechnet, daß es genügt hätte, alle in den letzten Jahren verfügten Sparmaßnahmen zu vermeiden, hätten die Wiener ihren Verbrauch an Wasser rechtzeitig um nicht mehr als ein Zehntel eingeschränkt - und zwar genau in dem Stadium, welches im Augenblick erreicht ist: Hitze und Trockenheit, aber gute Quellschüttung und noch volle Behälter.

\- - -

Pferdenachmarkt vom 24. Juli

24. Juli (RK) Auftrieb am Zentralviehmarkt O. Auftrieb im Auslandsschlachthof (laut Mitteilung der Magistratsabteilung 60) 14 Pferde aus Jugoslawien, verkauft zum Preis von 10 bis 13. Unverkauft vom Vormarkt 8 Pferde aus Rumänien + 8 Pferde aus Rumänien = 16 Pferde, diese wurden verkauft zum Preis von 8,50 bis 10.

\- - -

Rindernachmarkt vom 24. Juli

24. Juli (RK) Kein Auftrieb.

\- - -

Schweinenachmarkt vom 24. Juli

24. Juli (RK) Unverkauft vom Vormarkt O. Neuzufuhren 108, davon 108 Durchläufer, Gesamtauftrieb dasgleiche. Verkauft alles.
Marktverkehr: sehr ruhig.

\- - -

Der Wald war ein einziger Baum

24. Juli (RK) Zu einer Zeitungsmeldung mit Bild, daß "Ringstraßenbäume dem U-Bahn-Bau weichen" müssen und uralte Bäume auf der Ringstraße fallen - wofür zwischen den Zeilen die Wiener Verkehrsbetriebe und damit der Wiener Magistrat verantwortlich gemacht werden - erklärt die "Rathaus-Korrespondenz": Auf Wunsch des Bundesministeriums für Verkehr als oberste Aufsichtsbehörde muß an Stelle der bisherigen Schwarzenbergschleife des 71er eine provisorische Schleife errichtet werden. Diese provisorische Schleife macht es nun notwendig, einen einzigen Baum an der Ecke Pestalozzigasse zu fällen, um die notwendige Verkehrsfläche zu schaffen. Das ist sicher bedauerlich, doch leider unvermeidlich. Die Wiener können sicher sein, daß jede Baumfällung genau auf ihre Notwendigkeit geprüft wird. Es gibt genügend Beispiele (Zweierlinie) dafür, daß man sogar Projekte änderte um Bäume zu schonen.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 25. Juli 1969 Blatt 2070

In der neuesten Nummer der "STADT WIEN":

Woran erkennt man den echten Wiener?

25. Juli (RK) Diese "Gwissensfrage" versucht Dr. Theodor Ottawa, der bekannte Wiener Feuilletonist und "Wiener Spaziergänger", anläßlich seines 60. Geburtstags in einem Original-Beitrag zu beantworten, den er für die morgen, Samstag, erscheinende neueste Nummer der Kommunal-Illustrierten "STADT WIEN" verfaßt hat. Sein Sohn, Erich Th. Ottawa, gedenkt in diesem Heft des "Weisen von Petersdorf", des vor 75 Jahren verstorbenen großen Wiener Anatomen Josef Hyrtl, dessen Wahlspruch es war: "Wage es, weise zu sein."

In einer ausführlichen Dokumentation der letzten Landtagsdebatte vor den Sommerferien berichtet das Blatt ferner unter dem Titel "Weder Schuldenwirtschaft noch Investitionsstop!" über das Für und Wider zu jener "Dienstgeberabgabe", mit der die Teilfinanzierung des Wiener U-Bahn-Baus durchgeführt werden soll. Die Hintergründe des sogenannten "Stromkriegs" zwischen der NEWAG und den Wiener E-Werken beleuchtet Bürgermeister Bruno Marek, der Rathausmann meint diesmal, daß man zum Schutz der p.t. Fußgänger am Mittelstreifen der Lastenstraße vielleicht Distelhecken pflanzen sollte, um die dort angelegten "Trampelpfade" abzuschaffen, und die neueste "STADT WIEN"-Serie schließlich bringt die dritte Fortsetzung der faszinierenden Rudolf von Alt-Biographie von Fred Hennings: "Fast hundert Jahre Wien".

Zahlreiche weitere Artikel über aktuelle Themen, die "Wiener Chronik", Buchbesprechungen, Arbeitsausschreibungen und Berichte aus anderen Ländern komplettieren die reich illustrierte Nummer 30 der "STADT WIEN", die diesmal wieder mit einer Beilage für Wiens Gemeindebedienstete ("Unter uns") erscheint und in den Zeitungsverkaufsstellen zum Preis von drei Schilling erhältlich ist.

\- - -

Ottakringer Bad:

Ab morgen zwei neue Becken in Betrieb

25. Juli (RK) Von heute auf morgen wird sich die Wasserfläche des Ottakringer Bades beinahe verdoppeln: Sie steigt von 440 auf 790 Quadratmeter.

Diese Erweiterung besteht in der Inbetriebnahme zweier neuer Becken. Stadtrat Hubert Pfoch wird um 9 Uhr bei Betriebsbeginn den Badegästen den Zugang zu den beiden neuen Becken öffnen. Es handelt sich dabei um ein Erholungsbecken (25 mal 10 Meter, Tiefe 0,90 bis 1,60 Meter) und um ein Sprungbecken (12,5 mal 8,0 Meter, Tiefe 3,50 Meter).

\- - -

Bürgermeister Marek:

"Freue mich über einen hochqualifizierten Mitarbeiter"

25. Juli (RK) Heute vormittag wurde der blinde Dr.Heinz Haslinger Bürgermeister Bruno Marek im Roten Salon des Rathauses vorgestellt. Dr.Haslinger, der kürzlich mit ausgezeichnetem Erfolg zum Doktor juris promoviert wurde, wird am 1. Oktober seinen Dienst bei der Magistratsabteilung 70, Rechtliche Verkehrsangelegenheiten, antreten. Der Wiener Bürgermeister hatte den Wunsch geäußert, diesen hochqualifizierten Mitarbeiter persönlich kennenzulernen. Er gab seiner Freude Ausdruck, daß Dr.Haslinger in den Dienst der Stadt Wien treten wird und wünschte ihm für seinen künftigen Arbeitskreis alles Gute und den besten Erfolg.

Dr.Haslinger, der mit seinem Vater erschienen war, sagte, es sei heutzutage leider noch keine Selbstverständlichkeit, daß man die Leistungen blinder Menschen anerkennt. Die Gemeinde Wien war die erste offizielle Stelle, die blinde Stenotypisten angestellt hat. Das war eine Pioniertat, ebenso wie seine Anstellung bei der Gemeinde eine Pioniertat darstellt. Er danke deshalb dem Bürgermeister, daß seine Aufnahme in den Gemeindedienst möglich wurde.

Bürgermeister Marek wehrte die Dankworte ab uns sagte, es sei eine Selbstverständlichkeit, daß sich die Stadt Wien darum bemühe, gute Mitarbeiter zu gewinnen.

\- - -

Institut für Wirtschaftsforschung:

U-Bahn und Fernheizwerk - wichtigste Investitionen in Wien

25. Juli (RK) In der jüngsten Mitteilung des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung über einen durchgeführten Investitionstest heißt es in dem Teil, der sich mit den städtischen Verkehrs- und Versorgungsbetrieben beschäftigt, wörtlich:

"Die städtischen Verkehrs- und Versorgungsbetriebe planen, 1969 um 33 Prozent mehr zu investieren. Die wichtigsten Investitionsvorhaben sind der Baubeginn der U-Bahn in Wien sowie die Errichtung je eines Fernheizwerkes in Wien und in Linz. Die Investitionen in Verkehrsbetrieben (einschließlich der Ausgaben für die U-Bahn) werden voraussichtlich um 51 Prozent, die in der Fernwärmeversorgung um 81 Prozent und in der Wasserversorgung um zwei Prozent zunehmen, in der Gasversorgung um neun Prozent zurückgehen."

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

25. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Fisolen 6 bis 7 S, Gurken 2 bis 3 S je Kilogramm, Paprika 1 bis 2 S, Salat 2 S je Stück.

Obst: Marillen 4 bis 5 S, Pfirsiche 8 bis 10 S, Ribiseln 8 bis 10 S je Kilogramm.

\- - -

Bürgermeister besichtigte neue Isotopenstation im Elisabethspital

25. Juli (RK) Bürgermeister Bruno Marek besichtigte heute vormittag mit Stadtrat Dr.Otto Glück die neue Isotopenstation im städtischen Elisabethspital.

Bei dieser Isotopenstation handelt es sich um eine der modernsten in ganz Österreich. Die Baukosten beliefen sich auf mehr als zwei Millionen Schilling. Die Österreichische Nationalbank übernahm wie schon seinerzeit beim Angiologisch-Diagnostischen Laboratorium im Krankenhaus Lainz die Kosten für einen Teil der Apparaturen in Höhe von 1,5 Millionen Schilling.

Diese nuklearmedizinische Behandlungsstation steht unter der Leitung des Vorstands der Medizinischen Abteilung des Spitals, Universitätsprofessor Dr.Anton Neumayr, eines international anerkannten Internisten. Die Nuklearmedizin beschäftigt sich mit der Diagnose und Therapie fast aller inneren Krankheiten und bedient sich hiebei radioaktiver Isotopen. Die radioaktiven Isotopen läßt Professor Neumayr per Flugzeug und in strahlensicheren Behältern aus Frankfurt oder England herbeischaffen. Die Isotopen bilden auch die Grundlage für eine revolutionäre Untersuchungsmethode. Während zum Beispiel die Röntgenologen die Schilddrüse nicht darstellen können, ist dieses Problem mit Hilfe der sogenannten Szintigrafie leicht zu lösen. Mit dieser Behandlungsmethode konnten entscheidende Erfolge im Kampf gegen Krebs des Magens, der Leber, der Bauchspeicheldrüse und der Lunge erzielt werden.

Ein weiterer Vorteil der Nuklearmedizin besteht in der absoluten Schonung des Patienten. Nierenuntersuchungen aller Art können Dank des hohen Standards dieser medizinischen Disziplin ohne Verwendung schmerzhafter Katheter vorgenommen werden.

In der modernen hellen und freundlichen Isotopenstation des Elisabethspitals können an einem Vormittag bis zu 50 Patienten untersucht werden. Die Station wird auch täglich von Patienten des nicht weit davon entfernten ebenfalls städtischen Sofienspitals frequentiert. Um fachlich immer auf

./.

der Höhe zu sein, unterziehen sich die Ärzte jener Abteilung ständig Spezialschulungen in der Bundesrepublik Deutschland.

Bürgermeister Marek, der sich ins Gästebuch der Isotopenstation eintrug, strich heraus, daß die Patienten des Elisabethspitals jetzt nicht mehr den beschwerlichen Weg in Isotopenlaboratorien, die in anderen Bezirken liegen, antreten müssen. Stadtrat Dr.Glück würdigte die ausgezeichnete Zusammenarbeit der einzelnen Abteilungen des Elisabethspitals.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Wien: Kein einziger Blitz zündete

26. Juli (RK) Von den 38 Großbränden mit Millionenschäden des vergangenen Jahres ereigneten sich nicht weniger als sechs Schadenfeuer in Wien; trotzdem weist die Bundeshauptstadt, wie aus der soeben veröffentlichten Statistik der Zentralstelle für Brandverhütung hervorgeht, die kleinste "Schadenskopfquote", nämlich 28 Schilling, auf. Am teuersten kamen die Brände des Jahres 1968 den Tirolern zu stehen: dort entfallen je Einwohner 77,70 Schilling. An zweiter Stelle liegt die Steiermark mit der Kopfquote 73,50 Schilling, dann folgen Salzburg (72 Schilling) und Kärnten (68,20 Schilling).

Der Schaden, der im Vorjahr in ganz Österreich durch 8.769 Brandfälle verursacht wurde, beläuft sich auf 411,401.596 Schilling. Das bedeutet gegenüber 1967 einen Anstieg der Brandfälle um 225 oder 2,6 Prozent, die Schadenshöhe hat sich jedoch um 37,564.770 (8,4 Prozent) verringert. Ungefähr ein Viertel aller Brandfälle ereignete sich in Niederösterreich, wodurch dieses Bundesland hinsichtlich der Brandhäufigkeit wieder an erster Stelle steht. Auffallend ist die starke Zunahme der Brandfälle im B. genland um 97 oder 26,6 Prozent.

Die Aufschlüsselung der Schadensfälle nach den Ursachen verrät, daß in Wien die meisten Brände - nämlich 361 - durch Feuer-, Licht- oder Wärmequellen entstanden sind. An zweiter Stelle liegt mit 180 Bränden die Ursachengruppe Elektrizität, dann folgen unbekannte Ursachen (158), Explosion (121), bauliche Einrichtungen (111) und feuergefährliche Stoffe (60).

./.

Die Zahl der Brandlegungen belief sich auf 28, siebzehn Brände wurden von Kindern gelegt. Die höchste Anzahl zündender Blitzschläge hatte Niederösterreich zu verzeichnen, wo der Blitz in 59 Fällen Brände verursachte. In der Bundeshauptstadt zündete 1968 kein einziger Blitzschlag, hingegen wurden 18 nicht zündende Blitzschläge verzeichnet, die einen Schaden in der Höhe von 106.255 Schilling verursacht haben.

\- - -

Startschuß zur Errichtung des Sigmund Freud-Museums

26. Juli (RK) Der Präsident der Sigmund Freud-Gesellschaft, Professor Dr.Friedrich Hacker (Los Angeles), beauftragte den bekannten Wiener Architekten Professor Hans Hollein mit den Vorarbeiten zur Errichtung eines Sigmund Freud-Museums. Das Museum soll in der ehemaligen Wohnung des weltbekannten verstorbenen Psychiaters in der Berggasse 19 mit Hilfe der Bundesregierung und der Wiener Stadtverwaltung eingerichtet werden. Die Sigmund Freud-Gesellschaft hatte sich bekanntlich vor einigen Monaten an Bürgermeister Bruno Marek mit der Bitte gewandt, daß diese Wohnung vorher historisch getreu rekonstruiert wird. Der Bürgermeister hat diesem Wunsch entsprochen, und mit Hilfe des Kulturamtes und des Wohnungsamtes (dieses stellte Ersatzwohnungen für die bisherigen Mieter der Wohnung zur Verfügung) sind nun die Voraussetzungen für ein Freud-Museum geschaffen worden.

Die Ausgestaltung und historisch-getreue Rekonstruktion übernimmt nun Architekt Hollein. Professor Hollein berichtete der "Rathaus-Korrespondenz" über seine Vorstellung über die Einrichtung und Gestaltung des Freud-Zentrums. "Es soll der Behandlungsraum mit der berühmten Freud'schen Couch und dem Freud'schen Stuhl rekonstruiert werden. Es ist zu hoffen, daß die in London lebende Tochter Anna diese Einrichtungsgegenstände sowie die Bibliothek ihres Vaters dem Museum zur Verfügung stellt. Bis es allerdings so weit ist, müssen große Renovierungsarbeiten vorgenommen werden. Nachher beginnt die eigentliche Ausgestaltung. So sollen unter anderem sämtliche von bzw. über Freud geschriebenen Bücher und Zeitschriften in dem Museum aufgelegt werden. Überhaupt soll die Freud'sche Wohnung ein Treffpunkt von Psychiatern aus allen Kontinenten werden, die hier am künftigen Sitz der Sigmund Freud-Gesellschaft ihre Erfahrungen austauschen. Das Museum würde Menschen aus der ganzen Welt an die Stätte des 40jährigen Wirkens des 1939 in der Londoner Emigration verstorbenen Vaters aller Psychiater ziehen. Das Image Wiens würde durch dieses Zentrum unerhört aufgewertet werden", führte Professor Hollein aus.

./.

Die Gesamtkosten der Errichtung des Freud-Zentrums schätzt der Architekt auf ungefähr eine Million Schilling. Die Wohnung könnte schon in einigen Monaten nach Abschluß der schwierigen Handwerkerarbeiten das Sekretariat der Sigmund Freud-Gesellschaft beherbergen.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 28. Juli 1969 Blatt 2080

Der August: Zu kühl, zu feucht, zu wolkig

Die Wetterprognose des Rathaus - Meteorologen

28. Juli (RK) Schwacher Trost für alle Hitzeschmachtenden und bedauerliche Nachricht für alle August-Urlauber: Rathaus-Meteorologe Dr. Rudolf Zawadil von der Magistratsabteilung 29, Brücken- und Wasserbau, prognostiziert das Augustwetter nicht nur zu kühl, sondern auch zu feucht und zu wolkig, um als hochsommerliche Krönung des Jahres gelten zu können.

Das Monatsmittel der Temperatur beträgt im August normalerweise 18,6 Grad. Heuer wird der Mittelwert nach Ansicht Dr. Zawadils zwischen 17,5 und 18,5 Grad Celsius liegen. Während die Niederschlagsmenge gewöhnlich rund 59 Millimeter beträgt, kann heuer bis zu 70 Millimeter Regen fallen. Die für Regen anfälligste Zeit ist die Monatsmitte, ab 20. August kann mit überwiegend trockenem Wetter gerechnet werden. Insgesamt dürfte der heurige August 12 bis 14 Regentage bescheren; an einem Tag wird voraussichtlich mehr als 20 Millimeter Regen fallen, an fünf Tagen gibt es mindestens 5 Millimeter Regen.

Trotzdem wird der heurige August nicht mit Sonnenschein knausern. Ganz ohne Sonnenschein werden voraussichtlich nur ein bis zwei Tage sein, hingegen kann mit über zehn Stunden Sonne an neun bis elf Tagen gerechnet werden. Leider wird der heurige August kaum den normalen Mittelwert der Sonnenscheindauer - 248 Stunden - erreichen: er dürfte es nur auf

./.

220 bis 240 Sonnenstunden bringen. Es hat überhaupt den Anschein, als ob die Zeit der sonnigen, heißen Augustmonate vorüber ist. Die Tendenz zur Abkühlung kann man schon seit einigen Jahren beobachten; auch der August des Vorjahres war mit einem Monatsmittel von 17,9 Grad zu kühl.

Nach der Niederschlagsstatistik, die bis 1872 zurückreicht, weist die Hälfte aller August-Monate 44 bis 83 Millimeter Regen auf. Der trockenste August wurde 1867 mit nur 16 Millimeter verzeichnet, der nasseste wurde 1938 mit nicht weniger als 242 Millimeter registriert. Die größte Tagesmenge, nämlich 76 Millimeter, fiel am 12. August 1959. Der unfreundlichste August hatte 22 Regentage (1941).

Hinsichtlich der Sonnenscheindauer betragen die Extremwerte 310 Stunden (1944) und 148 Stunden (1896). Über sechs Stunden täglichen Sonnenschein gibt es im Mittel an 21, über zwölf Stunden an sechs Tagen; nur an vier Tagen scheint die Sonne weniger als zwei Stunden lang.

\- - -

80er in den "letzten Zügen"

28. Juli (RK) Die Straßenbahnlinie 80 liegt "in den letzten Zügen". Noch im August wird sie aufgelassen werden. Die vierte Donaubrücke hat ihr den Garaus gemacht.

Die Trasse der vierten Donaubrücke führt bekanntlich stromabwärts vom kleinen Studien-Atomreaktor im Prater bei der Stadionbrücke über den Donaukanal. Sie schneidet direkt die Gleisanlagen der Straßenbahnlinie 80, die damit zum Tode verurteilt ist. Es wäre zu kostspielig, Umleitungen oder Brückenbauwerke für die Tramway auf dieser Richtung zu errichten, zumal die Fahrgastfrequenz sehr niedrig ist. Zwischen 8 und 16 Uhr zählt man durchschnittlich ganze 350 Fahrgäste! Die wenigen Schrebergärtner, die den 80er benützen, lassen ihn schon seit langem unrentabel erscheinen, und die Besucher vom Lusthaus und Freudenau fahren längst mit dem eigenen Wagen. ./.

Trotzdem werden die Nichtautobesitzer weiterhin mit den Verkehrsbetrieben zu Lusthaus und zur Freudenau fahren können, denn es ist ein Autobusersatzverkehr geplant.

Der 80er erblickte am 2. September 1909 das Licht der Wienerstadt, als es galt, den "Grünen Prater" der Bevölkerung zu erschließen. 8,6 Kilometer lang ist die Linie, die zur Rotundenbrücke und Lusthaus beziehungsweise Freudenau verkehrt. Durchschnittlich alle 8 bis 10 Minuten fahren tagaus tagein die Züge, von 5,30 in der Früh bis knapp vor 23 Uhr am Abend. Dabei bringen sie an einem Tag die respektable Leistung von 912,7 Kilometer zustande. Meist sind es vier Triebwagen, die im Bedarfsfall durch Beiwagen ergänzt werden und die nicht weniger als sieben Fahrer und sieben Schaffner "binden".

\- - -

Bäder: Rekordbesuch

28. Juli (RK) In der vergangenen Woche wurden die städtischen Bäder von nicht weniger als 237.000 Personen besucht. Dies entspricht rund der Hälfte der Gesamtzahl für den Monat Juni.

Der gestrige Sonntag brachte natürlich besonders überfüllte Bäder: 61.975 Personen passierten die Drehkreuze der städtischen Bäder, ein rundes Drittel davon (22.000) allein im Gänsehäufel.

Dabei war die Situation unterschiedlich: Während die Bäder im Westen und Norden Wiens zum Teil schon um neun Uhr früh die blaue Fahne hißten, blieben andere - wie das Gänsehäufel - ziemlich unter ihrer Höchstkapazität besucht. Offenbar war es vielen Wienern gestern sogar zum Baden zu heiß ...

\- - -

Wasser: Der Verbrauch steigt in schwindelnde Höhen

28. Juli (RK) Wie die Wasserwerke Mitte voriger Woche prophezeit haben, ist tatsächlich am Freitag der tägliche Verbrauch an Wasser über 600.000 Kubikmeter angestiegen (605.000). Dies entspricht einem Pro-Kopf-Verbrauch von 391 Liter.

Die anhaltende brütende Hitze über Europa hat auch zum Wochenende einen entsprechenden Wasserverbrauch verursacht: Obwohl die Industrie Samstag und Sonntag ausfällt und viele Wiener das Wochenende außerhalb der Stadt verbrachten, betrug der Verbrauch am Samstag 532.000 Kubikmeter (344 Liter pro Kopf) und am Sonntag 520.000 Kubikmeter (336 Liter pro Kopf).

Seit Freitag beläuft sich der tägliche Verlust auf zirka 60.000 Kubikmeter. Für heute wird ein rapider Anstieg des Wasserverbrauchs in Wien erwartet: Die Wasserwerke rechnen mit 620.000 bis 640.000 Kubikmeter, was den täglichen "Substanzverlust" in die Gegend der 100.000 Kubikmeter-Marke hinaufschnellen lassen dürfte.

Die ersten Unannehmlichkeiten hatten die Bewohner höher gelegener Regionen am Weststrand Wiens bereits am Wochenende. Dort befinden sich viele Schrebergärten, und zur abendlichen "Spritzstunde" - etwa von 16.30 bis 19.30 Uhr - trat in den Wohnhäusern Wassermangel auf.

Die Wasserwerke verfügen zwar noch immer über rund 700.000 Kubikmeter Wasser an Behältervorräten, appellieren aber dringend an die Öffentlichkeit, jeden nicht unbedingt nötigen Wasserverbrauch zu vermeiden, damit sich die Schwierigkeiten in der Wasserversorgung nicht verschärfen, falls die Hitzewelle noch länger dauert.

Tatsächlich befindet sich - wenn die Prognose der Wasserwerke für heute richtig ist - der Wasserverbrauch in der Nähe der Gefahrenmarke und auch nicht weit vom absoluten Wiener Wasserverbrauchs-Rekord, der am 26. Juni 1967 markiert wurde: Damals wurden 644.000 Kubikmeter verbraucht, das entspricht einem Pro-Kopf-Verbrauch von 416 Liter Wasser. Ein Verbrauch von mehr als 600.000 Kubikmeter pro Tag greift die Behälterreserven so stark an, daß solche Verbrauchshöhen ohne ernste Schwierigkeiten nicht länger als einige Tage gehalten werden können.

\- - -

Stadtrat Nekula belobigt freundliche Schaffner

28. Juli (RK) Stadtwerkestadtrat Franz Nekula empfing heute in seinem Büro im Ringturm den Autobusfahrer Franz Trappel und den Schaffner Johann Förster. Beide haben sich vor rund vierzehn Tagen als echte "Gentlemen" im Dienst erwiesen.

Trappel und Förster fuhren mit einem Autobus der Linie 63 von Schönbrunn Richtung Innere Stadt. Bei einer der Haltestellen wartete eine ältere Dame, die, als der Wagen hielt, nicht hinten beim Einstieg, sondern ganz vorne in Fahrernähe stand.

Chauffeur Franz Trappel öffnete sofort die vordere Tür und ließ die Dame einsteigen. Schaffner Johann Förster, der bemerkte, daß sich die Dame nicht traute, im fahrenden Autobus zu seinem Sitz zu kommen, bat diese, Platz zu nehmen. Dann ging er zu ihr. Doch die Dame war vor lauter Zuvorkommenheit so aufgeregt, daß sie ihre Geldbörse nicht fand. Förster beruhigte sie, kassierte in der Zwischenzeit Fahrgeld von den zugestiegenen Fahrgästen und kam ein zweites Mal, um der Dame den Fahrschein zu verkaufen.

Stadtrat Nekula erklärte, daß derartige Aktionen das "Image" der Wiener Stadtwerke sehr verbessern und versprach den mustergültigen Bediensteten, sie für eine Remuneration der Direktion der Wiener Stadtwerke vorzuschlagen.

\- - -

Auslandsösterreicher im Wiener Rathaus

28. Juli (RK) In Vertretung des Bürgermeisters begrüßte heute vormittag Stadtrat Reinhold Suttner im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses 100 Auslandsösterreicher aus New York. Die 100 Wahl-New Yorker waren unter Führung ihres Reiseleiters, Dr. Goldner, gestern in Schwechat gelandet. Die Austrian American Federation hat in den vergangenen neun Jahren in insgesamt 18 Charterflügen 2700 Amerikanern einen sechswöchigen Besuch ihrer alten Heimat ermöglicht.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

28. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Feldgurken 2 bis 3 S, Karotten 4 S, Fisolen 4 bis 8 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel: Qualitätsklasse Kochobst 2 bis 4 S (Klaräpfel), Marillen 4 bis 5 S, Pfirsiche 10 S je Kilogramm.

\- - -

Rinderhauptmarkt vom 28. Juli

28. Juli (RK) Unverkauft vom Vormarkt 0. Neuzufuhren Inland: 38 Ochsen, 132 Stiere, 279 Kühe, 73 Kalbinnen, Summe 522. Gesamtauftrieb: 38 Ochsen, 131 Stiere, 279 Kühe, 73 Kalbinnen. Verkauft wurden 38 Ochsen, 131 Stiere, 276 Kühe, 73 Kalbinnen, Summe 518, unverkauft blieben 1 Stier, 3 Kühe, Summe 4.

Preise: Ochsen 14.40 bis 17.20, extrem 17.40 (3), Stiere 15 bis 18, extrem 18.30 (1), Kühe 11 bis 14.90, extrem 15.20 (1), Kalbinnen 14 bis 16.50, extrem 17 (1), Beinlvieh Kühe 10 bis 10.50, Ochsen und Kalbinnen 12 bis 13.80.

Der Durchschnittspreis ermäßigte sich bei Ochsen um 10 Groschen, Kühen um 19 Groschen und Kalbinnen um 9 Groschen und erhöhte sich bei Stieren um 5 Groschen je Kilogramm.

Der Durchschnittspreis einschließlich Beinlvieh beträgt: Ochsen 16.28, Stiere 16.80, Kühe 12.93, Kalbinnen 15.04, Beinlvieh verbilligte sich bis zu 10 Groschen je Kilogramm.

\- - -

Farbverseuchung des Gänsehäufel-Wellenbades

kostete 10.000 Schilling und eine schlaflose Nacht

28. Juli (RK) Wie einige Zeitungen heute bereits berichteten, wurde am Sonntag das Wasser des Gänsehäufel-Wellenbades durch rote Farbe unbrauchbar gemacht. Unbekannte "Witzbolde" hatten die Farbe in das Wasser praktiziert. Dazu erfährt die "Rathaus-Korrespondenz" von der städtischen Bäderverwaltung, daß trotz angestrengter Reinigungsarbeiten durch das Personal, das nach einem anstrengendem Tag nun auch noch in der Nacht arbeiten mußte, das Wellenbad erst morgen wieder den Betrieb aufnehmen kann. Der Schaden beträgt 10.000 Schilling. Dazu kommt, daß bei der derzeitigen Wassersituation auch die Neufüllung des Wellenbades mit 1,5 Millionen Liter Wasser besser vermieden worden wäre. Dazu kommt schließlich, daß viele tausende Wiener zwei Tage lang um die Freude gekommen sind, das Wellenbad genießen zu können.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Immer mehr Betriebeübersiedeln in die Außenbezirke

29. Juli (RK) Aus einer Motivanalyse des Wiener Instituts für Standortberatung, die im Auftrag der städtischen Finanzverwaltung durchgeführt wurde, ergibt sich, daß immer mehr Betriebe aus der Innenstadt in die Außenbezirke abwandern. Dieser Trend, der von den Großbetrieben in der Wiener City eingeleitet wurde, verstärkt sich in den letzten Jahren dadurch, daß nun auch kleinere Betriebsstätten den Stadtkern verlassen und sich in anderen Bezirken ansiedeln.

An der Spitze der Motive für die Abwanderung der Betriebe liegt mit 85 Prozent der Platzmangel. Ungünstige räumliche Verhältnisse und mangelnde Umbau- oder Ausbaumöglichkeiten geben 63 Prozent der befragten Firmeninhaber an. 21 Prozent wollten ihre ungünstige Lage zu den Kunden verbessern und bemerkenswerter Weise für nur 15 Prozent waren Anlieferungsschwierigkeiten für eine Übersiedlung ausschlaggebend (bei allen Prozentzahlen sind Mehrfach-Nennungen zu berücksichtigen).

Die Jahresabwanderungsquote der Betriebe steigt ständig. Bis 1962 veränderten fünf Prozent der befragten Firmen ihren Standort; 1968 waren es bereits dreizehn Prozent, allerdings nun vorwiegend kleinere Betriebe. Die meisten Abwanderungen erfolgten aus dem Kerngebiet der City und aus dem Textilviertel. Als neue Standorte werden von den großen Betrieben die Außenbezirke bevorzugt, während kleinere Unternehmen eher innerhalb der Gürtellinie ihren neuen Standort finden. Die verlassenen Standorte in der City werden vorwiegend auf dem Gebiet des Dienstleistungssektors wieder genützt, so als Gastatätten, Ausstellungsräume und auch als Jugendheime.

\- - -

Die ersten "mobilen Schulen" sind fertig

29. Juli (RK) Die von der Stadt Wien in Auftrag gegebenen mobilen Schulen und Kindergärten (je 20 Stück) sind zum Teil fertiggestellt. Sie sollen im Herbst bereits eingesetzt werden. Stadtrat Hubert Pfoch wird morgen, Mittwoch, den 30. Juli, den Vertretern von Presse, Rundfunk und Fernsehen die mobilen Schulen und Kindergärten präsentieren.

Geehrte Redaktion!

Zur Besichtigung der mobilen Schulen und Kindergärten laden wir Sie herzlich ein. Stadtrat Hubert Pfoch steht für Auskünfte zur Verfügung.

Ort: Firma Gräf & Stift, 23, Carlbergergasse
Zeit: Mittwoch, 30. Juli, 15 Uhr.

\- - -

Zwei Ständchen im Rathaus

29. Juli (RK) Morgen Mittwoch, den 30. Juli, gibt es im Rathaus gleich zwei Ständchen. Um 11 Uhr entbietet die Warren Junior Military Band im Arkadenhof Bürgermeister Bruno Marek ihre musikalischen Grüße. Eine halbe Stunde vorher empfängt Stadtrat Hubert Pfoch im Wappensaal den Freiburger Kinderchor, der sich ebenfalls mit musikalischen Darbietungen einstellt.

\- - -

"Angenehm kühler Aufenthalt garantiert!"

Wo entgeht man am besten der Hundstagshitze? Diese Frage werden sich besonders heute viele Wienerinnen und Wiener stellen, da die Quecksilbersäule die Rekordmarke von 34 Grad Celsius erreichen soll. Die "Rathaus-Korrespondenz" möchte im folgenden einige kühle Plätzchen nennen, wo man es längere Zeit wirklich gut aushält. Besonders hitzeempfindliche Menschen begeben sich am besten in die Kühlräume der städtischen Lager und Kühlhaus AG in der Engerthstraße im 2. Wiener Gemeindebezirk. Dort wird mit minus 20 Grad der absolute Wiener Kälterekord gehalten. Die Arbeiter stecken dort auch in diesen Tagen in dicken Pelzen und warmen Stiefeln. Aber auch weniger als minus 20 Grad kann man in der Engerthstraße haben. In den Eierlagerräumen herrschen nur 0,4 Grad und in den Obstlagerräumen ist es mit plus vier Grad direkt warm.

Sehr angenehm lassen sich die Hundstage auch in den Gefrierräumen des Schlachthofes St. Marx übertauchen. Man kann sich dort in den Schweinegefrierraum mit plus zwei Grad und in andere Räume mit einer Temperatur von plus vier bis plus sieben Grad zurückziehen.

Wanderlustige Wiener besteigen am besten ihr Auto oder ein öffentliches Verkehrsmittel, um sich in die angenehmen Stollen der Wienen Hochquellenleitungen zu begeben. In den Stollen Reichenau - Niederösterreich, Wildalpen und Karlgarben hat es nur sieben bis acht Grad.

Freunde eines guten Tropfens haben während großer Hitzewellen das Bedürfnis, Expertisen in Kellereien zu unternehmen. Wie ein Großkellerei-Besitzer aus Döbling der "Rathaus-Korrespondenz" erklärte, sind nicht alle Alkoholkeller gleich kalt oder warm. Sekt braucht zehn Grad, Weißwein zwölf bis 14 Grad, Rotwein 14 bis 16 Grad Celsius. Drei Stockwerke unter der Straßenoberfläche werden alte Weine bei einer Temperatur von acht bis zehn Grad gelagert.

./.

Angenehm kühl sind auch die vom Fernwärmewerk Spittelau wegführenden begehbaren Leitungskanäle. Das Thermometer zeigt dort bloß 15 Grad an.

Wer gerne sportelt, fährt in die Wiener Stadthalle, wo man in der Eishalle bis 18 Grad schon jetzt Doppellutz und Doppel-Rittberger für den nächsten Winter üben kann. In der Donaupark-halle ist es zwar etwas wärmer, doch das gute sehr trockene Eis verbannt jede Wärme aus den Räumen und läßt einen gar nicht erst ans Schwitzen denken.

Historisch Interessierte pilgern in den Dom zu St. Stephan, in dessen Schiff auch nur 22 Grad abzumessen sind. Noch kühler ist es in den vielen alten Kirchen der Innenstadt, wo nur 15 bis 18 Grad gemessen werden.

Kinogehen ist auch zu empfehlen. Viele Wiener Kinos haben ausgezeichnete Klimaanlagen, die die Temperatur konstant auf 18 Grad Celsius halten.

Nicht zu vergessen sind die modernen Wiener Bank- und Sparkassenfilialen beziehungsweise Großkaufhäuser, die mit Hilfe von "Air Condition" auch nur 20 Grad zulassen.

Last not least sei noch auf die modernen Wiener Hotels mit ihren preiswerten klimatisierten Kaffeehäusern hingewiesen, wo man ebenfalls nicht braten muß. 18 Grad ist in diesen Lokalen das Maximum des zu Ertragenden.

P.S.: Selbstverständlich sind nicht alle Ratschläge, die hier gegeben werden, wörtlich zu nehmen.

\- - -

Bananen für Wien

29. Juli (RK) Südamerikanische Atmosphäre herrschte heute vormittag im Roten Salon des Wiener Rathauses. Senorita Ximena Iragorri aus Bogota (Kolumbien) überreichte dem Wiener Bürgermeister Bruno Marek einen großen Sombrero voll Bananen. Dieser Sombrero war das Symbol für 1.000 Kilogramm dieser Früchte, die die amerikanische Bananenfirma Chiquita für Wiener Alters- und Kinderheime spendete. Senoriat Iragorri, eine Enkelin des kolumbianischen Botschafters in Holland - 21 Jahre alt -, bereist als Botschafterin der lateinamerikanischen Bananenanbauländer fast ganz Europa.

Bürgermeister Marek bedankte sich für das Geschenk aus der Hand der charmanten Botschafterin und überreichte ihr eine Silbertasse und einen Rosenstrauß.

\- - -

Personalnachrichten

29. Juli (RK) Der Wiener Stadtsenat hat heute den ärztlichen Abteilungsvorstand Dr. Alfred Beyer (Anstaltenamt) in die Dienstklasse VII befördert. Der Physikatsrat Dr. Anton Krafek (Gesundheitsamt) wurde Oberphysikatsrat. Brandrat Dipl.-Ing. Herbert Walzek (Feuerwehr der Stadt Wien) wurde zum Oberbrandrat und die Amtsräte Alois Dietl (MA 6) und Viktor Mastaller (MA 4) zu Oberamtsräten befördert.

\- - -

Gestern noch höherer Wasserverbrauch als erwartet

29. Juli (RK) Der Wasserverbrauch war am gestrigen Tag noch höher als in den Morgenstunden erwartet wurde. Es sind gestern in Wien 642.630 Kubikmeter Wasser aus den Leitungen entnommen worden, ein überaus hoher Verbrauch, der nur an dem denkwürdigen 26. Juni 1967 übertroffen worden ist, an dem 644.000 Kubikmeter Wasser verbraucht worden sind. Dabei ist zu bedenken, daß gegnwärtig schon Urlaubshochsaison ist und sich sehr viele Wiener nicht mehr in der Stadt befinden, was für den Juni 1967 noch nicht so ganz zugetroffen hat. Stadtrat Kurt Heller berichtete heute in der Sitzung des Wiener Stadtsenates über die nun prekär werdende Wassersituation. Wohl werden immer mehr die Grundwasserwerke herangezogen. Dennoch nimmt der Inhalt der Behälter in Wien und auch der des großen Behälters in Neusiedl langsam ab.

Ein dringender Appell ergeht an alle jene, die Dauerverbraucher von Wasser sind. Die Bier- und Milchflaschen unter der ständig rinnenden Wasserleitung, die stundenlange Inbetriebnahme von Rasensprengern usw. ergeben gerade jenen Mehrverbrauch, der die geordnete Wasserversorgung in Wien gefährden kann. Noch sind keine Wassersparmaßnahmen offiziell erlassen worden. Mit einer solchen Kundmachung muß aber täglich gerechnet werden.

Strafanzeige gegen Wellenbad-Farbattentäter

Bekanntlich ist am Sonntag in das Wellenbad des Gänsehäufels rote Farbe gegossen worden, die dort den Badebetrieb unmöglich machte und die Badebesucher schockierte. In einem Gebüsch sind mehrere Plastiksäckchen mit roter Farbe gefunden worden. Man nimmt an, daß derartige Säckchen unter Wasser aufgemacht worden sind. Es wurde bei der Polizei die Strafanzeige erstattet. Bei der Fahndung nach den Tätern wird man auch bei jenen Firmen forschen, die derartige Farbstoffe verkaufen. Wie Gesundheitsstadtrat Dr. Otto Glück dazu mitteilte, wird auch untersucht werden, wie weit dieser Mutwillensakt für die Badenden auch eine gesundheitliche Gefahr darstellte.

\- - -

Überlastung des Strommetzes in der Inneren Stadt

Baubeginn eines Umspannwerkes auf dem Grundstück der Zedlitzhalle

29. Juli (RK) Zum nunmehr endgültig beschlossenen Bau eines Umspannwerkes der Wiener Elektrizitätswerke auf dem Grundstück der früheren Zedlitzhalle erklärte der Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen Franz Nekula: "Mit der Errichtung des Umspannwerkes im 1. Bezirk könnte nicht länger zugewartet werden. Die Überlastung des Netzes durch ständig neu hinzukommende technische Einrichtungen wie Klimaanlagen, Computer usw. in riesigen Bürohäusern ist schon so groß, daß im Jahr 1970 'kein Rasierapparat zusätzlich' angesteckt werden könnte, soll nicht das Strommetz in der Inneren Stadt zusammenbrechen."

Ferngesteuertes Werk ohne menschliche Bedienung

In der heutigen Sitzung des Wiener Stadtsenates referierte Stadtrat Dr. Hannes Krasser die Baubewilligung für die Errichtung des Umspannwerkes Zedlitzhalle. Wie berichtet, erwiesen sich einige von Anrainern erhobene Einwände hinsichtlich Wertminderung der Nachbarschaft, Beeinflussung des architektonischen Bildes sowie Entzug von Licht und Luft etc. als nicht stichhaltig.

Das Umspannwerk wird ferngesteuert und daher im allgemeinen keine Menschen beherbergen. Der siebengeschossige Stahlbetonbau wird eine interessante architektonische Lösung darstellen. Als Fundierung wurde eine Stahlbetonplatte vorgesehen, die als Wanne isoliert ist. Da die Station unbesetzt bleibt, erübrigt sich auch eine Allgemeinheizung. In dem Gebäude wird auch ein Stützpunkt der Magistratsabteilung 48 untergebracht. Ein solcher zentralgelegener Stützpunkt für die Straßenreinigung mit kürzestem Anfahrtsweg zu den wichtigsten Verkehrsknotenpunkten der Inneren Stadt ist bei der wachsenden Verkehrsdichte unerläßlich geworden.

\- - -

Beschleunigter Bau von Wiener städtischen Schulen

29. Juli (RK) Das prachtvolle trockene Wetter zeigt auf fast allen Baustellen Wiens unerwartete Fortschritte. So erhielt Stadtrat Hubert Pfoch heute vom Wiener Stadtsenat weitere Beträge für sechs Schulbauten der Gemeinde Wien bewilligt. In beschleunigtem Tempo können damit die Schulhäuser Irenäusgasse und Großfeldsiedlung im 21. Bezirk, Anton Sattler-Gasse, Hardeggasse und Wagramer Straße im 22. Bezirk sowie in der Mangasse in Mauer im 23. Bezirk fertiggestellt werden.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

29. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Feldgurken 2 bis 3 S, Paradeiser 6.50 bis 8 S je Kilogramm, Häuptelsalat 2 bis 2.50 S je Stück.

Obst: Äpfel: Qualitätsklasse II 5.50 bis 6.50 S je Kilogramm, Kochobst 3 bis 4 S je Kilogramm, Marillen 4 bis 5 S je Kilogramm.

\- - -

Schweinehauptmarkt vom 29. Juli

29. Juli (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren 3.416, davon Durchläufer 514. Gesamtauftrieb dasselbe. Verkauft wurde alles.

Preise: Extrem 16.80 bis 17.20 S, 17.30, davon 6 Stück), 1. Qualität 16 bis 16.70, 2. Qualität 15.50 bis 15.90, 3. Qualität 14.40 (2 Stück), 14.80 bis 15.40, Zuchten extrem 12.50 bis 14.50, Zuchten 11 bis 12.30, Altschneider 11.

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine erhöhte sich um 27 Groschen und beträgt 16.08 S.

Außermarktbezüge: In der Zeit vom 24. bis 29. Juli (ohne Direkteinbringungen in die Bezirke) 1.534 Stück.

\- - -

Pferdehauptmarkt vom 29. Juli

29. Juli (RK) Aufgetrieben am Zentralviehmarkt: 21 Stück.

Herkunft der Tiere: Niederösterreich 18, Oberösterreich 1, Burgenland 1, Steiermark 1. Als Schlachttiere wurden 10 Stück verkauft, als Nutztiere 1 Stück, unverkauft blieben 10 Stück.

Preise: Schlachttiere Fohlen 0, Pferde extrem 11.80, 1. Qualität 11 bis 11.20, 2. Qualität 9.20 bis 10, 3. Qualität 7 bis 8.50; Auftrieb im Auslandsschlachthof: 0.

Der Durchschnittspreis für inländische Schlachtpferde ermäßigte sich um 64 Groschen je Kilogramm. Der Durchschnittspreis für Schlachtpferde beträgt 9.96, für Schlacht- und Nutzpferde 10.13.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Burggasse teilweise wieder befahrbar

30. Juli (RK) Erste Erfolge der Erneuerungsarbeiten in der Burggasse: Seit gestern nachmittag ist diese wichtige Verkehrsverbindung von der Kirchengasse bis zur Lastenstraße wieder befahrbar. Die Burggasse ist - wie bekannt - Einbahn stadteinwärts.

\- - -

70. Geburtstag von Jaro Zeman

30. Juli (RK) Am 1. August vollendet Hochschulprofessor Dipl.-Ing. Dr. Jaro Zeman das 70. Lebensjahr.

Er wurde in Pola geboren und erwarb an der Wiener Technischen Hochschule das Ingenieurdiplom sowie das Doktorat der technischen Wissenschaften. 1937 erfolgte seine Habilitierung, 1944 seine Berufung zum ordentlichen Professor. Zu seinen besonderen Arbeitsgebieten gehören Maschinenwesen, Maschinenelemente, Verbrennungskraftmaschinen und Werkzeugmaschinen. Von ihm stammen selbständige Veröffentlichungen und zahlreiche Arbeiten, die zumeist in Fachblättern erschienen sind. Prof. Zeman ist auch Mitherausgeber der Zeitschrift "Österreichische Ingenieur-Zeitschrift".

Der Bürgermeister richtete an den Jubilar ein in herzlichen Worten gehaltenes Glückwunschschreiben.

\- - -

Überreichung von Medizinalrats-Dekreten

30. Juli (RK) Bürgermeister Bruno Marek überreichte heute vormittag im Roten Salon des Wiener Rathauses zwei praktischen und zwei Fachärzten die Dekrete zu dem ihnen vom Bundespräsidenten verliehenen Berufstitel eines Medizinalrates.

Dr. Franziska Hengl Mandl promovierte am 11. Juli 1936 an der Wiener Universität zum Doktor der gesamten Heilkunde. Anschließend war sie als Spitalsarzt am Allgemeinen Krankenhaus tätig und absolvierte während des Zweiten Weltkrieges einen ärztlichen Notdienst. In den Jahren 1945-48 war sie wieder Spitalsärztin. Seit 1949 ist sie ununterbrochen in Wien als praktischer Arzt tätig.

Dr. Johann Flener promovierte ebenfalls an der Wiener Universität und war bis zum Jahre 1938 Bundesheerarzt. Von 1938 bis 1946 leistete Dr. Flener seinen Militärdienst und kam anschließend in Kriegsgefangenschaft. 1946/47 war er am Krankenhaus Hollabrunn beschäftigt und im Jahre 1949 wurde er Arzt der Österreichischen Bundesbahnen. Flener, der von 1956 bis 1959 auch als Gruppenarzt der Niederösterreichischen Gebietskrankenkasse in Ternitz und Neunkirchen arbeitete, ist seit 1956 ununterbrochen als praktischer Arzt in der Bundeshauptstadt tätig.

Dr. Thomas Till promovierte in Wien und war anschließend zur Ausbildung an der Universitätszahnklinik Wien tätig. 1950 erfolgte seine Anerkennung zum Facharzt für Mund-, Zahn- und Kieferkrankheiten. 1950 bis 1954 war Till in der Schweiz als Arzt beschäftigt. Seit 1954 wirkt er wieder als Fachzahnarzt in seiner Heimatstadt und ist auch gerichtlich beeideter Sachverständiger am Landesgericht für Zivilrechtssachen. Dr. Till arbeitet auch als Spitalsarzt an einem Wiener Gemeindespital.

Dr. Robert Traub promovierte an der Universität Wien und war von 1947 bis 1956 am Franz Josephs-Spital der Stadt Wien tätig. Er unterzog sich dort einer Ausbildung zum Facharzt für innere Erkrankungen. Traub ist seit 1952 auch Lehrer und Prüfer an der Krankenpflegeschule des Burgenlandes. Seit 1955 unterhält Dr. Traub in Wien seine Internistenpraxis.

\- - -

Hochwasserschutzprojekt im Tiefbauausschuß

30. Juli (RK) Der Tiefbauausschuß des Wiener Gemeinderates erteilte heute auf Antrag von Stadtrat Kurt Heller die grundsätzliche Genehmigung für das "Projekt zur Verbesserung des Donauhochwasserschutzes von Wien". In seinen Erläuterungen schilderte Stadtrat Heller die letzte Entwicklung dieses Projektes, das von der Öffentlichkeit vielfach nur unter dem Gesichtspunkt der Schaffung einer Erholungsinsel in der Donau gesehen wird. Heller betonte dazu, daß die Stadt Wien in erster Linie ihren Hochwasserschutz verbessern will. Gewissermaßen als "Nebenprodukt" entsteht dabei die bekannte Insel.

Das 3,3-Milliarden-Projekt (in diesem Betrag sind auch die Baukosten von 450 Millionen Schilling für den linken Donausammelkanal enthalten) ist von der Obersten Wasserrechtsbehörde am 26. April 1968 zum bevorzugten Wasserbau erklärt worden. Bis zum Oktober dieses Jahres soll das Gesamtprojekt beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft eingereicht werden. Der Bund hat sich bereit erklärt, mit insgesamt 680 Millionen Schilling zum Hochwasserschutzprojekt finanziell beizutragen (zehn jährliche Raten: viermal 60 Millionen Schilling, viermal 70 Millionen Schilling, zweimal 80 Millionen Schilling.

Stadtrat Heller ging auch auf das Problem der Sicherheit des 21. und 22. Bezirkes bei Hochwässern während der Bauzeit ein: Es seien alle technischen Vorkehrungen getroffen, daß während der gesamten Bauzeit der Hochwasserschutz gegenüber seinem derzeitigen Ausmaß nicht im geringsten vermindert wird. Heller wies darauf hin, daß ein Projekt, das eine solche Verminderung enthielte, doch niemals die Zustimmung der Obersten Wasserrechtsbehörde erhalten würde.

\- - -

Teilweise Sperre der Lothringerstraße

30. Juli (RK) Im Rahmen der Umbauarbeiten für die Unleitungsstrecke auf dem Karlsplatz muß ab kommendem Montag, dem 4. August, ein Teilstück der Lothringerstraße für etwa vier Wochen gesperrt werden. Es handelt sich dabei um einen Teil der auf der Musikvereinsseite liegenden Richtungsfahrbahn, und zwar um das Stück vom Schwarzenbergplatz bis zur Dumbastraße.

Der Verkehr wird für Lastkraftwagen über den Straßenzug Gußhausstraße - Favoritenstraße, Wiedner Hauptstraße umgeleitet, für Pkw's (die natürlich auch die LKW-Route benützen können) über den Kärntner Ring.

\- - -

Bäderermäßigung für "Fahrschüler"

30. Juli (RK) Die ermäßigte Benützung der städtischen Sommerbäder und Schwimmhallen durch Schüler wurde heute durch einen Beschluß des Hochbauausschusses des Gemeinderates auf eine zusätzlich - zahlenmäßig allerdings geringe - Schülergruppe ausgedehnt. Es handelt sich dabei um Wiener Kinder, die vergleichbare Schulen außerhalb Wiens besuchen. Bedingung ist, daß die Eltern (oder die Personen, die für den Unterhalt des Schülers aufkommen) ihren Wohnsitz in Wien haben.

\- - -

35 Millionen für St. Marx

30. Juli (RK) Vor einigen Monaten hat der Gemeinderat für die Errichtung zentraler Versorgungsanlagen in St. Marx 398 Millionen Schilling genehmigt. Für den Bauabschnitt "Fleischgroßmarkthalle und Kühlhaus" bewilligte der Hochbauausschuß des Wiener Gemeinderates heute auf Antrag von Stadtrat Hubert Pfoch einen Betrag von 35 Millionen Schilling. Die Errichtung dieser beiden Objekte soll in möglichst kurzer Zeit vollendet sein.

\- - -

Zwei neue Schulen für Wien

30. Juli (RK) Zwei neue Schulbauprojekte, die vom Wiener Gemeinderat bereits grundsätzlich beschlossen worden sind, passierten heute den Hochbauausschuß. Stadtrat Hubert Pfoch stellte den Antrag auf Vergabe der Arbeiten zur Errichtung einer Schule in der Jochbergengasse im 21. Bezirk (Kosten 8,7 Millionen Schilling). Der zweite Neubau wird in der Quadenstraße im 22. Bezirk errichtet. Hiefür genehmigte der Ausschuß 15,7 Millionen Schilling.

\- - -

Neues Trassenstück für die II. Hochquellenleitung

30. Juli (RK) Schwere Schäden am Kanalprofil der II. Wiener Hochquellenleitung zwingen zu besonderen Maßnahmen: Im Raume Neubruck bei Scheibbs muß die bisherige Trasse mit einem neuen Stollen von rund 700 Meter Länge wegen des Bergdruckes und ungünstiger geologischer Verhältnisse umgangen werden. Es wird nötig sein, von der bisherigen Trasse um fast 100 Meter seitlich abzurücken. Der Tiefbauausschuß des Wiener Gemeinderates genehmigte für dieses Vorhaben heute 13,5 Millionen Schilling.

\- - -

Ausbau der Vorgartenstraße

30. Juli (RK) Mit einem Kostenaufwand von 3,3 Millionen Schilling wird die Vorgartenstraße im 2. Bezirk von der Lasallestraße bis zur Meiereistraße ausgebaut werden. Einen diesbezüglichen Beschluß faßte heute der Tiefbauausschuß des Gemeinderates. Von der Lassallestraße bis zur Trabrennstraße befindet sich die Fahrbahndecke in einem so schlechten Zustand, daß ihre Erneuerung dringend erforderlich ist. Der andere Abschnitt - Trabrennstraße bis Meiereistraße - wurde im Jahr 1963 umgebaut, erhielt damals jedoch keinen Asphaltbetonbelag. Nunmehr werden beide Abschnitte in einem Zug saniert.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

30. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Erbsen 8 S, Fisolen 5 bis 8 S, Feldgurken 2 bis 3 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel: Qualitätsklasse II 7 S, Äpfel Qualitätsklasse Kochobst 4 bis 4.50 S, Marillen 4 bis 5 S je Kilogramm.

\- - -

Ständchen im Wiener Rathaus

30. Juli (RK) Einen Ständchen-Tag gab es heute im Wiener Rathaus. Um halb elf Uhr gab der 42köpfige Freiburger Kinderchor in den Wappensälen sein Ständchen. Die Freiburger Sänger, die anschließend an ihren Wien-Aufenthalt einen Urlaub in Lienz antreten, sangen vor allem für kranke und alte Leute.

Der Chorleiter übergab Stadtrat Hans Bock, der die Schwarzwälder Sänger begrüßte, zwei Kassetten mit Schwarzwälder Wein, zwei Bücher "Bezauberndes Freiburg" und eine künstlerische Wachskerze. Stadtrat Bock übergab dem Chorleiter ein Buch über Wiener Musik.

Kaum war das Ständchen der Freiburger Musikanten zu Ende, als 98 Mitglieder der "Warren Junior Military Band" in den Arkadenhof einzogen, um Bürgermeister Bruno Marek ein Ständchen zu bringen. Die 98 Burschen und Mädchen aus der Stadt Warren im Bundesstaat Ohio befinden sich auf einer mehrwöchigen good-Will-Tour durch sechs europäische Staaten. Im Rahmen der Reise spielt die Kapelle außer in Wien u.a. noch in Klagenfurt, Venedig, Rom, Florenz, Mailand, Paris, Brüssel und Luzern. Die Musiker intonierten im Arkadenhof neben amerikanischen Klängen die österreichische und amerikanische Hymne sowie den Donauwalzer. Dirigent Donald W. Hurrelbrink überreichte dem Wiener Bürgermeister als Geschenk eine Flagge des Staates Ohio und eine Schallplattenaufnahme der Band. Bürgermeister Marek revanchierte sich mit einer Statuette aus Augartenporzellan.

\- - -

Antrittsbesuch des neuen Rotary-Gouverneurs beim Bürgermeister

30. Juli (RK) Der neue Gouverneur der österreichischen Rotary-Bewegung, der 45jährige Journalist Wolf in der Maur, stattete heute vormittag Bürgermeister Bruno Marek in dessen Arbeitszimmer einen Antrittsbesuch ab. Die Rotary-Bewegung erstreckt sich auf 144 Länder der Erde und zählt insgesamt über 600.000 Mitglieder. Vom 6. bis 10. Mai 1973 werden Rotarier der ganzen Welt in Wien ihre "Convention" (Welttreffen) abhalten. Dieses Treffen wird der größte Kongreß sein, den Wien je erlebte. Man erwartet 20.000 Rotarier aus 144 Ländern.

Bürgermeister Marek versprach dem neuen Gouverneur, daß die Stadt Wien alles unternehmen werde, um den Kongreß glanzvoll zu gestalten. Wolf in der Maur, der seit 1. Juli sein neues Amt ausübt, lud das Wiener Stadtoberhaupt ein, im Herbst in einem der Wiener Rotary- Clubs einen Vortrag zu halten.

\- - -

Mobile Schulen: Die ersten bald fertig

30. Juli (RK) Die Fertigstellung mobiler Schulen schreitet voran: Heute nachmittag überzeugte sich Hochbaustadtrat Hubert Pfoch an Ort und Stelle vom derzeitigen Stand der Arbeiten. Die Schulen werden auf dem Gelände von Gräf und Stift in Liesing montiert. Die ersten Einheiten mobiler Schulen werden schon demnächst aufgestellt werden. An mehreren Stellen Wiens sind neben Schulgebäuden bereits Betonfundamente in den Boden eingelassen; sie sollen den Pavillons als feste Unterlage dienen.

Die mobilen Schulen (Grundriß 7 mal 12 Meter) werden von der Tochtergesellschaft einer holländischen Firma in Zusammenarbeit mit mehreren österreichischen Unternehmen angefertigt. 20 Stück davon sollen bei Schulbeginn im Herbst bereits aufgestellt sein. Die ebenfalls bestellten 20 mobilen Kindergärten werden etwas später zur Aufstellung gelangen.

(Mehr morgen in der "Rathaus-Korrespondenz")

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Variable Umleitungen auf dem Karlsplatz

31. Juli (RK) Im Bereich des Verkehrsbüros auf dem Karlsplatz sind seit 21. Juli Umleitungsregelungen in Kraft, die der Freimachung jener Fahrbahnen dienen, welche als die endgültigen Umleitungsfahrbahnen noch in den nächsten Monaten entsprechend ausgebaut werden müssen. Die nötigen Arbeiten machen es erforderlich, im August und in der ersten September-Hälfte die derzeit bestehenden Umleitungsregelungen mehrfach abzuändern. Da solche Änderungen oft nur wenige Tage in Kraft bleiben und dann wieder durch neue Regelungen abgelöst werden, ist den Kraftfahrern im Raum Getreidemarkt - Rechte Wienzeile - Verkehrsbüro - Faulmanngasse erhöhte Vorsicht zu empfehlen.

\- - -

Ehemalige französische Kriegsgefangene kommen nach Wien

31. Juli (RK) Im Straflager Kaisersteinbruch waren während des zweiten Weltkrieges auch viele französische Kriegsgefangene untergebracht. Die Überlebenden haben sich zu einer Vereinigung zusammengeschlossen, die ihren Sitz in Paris hat. Nächste Woche werden die Mitglieder dieser Vereinigung mit ihren Familien nach Wien kommen und im Gedanken an die Kriegszeit ihr ehemaliges Gefangenenlager besichtigen. Für die 250 Personen umfassende Gruppe wird die Stadt Wien am 5. August ein Mittagessen im Rathauskeller geben.

\- - -

Musikveranstaltungen in der Woche vom 4. bis 10. August

31. Juli (RK)

Montag, 4. August:

17.00 Uhr, 3. Bezirk, Oberer Belvedere-Garten, Kulturamt der Stadt Wien: 5.Promenadenkonzert; Wiener Konzertorchester, Dirigent Hans Eichinger (Werke von Johann Strauß, Leopold Grossmann, Leo Geitner, Hans Totzauer, Ferry Gebauer, Rudolf Kronegger und Julius Fucik)

20.00 Uhr, Palais Pallavicini, Kulturamt der Stadt Wien: 15. Palaiskonzert; Valerij Klimow, Violine - Leonid Blok, Klavier (J.S.Bach: Sonate Nr.1 h-Moll; Grieg: Sonate Nr.3 c-Moll; Tartini: Sonate g-Moll; Debussy: Sonate G-Dur; Schostakowitsch: 4 Preludien op.34; de Sarasate: Romanza Andalusa, Jota Aragonesa)

Dienstag, 5. August:

17.30 Uhr, 15. Bezirk, Forschneritschpark, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener E-Werke

17.30 Uhr, 21. Bezirk, Smitalpark, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Polizeimusik Wien

20.00 Uhr, Palais Palffy, Beethoven-Saal, Klavierabend Hans Nast (Werke von Franz Liszt)

20.00 Uhr, Wiener Rathaus, Arkadenhof, Kulturamt der Stadt Wien: 11. Orchesterkonzert; NÖ-Tonkünstler-orchester, Dirigent Robert Satanowsky (Haydn: Symphonie Nr. 88 G-Dur; Bacewicz: Divertimento für Streicher; Dukas: "Der Zauberlehrling"; Mussorgsky-Ravel: Bilder einer Ausstellung)

Mittwoch, 6. August:

17.30 Uhr, 11. Bezirk, Herderpark, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener E-Werke

19.00 Uhr, Dom St. Stephan, Orgelkonzert

20.00 Uhr, Palais Rasumofsky, Kulturamt der Stadt Wien: 16. Palaiskonzert; Hideghéti-Klaviertrio (Haydn: Trio G-Dur; Beethoven: Trio c-Moll op. 1/3; Dvořák: Trio e-Moll op.90)

./.

Donnerstag, 7. August:

17.00 Uhr, 1. Bezirk, Volksgarten, Kulturamt der Stadt Wien: 6. Promenadekonzert: Wiener Konzertorchester, Dirigent Gerhard Lagrange (Johann Strauß, Eduard Strauß, Karl Komzak, Karl Franz Müller, Eduard Macku, Adolf Vancura, Viktor Hruby und Alois Pachernegg)

17.30 Uhr, 12. Bezirk, Theresienpark, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener E-Werke

17.30 Uhr, 16. Bezirk, Kongreßpark, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe

20.00 Uhr, Palais Schwarzenberg, Kulturamt der Stadt Wien: 17. Palaiskonzert; Klavierabend Alfred Brendel (Schönberg: 6 kleine Klavierstücke op.19; Schubert: Sonate c-Moll; Schumann: Kinderszenen op.15; Chopin: 5 Walzer)

Freitag, 8. August:

17.30 Uhr, 10. Bezirk, Paltramplatz, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe

17.30 Uhr, 20. Bezirk, Allerheiligenplatz, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener E-Werke

20.00 Uhr, Wiener Rathaus, Arkadenhof, Kulturamt der Stadt Wien: 12. Orchesterkonzert; NÖ-Tonkünstlerorchester, Dirigent Ludwig Kaufmann (Mozart: Serenade Nr. 3 D-Dur KV 203; Hindemith: Symphonie "Mathis der Maler"; Uhl: Symphonischer Marsch)

Sonntag, 10. August:

20.00 Uhr, Theater an der Wien, Theater an der Wien-Gesellschaft: Operettenkonzert; Orchester des Theaters an der Wien, Gerda Scheyrer und Marion Briner (Sopran), John van Kesteren (Tenor), Rudolf Wasserlof (Bariton), Dirigent Rudolf Bibl (Strauß, Suppé, Lehár, Kálmán u.a.)

- - -

70. Geburtstag von Erwin Pawelka

31. Juli (RK) Am 2. August vollendet Hochschulprofessor Dipl.-Ing. Dr. Erwin Pawelka das 70. Lebensjahr.

Er wurde in Weidling geboren und absolvierte an der Technischen Hochschule in Wien das Fachstudium. Nach langjähriger Tätigkeit in der Privatindustrie wirkte er als Direktor bei der Elin-Union. 1955 erhielt er einen Lehrauftrag an der Wiener Technischen Hochschule, wo er seit 1963 auch Honorarprofessor ist. Seine speziellen Arbeitsgebiete sind Mechanik und Elektrotechnik. Besonders intensiv befaßte er sich mit dem Bau elektrischer Lokomotiven. Darüber hat er auch ein Lehrbuch verfaßt.

\- - -

1700 Wohnungen entstehen am Mitterweg

31. Juli (RK) Im 11. Bezirk besuchte heute Hochbaustadtrat Hubert Pfoch die im Bau befindliche städtische Wohnhausanlage Mitterweg, wo 1700 Wohnungen aller Typen entstehen. 200 davon sind bereits bezogen. Die durchschnittliche Wohnungsgröße liegt zwischen 65 und 80 Quadratmeter.

Diese Siedlung wird in Fertigteilbauweise von privaten Baufirmen errichtet. An der Ostseite des Areals hält die Stadt Wien ausgedehnte Grundstücke für Betriebsansiedlungen bereit, um dort die Schaffung von Arbeitsplätzen - nicht zuletzt für die Bewohner der Wohnhausanlage - zu forcieren.

\- - -

Neu für Österreich:

Mobile Schulen und Kindergärten in Wien

31. Juli (RK) In Meidling wurde im Jahre 1965 eine Schule mit zehn Klassenzimmern errichtet. Nach der Eröffnung stellte sich heraus, daß im ersten Jahr nicht einmal die Hälfte der Klassenräume benötigt wurde. Wieder zwei Jahre später waren die zehn Klassen nicht mehr ausreichend, drei neue mußten gebaut werden. Im Augenblick steht ein weiterer Ausbau der Schule bevor.

All dies konnte geschehen, obwohl bei Schulneubauten genaue Berechnungen über die zu erwartende Anzahl von Schulkindern versucht werden. Aber es gibt Bereiche, die sich einfach nicht vorplanen lassen.

Die Stadt Wien hat Mittel und Wege gefunden, um den beiden Erscheinungen zu steuern, die in der erwähnten Meidlinger Schule nacheinander auftraten: Brachliegen wertvollen Schulraumes einerseits, Schulraumnot durch plötzliches Anwachsen der Schülerzahl andererseits.

Das "fliegende Klassenzimmer"

In einem Werk in Liesing werden von der Tochtergesellschaft einer holländischen Firma - unter Heranziehung verschiedener einheimischer Unternehmen - soeben die ersten mobilen Schulen fertiggestellt. Die Pavillons haben einen Grundriß von zwölf mal sieben Meter, wobei drei mal sieben Meter auf den Vorraum und die sanitären Anlagen entfallen.

Das fliegende Klassenzimmer bietet Platz für 36 Kinder und kostet insgesamt rund 400.000 Schilling. Es ruht auf einem Fahrgestell mit Rädern und wird von einer Zugmaschine an seinen Bestimmungsort gebracht. Dort wird es auf Betonfundamenten aufgestellt und kann mit wenigen Griffen an die verschiedenen Versorgungsleitungen angeschlossen werden.

./.

Die ersten rollen bald

Hochbaustadtrat Hubert Pfoch, der sich gestern an Ort und Stelle vom Fortschritt der Arbeiten überzeugte, erklärte vor den eingeladenen Pressevertretern, daß die ersten mobilen Schulen schon in den nächsten Tagen vom Werk aus die Fahrt an ihren Bestimmungsort antreten werden. Die beiden ersten fliegenden Klassenzimmer kommen zu der Schule in der Erlaaer Straße.

Wie Stadtrat Pfoch erklärte, werden bis zum Schulbeginn im September alle 20 bestellten mobilen Schulen aufgestellt sein. Darüber hinaus hat die Stadt Wien auch 20 mobile Kindergärten in Auftrag gegeben, die nach den Schulen aufgestellt werden.

Natürlich werden die Pavillons nicht in einem Stück durch Wien transportiert: Das wäre bei dem Gesamtgrundriß von zwölf mals sieben Meter fast unmöglich. Sie werden vielmehr in zwei Teilen gebaut, und die beiden Teile (Grundriß je zwölf mals 3,5 Meter) werden am Aufstellungsort zusammengefügt. Für den Sommer ist in den Wänden für ausreichenden Wärmeschutz vorgesorgt. In der kalten Jahreszeit werden die Klassenräume mit Ölöfen beheizt, die Vorräume werden mit Elektroheizung temperiert.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

31. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Fisolen 5 bis 7 S, Feldgurken 2 S, Paradeiser 6 bis 7 S je Kilogramm.

Obst: Marillen 3.50 bis 4 S, Wassermelonen 5 bis 6 S je Kilogramm.

\- - -

Die besten Plakate:

"Fein! Gemüse macht aktiv" und "Junge Kunst Künstlerhaus"

31. Juli (RK) Zwei Plakate stehen an der Spitze jener elf Arbeiten, die im Rahmen der ständigen Plakatwertungsaktion des Kulturamtes der Stadt Wien zu den besten Plakaten des ersten und zweiten Vierteljahres 1969 erklärt worden sind.

Die Jury kam überein, das Plakat des Bundesverbandes der Erwerbsgärtner Österreichs "Fein! Gemüse macht aktiv Österreichisches Qualitätsgemüse", das von Johann Rausch entworfen wurde, zur besten Arbeit des ersten Vierteljahres zu küren. Beim besten Plakat des zweiten Vierteljahres entschieden sich die Juroren für den von Heinz Josef Hübl entworfenen Siebdruck "Junge Kunst Künstlerhaus". Als Auftraggeber für dieses Plakat fungierte das Künstlerhaus - Gesellschaft bildender Künstler Wiens.

Unter den weiteren preisgekrönten Plakaten befinden sich im ersten Vierteljahr: "Wir Wiener bauen eine U-Bahn für uns und unsere Kinder", ein Plakat des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien, gestaltet von Prof. Wilhelm Jaruska, "Stangenkäse aus Österreich Tilsiter", ein Auftrag der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs, entworfen von Fritz Rech, "Young in Rain - Trevira Maduson", ein Plakat der Firma Maduson, entworfen von Johann Plank, "Ticino Swizzera-Suisse-Southern-Switzerland-Schweiz" vom Verkehrsverein Lugano, entworfen von Hugo Wetli aus Stuckishaus bei Bern und "Frühling mit Vollhumon, Gartendünger mit biologisch wirksamen Humus, Pflanzennährstoffen und Spurenelementen", ein Auftrag der Österreichischen Stickstoffwerke Linz, entworfen von Hans Jörg. E. Swetina.

Im zweiten Vierteljahr:"Pfui der Schmutzteufel! Geben wir ihm keine Chance, Stadtreinigungsaktion 1969" ein Auftrag des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien, wiederum entworfen von Prof. Wilhelm Jaruska. "Wiener Festwochen 1969" ein Auftrag der Intendanz der Wiener Festwochen, entworfen von der Londoner Werbegraphik-Firma Robert Spitz. "Modeschule der Stadt Wien, Hetzendorf Variation 69", eine Arbeit von Elisabeth und Peter Blauensteiner in Auftrag der Modeschule der Stadt Wien Hetzendorf sowie "Man kann nie genug Schuhe haben" ein Werk aus dem Atelier Robert Preiss und Helmut Bürger im Auftrag der Österreichischen Schuhwirtschaft.

\- - -

Gewitter - wir sind aus dem Wasser!

31. Juli (RK) Das regnerische Wetter und die Abkühlung haben ein beruhigendes Sinken des Wiener Wasserverbrauchs gebracht. Gestern wurden 562.000 Kubikmeter aus den Leitungen entnommen. Dieser Verbrauch liegt zwar noch immer ein wenig über dem Wasseraufkommen, reduziert aber die "Zuschußmenge" aus den Behältern auf 15.000 Kubikmeter. Der niedrigere Verbrauch ist wohl in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Gewitterregen das Besprengen von Gärten unnötig gemacht haben. Die Wasserwerke hoffen, daß sich die Behälter über das Wochenende wieder zur Gänze füllen werden.

\- - -

Pferdenachmarkt vom 31. Juli

31. Juli (RK) Auftrieb auf dem Zentralviehmarkt 0, Auftrieb auf dem Auslandsschlachthof 35 Pferde aus Jugoslawien, verkauft wurden 20 Pferde zum Preis von 13 bis 15.50, so daß 15 Pferde unverkauft blieben.

\- - -

Rindernachmarkt vom 31. Juli

31. Juli (RK) Unverkauft vom Vormarkt 1 Stier und 3 Kühe, Summe 4. Gesamtauftrieb dasselbe, verkauft 1 Stier, unverkauft 3 Kühe. Hauptmarktpreise.

\- - -

Schweinenachmarkt vom 31. Juli

31. Juli (RK) Neuzufuhren 105, Durchläufer 105, verkauft alles.

\- - -

Einigung über Altmannsdorfer Straße

31. Juli (RK) Heute wurde endgültig über die Zukunft der neuralgischen Punkte in der Altmannsdorfer Straße entschieden: Bei einem Gespräch zwischen Vertretern der Stadt Wien (Stadtbaudirektor Professor Dr.Rudolf Koller), des Bundesministeriums für Bauten und Technik (Ministerialrat Dr.Otto Raschauer) und der Österreichischen Bundesbahn (Generaldirektor Dr.Karl Kalz) wurde Einigung darüber erzielt, daß das Projekt der Stadt Wien verwirklicht werden soll.

Dieses Projekt besteht in der Tieferlegung der Bahn mit gleichzeitiger Vereinigung beider Bahntrassen. Außerdem wird auch die querverlaufende Edelsinnstraße tiefergelegt. Dadurch wird der kreuzungsfreie Verkehr auf der Altmannsdorfer Straße möglich.

Mit dem Beginn der Bauarbeiten ist in Kürze zu rechnen, die Bauzeit wird voraussichtlich rund zwei Jahre betragen.

\- - -


60984 81800